REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 431 · 21.10.1999

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 48 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Kritische Massen nach Berlin!
2. Den staatlichen Mord an Mumia Abu-Jamal verhindern! - ga.
3. Kritische Kerne in Reaktion. Atomexplosion im japanischen Tokaimura - DSe
4. Macht's der Markt? Stromkonzerne, AKWs und der freie Markt - Peter Probst
5. "Alle, die gegen AKWs sind, sollen aufstehn!" Bundesweite Demo am 13.11.1999 in Berlin - Jochen Stay
6. Faschismus an der Donau? Rassistische Patrioten machen Jörg Haider zum Wahlsieger - Hannes Hofbauer
7. Zweigeteilt? Aber immer! Berlin: Die Große Koalition darf weiterhin die Stadt quälen - mb., Berlin
8. Bubis hat recht behalten. Wieder Schändungen jüdischer Gräber in Berlin - mb.
9. Vorsicht: Abrißarbeiten! Flüchtlingspolitik auf dem Sondergipfel in Tampere
10. Kostenloses Erinnern. Konzerne spielen in der Entschädigungsfrage auf Zeit - Peter Nowak
11. Die Ergebnisse von Tampere - Mark Holzberger
12. "Zierde des Landtags". Die DVU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt - Matthias Gärtner
13. Aktionen gegen NPD und JN in Osnabrück - Infoladen Osnabrück
14. Algerischer Stabilitätspakt. Der "bonapartistische" Präsident Bouteflika als Krisenmanager - Bernhard Schmid
15. "Keine Alternative zu Milosevic". Interview mit dem Dissidenten Drogomir Olujic aus Belgrad über die serbische Opposition
16. Warmlaufen für den Wechsel. Drei Wahlen in Rußland - noch ist alles im Fluß - Kai Ehlers
17. Neue Töne, alte Taten. Rußlands Krieg in Tschetschenien - Kai Ehlers
18. Die "verschwundenen" Gewerkschafter von Mercedes Benz. Manager als Helfershelfer der argentinischen Militärdiktur - B. Kanzleiter
19. Die beiden großen Guerillaorganisationen Kolumbiens - Al., Nürnberg
20. Der Mann der zu wenig wußte. konkret-Autor Minow und der "keltische Wahn" der IRA - Irland-Gruppe Freiburg
21. Terrorurteile nach totaler Observation. Der "AIZ"-Prozeß aus Sicht der Aachener Prozeßbeobachtung
22. Prozeß im Bruch (1). Ein Gespräch mit Christian Geissler nach dessen Eintritt in das achte Lebensjahrzehnt - Klaus Mellenthin
23. Arranca! zwischen zwei Kriegen - GW
24. "Mag sein, daß wir Narren waren." Die Briefe des Widerstandskämpfers Harro Schulze-Boysen - Angela Martin
25. Arbeit für den Feind. Zwangsarbeit bei den Heinkel-Flugzeugwerken in Oranienburg - Angela Martin
26. Das vorletzte Jahr der DDR. Wichtige Ereignisse zwischen Mai und Dezember 1989
27. Ein Staat macht Schluß. Revolution, Konterrevolution und innere Auszehrung - das Ende der DDR - Js.
28. Mafiasprüche. Aktive Arbeitsmarktpolitik in Dänemark - Teil 2 - K. Blomkvist, Kopenhagen
29. Mit und ohne Zukunft. Beiträge über die Arbeit - eine Buchrezension - dk
30. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus dem Untergrund der Lohnarbeit - labournet
31. "Woher weiß ich, was ich will?" Die Abschaffung der Stempeluhr bei IBM - Klaus Peters
32. Lichter der Großstadt. Konferenz für soziale BürgerInnenrechte in Hamburg
33. IBM macht Beschäftigte fertig. Ohne Zeitkontrolle wird länger gearbeitet
34. Die rot-grüne "Neue Mitte" im Crashtest. Linke Grüne ziehen Bilanz nach einem Jahr Rot-Grün - Annelie Buntenbach/Klaus Dräger
35. Dabeisein ist alles. Linksgrüne versöhnen sich wieder mit der Partei - mb., Berlin
36. Rudolf Augsteins Abrechnung mit Joschka Fischer (Dokumentation)
37. Image ist alles, Politik ist nichts. Bei Bündnis 90/Die Grünen kommt Panik auf - mb., Berlin
38. Auf dem "Dritten Weg" ins 21. Jahrhundert? Überlegungen zur neuen Sozialdemokratie - Martin Dieckmann
39. Ein schmutziges Geschäft. Betr.: "Schleuser und Schlepper" (ak 430) - Einwände und Ergänzungen - Js.

40. Die Verwandlung des Menschen durch die Macht. Eine fotografische Langzeitstudie von Herlinde Koelbl - Angela Martin
41. Quelldatei 38.htm
42. Quelldatei 39.htm
43. Quelldatei 45.htm
44. ak braucht AbonnentInnen!
45. Quelldatei alg.htm
46. Quelldatei kasttamp.htm
47. Quelldatei liste.htm
48. Quelldatei rotgru.htm

1. Kritische Massen nach Berlin!

Rubrik: Anti-AKW-Bewegung; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/aufmach.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:aufmach

Totgesagte leben l∑nger: Die Anti-AKW-Bewegung mobilisiert zu einer gro+en Demonstration am 13. November nach Berlin. Manchmal sind die Dinge eben einfach: Die B∑uerliche Notgemeinschaft hat sich nach der Sommerpause in den Kopf gesetzt, der rot-grünen Bundesregierung in Berlin klar zu machen, was man von der Atompolitik und dem Konsens-Unsinn h∑lt. Deshalb hat sie beschlossen, im November mit einem Trecker-Treck die neue Hauptstadt zu besuchen.

Der neue Tatendrang der Anti-AKW-Bewegung ist auch Folge des schweren St÷rfalls im japanischen Tokaimura. Im High-Tech-Land Japan mit seinen Sicherheitsstandards, die den westlichen vergleichbar sind, wird atombombenf∑higes Uran in Eimern herumgeschleppt und einfach mal in irgendwelche Tanks geschüttet. Der dadurch verursachte St÷rfall hatte zur Folge, da+ 300.000 Menschen in der Umgebung der Anlage ihre H∑user nicht verlassen durften, und mehr als 50 Personen zum Teil schwerste radioaktive Verstrahlungen erlitten.

Vor 20 Jahren sorgte der legend∑re Treck nach Hannover für eine der gr÷+ten Demonstrationen der Anti-AKW-Bewegung. 100.000 Menschen demonstrierten damals gegen das Atomprogramm und die Pl∑ne, im Wendland einen atomaren "Entsorgungspark" inklusive Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) zu errichten. Niedersachsens damaliger Ministerpr∑sident Ernst Albrecht (CDU) mu+te wenig sp∑ter einr∑umen: "Die WAA ist in Gorleben politisch nicht durchsetzbar."

Heute steckt die konsenssuchende Bundesregierung in einer Zwickmühle: Die Atomwirtschaft ist dringend auf Atomtransporte angewiesen, wenn nicht ab dem kommenden Frühjahr die Atommeiler nach und nach wegen fehlender Entsorgung abgeschaltet werden sollen. Das AKW Stade w∑re als erstes dran. Und die Anti-Atom-Bewegung hat schon glaubhaft versichert, da+ ein Atomtransport aus Stade, egal wohin, heftige Probleme bekommen wird. Da wird schon nach zwei oder drei Transporten klar sein: Der weitere Betrieb von

Atomanlagen ist politisch nicht durchsetzbar.

Doch auch in den Gewerkschaften der Energiebranche kommt immer mehr Unwillen auf. Die Liberalisierung der Stromm∑rkte droht Tausende von Arbeitspl∑tzen zu vernichten. Schon vor wenigen Wochen demonstrierten 20.000 GewerkschafterInnen in Berlin gegen die Folgen des Energiewirtschaftsgesetzes. Gleichzeitig droht die Liberalisierung zu einem +ko-Dumping zu führen. Neue Kraftwerke werden wohl kaum noch in Deutschland gebaut werden û der Strom wird dann künftig aus Osteuropa kommen.

Die Forderung der Anti-AKW-Bewegung, den Atomausstieg als Voraussetzung einer dezentralen und ÷kologischen Energiewende durchzusetzen, ist vor diesem Hintergrund eine echte Alternative, da sie auch eine klare Perspektive für neue Arbeitspl∑tze bietet.

Tokaimura û Kritische Kerne der Reaktion Seite 3

Atomkonzerne und Liberalisierung der Stromm∑rkte Seite 4

Zur Demonstration in Berlin

Seite 5

Wir rufen alle ak-LeserInnen auf: Kommt zur Demonstration am 13. November 1999 in Berlin, 12 Uhr am Brandenburger Tor!

2. Den staatlichen Mord an Mumia Abu-Jamal verhindern!

Autor: ga. · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:48

Am 13. Oktober erteilte der Gouverneur des US-Staates Pennsylvania, Tom Ridge, einen neuen Hinrichtungsbefehl gegen den jetzt 45jährigen Mumia Abu-Jamal. Nachdem das US-Verfassungsgericht am 4. Oktober einen Antrag Mumia Abu- Jamals auf einen neuen Prozeß abgelehnt hatte, soll die Hinrichtung nun am 2. Dezember vollzogen werden. Schon 1995 hatte derselbe Gouverneur einen Hinrichtungsbefehl gegen Jamal unterzeichnet, der aber aufgrund der großen internationalen Proteste fallen gelassen wurde. Der Journalist und Bürgerrechtler Mumia Abu-Jamal sitzt seit 1982 in der Todeszelle.

Eine Stimme der Unterdrückten

Mumia Abu-Jamal schloß sich schon früh der Black Panther Party an und wurde wie alle anderen Mitglieder gnadenlos von der Polizei bespitzelt und verfolgt. Nach der Zerschlagung der Partei arbeitete Mumia Abu-Jamal als Journalist in Philadelphia. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit war die Auseinandersetzung mit den rassistischen Übergriffen der Polizei, die er der Öffentlichkeit bekannt machte. Mit seinen mutigen Reportagen gegen die rassistische Brutalität der Polizei, gegen Ausbeutung und Unterdrückung verdiente er sich den Namen "Voice of the Voiceless".

Seine Arbeit machte ihn aber auch zum Objekt polizeilicher Verfolgung. Daß jemand den staatlichen Rassismus immer wieder mutig in die Öffentlichkeit brachte, war den Rassisten im Staatsapparat und der Polizei ein Dorn im Auge. 1980 wurde seine Arbeit dadurch gewürdigt, daß er zum Vorsitzenden der Ortsgruppe der Vereinigung Schwarzer Journalisten gewählt wurde.

Das Urteil stand

seit Prozeßbeginn fest

Mumia Abu-Jamal wurde am 9. Dezember 1981 unter bis heute nicht geklärten Umständen von der Polizei angeschossen und festgenommen. Bei dieser Aktion starb ein Polizist. Im Sommer 1982 wurde Abu-Jamal wegen Mordes an diesem Polizisten angeklagt. Das Gerichtsverfahren gegen ihn wurde in der gesamten Öffentlichkeit immer wieder als Farce bezeichnet. Die Zusammensetzung der Geschworenen wurde rassistisch manipuliert, Zeugen wurden von der Polizei bedroht und unter Druck gesetzt. Entlastende Beweise wurden unterschlagen oder vor Gericht nicht zugelassen. Abu-Jamal wurde das Recht auf Selbstverteidigung verweigert, statt dessen wurde ihm ein unmotivierter und inkompetenter Pflichtverteidiger zugewiesen. Begleitet wurde der Prozeß von den rassistischen Tönen des rechtsextremen Polizeiordens "Fraternal Order of Police" (FOP).

Unter diesen Bedingungen hatte Mumia Abu-Jamal keine Chance, seine Unschuld zu beweisen. Das Gericht wollte von Anfang an eine Verurteilung, um einen verhaßten Journalisten zum Schweigen zu bringen.

1982 wurde Abu-Jamal vom "Henker von Philadelphia", Richter A. Sabo, des Mordes für schuldig befunden und zum Tode verurteilt. Seitdem sitzt er in der Todeszelle.

Rettet das Leben von Mumia Abu-Jamal!

Als die Unterzeichnung des neuen Hinrichtungsbefehls bekannt wurde, kam es in verschiedenen Städten zu Protestdemonstrationen.

In den USA fordern demokratische Kongreß-Abgeordnete einen neuen Prozeß. "Das einzige, was wir mit Gewißheit wissen, ist, daß es in diesem Fall eine Rechtsverweigerung gab. Und dies alleine genügt, um einen neuen Prozeß zu führen," sagte der Demokrat Chaka Fattah aus Philadelphia im Namen einer Gruppe von 38 schwarzen Abgeordneten seiner Partei. (Frankfurter Rundschau, 18.10.1999) In der BRD protestierten Autoren und Verleger gegen die Hinrichtung, unter ihnen Nobelpreisträger Günter Grass.

Weitere Anstrengungen werden notwendig sein, um den Widerspruch, den die Anwälte Abu-Jamals gegen die Hinrichtung eingelegt haben, durchsetzen zu können. Achtet in der Tagespresse auf Demo-Termine, beteiligt euch an Kundgebungen und Aktionen, um den staatlichen Mord an Mumia Abu-Jamal zu verhindern!

ga.

3. Kritische Kerne in Reaktion. Atomexplosion im japanischen Tokaimura

Autor: DSe · Rubrik: Japan · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:25

Dümmer hätte es für die 570 WissenschaftlerInnen wohl nicht kommen können. Da beschwören die ElfenbeinturmbewohnerInnen mit starkem Drang zur Drittmittelforschung und dem Nimbus der unabhängigen und daher unantastbaren Vernunft die unerläßliche Zukunft der Atomenergie, - und da knallt ihnen eine verdammte Urananlage im High-Tech-Wunderland Japan um die Ohren. Dumm gelaufen: Der nach Tschernobyl und Harrisburg schwerste Störfall in einer Atomanlage macht jedoch nicht nur deutlich, daß diese Technologie auf den Schrotthaufen der Geschichte gehört. Es ist schier unvorstellbar, welche Schlampereien in einer mit waffenfähigen Uran hantierenden Atomanlage möglich sind und das Aufsichts- und Genehmigungsbehörden davon erst etwas mitbekommen, wenn es zu spät.

Es war gegen 10. 35 Uhr am 30. September, als in der Urankonversionsanlage der JCO in Tokai die Arbeiter damit begonnen haben, 16 Kilogramm des auf rund 19 Prozent angereicherten Uran in einen Tank einzufüllen. Dies geschieht nicht, wie es in den Handbüchern gefordert wird, mit Hilfe einer Pumpvorrichtung, die zusätzlich die Konzentration des spaltbaren Uran 235 überprüft. Statt dessen schleppen die Arbeiter des Unternehmens das Zeug in Eimern an und beginnen es per Hand in den mit Salpetersäure gefüllten Tank zu schütten. Schon diese Vorgehensweise ist atemberaubend. Doch der nächste Fehler folgt sofort: Offenbar übersehen die Arbeiter, daß sie nicht mit der Herstellung von Brennstoff für herkömmliche Leichtwasserbrennelemente befaßt sind. Diese Brennelemente, die in herkömmlichen Atomreaktoren zum Einsatz kommen, werden nur zwischen drei und fünf Prozent mit dem spaltbaren Uran 235 angereichert. Doch in den Tanks sollte zu diesem Zeitpunkt hochangereichertes Urandioxid für den Einsatz in einem Schnellen Brüter hergestellt werden. Nach Auffassung des WISE Paris, einem unabhängigen Gutachterinstitut, könnte die Menge von 16 Kilogramm Uran normalerweise für die Herstellung herkömmlichen Brennstoffes benutzt werden. Doch bei hochangereicherten Uran ist diese Menge um ein vielfaches zu hoch, lediglich rund 2,4 Kilogramm angereichertes Uran hätten in den Tank gedurft. Die Herstellung dieser besonderen Charge hatte erst am 22. September begonnen. Erstmals seit drei Jahren wurde derartiges Material in der Anlage hergestellt.

Die Folge dieses gravierenden Fehlers: Aufgrund der viel zu hohen Menge an spaltbarem Material kommt es zu einer unkontrollierten Kettenreaktion. Unterstützt durch das Kühlwasser in den Tanks "zündet" das Uran und baut in Sekundenschnelle eine enorm hohe radioaktive Gamma- und Neutronenstrahlung auf.

Mindestens drei Arbeiter werden von dieser Strahlung getroffen. Laut WISE Paris bekommt ein 35jähriger Arbeiter eine Dosis von 17 Sievert ab, ein 39jähriger wird mit 10 Sievert und ein 54jähriger mit 3 Sievert verstrahlt. Werte, die bei den Atombombenabwürfen über Hiroshima und Nagasaki gemessen wurden. Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) gibt an, daß gesundheitliche Auswirkungen schon bei Strahlenwerten ab 500 mSv zu erwarten sind. Bei Werten von 1,5 bis 2 Sievert tritt der Tod aufgrund von Knochenmarksschädigungen nach 30 bis 60 Tagen ein. Dosen über 15 Sievert wirken unmittelbar und führen nach nur einem bis zu fünf Tagen zum Tod. Laut Bundesumweltministerium wird bei einer Strahlenbelastung von 0,2 mSv/h Katastrophenvoralarm gegeben und ab 2,0 mSv/h Katastrophenalarm ausgelöst.

Um die Kettenreaktion zu stoppen, versuchen die Arbeiter, das Wasser aus den Tanks zu bekommen, da dieses als Moderator und damit als Unterstützung der Kettenreaktion dient. Der erste Versuch scheitert jedoch. Im zweiten Anlauf zerstören die Arbeiter schließlich die Wasserleitungen und schaffen es so, die Zufuhr zu stoppen. Borsäure wird eingefüllt. Bor absorbiert die Neutronen und hilft so, die Kettenreaktion zu unterbinden. Wegen der hohen Strahlung können die Arbeiter lediglich für drei Minuten in die Anlage. Dennoch bekommen sie Strahlenwerte zwischen 20 und 103 mSv ab. Der Normalwert für Angestellte in Atomanlagen liegt in Japan bei einer Dosis von 50 mSv pro Jahr. Im Katastrophenfall kann der Wert 100 mSv betragen. Insgesamt 18 Arbeiter sind an diesen Maßnahmen beteiligt. Insgesamt werden mindestens 55 Arbeiter, Feuerwehrleute und Sanitäter einer erhöhten Strahlenbelastung ausgesetzt.

Das BfS gibt später an, daß bei den ersten Messungen eine Stunde nach Unfallbeginn eine Gammadosis von 0,84 Millisievert pro Stunde am Zaun der Anlage ermittelt wurden. Der Normalwert liegt bei 0,1 Mikrosievert je Stunde.

Über die Neutronenstrahlung können stundenlang keine Angaben gemacht werden. In der betroffenen Halle gibt es dafür keine Meßeinrichtung. Es dauert fast acht Stunden, bis eine entsprechende Meßeinrichtung vor Ort ist. Laut BfS wird zu diesem Zeitpunkt am Zaun der Anlage eine Neutronenstrahlung von 4,5 mSv/h gemessen. Die Gammaleistung war zu diesem Zeitpunkt auf 0,5 mSv/h abgesunken. Aus diesen Werten schlußfolgert das BfS, daß bei Unfallbeginn die Werte doppelt so hoch gewesen sein müssen: die Neutronenstrahlung also bei 9 mSv/h und die Gammastrahlung bei 1,0 mSv/h. Wohlgemerkt: dies sind die Stundenwerte. Bei dieser Strahlung entspricht der Aufenthalt von nur einer Stunde etwa dem, was ein Mensch normalerweise innerhalb von vier Jahren aufgrund der natürlichen Strahlenexposition aufnimmt, so das BfS.

Um 7 Uhr morgens Ortszeit, am 1. Oktober, erklären die Verantwortlichen, daß die Kettenreaktion gestoppt wurde, - 20 Stunden nach Unfallbeginn.

Interne Ursachen

Soweit es derzeit erkennbar ist, sind mehrere Umstände für diese Katastrophe verantwortlich. Zum einen berichten die Arbeiter über einen enormen Arbeitsstreß, der seitens des Management von JCO erzeugt wird. Neben der scheinbar mangelhaften Ausbildung der Arbeiter, hat die Unternehmensleitung ausdrücklich die Umgehung von Sicherheitsmaßnahmen gebilligt. Dazu gehört beispielsweise das Einfüllen von Uran per Hand und Eimer in die Tanks. Eine Überwachung der Neutronenstrahlung in diesem Teil der Anlage war nicht installiert.

Überwachungskameras, die eine externe Kontrolle der Vorgänge ermöglichen sollen, waren schlicht abgeschaltet. Kritikalitätsstörfälle scheinen bei der Genehmigung der Anlage keine Rolle gespielt zu haben. Außerdem wurde kurze Zeit nach Unfallbeginn von der Firmenleitung eingeräumt, daß technische Veränderungen in der Anlage an der Genehmigungsbehörde vorbei durchgeführt worden sind. Vor diesem Hintergrund mag man kaum noch den Kopf schütteln, wenn am 12. Oktober den Zeitungen zu entnehmen ist, daß Lüftungsklappen seit Unfallbeginn offenstanden und die Ventilatoren munter radioaktive Strahlung aus dem Inneren der Anlage in die Umgebung pusteten.

Nach Angaben des Pariser Institut für Nuklearsicherheit hat es seit 1945 insgesamt 59 "ernsthafte" Kritikalitätsunfälle in Nuklearanlagen gegeben, 33 davon in den USA und 19 in der ehemaligen Sowjetunion.

Auswirkungen des Unfalls

Erst nach zwei Stunden, also gegen 12.30 Uhr Ortszeit verhängt die Polizei Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung in der Umgebung der Anlage. Im Umkreis von 200 Metern wird der gesamte Verkehr unterbunden. Erst gegen 15 Uhr entscheiden die örtlichen Verantwortlichen, die Bevölkerung im Umkreis von 350 Metern zu evakuieren. 150 Menschen aus 50 Haushalten sind von dieser Maßnahme betroffen. Sie werden per Bus in eine nur eineinhalb Kilometer entfernte Unterkunft gebracht. Während die Strahlendosis am Zaun der Anlage zwischen 4 und 4,5 mSv/h liegt, werden gegen 22.30 Uhr die AnwohnerInnen in einem Umkreis von 10 Kilometern aufgefordert, Fenster und Türen geschlossen zu halten und sich nicht im Freien aufzuhalten. Insgesamt 310.000 Menschen sind betroffen. Inzwischen räumt die Regierung ein, daß sie den Störfall unterschätzt habe und nicht ausreichend vorbereitet gewesen sei. Die Regierung bittet das US-Militär um Unterstützung. Um zu verhindern, daß die BewohnerInnen kontaminiertes Trinkwasser benutzen, wird die Versorgung mit Wasser umgestellt. Die Behörden bereiten die Ausgabe von Jod-Tabletten vor. In den frühen Morgenstunden, kurz vor sechs Uhr werden auf dem JCO-Gelände Werte in Höhe von 18 mSv/h Neutronen und 20 mSv/h Gammastrahlung gemessen. Damit liegen die Werte um das rund Fünffache über den Werten, die 12 Stunden zuvor gemessen wurden.

Am 1. Oktober bleiben alle 224 Schulen innerhalb des 10 km-Radius geschlossen, die Kinder bleiben zu Hause. Alle Straßen innerhalb eines Umkreises von 1 Kilometer werden geschlossen, nur noch Rettungsfahrzeuge dürfen verkehren. Die Japanische Eisenbahn stellt den Verkehr auf einigen Strecken ein, Linienbusse verkehren innerhalb der 10 km-Zone nicht. Die Bauern in der Umgebung werden aufgefordert, vorerst nicht weiter die Feldfrüchte zu ernten und weitere Mitteilungen abzuwarten. Alle Postämter bleiben geschlossen. In den Fabriken von Hitachi wird nicht gearbeitet. 8.700 Arbeiter und Angestellte bleiben zu hause. Die Marine warnt alle Schiffe, die die Bucht von Tokai anlaufen, über den Unfall. Den Fischern wird untersagt, vor der Küste ihre Netze auszuwerfen. Das Außenministerium bittet die USA und Rußland, Expertenteams zur Unterstützung zu schicken.

Im Laufe des Tages, die Kettenreaktion war am frühen Morgen gestoppt worden, beginnen die Behörden, nach und nach die Einschränkungen aufzuheben.

Greenpeace hat in den folgenden Tagen eigene Messungen in der Nähe der Anlage durchgeführt. Die Umweltschutzorganisation geht davon aus, daß mehr Menschen von dem Unfall betroffen sind, als die Regierung bislang einräumt. Bis zur Evakuierung müssen nach den Messungen von Greenpeace die AnwohnerInnen der Anlage etwa eine Dosis von fünf mSv/h an Neutronenstrahlung abbekommen haben. Wolfgang Köhnlein, atomkritischer Wissenschaftler und seit knapp einem Jahr Mitglied der Strahlenschutzkommission der Bundesregierung: "Fünf Millisievert ist eine erheblich Dosis. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen besonders die biologische Wirkung der Neutronenstrahlung bisher unterschätzt wurde und die tatsächlich wirksame Neutronendosis in Tokaimura zweifellos noch höher lag. Es ist daher zu befürchten, daß der Unfall bei den Menschen Langzeitschäden zur Folge hat."

JCO wird dichtgemacht

In den folgenden Tagen gerät die Betreiberfirma JCO immer mehr in die Schußlinie. JCO (ein Eigenname, der etwa soviel bedeutet wie Japan Atomic Fuel Conversion Company) ist eine hundertprozentige Tochter der Sumitomo Metalich Mining Company, einer der großen Wirtschaftsgiganten Japans. Diese haben inzwischen erklärt, diesen Geschäftszweig endgültig aufzugeben. Für einige Atomanlagen in Japan dürfte das erhebliche Probleme zur Folge haben. Neben der Mitsubishi Nuclear Fuel Company ist JCO die einzige Fabrik zur Urankonversion und hat sich seit Anfang der 80er Jahre auf die Herstellung von Brennstoff für Leichtwasserreaktoren und Schnelle-Brüter spezialisiert. 715 Tonnen herkömmlichen Uranbrennstoff und drei Tonnen hochangereichertes Uran können bei JCO jährlich hergestellt werden. Der Unfall geschah bei der Herstellung von hochangereicherten Brennstoff für den Versuchs-Brüter Joyo. 154 Mitarbeiter sind bei JCO beschäftigt.

Am 6. Oktober durchsuchen 200 Polizisten die Geschäftsräume der JCO. Als ein erstes Ermittlungsergebnis teilt das Ministerium für Wissenschaft und Technik mit, daß JCO die amtlichen Sicherheitsvorschriften eigenmächtig geändert habe. Demnach sollen JCO-Manager zugegeben haben, daß den Arbeitern ausdrücklich erlaubt worden ist, die Uranlösung für neue Brennelemente in Eimern abzumessen. Dem Unternehmen wird die Lizenz zum Betrieb der Anlage in Tokai entzogen. Die japanische Regierung, die trotz des Unfalls immer wieder betont, weiter am Ausbau der Atomenergienutzung festhalten zu wollen, ordnet die Überprüfung sämtlicher Atomanlagen inklusive der 51 Atomkraftwerke an. Bis zum Jahr 2010 plant die Regierung 20 neue Reaktoren zu errichten.

Was folgt?

Der schwere Unfall in Japan macht abermals deutlich, welch enormes Risikopotential in der Atomtechnologie steckt. Dabei kann die hiesige Atomwirtschaft nicht wie seinerzeit in Tschernobyl auf marode Reaktortechnik verweisen, die mit westlichen Sicherheitsstandards so gar nicht vergleichbar sei. Das in dem High-Tech-Land Japan derartige Produktionsbedingungen möglich sind, spricht nicht gegen Japan, sondern dafür, daß derartige Unfälle überall auf der Welt stattfinden können, - in Frankreich, in Deutschland, der Schweiz ...

In Deutschland betreibt die zum Siemenskonzern gehörende Advanced Nuklear Fuels (ANF) in Lingen die Brennelementeherstellung. Allerdings nur für herkömmliche Reaktoren, also mit einer Anreicherung von bis zu fünf Prozent Uran 235. Gleich um die Ecke liegt die Konversionsanlage der Urenco in Gronau. Hier wird aus dem gasförmigen Uranhexafluorid die Anreicherung in Zentrifugen betrieben. Grundsätzlich ist diese Anlage in der Lage, jede gewünschte Anreicherung, also bis hin zur Atombombentauglichkeit, herzustellen. Risiken bestehen dabei nicht nur mit Blick auf Kritikalitätsstörfälle. Das Uranhexafluorid reagiert extrem stark auf Wasser. Entweicht das Urangas aus einem undichten Behälter könnte schon der Kontakt mit der Luftfeuchtigkeit zu schweren Explosionen und zu großräumigen Vergiftungen in der Umgebung der Anlage führen.

Der Unfall von Tokai ist von der Internationalen Atomenergiebehörde inzwischen in die Stufe fünf der bis zu Stufe sieben reichenden Skala eingeordnet worden. Damit wird er mit dem Unfall von Harrisburg auf eine Stufe gestellt. Anders jedoch als vor 20 Jahren regiert in Berlin inzwischen ein Regierung, die den Atomausstieg auf

ihre Fahnen geschrieben hat. Was braucht diese Regierung eigentlich noch, um endlich das zu tun, wofür sie gewählt wurde: Abschalten! Sofort!

DSe

4. Macht's der Markt? Stromkonzerne, AKWs und der freie Markt

Autor: Peter Probst · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:22

Was vor einem Jahr kaum jemand für möglich gehalten hätte, ist jetzt Wirklichkeit geworden: überraschend früh führt die Liberalisierung des deutschen Strommarktes zu sinkenden Preisen auch für private Stromkunden. Innerhalb kurzer Zeit sind sämtliche großen deutschen Stromkonzerne in den Wettbewerb eingetreten und haben die Preisspirale nach unten in Gang gesetzt. Der Strommarkt wird kräftig durcheinander gewirbelt werden - mit sehr widersprüchlichen Auswirkungen auf Atomkraftwerke und ökologisch erzeugten Strom.

Bereits Anfang der neunziger Jahre hatte die Diskussion um eine EU-Richtlinie zur Liberalisierung der nationalen Strommärkte der EU-Mitgliedsländer begonnen. Zum damaligen Zeitpunkt waren die Strommärkte durch Gebietsmonopole abgeschottet. Die großen deutschen Stromkonzerne und AKW-Betreiber (Veba, RWE, Viag, VEW, HEW ...) konnten sichere Gewinne einfahren und wirtschaftlich in den Kreis der mächtigsten Industriekonzerne Europas aufsteigen. Strompreiskonkurrenz gab es nur gegenüber Großkunden aus einigen speziellen Industriebranchen (Aluminium, Stahl, Chemie), bei denen der Preis aufgrund des hohen Stromverbrauchs eine wichtige Rolle bei der Wahl des Produktionsstandortes spielte. Die KleinverbraucherInnen dagegen hatten keine andere Wahl, als den Strom von "ihrem" Gebietsmonopolisten zu beziehen und dafür die politisch genehmigten Tarife zu zahlen. Daraus entwickelten die Stromkonzerne eine Preisstruktur, die die Tarifkunden (KleinverbraucherInnen, Privathaushalte) mit hohen Kosten belastete, um den Großverbrauchern aus der Industrie äußerst günstige Preiskonditionen anbieten zu können. Als die Konzerne zur Finanzierung der Atomkraftwerke in den siebziger und Anfang der achtziger Jahre viel Geld brauchten, wurden kurzerhand und stetig die Tarife erhöht. Der Atomstrom wurde dann für wenig Geld den stromintensiven Kunden verkauft. Auf diese Weise organisierten die Stromkonzerne eine dauerhafte Quersubventionierung der Großverbraucher durch die Tarifkunden.

EU-Richtlinie zur Marktöffnung

Dies geschah in der Regel auch auf ausdrücklichen Wunsch der jeweils zuständigen Politik (Bundes-, Landesregierungen). Die EU-Politiker bedrückte jedoch etwas ganz anderes: auf europäischer Ebene gab und gibt es ein großes Gefälle bei den Strompreisen für die Industrie. Durch eine Öffnung und Angleichung der nationalen Strommärkte sollte eine Anpassung der Großkundenpreise nach unten erreicht werden, wovon dann allgemein die europäische Industrie profitieren würde. Ein späteres Sinken der Preise für die Privathaushalte wurde nur als ein möglicher Nebeneffekt betrachtet.

Die Öffnung der europäischen Märkte war jedoch kein leichtes Unterfangen. Zu viele unterschiedliche nationale und Wirtschaftsbrancheninteressen galt es zu berücksichtigen. So drängelte insbesondere Frankreich und deren einziger Atomstrommonopolist EdF darauf, mit Billigstrompreisen europaweit Großkunden beliefern zu können. In Frankreich sind, staatlich stark subventioniert, atomare Überkapazitäten vorhanden. Die deutschen Atomstromer wiederum fürchteten vor allem genau diese Konkurrenz und waren deshalb gegen eine Aufgabe der Gebietsmonopole.

Letztendlich trat dann nach langjähriger Diskussion am 19.2.97 die EU-Richtlinie zur Liberalisierung der Elektrizitätsmärkte in Kraft. Sie sieht eine stufenweise Öffnung der Märkte über einen Zeitraum bis 2006 vor und läßt vor allem zu, daß in der nationalen Umsetzung der Richtlinie ein unterschiedliches Tempo angeschlagen wird. Insbesondere sind die Interessen sowohl der stromverbrauchenden Industrie als auch die der Stromkonzerne selbst berücksichtigt. So soll die Marktöffnung zunächst nur für die Großkunden ab 40 GWh Jahresverbrauch eingeführt werden. Bis spätestens Februar 2000 soll der Markt ab 20 GWh Verbrauch und bis spätestens Februar 2003 für Kunden mit mindestens 9 GWh Stromabnahme pro Jahr geöffnet worden sein. Erst im Februar 2006 soll dann überlegt werden, ob die Märkte ganz geöffnet werden, also auch für uns kleine Endverbraucher mit 0,0002 GWh Jahresverbrauch.

Die Marktöffnung soll erfolgen, indem die Gebietsmonopolisten ihre Verbundnetze zur Verfügung stellen. Die Stromkonzerne selbst hatten in den letzten Jahrzehnten intensiv daran gearbeitet, ein europaweites

Verbundnetz herzustellen. Auf diese Weise konnten sie kurzfristig Strom einkaufen, wenn sie Kapazitätsengpässe hatten (z.B. aufgrund von AKW-Stillständen). Und sie konnten ihrerseits überschüssigen Strom verkaufen. Über das Hochspannungsverbundnetz war somit ein europaweit belieferbarer Markt für Strom hergestellt. Die EU-Richtlinie verpflichtet die Konzerne, nun auch Strom anderer Anbieter durch ihre Netze durchzuleiten, wenn ein Kunde dies wünscht (Durchleitungspflicht).

Umsetzung der EU-Richtlinie

Erstaunlich war das Tempo, in dem die EU-Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt wurde. Am 29. April 1998 trat das neue deutsche Energierecht in Kraft, welches insbesondere die bisherigen Gebietsmonopole der Stromkonzerne aufhebt. Statt dessen gilt nun freier Wettbewerb auf dem Strommarkt, weitgehend ohne Eingriffe des Staates. Das Überraschende ist, daß in Deutschland von vornherein eine vollständige Marktöffnung vorgesehen ist. Während auf europäischer Ebene vorrangig die Interessen der Industrie bedient wurden, setzte sich in Deutschland mit dem noch vom FDP-Wirtschaftsministerium entwickelten Energierecht die Variante des vollkommen freien Wettbewerbs durch.

Vorrangig war die Marktliberalisierung für die mittelständische Wirtschaft gedacht, die sinkende Preise erwarten konnte. Niemand erwartete ernsthaft einen absehbaren Preissturz für die PrivatkundInnen. Da für die ehemaligen Gebietsmonopolisten die Erlöse durch die Tarifkunden eine sichere finanzielle Basis darstellte, hatte tatsächlich keiner der Stromkonzerne ein Interesse an einem ruinösen Preiswettbewerb auf diesem Marktsegment. Lukrativ erschien allenfalls die Konkurrenz um Großkunden, die früher als Standortkonkurrenz ohnehin schon geführt wurde.

Diese stillschweigende Übereinkunft, den Wettbewerb um KleinverbraucherInnen zu vermeiden, wurde erst gebrochen, als neu auftauchende Stromhändler sich anschickten, ihnen massenhaft Kunden abzuwerben. Dies versetzte die Stromkonzerne so in Angst und Schrecken, daß sie überstürzt selbst in den Preiskampf um die PrivatkundInnen einstiegen. Erklärbar ist dies unter anderem dadurch, daß die Stromkonzerne auf einem anderen kürzlich liberalisierten Markt, den für Telekommunikation, den kürzeren gezogen haben.

Der Telefonmarkt

Die Liberalisierung des Strommarktes ist vergleichbar mit der Öffnung des Telekommunikationsmarktes zum 1. Januar 1998. Die Telefoniererei war jahrzehntelang Monopol der Deutschen Telekom (vorher: Deutsche Bundespost) gewesen. Diese konnte die Preise konkurrenzlos festsetzen und dadurch hohe Gewinne erzielen. Andere deutsche Konzerne hatten schon auf die Freigabe des Marktes gewartet. In der ersten Reihe drängelten die Stromkonzerne, die aus den AKW-Rückstellungen gewaltige Mittel frei hatten und diese in gewinnträchtigen neuen Märkten anlegen wollten (s. ak Nr. 423 "Vertreibung aus dem Paradies"). Die Telefontochtergesellschaft von RWE und Veba, O.tel.o, steckte viele Millionen in bundesweite Werbekampagnen und in den Kauf und Aufbau von Leitungskapazitäten. Der Preis wurde so kalkuliert, daß er unter dem der Telekom lag. Die Markteroberungsstrategie bestand darin, sich bekannt zu machen und über den Aufbau eigener Telefonleitungen eine sichere Basis für die Konkurrenz zur Telekom zu schaffen. Über die immer noch recht hohen Preise sollte in wenigen Jahren die Gewinnzone erreicht werden. Jedoch erwiesen sich die Konzerne mit dieser Strategie als viel zu unbeweglich. Frühzeitig erkannten kleine neue Firmen die Chancen der Marktliberalisierung und mieteten sich Leitungskapazitäten bei der Telekom, die sie zu einem Drittel des Telekom-Endpreises auf den Markt brachten - erfolgreich. Vorher unbekannte Firmen wie Mobilcom und Teldafax wachsen dadurch rasant. Allein der Handel mit Telefonminuten zu niedrigen Preisen bringt ihnen Gewinne ein. Die öffentliche Diskussion durch Preisvergleiche in Zeitungen und Internet verschafft ihnen den nötigen Bekanntheitsgrad, ohne daß sie dafür teuer werben müßten.

Nach anderthalb Jahren ist der erste Teil des Rennens um die Marktanteile gelaufen, und die Stromkonzerne sehen ziemlich alt aus. Die großen Herausforderer der Telekom sind heute Mannesmann-Arcor, Mobilcom und Teldafax. RWE und Veba haben inzwischen entnervt aufgegeben und ihre äußert verlustintensive Tochter O.tel.o (Verlust 1998: rund 2 Milliarden DM) an Arcor verkauft. Viag Interkom macht noch weiter, fährt aber ebenfalls massive Verluste ein (Verlust 1998: rund eine Milliarde DM) und steht auf der Verkaufsliste. Die Annahme der Stromkonzerne, ein eigenes Leitungsnetz sei der Garant für Markterfolg, war falsch. Entscheidend für die Verteilung der Marktanteile unter den Konkurrenten der Telekom war nicht der Besitz eines eigenen Netzes, sondern das Angebot günstiger Verkaufspreise.

Niedrige Strompreise für alle

Diese Konkurrenz durch flexible Anbieter bekommen die großen Stromversorger nun auch in ihrem Kerngeschäft zu spüren. Strombroker versuchen, die Nachfrage von Stromverbrauchern zu bündeln, die von den ehemaligen Monopolisten bislang nur zu hohen Preisen beliefert wurden. Die Berliner Firma Ampere AG sammelte die Nachfrage von 100 Unternehmen für ein Gesamtpaket von 122 Mio. kWh und suchte dafür den günstigsten Anbieter. Künftig werden diese ehemaligen Bewag-Kunden von der VEW beliefert - mit einem Preisnachlaß von ca. 27%. Der Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen holt für die gesammelte Stromnachfrage seiner Mieter (in Hamburg: 290.000 Wohnungen) europaweit Angebote ein. Die Firma Ares versucht über die Ladenkette Pro-Markt gezielt, PrivatkundInnen zu werben. Den Stromhändlern fällt es dabei leicht, die Konzerne zu unterbieten. Deren Tarife waren dermaßen überhöht, daß Stromverkäufer, die deutlich günstigere Preise anbieten und sich mit geringeren Gewinnspannen zufriedengeben, trotzdem ein gutes Geschäft machen. Die Ex-Monopolisten versuchten diese Entwicklung zunächst durch hohe Durchleitungsgebühren zu stoppen. Dies ist auf Dauer jedoch nicht durchzuhalten, da ein gesetzlich niedrigerer Durchleitungspreis droht.

In dieser Situation sind die Stromkonzerne Ende Juli 99 zum Angriff übergegangen. Als erstes startete Yello, eine Gesellschaft der Energie BadenWürttemberg (EnBW), und RWE Energie eine Preisoffensive und boten bundesweit Strom an. Zuvor hatte die EnBW noch schnell versucht, ihre eigenen Kunden mit nur geringen Preisnachlässen, dafür aber langen Vertragslaufzeiten an sich zu binden.

Diese Strategie wurde aus dem Stand auch von anderen Konzernen aufgenommen. So versuchte auch die HEW anfangs mit einem etwas günstigeren Stromtarif und langjährigen Vertragslaufzeiten, die eigenen Kunden an sich zu ketten. Sehr zum Ärger der Konzerne herrscht auf dem neuen Strommarkt jedoch große Transparenz: die Zeitungen überschlagen sich mit Strompreisvergleichen und Verbrauchertips. So mußte HEW zähneknirschend nach einigen Wochen den eigenen Spartarif nachbessern. Der Preis wurde noch einmal erheblich gesenkt und die Vertragslaufzeiten deutlich gekürzt. Auch die anderen Konzerne (Veba/PreussenElektra, Viag/Bayernwerk) sind mit vergleichbaren Tarifen auf dem Markt. So wurde innerhalb von nur zwei Monaten ein Preissturz von ca. 25% erreicht, und ein Ende ist noch nicht absehbar. Wer jetzt einen großen Teil seiner Tarifkunden verliert, wird in Zukunft kaum noch eine relevante Rolle auf dem Markt spielen können. Auch die Fusion von Veba und Viag ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß hier die eigene Überlebensgröße gesichert werden soll.

Konsequenzen

Die Freigabe des Marktes per Durchleitungspflicht, das Auftauchen von Händlern und der Versuch der Konzerne, Kunden über Preisnachlässe zu halten bzw. selbst neu zu gewinnen, hat zu purzelnden Strompreisen geführt. Angeheizt wird dies noch dadurch, daß sowohl national als auch europaweit erhebliche Überkapazitäten vorhanden sind, so daß es auch auf längere Sicht einen Angebotsüberhang gibt. Aus heutiger Sicht scheint es sicher, daß sich die Strompreise innerhalb der nächsten Monate und Jahre auf einem deutlich niedrigeren Niveau einpendeln werden. Dies führt zu einem Druck auf die Erzeugerpreise. Regenerativ erzeugter Strom aus Wind und Sonne wird dadurch weiter an Konkurrenzfähigkeit verlieren. Gleichzeitig ist jedoch durch die Marktfreigabe die Chance gegeben, umweltbewußte Käufer zu erreichen. Das heißt, regenerative Energiegewinnung wird eine Marktnische ausfüllen, deren Größe im erheblichen Maße von der Bereitschaft der PrivatkundInnen abhängt, für Ökostrom höhere Preise zu zahlen. Hier liegt allerdings auch eine Chance für Bewegungskampagnen, die z.B. zu einem Stromboykott der Atomkonzerne auffordern.

Unter Druck geraten auch die kommunalen 570 Stadtwerke. Aus ökologischen Gründen erzeugen sie den Strom zusammen mit Heizwärme in kraft-wärme-gekoppelten Anlagen. Dadurch wird der Energieeinsatz reduziert. Der Strom kann jedoch nicht so kostengünstig erzeugt werden wie in Großkraftwerken, die nur Strom produzieren. Deswegen werden die Stadtwerke zu kostensenkenden Maßnahmen gezwungen sein. Dies wird vor allem auch zum Abbau von Arbeitsplätzen führen. Zudem wurden die Überschüsse der Stadtwerke im Stromgeschäft für die Finanzierung anderer kommunaler Aufgaben genutzt, z.B. öffentlicher Nahverkehr, Betrieb von Schwimmbädern und Sportstätten. Auch hier werden als Folge der sinkenden Strompreise Arbeitsplätze gefährdet sein. Deswegen demonstrierten am 27. September in Berlin Stadtwerker aus dem ganzen Bundesgebiet gegen die Strommarktliberalisierung im kommunalen Bereich. Im

Bundeswirtschaftsministerium wird mittlerweile darüber nachgedacht, wie möglicherweise einzelne Stadtwerke mit einem hohen Anteil an KWK-Anlagen geschützt werden können.

Auch die Stromkonzerne verlieren im Privatkundenbereich einen erheblichen Teil ihrer Umsatzerlöse. Dadurch wird die Möglichkeit der Quersubventionierung der Großkundenpreise durch die KleinverbraucherInnen stark eingeschränkt. Deswegen wird es auch bei den Konzernen zu Rationalisierungen und erheblichem Abbau von Arbeitsplätzen kommen. Ob dies im Rahmen der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Konzernleitungen und Belegschaftsvertretungen vollzogen wird oder zu größeren Konflikten führt, bleibt abzuwarten.

Dennoch wird der Erzeugermarkt zunächst vor allem von den Atomkraftwerken dominiert werden. Durch bereits weitgehend erfolgte Abschreibungen (und Ausgrenzung einiger Folgekosten) ist die Atomstromproduktion zur Zeit die betriebswirtschaftlich günstigste Art, Strom zu erzeugen. Diese Situation ändert sich jedoch durch die Entwicklungen im Bereich der Kraftwerkstechnologie sowie durch Preissenkungen auf anderen Energiemärkten. So ist einer von der Hamburger Umweltbehörde in Auftrag gegebenen Studie zufolge Strom aus neu gebauten GuD-Kraftwerken sogar günstiger zu haben als aus abgeschriebenen Atomanlagen (siehe ak 429, "Gib Gas für den Atomausstieg"). Deswegen ist zu erwarten, daß es bei den Großkraftwerken eine zunehmende Erzeugerkonkurrenz zu den AKW (und auch zu Kohlekraftwerken) geben wird. Zwar haben die Stromkonzerne selber kein Interesse daran, dieser Alternative nachzugehen, da eine Stillegung ihrer AKW vorzeitig zu der Situation führen würde, daß die Entsorgungsrückstellungen für ihren eigentlichen Zweck gebraucht werden. Diese ungeheuren Finanzmassen brauchen die Stromkonzerne aber noch, um sich auf den liberalisierten Märkten groß kaufen zu können. Auch kann wegen des Investitionsvolumen wohl nicht damit gerechnet werden, daß die Händlerfirmen Kraftwerke finanzieren und bauen, um Strom günstiger zu erzeugen.

Doch die Stromgroßverbraucher aus der Industrie könnten sich selber Kraftwerke für den Eigenbedarf bauen, wenn sie dies günstiger kommt, als den Strom aus bestehenden AKW zu beziehen. Diese Situation könnte insbesondere bei weiter sinkenden Gaspreisen bald eintreten. Außerdem planen bereits Anbieter aus dem Ausland, mit eigenen GuD-Kraftwerksneubauten auf den deutschen Markt zu gehen (s. ak 425 "Freiheit für das Elektron").

Bei sinkenden Preisen bekommt jedenfalls die Frage der Verfügbarkeit der AKW eine wesentlich höhere Bedeutung. Konnten frühere AKW-Stillstände (und damit verbundene Mehrkosten durch Stromeinkauf) innerhalb der bestehenden Erlöslage aufgefangen werden, so schlagen sie jetzt voll und ganz auf die Konkurrenzfähigkeit der AKW durch. Dies erklärt zum Teil das jetzige Interesse der Atomindustrie, tatsächlich einen Konsens mit der Bundesregierung über den Weiterbetrieb der AKW zu stricken. Ausdrücklich soll festgeschrieben werden, daß die bisherigen Sticheleien von Landesregierungen aufgrund von Sicherheitsnachfragen aufhören. Denn genau die daraus eventuell erfolgenden Stillstände und erhöhten Sicherheitsaufwendungen können die Preiskalkulation schnell zuungunsten der AKW kippen.

Damit soll hier nicht gesagt werden, die Liberalisierung des Strommarktes würde jetzt fast automatisch zum Ende der AKW führen. Natürlich werden die Konzerne und ein Großteil der etablierten Parteien viel unternehmen, um die AKW noch über die nächsten Jahrzehnte zu retten. Und natürlich ist zu befürchten, daß nun auch noch französischer oder auch osteuropäischer Atomstrom zu Niedrigstpreisen importiert wird. Gleichzeitig werden jedoch die ökonomischen Widersprüche, die die AKW mit sich bringen, offener zutage treten. Die starke Abhängigkeit der Konzerne von der Atomtechnologie kann sie jetzt auch betriebswirtschaftlich schnell in existentielle Krisen führen. Die Verstopfungsstrategie der Anti-AKW-Bewegung, die zu AKW-Stillständen mangels Atommüllabstransporte führen soll, kann in diesem Sinne überaus positiv dazu beitragen, daß einige AKW auch aus wirtschaftlichen Gründen bald stillgelegt werden.

Peter Probst

5. "Alle, die gegen AKWs sind, sollen aufstehn!" Bundesweite Demo am 13.11.1999 in Berlin

"Gerhard, wir kommen" - bundesweite Demonstration am 13.11.1999 in Berlin

Autor: Jochen Stay · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:24

Wenn sich vom 22. bis 24. Oktober im Schulzentrum von Dannenberg die Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung trifft, dann könnte dies, so wird im Vorfeld gemunkelt, ein "historisches Datum" werden. Denn eigentlich war diese Bewegung in den letzten Jahren meist gar nicht das, was der Name versprach. Der Widerstand gegen den Betrieb von Atomkraftwerken spielte nur eine untergeordnete Rolle. Wirklichen politischen Druck entwickelte sich nur dann, wenn es gegen Castor-Transporte ging.

Herbstkonferenz der Anti-AKW-Bewegung

Diese "Anti-Castor-Bewegung" war sehr erfolgreich. Der Widerstand gegen die Transporte hat bewirkt, daß seit bald eineinhalb Jahren keine Atommüllzüge mehr durch die Republik rollen. Außerdem werden durch diesen Transportestopp die AKW-Betreiber in große Nöte gebracht, weil der interne Lagerplatz für abgebrannte Brennelemente nicht mehr ausreicht. In der ersten Hälfte des nächsten Jahres wird sich zeigen, ob die aus dem Stopp der Transporte erwachsene "Verstopfungsstrategie" der Bewegung funktioniert - denn dann müssen die ersten Reaktoren vom Netz, weil sie am eigenen Müll ersticken.

Fast unbehelligt von der Bewegung wurde allerdings in den letzten zwölf Monaten zuerst in Bonn und inzwischen in Berlin über die Zukunft der Atomkraft verhandelt. In der Analyse dessen, was sich in den sogenannten Konsensgesprächen abspielt, waren die TheoretikerInnen der Initiativen zwar immer auf Ballhöhe, aber wirklich eingreifen konnten die Aktiven nicht. Die schärfste Waffe blieb da oft die Presseerklärung. Und viele - zu viele - warteten auf den nächsten Castor.

Auf der Frühjahrskonferenz der Bewegung in Heidelberg wurde dann ein erster Versuch unternommen, dies zu ändern: Das Plenum beschloß eine bundesweite Anti-Atom-Demonstration für den Herbst (ak berichtete ausführlich). Doch bereits im Frühsommer war die Idee wieder gestorben. Es gab schlicht zu wenig Leute, die das Ganze auch vorbereitet hätten.

Erst in den letzten Wochen deutet sich eine Veränderung an. Zuerst machte es sich nur an Stimmungen fest. Immer öfter wurde in Gesprächen zwischen mehr oder weniger Aktiven deutlich, daß auch diejenigen, die zuerst wirklich Hoffnungen auf eine rot-grüne Ausstiegspolitik gesetzt hatten, inzwischen merken, daß sich ohne gesellschaftlichen Druck nichts bewegt. Dann äußerten sich mehr und mehr ProtagonistInnen öffentlich zu Wort.

Die großen Umweltverbände haben erkannt, welche Bedeutung dem Thema Atomkraft in der augenblicklichen Situation zukommt. Und sie sind nicht länger dazu bereit, dem grünen Bundesumweltminister den Rücken freizuhalten. In einer Pressekonferenz auf den Schienen des AKW Krümmel haben BBU, BUND, DNR, Greenpeace und NABU ihren Willen zum gemeinsamen Widerstand bekräftigt. Die Anti-Atom-ÄrztInnen von der IPPNW schrieben einen deutlichen Brief an alle Kreisverbände der Bündnisgrünen (vgl. ak 430).

Dort - an der grünen Basis - regt sich der Unmut immer deutlicher. Dabei wird der Atomausstieg langsam aber sicher zum entscheidenden innerparteilichen Knackpunkt. Die Frage lautet schlicht: Wozu sind die Grünen überhaupt mit an der Regierung? Und für viele ist die Atompolitik zum Gradmesser dieser Sinnfrage geworden.

Unter der Überschrift "Den Atomausstieg vom Konsens auf die Füße stellen" machen die im "Energiepolitischen Ratschlag" (EPR) und in der "Bundesarbeitsgemeinschaft Energie" zusammengeschlossenen grünen FachpolitikerInnen aus den Ländern Druck in Richtung Bundesregierung.

Grüne Basis wacht auf

Viele Grüne sind aufgewacht, als im September in der Zeitung zu lesen war, daß Anfang nächsten Jahres Castor-Transporte nach Ahaus rollen sollen. Ein Horrorszenario für die Partei: Der grüne Bundesumweltminister hebt den Transportestopp auf, der grüne Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz genehmigt den Transport und der grüne Polizeipräsident von Münster muß den Einsatz der

Staatsgewalt organisieren. Und dies alles ohne ein einziges abgeschaltetes AKW und kurz vor den als besonders wichtig eingestuften Landtagswahlen in NRW.

Die Frankfurter Rundschau machte sich ans Zitate-Sammeln und wurde fündig: "Wenn im Frühjahr tatsächlich die ersten Castoren Richtung Ahaus rollen, ‚können wir unseren Landtagswahlkampf gleich schmeißen', warnen nordrhein-westfälische Parteimitglieder, und auch auf der Bundesebene dämmert's: ‚Mir fehlt die Fantasie', sagt der Alt-Grüne Stratege Ralf Fücks, ‚wie die Partei das durchstehen soll.' Andere sagen es drastischer: Das Gelingen oder Nichtgelingen eines Atomausstiegs wird nicht einmal mehr eine Zerreißprobe werden, ‚das bricht den Grünen das Genick'."

Das alles war noch vor Tokaimura. Der schwere Unfall in der japanischen Uranfabrik war dann für viele der Tropfen, der das Faß der Ungeduld zum Überlaufen brachte. Nachdem ein Jahr lang in der Öffentlichkeit fast nur noch über Restlaufzeiten diskutiert wurde, waren plötzlich wieder Halbwertszeiten Thema. Statt um fiktive Schadenersatzansprüche der AKW-Betreiber ging es jetzt um reale Gesundheitsschäden in Fernost.

Das Thema ist wieder in der Gesellschaft angekommen. Bei Infoständen in Fußgehzonen erleben Anti-Atom-AktivistInnen plötzlich wieder reges Interesse. Veranstaltungen haben Zulauf. In manchen Städten gründen sich gar neue Initiativen.

All diese Kräfte - von den traditionellen Standort-BIs und Aktionsgruppen aus den Städten über die Umweltverbände bis hin zur frustrierten rot-grünen Basis, neu erwachte und wiedererwachte Aktive, GewerkschafterInnen und Fundamentaloppositionelle, SolarlobbyistInnen und WindstromerInnen - alle werden zur Herbstkonferenz in Dannenberg erwartet. Auf daß die nominelle Anti-AKW-Bewegung wieder zu einer aktiven Anti-AKW-Bewegung werde.

Das Ziel ist klar: In den nächsten Monaten soll sowohl der Regierung als auch den Stromkonzernen mächtig Dampf unterm Hintern gemacht werden, auf daß die bisher in Erwägung gezogenen Konzepte zum Weiterbetrieb der Reaktoren (sie nennen das "Ausstieg") ganz schnell in der Altpapiersammlung landen.

Die Konferenz kann dazu so etwas wie eine Initialzündung sein. Wenn sich gewisse Stimmungen und Einschätzungen an einem Ort bündeln, wenn genügend Menschen mit ähnlichen Zielen und großer Motivation zusammenkommen, dann entsteht manchmal mehr als nur die Schnittmenge oder Summe aller Einzelnen. Dann kommt es zu einer Art chemischen Reaktion, die viel Energie freisetzt und etwas völlig neues entstehen läßt. So gesehen werden die Tage von Dannenberg spannende Tage.

Stunkparade in Berlin

Das schöne daran: Erste konkrete Handlungsschritte sind längst vorbereitet. Am wichtigsten ist da sicher die "Stunkparade" in Berlin. Am 13. November findet sie jetzt doch noch statt, die bundesweite Anti-Atom-Großdemo. Nachdem das Jahr über der Mut und die Leidenschaft fehlte, die Idee umzusetzen, ist nun die "Bäuerliche Notgemeinschaft" aus dem Wendland in die Bresche gesprungen.

Vor genau 20 Jahren gab es den legendären "Gorleben-Treck" nach Hannover unter dem Motto "Albrecht, wir kommen". Als die Bäuerinnen und Bauern in der niedersächsischen Landeshauptstadt eintrafen, haben dort 100.000 Menschen mit ihnen gemeinsam demonstriert. Und kurz darauf sprach der damalige CDU-Ministerpräsident Ernst Albrecht die historischen Worte: "Die WAA ist in Gorleben politisch nicht durchsetzbar."

Jetzt heißt es "Gerhard, wir kommen" und es ist ein kluger Schachzug der Notgemeinschaft, vor allem den Kanzler in den Mittelpunkt ihres Protestes zu rücken, denn das erste Jahr Rot-Grün hat gezeigt, daß vieles in der Atompolitik an Gerhard Schröder hängt. Damit öffnet sich die Demonstration gleichzeitig für all diejenigen, die in Jürgen Trittin noch immer den einsamen Kämpfer gegen die Atomkonzerne sehen wollen.

Es soll eben eine große gemeinsame Demo werden, für alle, denen, tja, beinahe hätte ich geschrieben, denen der Ausstieg zu langsam geht, aber leider gibt es ja von Regierungsseite nicht mal einen langsamen Ausstieg zu vermelden. Also eine Demo für alle, die was gegen den Weiterbetrieb der AKWs haben. Wie sangen doch die "Bots" Anfang der 80er Jahre: "Alle die gegen Atomkraftwerke sind, sollen aufstehn!"

Unter Umständen geht es in Berlin sogar um mehr als nur um AKWs. Ein Jahr nach der Regierungsübernahme durch Schröder, Fischer & Co. liegt ja weitaus mehr im Argen als nur die Atompolitik. Vielleicht ist der Streit um

den Ausstieg nicht nur der "Knackpunkt" für grüne Regierungsbeteiligung, sondern auch eine Möglichkeit, machtvolle Opposition gegen die herrschende Politik im Allgemeinen zu demonstrieren. Möglicherweise wird aus der "Atompolitischen Opposition", abgekürzt ApO auch wieder eine "Außerparlamentarische Opposition" (APO). Unzufriedenheit dürfte genug vorhanden sein. Bisher gab es kaum Möglichkeiten, diese öffentlich zu manifestieren. Am 13.11. ändert sich das.

Ein Manko hat die "Stunkparade": Die "Bäuerliche Notgemeinschaft" hat sich sehr kurzfristig zum Treck in die Hauptstadt entschieden. Es bleibt kaum Zeit zur Vorbereitung. Deshalb wird in der Kürze weniges zentral organisiert. Wildwuchs ist gefragt. Die "Stunkparade" kann nur gelingen, wenn sich alle verantwortlich fühlen. In den noch verbleibenden Wochen gilt es, jeden Tag zu nutzen. Hauptaufgabe wird es sein, in den einzelnen Städten und Regionen möglichst optimal für die Demonstration in Berlin zu mobilisieren.

Was tun? Eigene Flugblätter und Plakate herstellen, dafür sorgen, daß ein möglichst breites Spektrum an Gruppen und Personen davon erfährt. Und vor allem: raus aus den üblichen Kreisen: Ökoszene und Studis, Punks und Jusos, SolaraktivistInnen und Autonome, GewerkschaftlerInnen und grüne Basis, Kirchen und Naturkostläden, Jugendgruppen und Szenekneipen, und alle alle, die "früher" mal was gemacht haben (und die noch genau wissen, wie das geht). Bringt es in Zeitungen und Rundbriefe. Macht Mobilisierungsveranstaltungen und -aktionen, bestellt Busse, oder tut Euch mit anderen Städten und Regionen zusammen und organisiert einen Sonderzug.

Laut der äußerst schiefen Statistik vom "Deutschem Atomforum" bezeichnen sich nur noch 11,8 Prozent der BundesbürgerInnen als "Atomkraftgegner" (in der gleichen Umfrage sind allerdings deutlich mehr für einen raschen Ausstieg, seltsam). Aber gut, nehmen wir mal die 11,8 Prozent. Das sind 9,5 Millionen BundesbürgerInnen. Wenn es in diesen Wochen gelingt, davon jede/n dreihundertste/n dafür zu gewinnen, mit nach Berlin zu kommen, dann sind wir dort etwa 30.000 Menschen. Wäre doch nicht schlecht.

Ich schätze mal, daß diesen Text im ak ca. 500 Menschen lesen werden. Wenn davon jede/r durchschnittlich neun andere für den 13.11. gewinnt, dann kann alleine die ak-LeserInnenschaft einen Block von 5.000 DemonstrantInnen in Berlin bilden. Ist doch eine nette Vorstellung, oder? Klar, neun andere zum Mitkommen überreden, das ist richtig viel. Aber es ist machbar.

Und wer möchte nicht dabei sein, wenn sich zum Ausgang des Jahrhunderts in Berlin die Demonstrationskultur der 70er und 80er Jahre mit der hauptstädtischen Straßenevent-Kultur der 90er zu einer hochbrisanten Masse verbindet? Keine "Latschdemo" und kein "Redenmarathon" einerseits, keine "Loveparade" oder "Skateparade" andererseits. Nein: "Stunkparade" ist angesagt.

Ich weiß, daß viele diesen Text lesen werden, die sehr genau wissen, wie mensch erfolgreich mobilisiert. Sie müssen sich jetzt nur noch dafür entscheiden, es auch zu tun. Manche lesen diesen Text auch, die sowas noch nie gemacht haben. Das sind meistens diejenigen, mit deutlich mehr Elan und Phantasie. Gute Voraussetzungen also. Es liegt in unseren Händen.

Und wenn der 13.11. gut läuft, dann wird er ein Auftakt sein, für eine neue Anti-AKW-Bewegung. Dann werden auf der Heimfahrt in den Bussen und Sonderzügen schon die Einladungen zum Treffen der neuen Anti-Atom-BIs in den Städten verteilt. Dann wird der Winter genutzt werden, um breit zu informieren und die Propaganda von Atomindustrie und Bundesregierung zu konterkarieren.

So bereitet die IPPNW bereits in Kooperation mit vielen anderen aus der Bewegung eine Zeitung mit riesiger Auflage vor, die an möglichst viele Haushalte in der Republik verteilt werden soll. Darin wird - um es mit den Worten der grünen EnergiepolitikerInnen zu sagen - der Ausstieg vom Konsens auf die Füße gestellt. Die durchaus vorhandenen Informationsdefizite in der Bevölkerung sollen mit dieser Zeitung ein Stück weit behoben werden. Und auch in diesem Blatt geht es am Schluß um Handlungsperspektiven.

Dann werden spätestens im Frühjahr die nächsten großen Aktionen folgen, diesmal vielleicht an den Standorten der Reaktoren. Und sollte irgendwann der Castor rollen, dann wird die neue Anti-Atom-Bewegung der alten Anti-Castor-Bewegung zu Hilfe eilen.

Auf der Herbstkonferenz der Anti-AKW-Bewegung vom 22. bis 24. Oktober in Dannenberg wird ein Experiment gestartet: Der Aufbau einer druckvollen Oppositionsbewegung in Zeiten von Rot-grün. Für alle, die sich noch zu jung fühlen, um schon zu resignieren. Macht mit!

Jochen Stay

6. Faschismus an der Donau? Rassistische Patrioten machen Jörg Haider zum Wahlsieger

Autor: Hannes Hofbauer · Rubrik: Österreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:31

Österreich ist eine Insel der Seligen. Mit diesen Worten beschrieb Papst Paul VI. vor mehr als 20 Jahren das kleine Land im Herzen des Kontinents. Es war die Zeit, als Bruno Kreisky den Posten des Bundeskanzlers der Republik und Kurt Waldheim den des Generalsekretärs der UNO bekleideten. Innenpolitisch stabil und außenpolitisch integrativ, so konnte man den sozialdemokratischen Kurs jener siebziger Jahre beschreiben, dem ein schwaches Besitzbürgertum im Lande nichts entgegenzusetzen hatte als den über die ÖVP vermittelten Gewerbe- und Bauernschutz. Die Sozialpartnerschaft stand in ihrer höchsten Blüte.

In Wien wurde das erste PLO-Büro Westeuropas errichtet, Libyens Muammar Ghaddafi reiste mit großem Pomp zur Eröffnung der größten Moschee in die Donaumetropole, Bruno Kreisky attestierte. Und sein Außenminister Erwin Lanc forderte auf den Sitzungen von Weltbank und Internationalem Währungsfond eine rasche Umschuldung für Jugoslawien, ansonsten könnte es zu nationalen Krisen nach dem Tode Titos kommen.

Eine Generation später erhält der nationalliberale Rechtspopulist Jörg Haider, mittlerweile zum Landeshauptmann (Ministerpräsident) von Kärnten aufgestiegen, mit seiner FPÖ über ein Viertel der WählerInnenstimmen - bundesweit. Weltweit herrscht darob Aufregung und Empörung. In Israel, den USA und in Deutschland erheben Polit- und Medienzentralen warnend ihre Zeigefinger. Allenthalben sieht man an der Donau einen neuen Faschismus heraufdämmern. Was ist geschehen? Und wohin führt Österreichs Rechtsruck innenpolitisch und international?

30 Jahre Sozialdemokratie = 25% Haiderianer

Aus der Vogelperspektive betrachtet - ein zugegeben etwas verschobener Blickwinkel - könnte man dem päpstlichen Wort von anno dazumal auch heute noch etwas abgewinnen. Österreich ist eine Insel der Seligen. Das Land kennt - neben Luxemburg - die niedrigste Arbeitslosenrate in der Europäischen Union, hunderttausende Frühpensionisten genießen einen konsumfreudigen Lebensabend, soziale Einrichtungen funktionieren im europäischen Vergleich meist vorbildhaft - statistisch ist der Wohlstand noch nicht auf die schiefe Bahn geraten. Und außenpolitisch gilt nach wie vor das Neutralitätsgesetz, die Erweiterungsrunde der NATO vom Sommer dieses Jahres ging an Wien Richtung Osten vorüber, im Krieg der westlichen Wertegemeinschaft gegen Jugoslawien hat das Land - wie sonst nur noch die Schweiz - seinen Luftraum für NATO-Überflüge nicht freigegeben. 30 Jahre sozialdemokratische Kanzlerschaft haben offensichtlich doch Spuren hinterlassen.

Demgegenüber Deutschland, wo nach einem halben Jahr rosa-grüner Koalition eine neue Kriegsgeneration auferstanden ist, die die Bombardierungen eines Feindlandes unter dem Stichwort "Menschenrechte" verarbeitet. Die Reformierung der NATO-Doktrin zu einer allzeit bereiten Schnellen Eingreiftruppe im Dienste von freiem Investitionszugang und Ressourcentransfer hat Deutschlands Soldaten die Welt geöffnet, soweit sie sich mit dem Führer der Allianz, den USA, zu einigen wissen. In Bosnien, dem Kosovo, in Albanien und Makedonien stehen sie im Einsatz; in Ungarn, Polen, Tschechien trainieren sie neue Kameraden. Innenpolitisch schreitet der Sozialabbau mittels Sparpaketen zügig voran; in der Ausländerpolitik wurde das Konzept einer doppelten Staatsbürgerschaft ohne große Debatten verworfen. Deutsches Blut geht vor, weshalb ein von Kärntner Protestanten abstammender deutschsprachiger Banater aus der Gegend um Timisoara auch in der 10. Generation nach der Auswanderung automatisch bundesdeutscher Staatsbürger ist, wenn er dies wünscht. Der deutsche Nationalismus, der sich 1991 in der Vergrößerung des Landes und seit je in der völkischen Auslegung der Staatsbürgerschaft äußerte, betrifft ganz Europa. Die erste Grenzänderung nach dem Zerfall des Ostblocks war deutsch-national orientiert. Und der deutsche Zugriff auf BürgerInnen anderer Staaten - wie Polen, Rumänien, Rußland - qua deutschem Grundgesetz kann jederzeit zu gefährlichen internationalen Destabilisierungen führen.

Doch zurück zur Bodensicht. Jörg Haider legt zu. Er gilt als Nationalist. Die österreichische Nation, so meinte er einmal, sei eine Mißgeburt. Also deutscher Nationalist. Doch von einem Anschluß an Berlin will er nichts wissen. Mit dem Nationalismus-Vorwurf ist dem Phänomen Haider kaum beizukommen. Ein österreichischer

machte sich lächerlich, und den deutschen Nationalismus betreibt jede Regierung in Bonn oder Berlin effizienter. Jörg Haider ist Populist, Rechtspopulist. "Wußten Sie schon, daß in Wien z.B. ein Chinalokal mit 600.000,- Schilling (95.000,- DM, d. A.) gefördert wird, während die heimischen Beiseln leer ausgehen und eines nach dem anderen zusperren muß?" Solche Flugblätter sind Haiders Stärke. Ausländerfeindlichkeit, Haß schüren, Vorurteile prägen - das ist sein Metier. Beweise sind für derlei Behauptungen nicht mehr notwendig, welches von tausenden Chinarestaurants sollte sich auch durch derlei Unterstellung angesprochen fühlen?

Mit "Stop der Überfremdung" und "Stop dem Asylmißbrauch" führte die Haider-FPÖ ihren Wahlkampf. 1,2 Mio. ÖsterreicherInnen (von 5,8 Mio. Wahlberechtigten) stimmten zu. Zum Verständnis für das Spezifische des österreichischen Rechtsrucks bedarf es ein wenig historischer Kenntnisse der Nachkriegsgeschichte. Bereits seit 1918 fehlt dem damals radikal verkleinerten Land ein kraftvolles eigenständiges Bürgertum, die Jahre der Zugehörigkeit zum Deutschen Reich haben diesen Tatbestand noch verschärft. Nach 1945 lagen 60-80% der Industrie, des Banken- und Energiewesens in deutscher Hand. Das Potsdamer Abkommen machte das Deutsche Eigentum reparationsfähig. Nicht zuletzt als Gegenstrategie zur Übernahme ehemaligen deutschen Eigentums durch die sowjetische Verwaltung im östlichen Teil Österreichs entwickelten die beiden Großparteien SPÖ (Sozialistische Partei Österreichs, seit Beginn der 90er Jahre Sozialdemokratische Partei Österreichs) und ÖVP (Österreichische Volkspartei) ein Verstaatlichungskonzept. Seit 1946/48 war ein Gutteil der Industrie, des Bankenwesens, des Energiesektors etc. verstaatlicht. Billige Vorleistungen dieser Betriebe für exportorientierte Privatunternehmen einerseits und fast uneingeschränkte sozialdemokratische Gewerkschaftsmacht in den Kernsektoren der Wirtschaft lautete der historische Kompromiß der frühen 50er Jahre. Bis Mitte der 80er Jahre ist daran nicht gerüttelt worden.

Anders als in den übrigen westeuropäischen Ländern konnte die Sozialdemokratie in Österreich - nach dem Abzug der Besatzungsmächte im Jahre 1955 - eine starke wirtschaftliche Basis erlangen. Aufsichtsräte und Betriebsräte in den großen Staats- und Gemeindebetrieben waren austauschbare Posten für austauschbare Genossen. Auch politisch wurde das Land nach ähnlichem Muster geführt. Parteibuch, Gewerkschaftsmitglied, Dienstvertrag - so lautete die Reihenfolge, um sich erfolgreich in die Arbeitswelt zu integrieren. In ÖVP-dominierten Ländern wie Niederösterreich brauchte es das schwarze Parteibuch, in SPÖ-Domänen wie Wien oder Kärnten das rote. Wohnung, Arbeitsplatz, Kindergartenplatz: ein Mitgliedsbuch war von großem Vorteil. Vom Lehrer bis zum Gemeindeschreiber wurden monatlich die Mitgliedsbeiträge abgebucht.

Wirtschaftsliberalismus statt geschützter Sektoren

Der Zusammenbruch des Ostblocks erschütterte Österreich. Während noch tausende Trabis und Wartburgs von Ungarn kommend die Donau aufwärts Richtung Bayern tuckerten, um ihre nationale Pflicht zu erfüllen, ging das Zeitalter der verstaatlichten Industrie seinem Ende entgegen. Schon Mitte der 80er Jahre waren, als Vorleistung für den ins Auge gefaßten Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft, die großen industriellen Komplexe zerschlagen und ihre lukrativen Teile privatisiert worden, 1989 war dieser Prozeß in vollem Gange. US-amerikanische Pensionsfonds und ehemalige deutsche Konkurrenten teilten sich in die Besitzungen des verstaatlichten Komplexes.

Noch kurz davor hatte die großkoalitionäre Bundesregierung ein Mitgliedsansuchen an Brüssel gesandt, um Aufnahme in die EG zu finden. Ab 1. Januar 1995 ist Österreich Vollmitglied. Die ökonomischen - und politischen - Hochburgen der Sozialdemokratie waren damit "reformiert", europäisiert, den Kräften des Weltmarktes preisgegeben. Symptomatisch für den atemberaubend schnellen Wandel mag die Geschichte des austro-kanadischen Großunternehmers Frank Stronach sein. Dieser "Onkel aus Amerika" hatte sich Jahrzehnte nicht um den Industriestandort Österreich gekümmert, im Umfeld der Verstaatlichten war für Investoren seines Schlages nicht genug zu holen gewesen. Mit dem Verkauf des industriellen Familiensilbers trat Stronach auf den Plan, kaufte eines der ehemaligen verstaatlichten Paradeunternehmen, den Fahrzeugbaubetrieb "Steyr", und führte von Anfang an einen gnadenlosen Kampf gegen die Gewerkschaften. Mitte Oktober 1999 konnte Stronach seinen großen Sieg verbuchen. In einer internen Betriebsabstimmung an mehreren seiner Standorte stimmten die ArbeiterInnen gegen die Etablierung eines Betriebsrates. Obwohl ungesetzlich, mußte der Gewerkschaftsbund seine Niederlage zur Kenntnis nehmen.

Die Sozialdemokratie hat die in Vorbereitung auf den EU-Beitritt durchgeführten massiven Privatisierungen kaum überlebt. Das gebrochene sozio-ökonomische Rückgrat führte zur politischen Sinnkrise. Zwischen Globalisierung der Standorte und Flexibilisierung der Arbeitswelt ist sie - wie in anderen Ländern auch - in die

tiefste existentielle Krise geraten. Der Unterschied in Österreich: hier war ihre Macht über Jahrzehnte in vielen Bereichen des Alltags - der Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche - grenzenlos. Und dementsprechend auch der Machtmißbrauch.

Bürgerblock ohne Bürger

Mit der Wende im Osten und im Gefolge des EU-Beitritts übernimmt die christlichkonservative ÖVP die politische Führung im Lande, vorerst inhaltlich. Sie ist es, die soziale Einschnitte - sogenannte "Reformen" - vorantreibt, während die SPÖ in die defensive Rolle des "sozialen Gewissens" ohne großen Gestaltungsspielraum gedrängt wird. Reform, Reform, Reform. Eine Diskussion über Gewinner und Verlierer der wirtschaftlichen und sozialen Deregulierungen oder gar eine linke Alternative dazu wird nicht geboten. Das ist die Stunde des Jörg Haider. Die Angst breiter Bevölkerungsschichten vor den Auswirkungen der offensichtlich unausweichlichen Weltmarktanpassungen weiß Haider geschickt zu nützen. Binnen weniger Jahre mutierte seine Partei FPÖ, die in den 50er Jahren als Auffangbecken für heimatlos gewordene NSDAP-Sympathisanten gegründet worden ist, zur Arbeiterpartei in genau jenen Regionen, in denen die Zerschlagung und Privatisierung der Verstaatlichten soziale Risse aufgetan hat. Modernisierungsverlierer und viele, die es demnächst werden könnten, laufen nun der FPÖ in die Arme.

Die ÖVP hat diesen gesellschaftlichen Kurswechsel erkannt. Immer mehr ihrer Funktionäre wenden sich deshalb von dem alten Sozialpartner und Koalitionspartner SPÖ ab und sprechen einer schwarz-blauen Regierung das Wort. Für den widerspruchslosen Beitritt zur EU war die SPÖ mit ihrer immer noch vorhandenen Stärke in den Bereichen Post und Bahn vonnöten, so drückte es unlängst der bekannte linksliberale ÖVP-Mann Erhard Busek aus. Nun, wo es auf mittlere Sicht um die NATO-Mitgliedschaft geht, kann man ohne SPÖ auskommen. Buseks Ruf nach einem Bürgerblock trägt nur einen Makel an sich: Es ist ein Bürgerblock ohne Besitzbürger. Denn nur wenige Exemplare vom Schlage eines Frank Stronach oder der neue FPÖ-Spitzenmann Thomas Prinzhorn können für sich in Anspruch nehmen, Industriemagnaten zu sein. Der große Rest der ehemaligen Verstaatlichten ging in ausländische Hände. Deshalb geriert sich die FPÖ als Partei der rabiaten Kleinbürger, oftmals mit proletarischem Hintergrund, mit sozialdemokratischem Elternhaus, voll Angst um die Zukunft in einer sich immer stärker globalisierenden Welt.

Geübt wurde die Wende nach rechts bereits seit Jahren und unter sozialdemokratischer Kanzlerschaft. Die FPÖ erfüllte dabei gegenüber der großen Koalition aus SPÖ und ÖVP die Rolle des Antreibers. Ausländer- und Flüchtlingspolitik sind idealtypisch dafür.

Mit 1.200 km EU-Außengrenze hat Österreich im Schengener Konzept die Funktion des Bollwerks übernommen. 70.000 Aufgriffe an der grünen Grenze seit 1991; Rumänen, Ukrainer, Russen. Die Menschenjagd wird mit allen technischen Mitteln und dem Assitenzeinsatz der Armee betrieben. All das trägt die Handschrift sozialdemokratischer Innenminister, die Jörg Haider seit geraumer Zeit als "meine Minister" in der Regierung zu bezeichnen pflegt.

Die Umsetzung des Wahlresultats vom 3. Oktober 1999 in eine funktionsfähige Regierung kennt zwei Optionen, die beide einen ähnlichen Rechtsruck bedeuten: eine weitere Legislaturperiode sozialdemokratischer Kanzlerschaft mit noch mehr ÖVP-Programmatik und noch mehr Getriebenheit durch Jörg Haider; oder den schwarz-blauen Kleinbürgerblock. Im zweiten Fall gilt eine direkte Teilnahme Jörg Haiders an der Regierung nicht als sehr wahrscheinlich. Haider könnte als Landeshauptmann in Kärnten bleiben, dort die Platzhirschfunktion ausüben und seine Statthalter in Wien kritisch beäugen. Diese - zugegeben - schlechteste Variante würde es ihm erlauben, im Falle von Regierungsmißgeschicken schnell wieder in die Rolle der Opposition zu schlüpfen, seine eigenen Mannen - wie schon so oft - mit Schimpf und Schande davonzujagen und ein weiteres Mal als politischer Saubermann von rechts punkten zu können. Die Insel der Seligen war ohnedies immer bloß eine päpstliche Vision.

Hannes Hofbauer,

Wien, 12.10.99

Von Hannes Hofbauer ist soeben das Buch Balkankrieg. Die Zerstörung Jugoslawiens im Wiener Promedia Verlag erschienen.

Nationalratswahlen in Österreich, +, +, +, +, +, +

, Nationalratswahl 1999, +, +, Nationalratswahl 1995, +, +

, Prozent, absolute Stimmen, Mandate, Prozent, absolute Stimmen, Mandate

SPÖ, 33,1, 1.532.448, 65, 38,1, 1.843.474, 71

ÖVP, 26,9, 1.243.672, 52, 28,3, 1.370.510, 52

FPÖ, 26,9, 1.244.087, 52, 21,9, 1.060.377, 41

Liberales Forum, 3,65, 168.612, 0, 5,5 , 267.026, 10

Die Grünen, 7,4, 342.260, 14, 4,8, 233.208, 9

KPÖ, 0,5, 22.016, 0, 0,2, 13.938, 0

7. Zweigeteilt? Aber immer! Berlin: Die Große Koalition darf weiterhin die Stadt quälen

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Wahlen · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:42

Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) in Berlin haben zwei eindeutige Sieger: die CDU und die PDS. Politisch bleibt alles beim alten: Nach 1990 und 1995 wird es wieder zu einer Großen Koalition aus CDU und SPD im "Preußischen Landtag" kommen.

Es ist noch gar nicht lange her, da machte sich die Berliner SPD Hoffnungen, nach den Wahlen mit den Grünen die Sessel im "Roten Rathaus", dem Berliner Regierungssitz, einnehmen zu können. Anders noch als zu den Abgeordnetenhauswahlen 1995, als man ohne Koalitionsaussage antrat, war diesmal Rot-Grün das erklärte Ziel.

Es war von vornherein ein ambitioniertes Ziel. Die von Willy Brandt seinerzeit proklamierte "Mehrheit links von der Union" ist seit 1990 in Berlin zwar Realität. SPD, Grüne und PDS erreichten bei den Wahlen jeweils mehr Stimmen als die Union bzw. 1990 mehr als CDU und FDP zusammen. Allerdings kommt diese Mehrheit nicht zum Tragen, weil die SPD jegliche Zusammenarbeit mit der PDS ablehnt. Die Grünen haben sich dem angeschlossen. Nach den Wahlergebnissen von 1995 (SPD 23,6% - Grüne 13,2% - PDS 14,6%) hätte es eines deutlichen Zuwachses bei der SPD bedurft, ihr Ziel zu erreichen.

Nach der Bundestagswahl 1998 sah es vorübergehend so aus, als könnte der Coup gelingen. Damals erreichte die SPD 37,8%, die CDU landete bei 23,7%. Aber der Traum währte nicht lange. Von einem Monat zum nächsten geriet die SPD stärker ins Hintertreffen. Kurz vor den Wahlen vom 10. Oktober wurde in der Presse sogar über die Möglichkeit einer absoluten Mehrheit für die Union spekuliert.

Die Angst der CDU vor der absoluten Mehrheit

Dazu reichte es dann aber doch nicht, was der CDU unter ihrem Spitzenkandidaten Eberhard Diepgen nicht unlieb war. Denn augenfällig war, wie nervös die Union auf die schlechten Umfragewerte der Berliner SPD reagierte. Als die Sozialdemokraten kurz vor den Wahlen unter 20% gehandelt wurden und in ihren Reihen eine Diskussion aufkam, unter diesen Bedingungen in die Opposition gehen zu wollen, betonte die CDU penetrant, die großen Probleme in der Stadt seien nur gemeinsam mit der SPD zu lösen.

Das dahinterstehende Kalkül: Solange die SPD in die Große Koalition eingebunden ist, wird es keine Veränderung im Verhältnis SPD-PDS geben. Dadurch ist auf Jahre hinaus gesichert, daß die Union, obwohl in Berlin mehrheitlich "links" gewählt wird, an der Regierung bleibt.

Bislang klappt das Spiel bestens, so auch diesmal: Der CDU ist es gelungen, ihr bestes Ergebnis der drei Gesamtberliner Wahlen nach 1990 zu erzielen, während die SPD ihr schlechtestes Ergebnis der Nachkriegszeit einfuhr. Dabei konnte die CDU im Osten 17.000 WählerInnen hinzugewinnen. In den westlichen Stadtbezirken Reinickendorf, Spandau, Zehlendorf, Steglitz, Tempelhof und Neukölln übersprang sie die 50-Prozent-Marke, in Westberlin erreichte sie insgesamt 49,3%. Hier wählt inzwischen jede/r zweite ArbeiterIn die Union, selbst bei den Gewerkschaftsmitgliedern liegt sie hier vorne.

Die PDS dominiert - quasi spiegelbildlich - den Ostteil der Stadt. Sie baute sogar ihre Position aus, die sie bei der vorangegangenen Wahl erstmals eingenommen hatte. Die PDS hat im Vergleich zu 1995 in allen Bezirken im Ostteil zugelegt. Mit Ausnahme der Bezirke Hellersdorf und Weißensee, wo die CDU zwei Direktwahlkreise gewann, schickt sie aus allen anderen Wahlkreisen ihre KandidatInnen ins Abgeordnetenhaus. Ihre besten Ergebnisse erzielte sie mit mehr als 40% in Mitte, Friedrichshain, Lichtenberg, Marzahn, Hellersdorf und Hohenschönhausen.

Die SPD dagegen ist in keinem Milieu und keinem Bezirk mehr fest verankert. Wie schlecht sie abschnitt, zeigt sich, wenn man die Berliner Wahl mit der Bundestagswahl vergleicht: Am 10. Oktober erreichte sie nicht einmal halb so viele WählerInnen wie 1998. Die Union dagegen konnte trotz deutlich niedrigerer Wahlbeteiligung 175.000 Stimmen dazugewinnen, die PDS 13.000. Die Grünen hingegen verloren 66.000 WählerInnen.

Die Verluste der SPD (-1.2%) und der Grünen (-3,3%) kamen etwa zu gleichen Teilen der CDU und der PDS zugute. Darüberhinaus haben die Grünen kräftig an die SPD verloren. Das schlechte Abschneiden der Grünen relativiert sich allerdings, da sie bei den Wahlen vor vier Jahren ein außerordentlich gutes Ergebnis erzielt hatten.

Der Osten ist rot, der Westen schwarz

Die Spaltung der Stadt, wie sie sich bei den Abgeordnetenhauswahlen zeigt, spiegelt sich auch bei den BVV-Wahlen wider: Der Osten bleibt rot, der Westen schwarz. CDU und PDS konnten in ihren Hochburgen ihre Positionen ausbauen. Die CDU stellt wie vor vier Jahren in allen westlichen Bezirken mit Ausnahme von Kreuzberg die stärkste Fraktion. Auch im Osten konnte die Union hinzugewinnen. Dort sicherte sie sich in der Mehrheit der Bezirke den zweiten Platz hinter der PDS und vergrößerte ihren Abstand zur SPD.

In Lichtenberg erzielte die PDS mit 48,2% ihr bestes Ergebnis. Sie ist in allen östlichen Bezirken die stärkste Partei. Im Westen konnte sie erstmals in acht Bezirken Mandate gewinnen. Ihr bestes Ergebnis erzielte sie dabei in Kreuzberg mit 8,6%. Nur in Zehlendorf, Steglitz, Tempelhof und Reinickendorf konnte die PDS die 3-Prozent-Hürde nicht überwinden. (Im März 1997 fiel in Berlin bei den BVV-Wahlen die 5-Prozent-Hürde, nachdem REP und FDP dagegen geklagt hatten.)

Die Grünen erreichten ihr bestes Ergebnis ebenfalls in Kreuzberg. Die Kreuzberger Grünen, die sich in ihrem Wahlkampf deutlich von der Bundespartei abgesetzt haben (u.a. mit dem Wahlslogan "Der Widerspruch verläuft nicht zwischen jung und alt, sondern zwischen reich und arm"), wurden im Bezirk wieder stärkste Partei (32,4%). Hier gelang es ihnen auch, zwei Direktkandidaten zum Abgeordnetenhaus durchzubringen. Den Einzug in die Kreuzberger BVV schafften auch die Spaßvögel von der "KPD/RZ" ("Kreuzberger Patriotische Demokraten/Realistisches Zentrum"). Auf dem Niveau einer Splitterpartei bewegt sich die FDP, die wieder den Einzug ins Abgeordnetenhaus verpaßte. Dank der 3-Prozent-Hürde schaffte sie es immerhin, je einen Abgeordneten in zwei Westberliner BVVs zu schicken.

NPD und REP, die zu den Abgeordnetenhaus- und BVV-Wahlen angetreten waren, war kaum Erfolg beschieden. Die REP, die 1989 zum ersten und bisher einzigen Mal den Einzug in das damalige Westberliner Parlament schafften, hielten ihren 1995 erreichten Stimmenanteil von 2,7%. Im Wedding, in Friedrichshain, Neukölln, Pankow, Reinickendorf und Hohenschönhausen schafften sie den Einzug in die BVV. Die NPD kam bei den Abgeordnetenhauswahlen auf 0,8%. Zwar zog sie nirgends in die BVV ein, kam aber in den Ostberliner PDS-Hochburgen Lichtenberg, Hohenschönhausen, Hellersdorf und Marzahn auf Ergebnisse zwischen 2,0 und 2,9%.

Das Märchen von der "Trendwende"

Zwar ziert sich die SPD momentan noch etwas, wieder in die Große Koalition mit der CDU einzutreten, doch darf man sicher sein, daß zuletzt die "staatspolitische Verantwortung" siegt. Das Wahlergebnis läßt unter den momentanen Bedingungen keine andere Senatsbildung zu. Würde die SPD ernsthaft ein Bündnis mit den Grünen und der PDS anstreben, müßte dies unweigerlich zur Spaltung der Berliner SPD führen. Zu groß sind in der Westberliner Bevölkerung die Vorbehalte gegenüber der PDS - die Frontstadt-Mentalität feiert zehn Jahre nach dem Mauerfall noch fröhliche Urständ'.

Genau hierauf zielen die jüngsten Dialogangebote der Berliner PDS an die CDU. Die PDS will dadurch ein Stück mehr Normalität für die Stadt, in dem die Frontstellungen des Kalten Krieges aufgebrochen werden. Der eigentliche Adressat der Dialogangebote ist allerdings die SPD. Nur wenn die Union die PDS wie einen "normalen" politischen Gegner behandelt, könnte es in Zukunft zu einer SPD-PDS-Koalition in der Stadt kommen.

Bundespolitisch liegt das Wahlergebnis voll im Trend. Union und PDS profitieren von der Schwäche der rot-grünen Regierung. Daß die PDS erstmals im Westen einen Achtungserfolg errungen hat, gehört zu den erfreulichen Ergebnissen der Berliner Wahl. 4,2% der Stimmen erreichte sie in Westberlin. Auch wenn hiervon an die zwei Prozent von ehemaligen OstberlinerInnen, die heute im Westen leben, stammen, ist es ein Durchbruch. Er könnte bewirken, daß die PDS im gesamten Westen als wählbare linke Alternative zu den Grünen und der SPD wahrgenommen wird.

Wer wie der SPD-Spitzenkandidat Walter Momper glaubt, die SPD hätte mit ihrem Berliner Wahlergebnis den Bundestrend gestoppt, ergeht sich in Zweckoptimismus. Schröders Andeutungen, er könne sich doch mit einer Vermögensabgabe, wie sie von der SPD-Linken gefordert wird, anfreunden, ist dagegen ein deutliches Signal, daß die SPD bereit ist, am Sparpaket der Bundesregierung Korrekturen vorzunehmen. Auch bei den Grünen mehren sich die Stimmen, die eine Korrektur der "sozialen Schieflage" des Sparprogramms verlangen. Aber man sollte sich nicht in die Tasche lügen. Das sind nicht mehr als taktische Tricks - nach dem Motto "Links blinken, rechts abbiegen".

mb., Berlin

Zweitstimmenergebnis für Berlin, +, +, +, +

, Abgeordneten- hauswahl 1999, Europawahl 1999, Bundestags- wahl 1998, Abgeordneten- hauswahl 1995

Wahlbeteiligung, 65,9%, 39,9%, 81,1%, 68,6%

, Prozent (absolute Stimmen), +, +, +

CDU, 40,8 (637.208), 35,0 (335.948), 23,7 (463.438), 37,4 (625.005)

SPD, 22,4 (349.659), 26,7 (256.056), 37,8 (740.915), 23,6 (393.245)

PDS, 17,7 (276.651), 16,7 (160.580), 13,4 (263.337), 14,6 (244.196)

Grüne, 9,9 (155.228), 12,5 (119.965), 11,3 (221.849), 13,2 (219.990)

FDP, 2,2 (34.282), 2,4 (23.184), 4,9 (95.403), 2,5 (42.391)

REP, 2,7 (41.816), 1,9 (18.311), 2,4 (46.542), 2,7 (45.462)

NPD, 0,8 (13.025), 0,7 (6.999), 0,4 (7.897), -

DL, 0,1 (1.741), -, -, -

Ergebnisse in Ost- und Westberlin (in Prozent), +, +, +, +, +, +

, Abgeordnetenhauswahl 1999, +, +, Abgeordnetenhauswahl 1995, +, +

, Gesamtberlin, Westberlin, Ostberlin, Gesamtberlin, Westberlin, Ostberlin

CDU, 40,8, 49,3, 26,9, 37,4, 45,4, 23,6

SPD, 22,4, 25,2, 17,8, 23,6, 25,5, 20,2

PDS, 17,7, 4,2, 39,5, 14,6, 2,1, 36,3

Grüne, 9,9, 12,1, 6,4, 13,2, 15,0, 10,0

8. Bubis hat recht behalten. Wieder Schändungen jüdischer Gräber in Berlin

Autor: mb. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Juden in der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:43

"Ich möchte in Israel beerdigt werden, weil ich nicht will, daß mein Grab in die Luft gesprengt wird - wie das von Heinz Galinski". Diesen Wunsch äußerte der im August verstorbene Ignatz Bubis kurz vor seinem Tode. Daß ein militanter Antisemitismus längst wieder zum Bestandteil der deutschen Gesellschaft geworden ist, wird in der Bundesrepublik vehement geleugnet - das zeigten gerade die Reaktionen auf den von Bubis geäußerten Wunsch.

Die Bilanz am 3. Oktober, dem neuen Einheitsfeiertag, in Berlin: An das Denkmal für die deportierten Juden an der Putlitzbrücke in Berlin-Tiergarten wurden Hakenkreuze und SS-Runen geschmiert. Ebenfalls mit Hakenkreuzen beschmiert wurde das Brecht-Denkmal vor dem Berliner Ensemble in Berlin-Mitte. In Berlin-Weißensee fand man Nazi-Schmierereien auf einer Stele für den Widerstandskämpfer Anton Saefkow. Höhepunkt war die Schändung des Friedhofs in Weißensee, des größten jüdischen Friedhofs in Europa, wo mindestens 103 Grabsteine umgeworfen und teilweise zerstört wurden.

Die Verwüstungen sind der Höhepunkt einer Serie von Anschlägen auf die jüdischen Friedhöfe der Stadt in den vergangenen Jahren, die im September 1998 in dem Sprengstoffanschlag auf das Grab des früheren Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, in Spandau gipfelte. Im Oktober 1997 wurden auf dem Friedhof in Weißensee drei Grabsteine umgeworfen, der jüdische Friedhof im Nachbarbezirk Prenzlauer Berg wurde im September desselben Jahres heimgesucht.

Wurden die aktuellen Schändungen in der bundesdeutschen Presse mit der typischen Routine behandelt, berichteten führende internationale Tageszeitungen ausführlich (teilweise auf den Titelseiten) über den Anschlag in Weißensee, so z.B. Herald Tribune, Jerusalem Post und El Pais. Was vor einigen Jahren noch den Aufschrei einer liberalen Öffentlichkeit in der Bundesrepublik provoziert hätte, ist längst zur deutschen Normalität geworden.

"Wir gehen bei den Motiven der Täter von Vandalismus aus. Eine politische Tat ist fast ausgeschlossen", so die Einschätzung des Berliner Polizeipräsidenten Hagen Saberschinsky. (Berliner Zeitung, 6.10.99) Einen Zusammenhang zwischen der Friedhofsschändung und den anderen antisemitischen Taten gebe es nicht. Kein Wunder, daß mittlerweile die Ermittlungen wegen des Sprengstoffanschlags auf das Grab von Heinz Galinski eingestellt wurden. Was nicht sein darf, gibt es nicht und wird geleugnet.

Die Lehre aus Auschwitz, so will uns nicht zuletzt die rot-grüne Bundesregierung weismachen, besteht eher darin, Krieg im Namen der Humanität zu führen. An der "Heimatfront" hat man sich längst an die antisemitische, rassistische, neonazistische Gewalt gewöhnt - verkauft wird das als notwendiger Bestandteil eines Normalisierungsprozesses.

mb.

9. Vorsicht: Abrißarbeiten! Flüchtlingspolitik auf dem Sondergipfel in Tampere

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:18

Mitte Oktober fand im finnischen Ort Tampere ein Sondergipfel der Regierungschefs der Europäischen Union statt. Dieses Treffen war extra dafür angesetzt, um zu innen- und justizpolitischen Themen Grundsatzbeschlüsse herbeizuführen. Damit fand in der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik der EU ein Diskussionsprozeß sein vorläufiges Ende, der mit einem Strategiepapier der österreichischen EU-Präsidentschaft im Sommer letzten Jahres begonnen hatte.

In diesem Artikel werden die Ankündigungen und die tatsächlich in Tampere gefaßten asyl- und migrationspolitischen Beschlüsse einer kritischen Analyse unterzogen unter Berücksichtigung der Anmerkungen, die von Seiten der flüchtlingspolitischen Verbände und Institutionen kamen.

Im Sommer letzten Jahres legte Österreich während seiner EU-Präsidentschaft ein 42-seitiges "Strategiepapier zur Migrations- und Asylpolitik" der EU vor. Dem Papier zufolge sieht sich Westeuropa einer Zuwanderung in "nicht dagewesener quantitativer Dimension" ausgesetzt. Die Ursachen dieser Flucht- und Migrationsbewegungen hätten sich allerdings in den letzten Jahrzehnten entschieden verändert: "Während in früheren Zeiten die Unterdrückung durch autoritäre Regimes (der kommunistischen Welt oder der unterentwickelten Staaten) Hauptfluchtursache für die in Westeuropa ankommenden Asylbewerber war, ist nunmehr der größte einzelne Faktor, der solche Migrationsbewegungen hervorruft, die interethnische Verfolgung und Vertreibung durch nichtstaatliche Gewaltapparate. Entsprechend diesen Entwicklungen hat die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) aus dem Jahr 1951 teilweise ihre Anwendbarkeit verloren." (1)

Um diesen Zustand zu ändern, schlug Österreich vor, im Rahmen der Neugestaltung der westeuropäischen Asyl- und Migrationspolitik die nunmehr 48jährige Genfer Flüchtlingskonvention "auf der Basis einer Konvention zu ergänzen, zu ändern oder abzulösen". Denn so die Sicht der EU für die Opfer von nicht-staatlicher bzw. interethnischer Verfolgung besteht eine Schutzlücke. Das Wiener Strategiepapier sah deshalb ein spezielles Aufnahmesystem vor, in dem der Flüchtlingsschutz "nicht mehr als subjektives Individualrecht, sondern als politisches Angebot des Aufnahmelandes" verstanden wurde. Der Schutz solcher Flüchtlinge sollte "weniger rechtsstaatsorientiert" sein, sondern als ein ausschließlich "politisch orientiertes Schutzkonzept" ausgestaltet werden.

Das Strategiepapier wurde bis November überarbeitet. (2) Auf niederländischen Vorschlag wurde noch im Dezember eine "Hochrangige Gruppe Asyl und Migration" eingerichtet. Deren Aufgabe war es, durch eine "pfeilerübergeifende Bündelung von Maßnahmen einen Beitrag zu leisten, den Zustrom von Asylbewerbern und Zuwanderern in die EU zu vermindern."

Flüchtlingspolitik der deutschen Präsidentschaft

Hinsichtlich der europäischen Migrations- und Asylpolitik hat das BMI zum Ende der deutschen Ratspräsidentschaft Vorstellungen vorgelegt, die sie als Ergebnis der EU-internen Beratungen über das Wiener Strategiepapier verstanden wissen wollte.

Im deutlichen und diesmal endlich auch erfreulichen Gegensatz zu seinem Vorgänger, betont Schily darin "die entscheidenden positiven Aspekte, die die Zuwanderung nach Europa jahrhundertelang für die kulturelle, demographische und wirtschaftliche Entwicklung Europas hatte." (3) Der Integration der rechtmäßig und dauerhaft hier lebenden Drittstaatsangehörigen (inclusive anerkannten Flüchtlingen) unter Wahrung ihrer kulturellen Identität sollte gebührend Beachtung geschenkt werden. Die Integrationsbereitschaft in der Bevölkerung möchte Schily wecken und konkrete Integrationserwartungen an Drittstaatler formulieren. (4)

Im Hinblick auf die außenpolitische Dimension der zukünftigen Flucht- und Migrationspolitik der EU wird von seiten des BMI der sogenannte integrale Ansatz fortgeschrieben, so wie er in der Einsetzung der "Hochrangigen Gruppe Asyl und Migration" formuliert worden war: Damit die Ursachen von Flucht beseitigt oder zumindest gemindert werden könnten, sollten die innenpolitischen Maßnahmen der EU mit denen der gemeinsamen Außen-, Außenwirtschafts-, Sozial- und Entwicklungspolitik gekoppelt werden. In einem

langfristig angelegten Prozeß sollten die Menschenrechte und demokratische Strukturen in den Herkunftsstaaten genauso gefördert werden wie die Konfliktprävention sowie die wirtschaftliche und entwicklungspolitische Zusammenarbeit.

Gleichzeitig formuliert das BMI in seinen Leitlinien einen zweiten Pfeiler, auf dem die internationale Flüchtlings- und Migrationspolitik der EU beruhen soll: die Regionalisierung der Flüchtlingsaufnahme so wie sie vor und während des Kosovo-Krieges bereits erfolgreich praktiziert worden ist.

"Komplementäre Schutzgewährung"

In seiner Bilanz der deutschen Präsidentschaft läßt Schily sprachlich die Katze aus dem Sack: Gestützt auf den Amsterdamer Vertrag will er eine Differenzierung zwischen "Asylpolitik" und "Flüchtlingspolitik" erreichen.

Ungeachtet aller Kritik (s. u.) geht das BMI seinen - im Wiener Strategiepapier vorgezeichneten Weg - "neben der GFK weitere komplementäre Schutzmöglichkeiten bereitzustellen, für diejenigen Schutzsuchenden, die vor Bürgerkrieg und verbreiteter Gewalt fliehen." Soweit so gut: Knackpunkt aller Überlegungen ist und bleibt es, ob Flüchtlinge, die vor nicht-staatlicher bzw. geschlechtsspezifischer Gewalt oder vor Kriegen und Bürgerkriegen fliehen, in den Anwendungsbereich der GFK fallen oder nicht, wie es Otto Schily und seine KollegInnen innerhalb der EU wollen.

Dabei unterscheidet das BMI in seinen Leitlinien zwischen:

- "individuell orientiertem subsidiärem Schutz (aus humanitären Gründen, die denen zur Schutzgewährung nach der GFK ähnlich sind)", wie im Falle sogenannter de-Facto-Flüchtlinge, denen in der Bundesrepublik ausländerrechtlicher Abschiebeschutz gewährt wird, und

- "Massenfluchtbewegungen" (in denen kollektive Lösungen erforderlich sind.)

Zu der Thematik eines "komplementären Schutzmechanismus" hatte das BMI im Februar und Mai 1999 zwei Diskussionspapiere vorgelegt. Sie enthalten Vorschläge für den künftigen Umgang mit denjenigen Flüchtlingen, die angeblich nicht unter den Schutzbereich der GFK fallen, die aber im Rahmen einer Massenfluchtsituation Aufnahme in Europa suchen.

Die deutsche Bundesregierung schlägt hierfür folgendes Verfahren vor: Der EU-Rat - also die Regierungen der Mitgliedstaaten - stellt das Vorliegen einer Krisensituation und die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns fest. (5) Die Aufnahme von Vertriebenen in Massenfluchtsituationen in die EU stellt jedoch nur die ultima ratio dar. Inländischen Fluchtalternativen und der Ausschöpfung regionaler Schutzmöglichkeiten (sic!) müsse jeweils Vorrang eingeräumt werden.

Die Mitgliedstaaten signalisieren nun ihrerseits dem Rat gegenüber, wieviele Flüchtlinge sie bereit wären aufzunehmen. Hierüber würde im Rahmen eines "pledging-Verfahrens" entschieden werden, wobei die EU-Staaten gezwungen werden sollen, ein fixes Gesamtkontingent untereinander aufzuteilen. Hierbei können die einzelnen Mitgliedstaaten vier Aspekte berücksichtigend in Rechnung stellen: die kulturellen bzw. historischen Bindungen des Mitgliedstaates zur Krisenregion, die Zahl der aus diesem Gebiet bereits aufgenommenen Schutzbedürftigen, die Arbeitsmarktsituation im eigenen Land sowie die Beteiligung an friedenserhaltenden Maßnahmen vor Ort.

Über die beschlossenen Kontingente hinaus soll die EU keine Flüchtlinge mehr aufnehmen. Diese würden dann an den Grenzen gemäß des nationalen Ausländerrechts behandelt - mit all den Restriktionen, die hiermit verbunden sind.

Asyl nur noch

als Gnadenbrot?

Der UNHCR sowie diverse Menschenrechts- und Flüchtlingsgruppen - wie der Europäische Flüchtlingsrat (ECRE), Pro Asyl und amnesty international - waren sich frühzeitig in ihrer Kritik des Wiener Vorschlags einig. "Wenn Rechtssicherheit durch politisches Ermessen ersetzt wird, dann ist dies das Ende des Asyls als Menschenrecht," so ECRE. Flüchtlingsschutz würde so auf einen "Gnadenakt" reduziert und die Menschen zum "Spielball der Politik" degradiert.

In Art. 1 A der GFK heißt es, daß allen, die "aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugungen" ihr Land verlassen mußten, von den Unterzeichnerstaaten als Flüchtlinge anerkannt werden sollen. Daß die im Zentrum der derzeitigen Brüsseler Überlegungen stehende Flüchtlingsgruppe, die aufgrund ethnischer bzw. nicht-staatlicher Verfolgung flüchtet, in der EU nicht als Flüchtlinge anerkannt werden, hat aber nichts mit der angeblich veralteten GFK zu tun. Im Gegenteil, so der UNHCR in einer Stellungnahme vom Januar 1999: auf diesen Personenkreis sei die GFK sehr wohl anwendbar. Vielmehr war es insbesondere die BRD, die im März 1996 einen gemeinsamen Standpunkt innerhalb der EU zur Einschränkung des Flüchtlingsbegriffes auf staatliche Verfolgung durchsetzte. Es ist "paradox", so ECRE, wenn nun ausgerechnet solche Länder wie die Bundesrepublik oder Österreich auf eine Schutzlücke bei nicht-staatlicher Verfolgung hinwiesen, die sie selber geschaffen hätten. Hier würden hausgemachte Fehler der EU bei der Interpretation der GFK mit deren Versagen verwechselt.

Dreh- und Angelpunkt der bisherigen Vorschläge für einen "komplementären Schutzmechanismus" ist es, ein politisches Konzept für die Flüchtlinge zu entwickeln, die (wie Bürgerkriegsflüchtlinge und Opfer nichtstaatlicher bzw. geschlechtsspezifischer Verfolgung) nach Auffassung der EU nicht unter den Schutzbereich der GFK fallen. Ziel ist es, sie einer verwaltungstechnischen Prozedur und keinem rechtlichen Aufnahmeverfahren zu unterwerfen, ihnen also keinen individuellen Rechtsanspruch auf Schutz vor Verfolgung an die Hand zu geben. Dieser politisch allein durch die Exekutive - und eben nicht durch die Gerichte - zu gewährende Schutzstatus hätte weitreichende Konsequenzen, sowohl für die Aufnahme wie auch für die Abschiebung dieser Menschen. Eine Umsetzung dieser Vorschläge würde es ihnen unmöglich machen, sich juristisch gegen falsche oder willkürliche Entscheidungen der Regierungen zur Wehr zu setzen.

Die bisher vorgelegten Diskussionsvorschläge der EU für die vorübergehende Aufnahme von Schutzbedürftigen würden, so der UNHCR, die Gefahr in sich bergen, das Asylrecht in seiner Substanz zur Disposition zu stellen. Wer unter die GFK-Definition falle, habe das Recht "in den Genuß der gesamten Konvention zu kommen und nicht eine zweitklassige Form des Schutzes als Ersatz (zu) erhalten". Da "viele" derjenigen, die von der EU in den Mechanismus des lediglich vorübergehenden Schutzes abgeschoben werden sollen, eigentlich die Flüchtlingseigenschaft der GFK erfüllen würden, kämen - nach Ansicht des UNHCR - komplementäre Schutzformen allenfalls für die wenigen Fälle in Betracht, die nicht von der UNHCR-Auslegung der GFK umfaßt würden. Und selbst für diese Menschen sei es erforderlich, so das Flüchtlingskommissariat, "einen angemessenen Grad von rechtlicher Sicherheit und sozio-ökonomischen Rechten" zu gewährleisten. Dieser Status solle zudem "auf objektiven Kriterien und nicht auf behördlichem Ermessen" beruhen.

Das BMI hat hingegen das Interesse, möglichst viele Flüchtlinge aus dem Rechtsweg herauszudrängen. Das Kalkül, das Schily hierbei verfolgt, ist folgendes: wenn die Aufenthaltsbedingungen für vorübergehend schutzbedürftige Personen im Vergleich zum Asylverfahren lukrativ genug sind, dann bestünde ein Anreiz, sich als "Vertriebener" registrieren zu lassen und keinen Asylantrag zu stellen. Dies könnte entweder durch eine Angleichung dieser Aufenthaltsbedingungen für Vertriebene und anerkannte Asylberechtigte erreicht werden - oder man senkt die sozialen und rechtlichen Standards für diejenigen Menschen ab, die sich in Asylverfahren befinden.

Der mangelhafte Rechtsschutz für "Vertriebene" auf der einen Seite und ihre Besserstellung gegenüber AsylantragstellerInnen hinsichtlich ihrer Aufnahmebedingungen auf der anderen Seite - innerhalb dieses Spannungsfeldes bewegen sich Schilys Vorstellungen.

Aus diesem Blickwinkel kommt der Diskussion um die Angleichung der Asylverfahrensregeln innerhalb der EU besonderes Gewicht zu. Hierzu hatte Anfang 1999 die EU-Kommission einen Vorschlag vorgelegt, der in vielen Punkten vom UNHCR und amnesty international kritisiert wurde. Der UNHCR sieht vor allem die Gefahr, daß es hierbei zu einer "unerwünschten de facto-Harmonisierung auf dem Niveau des kleinsten gemeinsamen Nenner(s)" kommen könnte. Die bisherige Beschneidung des Asylrechts (Drittstaatenregelungen, das Konzept sicherer Herkunftsstaaten, beschleunigte Verfahren) gäbe ohnehin schon Grund zur Besorgnis. Der künftigen Ausgestaltung des Asylverfahrens - also die Frage der Qualitätssicherung bzw. -steigerung der erstinstanzlichen Anhörung sowie die eigenständige und unabhängige Überprüfung in der zweiten Instanz - käme bei der vorgesehenen EU-weiten Angleichung der Asylanerkennung zentrale Bedeutung zu. (6)

Wenn die Rechtsstaatlichkeit in Asylverfahren nicht gerettet werden kann, dann droht eine vollständige Erosion des Flüchtlingsschutzes in Europa. Der Weg wäre dann bereitet für eine endgültige Einebnung des Grundrechts auf Asyl. Am Ende wären die Zielvorstellungen des österreichischen Strategiepapiers erreicht: Ein Europäischen Asylrecht, das in keiner Weise mehr die Grund- und Menschenrechte von Flüchtlingen im Auge hat, sondern das allein politischen Opportunitäten folgt.

Claudia Roth und Mark Holzberger

Anmerkungen:

1) Die EU müsse ihre Flüchtlings- und Migrationspolitik daher künftig konsequent an ihre gemeinsame Außenpolitik koppeln. Man wolle sich mit Hilfe von drei konzentrischen Kreisen gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen einmauern (bestehend erstens aus den sie umgebenden sicheren Drittstaaten, zweitens aus der Türkei, den GUS-Staaten sowie den Ländern Nordafrikas und drittens einem Gürtel der Staaten Schwarzafrikas über den Mittleren Osten bis nach China). Während die Drittstaaten alle auf dem Landweg "illegal" in die EU eingereisten Personen "rückübernehmen" müssen, sollte der zweite Kreis die Transitmigration in Richtung Westeuropa sowie die Tätigkeit von Fluchthelfer- (sog. Schlepper-)Organisationen unterbinden. Den Ländern des dritten Kreises käme schließlich die Aufgabe zu, sich um die Beseitigung wirtschaftlicher und menschenrechtlicher "Push-Faktoren" zu kümmern, welche die Menschen aus diesen Ländern treiben würden.

Sämtliche Vereinbarungen der EU mit Drittstaaten müßten stets auch den Migrationsaspekt einbeziehen: Wirtschaftshilfe wäre demnach z. B. verstärkt mit Visafragen, Grenzerleichterungen mit Rücknahmegarantien und Flugverbindungen mit Grenzkontrollstandards zu "junktimieren". Sollten alle Stricke reißen, so sah Wien die EU dazu legitimiert, "zur aktiven Absicherung der Rückkehrmöglichkeiten notfalls mit denselben Machtmitteln (zu intervenieren), die von der Staatengemeinschaft auch zur Friedenssicherung und Konfliktbeendigung eingesetzt werden."

2) Das zentrale Anliegen des Wiener Vorschlags wurde dabei aufgrund öffentlicher Kritik folgendermaßen abgeschwächt: "Es geht um die Neukonstruktion es Schutzsystems, die die GFK nicht antastet, aber komplementär dazu ein zusätzliches Modell entwickelt."

3) Bezeichnend die Verwendung des Perfekts analog zum rot-grünen Koalitionsvertrag ("Wir erkennen an, daß ein unumkehrbarer Zuwanderungsprozeß in der Vergangenheit stattgefunden hat"). Finnland, das die EU-Ratspräsidentschaft im Juli übernahm, legte seinerseits einen ersten Entwurf seiner asyl- und migrationspolitischen Leitlinien vor. Darin werden nunmehr ohne zeitliche Eingrenzung die "positiven Auswirkungen der legalen Einwanderung" anerkannt.

4) Beachtenswert ist hier allerdings der Zusammenhang von Integration und Ausschluß. Bereits in dem "EU-Aktionsplan zum Aufbau eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" vom Dezember 1998 werden "Mindestnormen sowohl für die Zu-, wie auch für die Aberkennung der Flüchtlingseigenschaft" gefordert. Ebenso werden in einer deutsch-französischen Notiz für Tampere vom 17. September 1999 als "logische Folge" einer verstärkten Integration "gemeinsame Verfahren über den Entzug des Aufenthaltstitels und über die Ausweisung im Falle der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" genannt.

Die in den deutschen Leitlinien erwähnten Erwartungen an zu integrierende Drittstaatler werden in der eben erwähnten deutsch-französischen Notiz mit folgendem kryptischen Wort umschrieben: sie seien "insbesondere (dazu) verpflichtet, fundamentale soziale Werte, wie sie in Europa sowohl im Privatleben (Rechte der menschlichen Person) wie in dem sozialen Gefüge bestehen, zu achten und zu teilen."

5) Der UNHCR, der zunächst an dieser Beschlußfassung beteiligt werden sollte, darf den deutschen Vorschlägen entsprechend jetzt nur noch - gemeinsam mit der EU-Kommission - Berichte über das zahlenmäßige Ausmaß der Massenfluchtsituation verfassen.

6) UNHCR: "Anmerkungen zu einigen Themen des von der Europäischen Kommission vorbereiteten Arbeitspapiers", (Mai 1999); amnesty international: "Towards Common Standards On Asylum Procedures Comments By Amnesty International" (May 1999)

10. Kostenloses Erinnern. Konzerne spielen in der Entschädigungsfrage auf Zeit

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:32

Konzerne spielen auf Zeit

"Ein wenig mehr Literatur hätte es schon sein können, raunte es hernach an manchem Stehtisch über die Weingläser den Nachbarn zu"; wußte kürzlich die Frankfurter Rundschau über eine Buchpremiere der besonderen Art zu berichten. Marcel Reich-Ranicki las aus seiner gerade erschienenen Biographie, von seiner Jugend im Warschauer Ghetto, wo seine Eltern vor den Peitschen der SS um ihr Leben rannten, von der Erniedrigung und der Ermordung unzähliger Namenloser. Den FR-Chronisten fiel es auf: Die Lesung, organisiert von der an den Verbrechen der Nationalsozialisten kräftig verdienenden Deutschen Bank, fand im Hermann J. Abs-Saal statt. Daß der Saal einem Manne gewidmet ist, der wegen seiner tiefen Verstrickung in die NS-Verbrechen geradezu zum Sinnbild der Zusammenarbeit zwischen Industrie und Naziregime wurde, läßt die Äußerung des DB-Vorstandsmitglieds Josef Ackermann in einen ganz anderen Licht erscheinen. Der erklärte vollmundig, daß das Erinnern heute zum zentralen Bestandteil der Unternehmenskultur gehöre.

Nur zu viel kosten darf dieser Bestandteil nicht. Das zeigt der Verlauf der Entschädigungsverhandlungen zu denen sich in Washington Anwälte von Opferorganisationen mit Vertretern von Bundesregierung und deutscher Industrie getroffen haben. 6 Milliarden DM hatte der von der Bundesregierung ernannte Unterhändler Lambsdorff als endgültig letztes Angebot auf den Tisch gelegt. 4 Milliarden zahlten die 16 der Stiftung beigetreten Unternehmen steuerfrei ein, 2 Milliarden steuerte die Bundesregierung bei. Eine Aufstockung sei ausgeschlossen, erklärte Lambsdorff den konsternierten Opferverbänden.

Eigentlich sollte eine Vereinbarung schon am 1. September unter Dach und Fach sein. Doch die Unternehmen verzögerten die Verhandlungen mit juristisch unhaltbaren Forderungen nach völliger Rechtssicherheit und dem Ausschluß jeglicher individuellen Klage. Als "Zickzackkurs", der die Gespräche kompliziere und am Kern der Sache vorbeigehe, charakterisierte das Präsidiumsmitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland, Michel Friedman, diese Strategie.

Die Unternehmen spielen auf Zeit. Je später es zu einer Vereinbarung kommt, desto kleiner ist der Kreis der hochbetagten und oft kranken Anspruchsberechtigten. Genau aus diesen Grund wollen die Opferverbände jegliche Verzögerung vermeiden und haben daher sogar Lambsdorff als Unterhändler akzeptiert, obwohl mehrere Shoah-Überlebende den Politgrafen für untragbar halten. Der Historiker Stephan Stracke konnte nachweisen, daß Lambsdorff als Aachener FDP-Politiker Anfang der fünfziger Jahre als Lobbyist für verurteilte Nazifunktionäre auftrat und eine Generalamnestie für alle NS-Verbrecher forderte.

Die Opferverbände wollten auf keinen Fall die Verhandlungen platzen lassen, obwohl sie das deutsche Angebot unisono "als enttäuschend gering" bezeichnen. Nicht nur mit dem Betrag, auch mit den Modalitäten der Geldvergabe sind sie nicht einverstanden. Selbst über die Zahl der Anspruchsberechtigten gibt es keine Einigung. Während die Opferverbände von 2,4 Millionen Menschen sprechen geht die deutsche Seite von knapp 900.000 Personen aus. Acht Prozent des Betrages sind als Entschädigung für Arisierungsgeschäfte vorgesehen. Historiker des Hamburger Instituts für Sozialgeschichte beziffern die von Staat und Banken zwischen 1937 und 1944 erzielten Arisierungsprofite auf umgerechnet knapp 2 Milliarden Mark.

Nach den Stiftungsvorgaben sollen die Zwangsarbeiter in zwei Kategorien aufgeteilt werden. Während ehemalige KZ-Insassen direkt entschädigt werden sollen, sind für die, meist osteuropäischen Zwangsarbeiter, deren Arbeitskraft in ihren eigenen Ländern von deutschen Unternehmen ausgepreßt wurde, landeseigene Stiftungen vorgesehen, denen zwei Milliarden dafür überwiesen werden sollen. Vertreter der Opferverbände befürchten einen Streit um die knappen Mittel. Zumal auch die in der Landwirtschaft schuftenden Zwangsarbeiter über die osteuropäischen Stiftungen entschädigt werden sollen. In den rot-grünen Koalitionsvereinbarungen war für die über 600.000 Betroffenen eine eigene Entschädigungsregelung vorgesehen. Davon ist heute keine Rede mehr.

Daß sich allen Appellen Lambsdorffs zum Trotz bisher lediglich 16 Firmen an den Entschädigungsfonds beteiligten, zeigt deutlicher als alle Sonntagsreden, wie es um die Erinnerungskultur der Industrie steht. Größeren innenpolitischen Druck haben weder Politik noch Wirtschaft zu befürchten. Lieber heute als morgen würde die deutsche Öffentlichkeit einen Schlußstrich ziehen. Lediglich kleine Gruppen wie die Kritischen Aktionäre oder die Aktion Sühnezeichen unterstützen die Forderungen der NS-Opfer. Sie forderten 79 von NS-Zwangsarbeit profitierende Firmen auf, sich mit einem angemessenen Betrag an der Stiftung zu beteiligen und moralische Verantwortung zu übernehmen. Doch von dieser moralischen Verantwortung wollen selbst die in den Fonds einzahlenden Firmen nichts wissen. Sie wollen ihre Leistungen als freiwillige humanitäre Hilfe verstanden wissen.

Druck kommt aus dem Ausland. In den letzten Wochen schalteten jüdische, deutsche, polnische und amerikanische Organisationen in der New York Times Anzeigen, mit denen sie über die dunklen Kapitel in der Geschichte einiger deutscher Firmen informierten. "Menschenversuche und Sklavenarbeit" heißt es über Bayer, "Design, Leistung, Sklavenarbeit" über Mercedes-Benz. Die empörten Reaktionen der Industrievertreter zeigen, daß die Unternehmen an einer empfindlichen Stelle getroffen wurden. Doch diese Waffe droht stumpf zu werden. Denn mit der deutschen Beteiligung am Jugoslawienkrieg wird in größeren Teilen der amerikanischen Öffentlichkeit Deutschland als Großmacht angesehen. Und ein Partner sollte das Recht haben nicht mehr ständig an seine Vergangenheit erinnert zu werden.

Peter Nowak

11. Die Ergebnisse von Tampere

Autor: Mark Holzberger · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:19

In Tampere wurden eigentlich keine konkreten asyl- oder flüchtlingspolitische Beschlüsse gefaßt.

Zum einen wurde die Kommission lediglich gebeten, Vorschläge für solche Vorhaben vorzulegen, wie sie entweder aus dem Amsterdamer Vertrag selber oder aus dem Ende letzten Jahres beschlossenen "Aktionsplan für des Aufbau eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" hervorgehen, nämlich:

- Zulassung von Drittstaatsangehörigen und deren Rechtsstellung,

- Verteilung von Flüchtlingen und der mit deren Aufnahme einhergehenden finanziellen Aufwendungen im Bereich der vorübergehenden bzw. der subsidiären Schutzgewährung,

- Koordinierung aller außen- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen mit den Aspekten der Asyl- und Migrationspolitik der EU, im Interesse einer "konsequenten Rückübernahme-" sprich: Abschiebepolitik sowie für die

- Erarbeitung gemeinsamer Regeln und Standards für die grenzpolizeiliche "Sicherung" der Außengrenzen der EU.

Zum anderen billigte der Rat den recht allgemein gehaltenen Abschlußbericht der "Hochrangigen Gruppe Asyl und Migration". Darin geht die "Hochrangige Gruppe" immerhin davon aus, daß Migration nicht nur negative, sondern auch positive Effekte habe. An einem pfeilerübergreifenden System der Flucht und Migrationspolitik solle die EU festhalten. Wesentliche Handlungsinstrumente sieht die "Hochrangige Gruppe" in der Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtstaatlichkeit sowie der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung. Desweiteren geht es ihr ganz lapidar um nicht weniger als die "Beseitigung von Armut". Sie möchte Konfliktprävention und Versöhnungsarbeit stärken, ebenso den Schutz der Rechte von Flüchtlingen und Asylsuchenden. Gleichzeitig will sie aber auch den Kampf gegen illegale Migration intensivieren, wozu selbstredend auch Abschiebungen gehören. Hierfür soll die "exzellente Zusammenarbeit" mit dem UNHCR, dem Roten Kreuz sowie den NGOs (amnesty international und ECRE) beibehalten werden.

Das wichtigste Ergebnis von Tampere dürfte die Verabschiedung der Aktionspläne zu den Ländern Marokko, Afghanistan, Somalia, Sri Lanka und dem Irak/Nordirak gehören. Letzterer wurde von der Bundesregierung sprich: dem grün geleiteten Auswärtigen Amt erarbeitet.

Im wesentlichen handelt es sich dabei um eine Fortschreibung des Aktionsplans Irak, den die EU im Januar 1998 beschlossen hatte, nachdem in den Wochen zuvor tausende kurdischer Flüchtlinge an den Küsten Italiens gestrandet waren. Der jetzige Aktionsplan ergänzt den letztjährigen Vorschlag nur durch langfristige außenpolitische Zielsetzungen.

Die "Hochrangige Gruppe" geht in ihrer aktuellen Analyse davon aus, daß die "alarmierende Menschenrechtssituation", die "katastrophale humanitäre Situation" und die "politische und wirtschaftliche Perspektivlosigkeit", Hauptgründe für Flucht und Migration aus dem Irak sind:

Und obwohl die Situation im Nordiraks als "unsicher" gilt (ebenso wie die Perspektive des Versöhnungsprozesses zwischen den beiden kurdischen Clans im Nordirak, der KDP und PUK) kommt die "Hochrangige Gruppe" offenkundig mit Rücksicht auf die bundesdeutsche Asylrechtsprechung zu dem Schluß, daß der Nordirak als sichere Fluchtalternative nicht nur für solche Personen angesehen werden solle, die von Bagdad verfolgt würden, sondern insbesondere auch für nordirakische KurdInnen. Für sie bestünde nämlich eine Fluchtalternative im Gebiet des jeweils anderen Kurden-Clans - so die etwas abenteuerliche Auffassung.

In allen relevanten Punkten des letztjährigen EU-Aktionsplan, die im Hinblick auf eine Einbindung der Türkei nicht umgesetzt werden konnten, halfen auch keine noch so intensiven Nachverhandlungen: Die Unterstützung der EU bei der Internierung von Personen, die von der Türkei abgeschoben werden sollen, kam ebensowenig voran, wie die Verabschiedung effektiver Gesetze zur Bekämpfung der illegalen Migration seitens der türkischen Nationalversammlung. Der verstärkte Austausch von Informationen zwischen der EU

und der Türkei im Kampf gegen illegale Migration konnte genausowenig realisiert werden, wie die Ausbildung der türkischen Grenzpolizei durch die EU.

Daß der UNHCR in seiner Stellungnahme vom Juni 1999 erneut feststellte, daß die EU-Staaten Flüchtlingen auch solchen aus dem Nordirak unmöglich zumuten könnten, auf ihrer Flucht nach Europa doch in der Türkei einen Asylantrag zu stellen, imponierte die "Hochrangige Gruppe" wenig. Sie hält nicht nur an dem Vorhaben fest, EU-finanzierte Internierungslager in der Türkei aufzubauen, sondern möchte die Verhandlungen über ein Abkommen mit Ankara intensivieren, daß die Abschiebung von KurdInnen aus den EU-Staaten über die Türkei in den Nordirak ermöglicht.

Angesichts derart konkreter Vorhaben, nehmen sich die mittel- und langfristigen Vorhaben des in Tampere verabschiedeten Aktionsplans Irak reichlich blumig aus: So will man sich um Kontakte mit der kulturellen und wissenschaftlichen Elite des Irak (z.B. im Bereich der Universitäten-Kooperation) bemühen. Gleichzeitig sollen die humanitären Hilfsprogramme fortgeführt und im Nordirak, der Ausbau der wirtschaftlichen Infrastruktur und der Schaffung von Arbeitsplätzen gefördert werden.

Die Umsetzung dieser Aktionspläne soll durch die "Hochrangige Gruppe" überwacht werden - was schwierig werden dürfte: Weder sind hierfür Implementierungsmechanismen vorgesehen, noch existieren Finanzierungszusagen. Wenn sich die "Hochrangige Gruppe" wie angekündigt ohnehin nur noch einmal im Halbjahr treffen soll, dann läuft sie Gefahr, in der Bedeutungslosigkeit zu verschwinden. Daran kann man kein Interesse haben. Im Gegenteil. Nur durch eine institutionelle Aufwertung der "Hochrangigen Gruppe" könnte erreicht werden, daß die darin versammelten Hohen Beamten irgendwann vielleicht doch noch den Mut finden, sich von der innenpolitisch motivierten Abschottungslogik etwas mehr zu emanzipieren, als es ihnen bisher möglich schien.

Mark Holzberger

12. "Zierde des Landtags". Die DVU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

Autor: Matthias Gärtner · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:15

26. April 1998, wenige Stunden nach den ersten Hochrechnungen zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt: Während sich, umringt von Bodygards und TV-Teams, der Multimillionär Gerhard Frey, Bundesvorsitzender der DVU, durch die Tür des Landtages zwängt, formiert sich wenige hundert Meter weiter ein erster Protestzug von autonomen AntifaschistInnen und Mitgliedern von DGB, SPD und PDS unter dem Motto "Nazis raus", der kurze Zeit später auf dem Domplatz eintrifft.

Mit dem Einzug von 16 rechtsextremen DVU-Abgeordneten am 26. April 1998 in den Landtag von Sachsen-Anhalt ist zum ersten Mal eine politische Kraft aus diesem Spektrum vor über einem Jahr in ein Parlament in den neuen Bundesländern eingezogen. Mit einem "Phantomwahlkampf" überzog der von München aus gesteuerte und mit drei Millionen DM finanzierte Wahlkampf das gesamte Land Sachsen-Anhalt. Die Hauptbotschaften waren durch Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus geprägt. Das waren auch die zentralen Motive von insbesondere jungen Wählerinnen und Wählern, der DVU ihre Stimme zu geben. Insgesamt knapp 33% der 18- bis 21-jährigen männlichen Wähler machten bei der Landtagswahl ihr Kreuz bei der Frey-Partei.

Die neue Qualität im Vergleich zum Einzug in die Landesparlamente von Schleswig-Holstein und Bremen bestand darin, daß nunmehr nicht fünf oder sechs Rechtsextreme parlamentarische Möglichkeiten besitzen, sondern insgesamt 16, die auch bei einer möglichen Spaltung nach sachsen-anhaltischer Landtagsgeschäftsordnung drei Fraktionen bilden könnten. Wochenlang feierte Frey dieses Ergebnis in seinen rechtsextremen Postillen. "Zierde" des Parlamentes nannte er die 16 Abgeordneten seiner aus München gesteuerten Fraktion im sachsen-anhaltischen Landtag.

Hatten die Medien noch im Wahlkampf auf eine kritische Berichterstattung verzichtet, widmeten sie sich nunmehr sehr intensiv den Abgeordneten der DVU, ohne sich allerdings mit den gefährlichen Inhalten auseinanderzusetzen. So wurde Fraktionsvorsitzender Helmut Wolf der Körperverletzung überführt. Wolf hatte seine schwangere Frau geschlagen und tyrannisiert. Torsten Miksch soll seinen Hund in den Brunnen geworfen haben, aus welchem er erst durch Nachbarn befreit werden konnte. Ein Verfahren wegen Tierquälerei ist gegen ihn anhängig. Jörg Büchner, ehemaliger Buffetleiter bei der Mitropa, wurde als langjähriger Spitzel des DDR-Staatssicherheitsdienstes enttarnt. Mirko Mokry, jüngster Abgeordneter im Parlament, zeichnete sich durch das Malen von Hakenkreuzen an Friedhofsmauern aus und beging auch schon einmal Fahrerflucht, nachdem er das Fahrrad eines Kindes überrollt hatte.

Überhaupt ist die Fraktion eine illustre Mischung von Biographien. Die vermeintliche Vorzeigerechtsextreme Claudia Wiechmann war bis 1989 Mitglied der SED, genau wie ihr Fraktionskollege Dieter Kannegießer. Alterspräsident Rudi Wiechmann, Vater von C. Wiechmann, saß nach der Wende für die FDP im Kreistag von Gräfenhainichen. Im Gegensatz zu Mitgliedern der DVU-Fraktionen in Bremen und Schleswig-Holstein verfügen sie allerdings alle nicht über eine einschlägige rechtsextreme Biographie. Dafür aber um so mehr der auch in der Magdeburger Fraktion tätige Frey-Emissär Heinrich Gerlach. Er leitete bereits die Geschicke der beiden gescheiterten Fraktionen in Bremen und Schleswig-Holstein wie auch in Magdeburg als Fraktionsgeschäftsführer. "Der hat uns anfangs ganz schön rangenommen", charakterisierte einmal ein DVU-Abgeordneter die Rolle Gerlachs in der sachsen-anhaltischen Landtagsfraktion.

Zu den Lenkern der Fraktionsgeschicke gehört auch der unter Sondervertrag stehende und von Frey geschickte Matthias Canis. Nur durch einen einstimmigen Fraktionsbeschluß kann sein Vertrag gekippt werden. Seit kurzem hat die Fraktion einen neuen Berater erhalten, der innerhalb der rechtsextremen Parteienszene nicht völlig unbekannt ist. Prof. Dr. Günter Bernard arbeitet nunmehr für die DVU-Fraktion. Bernard wurde 1993 zum Landesvorsitzenden der Republikaner in Sachsen gewählt. Er war Soziologieprofessor und Ausländerbeauftragter an der Leipziger Uni, bis 1989 Mitglied der SED und 25 Jahre an der Sektion "wissenschaftlicher Kommunismus" der Uni tätig. Noch 1989 schrieb er hochinteressante Abhandlungen über "Die Einheit von Technik, Ökonomie und Soziologie bei der Anwendung von

Schlüsseltechnologien". Für die Reps kandidierte Bernard dann auch 1994 zur Bundes- und Landtagswahl auf der sächsischen Landesliste. Aufgrund von Protesten mußte Bernard seinen Posten an der Uni in Leipzig räumen. Im Zuge der Annäherung von Schönhuber und Frey ist Bernard zur rechtsextremen DVU übergewechselt und mußte offenbar versorgt werden.

Im täglichen parlamentarischen Geschäft nähert sich die Fraktion der DVU zum Teil mittlerweile Bremer und Schleswig-Holsteiner Niveau. Im Mittelpunkt der Antrags- und Fragetätigkeit stehen zumeist die Kosten für Asylbewerber, Drogenbekämpfung, Ausländerkriminalität, PDS und Linksextremismus, Gewalt in Medien und Tierhaltung. Aber auch das Datumswechsel-Jahr 2000 war der DVU-Fraktion eine sogenannte Große Anfrage und ein entsprechender Antrag wert. Eine ganze Kanonade solchen Unsinns kündigte DVU-Fraktionschef Wolf in einer Presseerklärung der Fraktion wie folgt an: "Wie aus der Fraktion der DEUTSCHEN VOLKSUNION im Landtag von Sachsen-Anhalt zu erfahren war, wird die DVU-Fraktion anläßlich der Plenarsitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt am 21. 01. 1999 in ihren Debattenbeiträgen zu den von ihr gestellten Anträgen sowie in weiteren bereits angekündigten Redebeiträgen des DVU-Fraktionsvorsitzenden, Dipl.-Ing. Helmut Wolf, einige richtungsweisende neue politische Vorschläge zur Lösung der Probleme des Landes sowie auch interfraktioneller Grundsatzentscheidungen dem Landtagsplenum wie auch der Öffentlichkeit vorstellen."

In den Debatten fiel Wolf insbesondere durch verbale und menschenverachtende Entgleisungen auf. Homosexualität bezeichnete er als "sexuelle Abartigkeit", die Landesregierung nennt er "Höppner-Regime". Für den DVU-Abgeordneten Weich beginnt die Geschichte der PDS mit den "Terroristen und Mördern Liebknecht und Luxemburg".

Der beginnende Zerfall der DVU-Fraktion

Mitte Februar diesen Jahres wurden das erste Mal die bereits lange vor sich hinschwelenden Konflikte innerhalb der DVU-Fraktion öffentlich. Vier DVU-Parlamentarier verließen die Fraktion aus verschiedenen Gründen. Torsten Miksch und Jörg Büchner wurden von Frey persönlich aus der Partei und anschließend aus der Fraktion, offiziell wegen Tierquälerei beziehungsweise Stasi-Connections, ausgeschlossen. Offenbar nur vorgeschobene Gründe, denn bereits am selben Tag erklärten zwei weitere Abgeordnete den Austritt aus der Fraktion. Horst Montag und Werner Kolde folgten Miksch und Büchner als fraktionslose Abgeordnete.

Tage vorher versuchten offensichtlich diese und weitere vier Abgeordnete, Fraktionschef Wolf durch einen Putsch des Amtes zu entheben. Bei einem Geheimtreffen hatte man sich das ausgemacht. Der Coup flog auf, die Parteizentrale in München griff ein und versuchte durch Einschüchterung und finanzträchtige Postenvergabe einen Teil der Abtrünnigen wieder auf Linie zu bringen, was einstweilen auch gelang.

Miksch, welcher anschließend bekannt gab, daß er Kontakte zur NPD pflegt und die Gründung einer zweiten rechtsextremen Fraktion nicht ausschließt, plauderte Tage danach ausführlich gegenüber Medienvertretern die Innereien der DVU-Fraktion aus. 1000,- DM müßte jeder Abgeordnete ohne Spendenquittung nach München abführen, die Mitarbeiter seien zum Großteil von Frey geschickt, die Verwendung der 120 000 DM monatlicher Fraktionsgelder ist nicht nachvollziehbar für den einzelnen Abgeordneten, die Fraktionsräume seien massenhaft mit Druckerzeugnissen aus dem Hause Frey ausgestattet und Fraktionschef Wolf würde jede kritische Diskussion in der Fraktion mit der Bemerkung: "Keinen Knatsch in der Familie" unterbinden.

Daß sich eine neue rechtsextreme Fraktion gründet, erscheint angesichts der unterschiedlichen Biographien und politischen Ansichten der ausgetretenen Fraktionsmitglieder als eher unwahrscheinlich. Stasi-Mann Büchner und der in der DDR politisch verfolgte Kolde scheinen keine gemeinsame politisch funktionierende Mixtur zu ergeben. Trotzdem hat der NPD-Vorsitzende Udo Voigt seinen Mann in Sachsen-Anhalt, Steffen Hupka, beauftragt, Gespräche und Kontakte zu ehemaligen und Noch-DVU-Abgeordneten zu suchen, um mögliche Kooperationen zu vereinbaren.

Die politisch etablierten Kräfte im Landtag von Sachsen-Anhalt feierten den Abgang der vier Abgeordneten als den Anfang vom Ende der DVU, den man ja schon lange vorausgesehen hätte. Im Parlament taten sich insbesondere SPD und Landesregierung schwer im Umgang mit der DVU. So ließen sie die diskriminierenden Äußerungen und Reden von Abgeordneten der Rechtsaußenpartei meist unbeantwortet im Raume stehen und überließen es der PDS, gebührend zu antworten. Die CDU hat zunehmend das Problem (oder auch nicht), daß sie sich des Beifalls der DVU-Fraktion sicher sein kann. Die Nähen dieser beiden Unionsparteien wurden besonders in der Debatte zur Doppelten Staatsbürgerschaft deutlich.

Die Gefahr, die durch die Austritte aus der Fraktion verstärkt wird, besteht darin, daß das Problem des parlamentarischen Rechtsextremismus auf die leichte Schulter genommen wird und eine öffentliche und offensive parlamentarische und außerparlamentarische Auseinandersetzung mit dem Verweis auf vermeintliche Unbedeutsamkeit unterbleibt. Damit würde aber verkannt werden, daß wir es mit einem rassistischen Denken zu tun haben, welches aus der Mitte der Gesellschaft kommt und dort fest verankert ist.

Matthias Gärtner

Der Autor ist Abgeordneter der PDS im Magdeburger Landtag. Unter dem Titel "Die DVU im Landtag von Sachsen-Anhalt 1998-1999, Beiträge zu einer Bilanz" hat die PDS-Fraktion eine Broschüre zum Thema herausgegeben. Sie kann unter folgender Anschrift bestellt werden: Fraktion der PDS im Landtag von Sachsen-Anhalt, Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg.

13. Aktionen gegen NPD und JN in Osnabrück

Autor: Infoladen Osnabrück · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:16

Am 9. Oktober 1999 fand in Osnabrück ein Aufmarsch der NPD/JN gegen die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" statt. Der niedersächsische Landesverband der Jungen Nationaldemokraten (JN) mobilisierte seit dem 16. September 1999 unter dem Motto "Stoppt die anti-deutsche Hetze" zu einem Aufmarsch in die Innenstadt und zum Ausstellungsgebäude.

Nachdem die Stadtverwaltung anfänglich keine Notwendigkeit für ein Verbot sah, weil es sich bei den Anmeldern um eine legale Partei handele, wurde durch die zunehmende Mobilisierung gegen den faschistischen Aufmarsch, dieser am 5. Oktober vom Ordnungsamt verboten, Das Verbot wurde mit den zu erwartenden Auseinandersetzungen zwischen GegendemonstrantInnen und Faschisten begründet. Es wurde jedoch am 8. Oktober vom Verwaltungsgericht Osnabrück, auf Antrag der JN, wieder aufgehoben.

So konnten sich am Samstagmittag 280 Faschisten am Rande der Innenstadt auf einem schwer zugänglichen Gelände der "Deutschen Bahn" versammeln. Das Gelände wurde von Polizei und Bundesgrenzschutzeinheiten weiträumig abgesichert. Die Faschisten reisten u.a. mit Bussen aus Hildesheim und Minden an.

Schon um 9 Uhr besetzten 450 AntifaschistInnen den ursprünglich von der JN als Sammelpunkt angemeldeten Ort in der Osnabrücker Innenstadt, mit dem Ziel den faschistischen Aufmarsch zu verhindern.

Parallel fand eine Kundgebung gegen den Aufmarsch der Faschisten statt, zu der Gewerkschaften, kirchliche Organisationen. Bündnis 90/die Grünen und verschiedene linke Organisationen aufgerufen hatten und an der sich etwa 350 Menschen beteiligten.

Nach dem Bekanntwerden des Aufmarschortes der Faschisten bildete sich ein Demonstrationszug, um zum Sammelpunkt der Faschisten zu gelangen. Die Demonstration wurde nach einigen hundert Metern auf einer Kreuzung aufgehalten und eingekesselt. Es gelang einem Teil von AntifaschistInnen aus dem Polizeikessel zu entkommen und in kleinen Gruppen zur Aufmarschroute der Faschisten zu gelangen. Dort kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen AntifaschistInnen und der Polizei, die versuchte die Route der Faschisten weiträumig abzusperren. Während der Auseinandersetzungen wurden von der Polizei mit Schlagstockeinsätzen wahllos auf die AntifaschistInnen eingedroschen. Es kam zu etlichen Festnahmen und einige AntifaschistInnen wurden verletzt.

Mit über einstündiger Verspätung marschierte der Faschistenzug nach einer kurzen Auftaktkundgebung, auf der der Landesvorsitzende der JN-Niedersachsen sprach, Richtung Innenstadt. An der Spitze des Zuges marschierten AktivistInnen der NPD/JN mit dem Fronttransparent "Soldaten des Reichs - Ihre Opfer - unsere Verplichtung". Die zweite Hälfte des Zuges bildeten Mitglieder der "Kameradschaften" Northeim, Norddeutschland und des Mecklenburger Sturms unter der Führung von Christian Worch und Thorsten Heise. Die sogenannten "Freien Kameradschaften" traten uniformiert auf und der Zug skandierte schon zu Anfang u.a. die Parole "Ruhm und Ehre der Waffen-SS" - ohne daß die Polizei einschritt. Neben JN-Fahnen wurden zahlreiche Reichskriegsflaggen gezeigt.

Durch die antifaschistische Gegenwehr und die Empörung einiger BürgerInnen mußte die Aufmarschstrecke der Faschisten erheblich verkürzt werden. Sie gelangten nur kurzzeitig in die Innenstadt und hielten ihre Abschlußkundgebung weit entfernt auf einer Kreuzung nahe dem Bahngelände ab. Dem antifaschistischen Widerstand und der Gegenöffentlichkeit ist es zu verdanken, daß die Faschisten ihre rassistischen und den NS verherrlichenden Parolen nicht vor einer größeren Öffentlichkeit verbreiten konnten.

Die aus ganz Niedersachsen zusammengezogenen Polizeieinheiten verstärkt durch zahlreiche Spezial- und BGS-Einheiten nahmen insgesamt 27 AntifaschistInnen fest und verletzten mehrere Menschen.

Unter den geschilderten Umständen zeigte sich, daß es schwer durchführbar ist mit einer geschlossen antifaschistischen Demonstration nahe genug an einen Aufmarsch der Faschisten zu gelangen, um diesen zu verhindern.

Infoladen Osnabrück

Eine Dokumentation über die antifaschistischen Aktivitäten gegen den JN/NPD Aufmarsch vom 9. Oktober 1999 in Osnabrück ist in Vorbereitung und kann für 5.- DM pro Exemplar über den Infoladen Osnabrück bestellt werden. Fax: 0541-258096.

14. Algerischer Stabilitätspakt. Der "bonapartistische" Präsident Bouteflika als Krisenmanager

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Algerien · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:33

Der Chef der künftigen algerischen Regierung wird vermutlich Ali Benflis sein, einer der engsten Berater des im April dieses Jahres "gewählten" Präsidenten Abdelaziz Bouteflika. "Gewählt" in Anführungszeichen, da der von den Militärs auf die Bühne geschobene "candidat du consensus" ohne Gegenkandidat antrat, nachdem alle sechs Mitbewerber sich - gegen den sich andeutenden offenen Wahlbetrug durch die Staatsorgane protestierend - aus dem Rennen zurückgezogen hatten. (vgl. ak 426, 14.5.1999)

Nach dem Referendum vom 16. September 1999 wird Bouteflika durch diese Regierungsbildung, aller Voraussicht nach, zum zweiten Mal dem Gang der innenpolitischen Ereignisse seinen Stempel aufdrücken. Sie wird direkt unter seinen Fittichen vollzogen - obwohl ihm diese Aufgabe von der Verfassung her gar nicht zusteht, derzufolge er lediglich den Premierminister zu ernennen hat. Zum Stil des neuen starken Mannes in Algier gehört es, die Öffentlichkeit hinzuhalten. Dadurch soll seinen Handlungen, nachdem die Spannung gehörig angestiegen ist, um so größere Wirkung verschafft werden. So hatte Bouteflika sich nach seiner etwas mißglückten Wahl am 15. April und seiner Amtseinführung am 27. April wochenlang hinter die Mauer eines absoluten Schweigens zurückgezogen. Die Zeitungen ersuchten ihn immer dringlicher darum, doch endlich etwas über seine Absichten kundzutun: "Reden Sie endlich, Herr Bouteflika!" Und dann redete er - und hörte nicht mehr auf. In den drei folgenden Monaten gab Bouteflika den nationalen wie den internationalen (vor allem französischen) Medien eine größere Zahl von Interviews als seine Amtsvorgänger in den vorangegangenen 20 Jahren zusammengenommen.

Die langwierige Regierungsbildung könnte allerdings, das vermutet die Tageszeitung Le Matin, auch auf Uneinigkeiten zwischen Präsident Bouteflika und seinen ursprünglichen "Auftraggebern", den Militärs hindeuten. So wünsche Bouteflika um jeden Preis den Rücktritt des derzeit noch vorläufig amtierenden Premierministers Smail Hamdani. Doch die Armeeführung widersetzte sich der Absetzung Hamdanis und der Vergabe führender Regierungsposten an Bouteflikas "eigene" Vertrauensleute. Insgesamt sieht es bisher freilich eher danach aus, als ob die Militärs Bouteflika weitgehend freie Hand gewährten, wenn er etwa die Korruption in den Reihen der vorherrschenden militärisch-staatsbürokratischen Nomenklatura attackiert. Denn diese ist sich mittlerweile selbst darüber klar, daß die Begründung eines stabilen und die Bürgerkriegsphase beendenden Regimes voraussetzt, daß die Macht der mafiösen Interessen diverser Cliquen innerhalb der Nomenklatura eingedämmt wird.

Kompromiß mit den Islamisten

Hauptsächlich scheint Bouteflika von den (bisher das politische Leben im Lande im wesentlichen dominierenden) Militärs gerufen worden zu sein, um das Problem des Umgangs mit dem radikalen, und vor allem dem bewaffneten politischen Islamismus einer Lösung zuzuführen. Dessen Terroraktionen hatten dem Land mehrere Jahre lang Negativschlagzeilen eingebracht und zu seiner weitgehenden internationalen Isolierung geführt. Als der politische Islamismus - der Träger eines totalitären ideologischen Projekts - in der algerischen Systemkrise Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre zugleich den sozialen Protest erfolgreich monopolisierte und kanalisierte und 1990/91 zur Mehrheitspartei wurde, schienen die Militärs unfähig, dem Flächenbrand Herr zu werden.

Die Lage hat sich jedoch seit nunmehr zwei Jahren grundlegend gewandelt. 1997 hat der politisch-ideologisch "bewußte" Kern des bewaffneten Islamismus seine sich abzeichnende militärische Niederlage zu erkennen begonnen - während gleichzeitig die extremsten unter den "Bewaffneten Islamischen Gruppen" (GIA) die blutige Flucht nach vorne wählten und in Form kollektiver Massaker ganze Dorfbevölkerungen abstraften, die ihren Diktaten nicht Folge leisteten. Damit isolierten sich die bewaffneten Fundamentalisten immer mehr von der Bevölkerung. Der bewaffnete Arm der verbotenen Islamistenpartei FIS (Islamische Errettungsfront - die im Deutschen eingebürgerte Bezeichnung "Heilsfront" ist eine ungenaue Übersetzung aus dem Französischen), die "Islamische Errettungsarmee" AIS, schloß daraufhin im Spätsommer 1997 ein Waffenstillstandsabkommen mit dem algerischen Militär.

Der genaue Inhalt dieses Abkommens, und damit auch die den Fundamentalisten ohne Zweifel in Aussicht gestellten Gegenleistungen, wird bisher nach wie vor geheimgehalten. Fest steht: Diese zwischen bewaffneten Formationen - des Staates einerseits, des FIS andererseits - geschlossene Vereinbarung benötigte eine offizielle Deckung auf politischer Ebene. Zu diesem Zweck trat Bouteflika an, der als eine seiner ersten effektiven Amtshandlungen das Amnestiegesetz vom Parlament absegnen ließ. Es erlaubt den ‚Gotteskriegern` - unter bestimmten, weit gefaßten Bedingungen -, der Strafe gänzlich oder teilweise zu entgehen, sofern sie die Waffen niederlegen.

Das Referendum vom 16. September wiederum diente lediglich der symbolischen Absegnung dieses Vorgehens - denn das Amnestiegesetz befindet sich seit dem 13. Juli 1999 in Anwendung. Kaum jemand in Algier zweifelt heute daran, daß die 98 Prozent Zustimmung anläßlich des Referendums "echt" waren; lediglich die hohe Wahlbeteiligung (offiziell in Höhe von 85 Prozent) wird hier und dort in leisen Zweifel gezogen.

Schließlich konnte jedes politische Lager seine eigenen Vorstellungen vermeintlich in Bouteflikas Reden und Handeln widergespiegelt sehen, da der präsidiale Diskurs hinreichend schillernd und "nach allen Seiten hin offen" blieb. So erklärte Bouteflika im August, der politische Islamismus habe in Algerien kein Existenzrecht. Anfang September präzisierte er bei einem Auftritt in Oran, eine islamistische Politik sei widersinnig, da Algerien ohnehin eine muslimische Identität habe, an der nicht zu rütteln sei; folglich sei das Land "weder für eine laizistische Politik noch für eine islamistische Politik" zu haben. Am Vortag des Referendums wiederum äußerte er vor versammelten islamischen Würdenträger und politischem Personal in der Salle El-Harscha im Zentrum von Algier, er habe immer "eine Sympathie für die islamistische Bewegung gehabt, aber es wurde eine rote Linie überschritten, so daß der Staat handeln mußte".

Der Kollaps des Staatssozialismus

Unter der Präsidentschaft Bouteflikas sollen durch eine Form bonapartistischer Macht die im zurückliegenden Jahrzehnt aufgeworfenen Gräben zugeschüttet werden. Aus allen großen politisch-ideologischen Lagern der Gesellschaft (Laizisten/Modernisten einerseits wie Islamisten andererseits) soll Unterstützung für das Regime gewonnen werden. Darin widerspiegelt sich auch das Bestreben der herrschenden Klassen, ein neues ökonomisches Modell zu realisieren.

Nach dem Ende des dem "real existierenden Sozialismus" ähnelnden Systems der antikolonial-nationalistischen Einheitspartei FLN, das nach den Jugendunruhen des Oktober 1988 zerbrach, setzte in Algerien ein Zerfallsprozeß der ehemals staatlich gelenkten Ökonomie ein. Unter deren Deckmantel hatten sich im Laufe der 80er Jahre in zunehmendem Maße Interessenpole herausgebildet, die der Selbstbereicherung diverser Clans und Seilschaften innerhalb der militärisch-staatsbürokratischen Nomenklatura dienten (und insbesondere der dominierenden Armee, die nach dem Ende des Befreiungskriegs gegen Frankreich faktisch an der Macht geblieben war). Das staatliche Außenhandelsmonopol umgehend, betrieben diese den Import westlicher Waren, die auf den florierenden Schwarzmärkten und über informelle (Bekanntschafts-, Verwandtschafts-)Strukturen weiterverkauft wurden. Finanziert wurde das ganze durch die Ölrente, die theoretisch vom Staat abgeschöpft wurde, von der aber ein stattlicher Teil in Kanäle der Nomenklatura floß, die ausschließlich der privaten Bereicherung dienten.

Zugleich wurde im öffentlichen Wirtschaftssektor, etwa in den staatlichen Vertriebszentren "Souk-el-Fellah" (wörtlich "Bauernmärkte"), die Knappheit der Waren organisiert, oftmals durch das Horten der Güter oder ihren Aufkauf in großem Maßstab durch Angehörige der Nomenklatura. Das Ende des FLN-Einparteienstaates nach 1989 war Ausdruck des wirtschaftlichen Zusammenbruchs: Der Kollaps des antiimperialistischen Entwicklungsmodells Algeriens ist sowohl auf dessen innere strukturelle Deformierungen als auch auf weltwirtschaftliche Faktoren zurückzuführen (den Ölpreisverfall 1986 wie auch den Wegfall des sowjetischen Machtbereichs, der Algerien nicht-kapitalistischer Handelspartner beraubte und damit brutal dem Weltmarkt und seinem Konkurrenzdruck aussetzte).

Parallel zur inneren Krise des Landes begannen die privaten Interessenpole sich in noch größerem Ausmaß zu verselbständigen. Das in den 80er Jahren in der Schattenökonomie akkumulierte Kapital wurde nunmehr massiv investiert, und zwar zumeist in den massenhaften Import auf dem Weltmarkt eingekaufter, westlicher Waren. Dadurch wurde der nationalen Produktion an Gebrauchsgütern (die gegenüber den westlichen Industrien nicht konkurrenzfähig war) schwerer Schaden zugefügt. Zugleich suchten die Neureichen, von der

Privatisierung bisher staatlicher Unternehmen zu profitieren und sich die Filetstücke anzueignen. Das wurde begleitet von der Zerstörung der nicht-rentablen Betriebe; 700.000 bis 900.000 Arbeitsplätze gingen dabei seit 1994 verloren.

Ein bedeutender Teil nicht-rentabler öffentlicher Betriebe verbleibt noch in öffentlicher Hand. Und zugleich bestehen immer noch für ein "Dritte-Welt"-Land geradezu unerhörte soziale Errungenschaften wie eine beinahe kostenlose medizinische Grundversorgung. Gleichzeitig finden beachtliche soziale Abwehrkämpfe statt.

Das Gesamtwohl der herrschenden Klasse

Teile der herrschenden Kaste haben heute erkannt, daß das bisher praktizierte, destruktive Bereicherungsmodell auf kürzere Frist dem Überleben einer (sich um- und neuformierenden) herrschenden Klasse in ihrer Gesamtheit abträglich ist. Daher wird heute ein starkes, fest im Sattel sitzendes Regime benötigt, das notfalls dafür sorgen kann, daß die vom derzeitigen Modus profitierenden Privatinteressen (auch hochrangiger Mitglieder der nomenklaturistischen Mafia) gegenüber dem Gesamtwohl der herrschenden Klasse hintangestellt werden. Das Hauptziel Bouteflikas und seiner Stützen besteht heute darin, die Eigentümer des in räuberischer Weise akkumulierten Kapitals dazu zu motivieren oder zu drängen, in den Aufbau einer warenproduzierenden Ökonomie zu investieren. Dasselbe gilt für die (offiziösen Schätzungen zufolge) mehreren Dutzend Milliarden Dollar im europäischen Ausland investierter "Raub"gewinne. Schließlich gilt es, auch ausländische und insbesondere westliche Investoren zu gewinnen. Ob der Übergang zu einem anderen ökonomischen Modell gelingt, hängt im wesentlichen von zwei Bedingungen ab.

Zum einen muß eine, zumindest relative, innenpolitische Stabilität einkehren und der Terror beendet werden. Auch wenn die Gewalt der bewaffneten Islamistengruppen heute großenteils auf abgelegene ländliche Zonen beschränkt ist, die diesen Gruppen als Rückzugsräume dienen, so sorgt sie doch stets aufs Neue für internationale Negativschlagzeilen und bildet dadurch ein Investitionshemmnis. Auch hat der "heilige Krieg" der fundamentalistischen Banden - unbewußt, oder jedenfalls jenseits ihrer primär verfolgten ideologischen Zielsetzungen - sein Teil zum kriegskapitalistischen Privatisierungsprozeß beigetragen.

Denn in ihrem Kampf gegen das "gottlose Regime" zerstörten und sabotierten sie in großem Ausmaß staatliches und öffentliches Eigentum, gleichgültig ob Schulen (tausende Schulgebäude wurden während der Konfliktjahre zerstört oder unbrauchbar gemacht), staatliche Transportmittel oder öffentliche Betriebe. Zugleich gingen sie nicht - jedenfalls nicht systematisch - gegen privates Eigentum vor, zumal sie das Privateigentum grundsätzlich akzeptierten, solange es nur nicht "ungläubigen" Zwecken wie dem als Taqout (ungefähr: Moloch) bezeichneten weltlichen Staat diente und solange es nicht in der Hand "unmoralischer" Eigentümer war.

Die Vernichtungsaktionen gegen öffentliches Eigentum kamen somit oftmals privaten Anbietern zugute, jedenfalls sofern diese die Entrichtung einer Art "Revolutionssteuer" an die selbsternannten Gotteskrieger akzeptierten. So schossen ab 1994 die privaten Transportgesellschaften in den Städten wie Pilze aus dem Boden, nachdem die öffentlichen Busse in großer Zahl durch die "Glaubenskämpfer" abgefackelt worden waren; alsbald folgte die offizielle Freigabe der Fahrpreise.

Wenn das Land eine relative Stabilität finden soll, dann muß das Regime in die Lage versetzt werden, die hinter solchen Erscheinungen stehenden Privatinteressen innerhalb der herrschenden Klassen zurückzudrängen und ein minimal wirksames, zentralstaatliches Gewaltmonopol durchzusetzen. Denen, die sich bisher "urwüchsig" bereichert haben, würde es im Gegenzug ermöglicht, ihr Kapital nunmehr offiziell und auf "normalem" Wege zu investieren.

Der Kampf um soziale Rechte

Zum zweiten müssen, soll Algerien für potentielle - inländische und exil-algerische wie auch internationale - Investoren attraktiv gemacht werden, die bisher im Land noch vorhandenen sozialen Errungenschaften in stärkerem Masse abgebaut werden. Denn Algerien müßte dabei mit den Nachbarländern Marokko und Tunesien konkurrieren, die - im Vergleich zu dem ex-sozialistischen Land - als Investorenparadiese gelten können und deren Ökonomien weitgehend westlichen Interessen unterworfen sind. Nach wie vor gibt es in Algerien eine Reihe sozialer Rechte und Errungenschaften, an die in Marokko und Tunesien nicht zu denken

ist. Die dunkle Kehrseite der Medaille ist dabei freilich, daß die Arbeitslosenquote derzeit offiziell 29 Prozent beträgt, wenn auch ein Teil der Betroffenen im informellen Wirtschaftssektor tätig ist. Ohne sozialen Schutz leben insbesondere viele Jugendliche, die keinen Platz im System finden - die Hälfte der Bevölkerung ist jünger als 30 Jahre.

Um soziale Rechte weiter abbauen zu können, wird wiederum ein fest im Sattel sitzendes und gegen potentielle gesellschaftliche Widerstände gefeites Regime benötigt. Bisher scheint der "bonapartistische" Präsident Bouteflika das dafür nötige Format zu haben - und damit sogar bei "den Massen" auf Zuspruch zu stoßen. So äußerte er anläßlich seines Auftritts am 15. September in der Salle El-Harscha, an die im Saal sitzenden Vertreter des offiziellen (an der Spitze absolut staatsfrommen) Gewerkschaft-Dachverbands UGTA gewandt, diese sollten "nun bloß nicht am Tag nach dem Referendum über den Frieden zu mir kommen und Wohnungen und Arbeitsplätze verlangen". Denn, so Bouteflika, "ich habe keine Wohnungen anzubieten". Und die Menge applaudiert dem Präsidenten bei solchen Worten!

Das ist in der derzeitigen Situation Ausdruck einer aktuellen politischen Resignation. Am Ende der blutigen Bürgerkriegswirren herrscht bei vielen der Reflex des "Hauptsache überleben" vor - gemischt mit der Freude darüber, daß endlich ein Präsident der Bevölkerung in die Augen sieht und "unverblümt die Wahrheit sagt". Nach Jahren, in denen schwächliche Regimes sich hinter einem offenkundig verlogenen Diskurs ("Es gibt keine ernsthaften Terrorismusprobleme mehr, nahezu alles ist unter Kontrolle ...") verschanzten, gilt eine solche offensive Kaltschnäuzigkeit bereits als wohltuend.

Bernhard Schmid (12.10.1999)

15. "Keine Alternative zu Milosevic". Interview mit dem Dissidenten Drogomir Olujic aus Belgrad über die serbische Opposition

Interview mit dem Dissidenten Dragomir Olujic aus Belgrad über die serbische Opposition

Rubrik: Kosovo-Krieg; Serbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:11

Dragomir Olujic (51) ist Journalist und langjähriger Antikriegsaktivist aus Belgrad. Seit 1968 ist er in verschiedenen linksoppositionellen Bewegungen aktiv. Für sein Engagement in der Studentenbewegung, der oppositionellen Gewerkschaftsbewegung und der Antikriegsbewegung verbrachte er insgesamt über zwei Jahre im Gefängnis. Zur Zeit arbeitet er für die Zeitungen Odgovor und Nvo Glasnik aus Belgrad, sowie für Svijet aus Sarajevo und Tribina aus Tuzla (beide Bosnien-Herzegovina). Während der Nato-Luftangriffe hielt sich Dragomir Olujic in Belgrad auf, kürzlich besuchte er den Kosovo. Über seine Einschätzung der Opposition in Serbien und Möglichkeiten der Zusammenarbeit von serbischen und albanischen Gewerkschaftlern gibt er im folgenden Interview Auskunft. Die Fragen stellte Boris Kanzleiter.

ak: Wie schätzen Sie die innenpolitischen Auswirkungen der NATO-Bombardierungen in Jugoslawien ein. Wurde Milosevic letztlich doch geschwächt, wie man angesichts der Demonstrationen der letzten Wochen meinen könnte, oder hat er seine Machtbasis verbreitern können, wie Oppositionelle während des Kriegs immer wieder warnten?

Dragomir Olujic: Zunächst würde ich sagen, daß Milosevic und seine Regierung am meisten von den NATO-Luftangriffen profitiert haben. Die Folgen der Luftangriffe sind ganz andere, als damals von der NATO als Ziele deklariert wurden. Die erklärten Ziele waren, die jugoslawische Armee zu treffen, das Regime zu schwächen und die Kriegsverbrechen an den Kosovo-Albanern zu verhindern.

Erreicht wurde statt dessen, daß Milosevic gestärkt wurde. Der politische Abstand zwischen der Bevölkerung und der Regierung ist schmaler geworden. Die serbische Gesellschaft hat sich homogenisiert. Alle sogenannten oppositionellen Parteien standen dem Regime während der Luftangriffe zur Seite und nahmen teilweise noch radikalere nationalistische Position ein als die das Regime tragenden politischen Kräfte. Am besten hat Arkan (1) die Situation beschrieben, als er erklärte: "Jetzt sind wir alle Milosevic".

Auch die humanitäre Katastrophe im Kosovo ist nicht verhindert, sondern verschlimmert worden. Die NATO hat entgegen allen Beteuerungen die serbische Kriegsmaschinerie nicht entscheidend geschlagen. Parallel zur NATO-Bombardierung haben die serbische Polizei, die Armee und die paramilitärischen Einheiten etwa zehntausend namentlich bekannte Kosovo-Albaner umgebracht. 7.000 Albaner sitzen bis jetzt in serbischen Gefängnissen. Es handelt sich dabei hauptsächlich um junge Menschen.

Aber zeigen nicht die Demonstrationen der letzten Wochen, daß die Unzufriedenheit in Serbien wächst, oder was bedeuten die Massenproteste?

Die sogenannte Opposition, also Vuk Draskovics Serbische Erneuerungsbewegung und Goran Djindjics Demokratische Partei, hatte in meinen Augen ihre Glaubwürdigkeit schon vor dem Krieg um den Kosovo verloren. In ihrer Position zu Kosovo unterscheiden sie sich nicht wesentlich von der Regierung. Das zeigt sich gerade jetzt wieder bei den aktuellen Demonstrationen. Die Parole dort lautet: "Milosevic Du hast Serbien verkauft und verraten". Eine Kritik am brutalen Vorgehen gegen die Kosovo-Albaner ist nicht zu hören.

Vuk Draskovic war während des Krieges Mitglied der Regierung und hat mit keinem Wort das Vorgehen der jugoslawischen Armee im Kosovo verurteilt, im Gegenteil. Auch nach dem Krieg hat er sich nie von den Verbrechen distanziert. Ein serbischer Soldat sei zu solchen Grausamkeiten ja gar nicht fähig, sagt er.

Auch Goran Djindjic ist ein guter Rhetoriker. Er vertritt letztlich dieselbe Position, kleidet sie aber in elegantere Worte. Bei Djindjic muß man auch immer im Hinterkopf haben, daß er sich am Ende des Bosnien-Krieges mit Radovan Karadzic, dem serbisch-nationalistischen Führer in Bosnien-Herzegovina, verbrüdert hat. Karadzic war für unzählige Kriegsverbrechen verantwortlich und jeder wußte das. Das haben sich die Leute gemerkt.

Die Opposition hat sich selbst besiegt. Zunächst durch ihre Rolle bei den Demonstrationen gegen den Wahlbetrug im Winter 1996/97 und dann durch ihre Politik auf lokaler Ebene. Sie hat nämlich keines der Wahlversprechen gehalten, die sie während der Bewegung gegeben hatte. Teilweise haben sie sich als schlimmer erwiesen als die Sozialistische Partei von Milosevic. Genau dieses Versagen der Opposition ist ein Grund dafür, warum sich in Serbien so wenig Menschen mit Politik beschäftigen und sich aktiv einsetzen. Der wichtigste Grund ist allerdings die schlimme soziale Lage in Serbien.

Dennoch konnte die Opposition teilweise bis zu hunderttausende Menschen mobilisieren ...

Ja, aber bei der Demonstration am 21. August, nebenbei gesagt einem wichtigen orthodoxen Feiertag, hat sich der desolate Zustand der Opposition deutlich gezeigt. Etwa 80.000 bis 100.000 Teilnehmer kamen auf die Demo. Zuerst erschien Prof. Mladjen Dinkic von der G-17 (2) auf die Bühne, dann folgte Djindjic und zum Schluß Draskovic. Alle widersprachen sich in ihren Redebeiträgen völlig. Bei der nächsten Großdemonstration, die einen Monat später stattfand, kamen nur noch 20.000 Menschen.

Die Opposition in Serbien ist keine wirkliche Alternative zu Milosevic, sondern lediglich eine Konkurrenz um die Macht. Sie hat nicht einmal die nationalistische Kriegspolitik glaubwürdig verurteilt. Sie behauptet lediglich, sie könne schneller und besser dasselbe machen wie Milosevic.

Wenn die gesellschaftliche Kritik am Vorgehen gegen die Kosovo-Albaner ausbleibt, hat dann die ultranationalistische Partei von Vojislav Seselj von der Unzufriedenheit profitiert?

Seselj und seine Leute in der Regierung sind nur die Vollstrecker von Milosevics Politik. Als nach dem Ende der NATO-Angriffe zehntausende Serben aus dem Kosovo nach Serbien geflohen sind, dachten viele, diese Leute wären das ideale Kanonenfutter für Seseljs aggressiven Nationalismus. Tatsächlich hat Seselj diese Leute aber links liegen lassen und ist nicht auf sie zugegangen.

Sehen Sie neben dem offensichtlichen Versagen der bürgerlichen Opposition auch Ansätze einer basisdemokratischen linken Opposition?

Es gibt in Serbien einige kleinere Parteien, wie die Sozialdemokratische, die ich für eine wirkliche Opposition halte. Sie haben aber keinen Zugriff auf die Medien und sind deshalb weitgehend unbekannt. Und es gibt noch eine dritte Kraft, nämlich Basisorganisationen, die während der Luftangriffe entstanden sind, zum Beispiel in Cacak, Nis und Kraljevo. Diese Organisationen sind sowohl gegen das Regime als auch gegen die Opposition gerichtet. Aber ihr Problem ist, wie sie über die lokale Ebene hinaus wirken können. Sollte ihnen dies gelingen, wären sie die einzige Chance auf ein demokratisches Serbien der Zukunft.

Gleich zu Anfang der Luftangriffe haben außerdem 50 Nichtregierungsorganisationen und die Gewerkschaft Nesavisnost die Jugoslawische Allianz gegründet. Sie haben jeden Tag die von serbischen Einheiten im Kosovo begangenen Kriegsverbrechen veröffentlicht, aber sich auch strikt gegen die NATO-Angriffe gewandt, weil sie alles nur noch schlimmer machten, wie sie betonten. Diese Gruppen haben das Problem, daß sie keine politischen Gruppen im eigentlichen Sinne sind, sondern besondere Interessen, wie die gewerkschaftlichen Forderungen der Arbeiter, vertreten und sich darauf beschränken. Dieses Bündnis konnte deshalb nicht zum politischen Faktor werden.

Sie haben die schlimme soziale Situation in Jugoslawien schon erwähnt. Wie schätzen Sie in diesem Zusammenhang das Ausmaß der Zerstörungen durch die NATO-Angriffe ein?

Die soziale Situation hat sich ohnehin stetig verschlechtert. Die Luftangriffe haben dies lediglich beschleunigt. Die Arbeitslosigkeit ist sehr hoch. Viele Arbeiter sind zwangsbeurlaubt, weil es einfach keine Rohstoffe mehr gibt, um zu produzieren. Durch die Zerstörungen der Raffinerien und Brücken sind weitere Menschen arbeitslos geworden. 600.000 Menschen müssen sich in Volksküchen ernähren. Die serbische Wirtschaft arbeitet mit 10-15% ihrer Kapazitäten. Das einzige, was wirklich funktioniert, sind Post, Polizei und internationale Organisationen. Die Gehälter werden nicht gezahlt und in den Läden gibt es kaum etwas zu kaufen. Durchschnittlich kommen die Löhne acht Monate zu spät. Ich habe mein letztes Honorar zum Beispiel im März bekommen. Vor den Angriffen haben 62% der Bevölkerung unter dem Existenzminimum gelebt, jetzt sind es 69%.

Wie ging die Regierung in der Öffentlichkeit mit den Kriegszerstörungen um?

Die jugoslawischen Medien haben versucht, die Zerstörungen schlimmer darzustellen als sie wirklich sind. Die Zahl der zivilen Opfer lag nach meinen Informationen bei etwa 500 Personen, das waren hauptsächlich Leute, die nach einer Bombardierung ein bestimmtes getroffenes Gebäude anschauten und dann von einer zweiten Angriffswelle überrascht wurden. So wie die serbischen Medien die Zerstörungen übertrieben haben, versuchten sie die Erfolge der jugoslawischen Armee zu übertreiben. Nach amtlichen Angaben hat die jugoslawische Armee 160 NATO-Flugzeuge abgeschossen. Tatsächlich gibt es aber keine Beweise dafür, daß mehr als zwei Flugzeuge zerstört wurden. Diese beiden Flugzeugwracks wurden aus allen möglichen Perspektiven gefilmt und fotografiert. Warum die anderen angeblich abgeschossenen nicht?

Wie stellte der Staat in der Kriegssituation die Kontrolle über die Medien sicher?

In Serbien stellte das Regime während der Angriffe die gesamten Medien unter eine verschärfte Kontrolle. Selbst den unabhängigen Medien wie den Zeitschriften Danas, Nin und Vreme wurde angeordnet, daß sie zu erscheinen hätten. Alle Redakteure waren verpflichtet, jeden Morgen zu einem Briefing zu erscheinen, wo ihnen von Regierungsfunktionären angeordnet wurde, was sie zu schreiben hätten. Das ging bis zur Wortwahl. Alle waren verpflichtet, ihre Texte zensieren zu lassen. Ohne Unterschrift der Behörde war eine Veröffentlichung unmöglich.

Freunde, die beim Fernsehen arbeiten, haben mir erzählt, daß sie sogar die Programmankündigungen der Zensur vorlegen mußten. Es haben sich natürlich nicht alle Journalisten darauf eingelassen und haben einfach aufgehört zu schreiben.

Haben Sie während der Luftangriffe die Repression selbst zu spüren bekommen?

Während der Bombardierungen habe ich mit vielen Leuten aus dem Ausland telefoniert und wurde von vielen Menschen aus dem Ausland angerufen. Wir haben Informationen ausgetauscht und weitergegeben. Als ich am dritten oder vierten Tag der Luftangriffe begann, eine Kampagne zu starten, die zeigen sollte, daß das Bombardement letztlich dazu führen würde, Milosevic freie Hand für die Vertreibungen im Kosovo zu geben, wurde mein Chefredakteur zur Geheimpolizei gebeten. Die erzählten ihm, mit wem ich alles am Telefon gesprochen hätte. Sie gaben ihm den Tip, an mich auszurichten, daß ich meine Aktivitäten besser einstellen solle ... .

Als das Gebäude des Innenministeriums bombardiert wurde, habe ich einen großen Schreck bekommen. Ich hatte nämlich Angst, daß mein Dossier bei der Geheimpolizei verbrannt wäre. Das wäre die Vernichtung der Dokumentation von über dreißig Jahren harter Arbeit gewesen! Ich bin sofort hingegangen und habe nachgefragt, was mit den Dossiers passiert sei. Der Beamte meinte, daß ich mir keine Sorgen machen solle, da sie immer zwei Kopien an unterschiedlichen Stellen untergebracht hätten. Das ist mir natürlich bekannt, aber man muß im Krieg ja auch ein bißchen Spaß haben ... .

Um das Thema mal ganz zu wechseln. Denken Sie, daß es zu einer Unabhängigkeit des Kosovo kommen wird?

Die Wahrscheinlichkeit ist sehr groß. Aber wie die Dinge jetzt stehen, ist die Okkupation des Kosovo durch die serbische Armee durch eine andere Form der Okkupation ersetzt worden, durch die internationale Besetzung. Um das mal auf eine praktische Weise zu beschreiben: Die Fabriken im Kosovo sind den albanischen Arbeitern zweimal weggenommen worden. Zuerst durch die serbische Staatsmacht am Anfang der 90er Jahre, als das Autonomiestatut aufgehoben wurde und die bis dahin selbstverwalteten Betriebe durch serbische Unternehmensleitungen übernommen wurden. Und anschließend zum zweiten Mal durch die Privatisierung der Betriebe, die danach von Milosevic und seiner Clique betrieben wurde.

KFOR und die UN-Zivilverwaltung Unmik sind jetzt gerade damit beschäftigt, die albanischen Arbeiter wieder in ihren Betrieben arbeiten zu lassen, aber sie geben ihnen die Betriebe nicht zurück, sie bleiben privatisiert, Das heißt, sie erkennen die Tatsachen an, die das serbische Regime geschaffen hat. Deshalb haben die Bergarbeiter in Trpeca bereits mehrmals gegen die KFOR und Unmik demonstriert.

Die internationale Gemeinschaft, insbesondere die USA und der IWF, hält die albanische Bewegung unter Kontrolle. Hasim Thaci wurde von ihnen als Kontrahent zu Adem Demaci aufgebaut. Demacis Politik, sowenig ich mit ihr einverstanden bin - war dennoch eine Politik einer unabhängigen Bewegung. Thaci ist einfach nur

eine Marionette der USA. Die einzige Kraft, die nicht ohne weiteres unter der Kontrolle der internationalen Organisationen steht, sind die albanischen Gewerkschaften.

Nach meiner Einschätzung wird die internationale Gemeinschaft weiter daran arbeiten, die Bewegung der albanischen Gewerkschaften zu zerstören, um sie ganz aus der Öffentlichkeit zu beseitigen. Ich denke allerdings, daß sich auch andere politische Sektoren darauf besinnen, eine wirkliche Unabhängigkeit zu fordern. Wenn dies geschieht, wird die KFOR/Unmik aber wahrscheinlich auf den serbischen Vorschlag der ethnischen Parzellierung des Kosovo eingehen. Dann werden wir ein zweites Dayton erleben, also de facto eine Aufteilung des Kosovo nach ethnischen Kriterien.

Sie haben als serbischer Oppositioneller, der die nationalistische Politik Milosevics im Kosovo stets denunzierte und in Serbien in der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung engagiert ist, kürzlich ein vielleicht einmaliges Experiment unternommen. Sie haben gemeinsam mit Bajram Mustafa von der albanischen Bergarbeitergewerkschaft aus Kosovoska Mitrovica gemeinsam eine Veranstaltungstour durch England und Schottland unternommen. Wie waren die Erfahrungen?

Als ich Bajram Mustafa vor wenigen Wochen im Kosovo traf, sagt er mir noch, daß eine Zusammenarbeit mit Serben für ihn ausgeschlossen wäre ... Es war eine schöne Tour. Wir haben zehn Veranstaltungen gemacht, auf die jeweils 50 bis 100 Leute kamen. Viele Albaner, die die Treffen besuchten, haben mir danach gesagt, daß sie nie gedacht hätten, daß es so etwas noch einmal geben könnte. Bajram und ich haben uns prima verstanden.

Anmerkungen:

1) "Arkan" ("Tiger") heißt mit bürgerlichem Namen Zeljko Raznjatovic. Er führt paramilitärische Milizen an, die während des Kriegs in Bosnien-Herzegovina mehrere tausend Zivilisten umbrachten und auch im Kosovokrieg eingesetzt waren. In Belgrad kontrolliert Arkan, der mit einer populären Popsängerin verheiratet ist, eine Mafiastruktur.

2) G-17: Gruppe von liberalen Wirtschaftsexperten.

16. Warmlaufen für den Wechsel. Drei Wahlen in Rußland - noch ist alles im Fluß

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:04

Drei Wahlkampagnen überlagern sich in den nächsten Monaten in Rußland. Zwei wichtige Termine fallen sogar direkt zusammen: Am 19. Dezember, dem Tag der Dumawahl, wird auch der Bürgermeister von Moskau neu gewählt. Beide Wahlen sind aber nur der Auftakt zum großen Wechsel, der für den Sommer 2000 ansteht, wenn der Präsident der russischen Föderation neu gewählt wird.

Die Verwirrung ist groß: 139 Parteien, Gruppen und Bewegungen, von denen sich die Mehrzahl auch jetzt noch in beständiger Umgruppierung befindet, sind für die Dumawahl bisher registriert; mehr als zehn Präsidentschaftskandidaten sind bereits in Position gegangen, weitere sind zu erwarten. Dies alles geschieht in einer Situation, in der die Regierungschefs in immer schnellerer Folge wechseln. Skeptiker sagen Manipulationen der Wahl durch die Regierung Wladimir Putins, schlimmstenfalls die Ausrufung des Ausnahmezustands durch den herrschenden Jelzin-Clan voraus. Im schweizerischen Davos beraten wieder einmal Rußlands Geldmagnaten mit Vertretern westlichen Kapitals, wie man in die Wahlkämpfe eingreifen kann.

Dies alles läßt den Eindruck aufkommen, als wiederhole sich die Situation von 1995/96. Die damaligen Wahlen führten dazu, daß eine kommunistisch majorisierte Duma und eine prowestliche, sich demokratisch nennende Regierung einander gegenseitig lähmten. Doch die Voraussetzungen für die anstehenden Wahlen unterscheiden sich von denen der Jahre 1995/96 erheblich: Seinerzeit erschien Boris Jelzin, aller Unzufriedenheit zum Trotz, vielen als Garant für Stabilität und eine Kontinuität im Wandel; heute ist er das Symbol für die Krise, deren Ende man sich wünscht. Die Umverteilung ist abgeschlossen. Mit dem Finanzkrach vom August 1998 hat der Präsident auch die soziale Basis verloren, auf die sich seine Politik stützte - die Gewinner der Privatisierung und die neue Mittelschicht um sie herum.

Nicht mehr das gemeinschaftliche Interesse von Räubern an der Aufrechterhaltung eines Status quo wie vor fünf Jahren, sondern der Wunsch nach einem effektiven staatlichen Rahmen für die Nutzung des Erworbenen bestimmt jetzt die Auseinandersetzungen. Jetzt kämpfen die finanz-industriellen Gruppen, die Oligarchen, untereinander um Einfluß auf staatliche Regulationsinstrumente und bevorzugen dabei in Konkurrenz zueinander unterschiedliche Kandidaten.

Einzelne Oligarchen setzen - wie Beresowski, der den Jelzin-Clan und auch Alexander Lebed unterstützt - auf mehrere personelle Varianten gleichzeitig. Die in ihrer Existenz bedrohte Mittelschicht aber sucht eine neue politische Heimat, die ihr ein Überleben ermöglicht.

Hinzugekommen ist auch eine neue Bedeutung der Regionen als selbständige Subjekte. Die Krise vom August 1998 beschleunigte die Abkoppelung der regionalen Wirtschaftsräume vom zahlungsunfähigen Zentrum. Eine Sonderrolle spielt die Stadt Moskau, die unter ihrem Bürgermeister Juri Luschkow ein eigenes Modell der wirtschaftlichen Verwaltungspatronage entwickeln konnte, das er im Wahlkampf jetzt in die Regionen zu exportieren versucht.

"Demokrat" - ein Schimpfwort

1995/96 gelang es Boris Jelzin, sich als Hüter der Demokratie gegen die Unruhestifter aus dem kommunistischen und aus dem nationalistischen Lager aufzubauen. Heute ist diese einfache Polarisierung nicht mehr möglich. "Demokrat" wurde zum neurussischen Schimpfwort, Kommunisten wie Nationalisten etablierten sich als unspektakulärer Bestandteil der neuen Normalität. Zwischen den bisherigen Polen hat sich eine politische Mitte herausgebildet, deren Führer eine national-demokratische Stabilisierung als dritten Weg zwischen Marktwirtschaft und Kommunismus, zwischen Demokraten und Kommunisten, zwischen Ost- und Westorientierung propagieren.

Politisch ist der Platz des kommenden Wahlsiegers damit bereits beschrieben. Das gilt für die Moskauer Wahlen ebenso wie für die zur Duma und später die Präsidentschaftswahlen. Nun geht es nur noch darum, wer diesen Platz besetzen kann.

Es ist mit Sicherheit nicht die Kommunistische Partei Rußlands (KPRF). Sie ist zwar nach wie vor die größte Partei, ja, neben den Liberaldemokraten Wladimir Schirinowskis sogar die einzige Partei mit einer festen Parteistruktur. Ihre in Umfragen ermittelter Stimmenanteil jedoch stagniert bei 23% - dem Wert, den sie bei der Dumawahl 1995 erreichte. Parteisekretär Gennadij Szuganow, gegen den Jelzin 1996 zur Stichwahl antreten mußte, heißt trotz einer auf Null gesunkenen Popularität des amtierenden Präsidenten im Lande nur noch "der ewige Zweite". Die KPRF hat heute eine stabile Funktion für die Integration der unzufriedenen ländlichen Bevölkerung, der mittleren, betagteren Bürokraten und der Sowjetnostalgiker verschiedenster Couleur.

Für die neuen Mittelschichten, die an einer Entwicklung des russischen Kapitalismus interessiert sind, ist ihr wesentlich auf Verteidigung sozialer Privilegien gerichtetes Programm nicht attraktiv, zumal es von einer opportunistischen Unterstützung der Regierungspolitik immer wieder Lügen gestraft wird. Der von ihr propagierte Wahlblock "Sieg" (Pobjeda) leidet an mangelnder Begeisterung früherer Bündnispartner. Ausgerechnet die Agrarpartei hat ein Wahlbündnis abgelehnt; Gruppen des linken, neostalinistischen Flügels wollen einen eigenen Wahlkampf führen. Die angestrebte Konzentration "aller patriotischen Kräfte" wird so kaum zustandekommen.

Keine Chance für Radikalreformer

Noch weniger Chancen als die KPRF haben die liberalen Demokraten der früheren Radikalreformer um Jegor Gaidar, Anatoly Tschubajs, Boris Nemzow, Sergei Kirijenko und andere, die sich zu dem Wahlblock "Die rechte Sache" zusammengeschlossen haben. Schon 1995 verfehlten sie die 5%-Hürde. Heute versuchen sie mit Kritik am "bürokratischen Kapitalismus" Punkte zu machen, aber als Verantwortliche für die bisherige Privatisierung finden sie in der Bevölkerung kein Gehör. Die Absage von Ex-Ministerpräsident Sergei Stepaschin an die Adresse dieses Kreises zeigt darüber hinaus, daß "Die rechte Sache" auch für die zur Zeit herrschende Clique nicht mehr von Interesse ist.

Interessant wäre allenfalls ein Bündnis zwischen den ehemaligen Radikalreformern und der Gruppierung "Jabloko", dessen bekanntester Vertreter Gregori Jawlinski Leitfigur all derer ist, die den Anspruch auf demokratische Reformen jenseits von Privatisierungsraub noch nicht aufgegeben haben. Jawlinski aber lehnt jedes Zusammengehen mit den diskreditierten Figuren der Privatisierungsbürokratie ab. Mehr noch, er schloß sich demonstrativ mit Serge Stepaschin zusammen, nachdem dieser der "Rechten Sache" eine Absage erteilt hatte. Nach diesem Zug steht Gregori Jawlinski und seine Bewegung "Jabloko" weit oben auf der Popularitätsliste. Ein Durchbruch zur Macht ist aber nicht zu erwarten. Die Bewegung kann froh sein, wenn sie ihr 6,9%-Ergebnis von 1995 halten kann.

Ebensowenig wird es gelingen, Wladimir Schirinowski und seine Liberaldemokratische Partei (LDPR) zum nationalistischen Buhmann aufzubauen, wie das 1995 geschah. Schirinowski erhielt 1995 11,2% der Stimmen zur Duma. Auch heute liegt er mit dem fünften Platz für seine Partei und dem sechsten für sich selbst durchaus im mittleren Bereich der Popularitätsskala. Das nationalistische Programm der LDPR, mehr noch aber das chamäleonartige politische Auftreten ihres Führers, der sich nach verbalen Attacken auf die Regierung immer wieder auf die Seite Jelzins schlug, stellen jedoch weder für die Mehrheit der heutigen Traditionalisten, noch für die politisch entwurzelte Mittelklasse eine Alternative dar.

Neuerdings macht auch Alexander Barschakows mit faschistischer Symbolik agitierenden "Russische Nationale Einheit" (RNE) von sich reden, vor allem, nachdem Moskaus Bürgermeister Luschkow ein Auftrittsverbot über die Organisation verhängte. Chance auf einen Platz in der Duma hätte die RNE jedoch bestenfalls unter den Fittichen Schirinowskis. Das aber ließe weder Barkaschows noch Schirinowskis Führerehre zu. Eher wird die RNE Teile der LDPR abwerben.

Luschkow muß sich von Jelzin deutlich absetzen

Anwärter auf den Platz, der sich zwischen Kommunisten und Demokraten heute öffnet, sind die neuen Pragmatiker vom Kaliber Juri Luschkows in Moskau oder Alexander Lebeds in Krasnojarsk - allerdings nur, sofern sie es schaffen, genügend Distanz zwischen sich und die aktuellen Praktiker der Macht im Kreml zu bringen. Juri Luschkow liegt zur Zeit ganz vorne im Rennen. In dem Wahlblock "Vaterland/Das ganze Rußland" gelang es ihm, seine eigene Bewegung "Vaterland" mit dem Bündnis von Gouverneuren einiger wichtiger Regionen zusammenzuführen. Damit und mit der Erklärung des allseits umworbenen Jewgeni Primakow, sich diesem Bündnis anschließen zu wollen, haben sich die politischen Gewichte erheblich zu

Gunsten Luschkows verschoben. Die Kommunistische Partei, bis dahin Listenführerin auf der wöchentlichen Popularitätsskala der Meinungsforscher, wurde von dem neuen Bündnis auf Platz zwei verwiesen, Alexander Lebeds "Republikanische Volkspartei" und Lebed selbst hielten zwar ihre Listenplätze, verloren aber an Sympathiepunkten.

Alles sieht so aus, als werde Luschkows Bündnis die bisherige Partei der Macht, seit 1995 gestellt von Tschernomyrdins Bewegung "Unser Haus Rußland", ablösen. Aber erst muß es dem Bündnis gelingen, sich glaubhaft von Boris Jelzin und seiner "Familie" zu distanzieren, wenn es von den Wählern nicht als bloße Neuauflage der bisherigen Macht verstanden werden will. Zu diesem Zweck wird der Moskauer Bürgermeister noch reichlich politischen Schlamm gegen den Präsidenten werfen müssen.

Der wird sich, unterstützt vom ehemaligen Geheimdienstler Wladimir Putin, mit Enthüllungen über Luschkows Moskauer Patronage revanchieren. So kann es durchaus geschehen, daß die herrschende Macht und ihre zur Zeit stärksten Herausforderer sich gegenseitig derart schwächen, daß lachende Dritte ins Spiel kommen. Vor diesem Hintergrund dürften die Versuche Beresowskis zu verstehen sein, der sich kürzlich bemühte, ein Bündnis namens "Muschiki" (in der Bedeutung: Aufrechte Männer) zustandezubringen, das verschiedene "starke Männer", u.a. auch Tschernomyrdin, sowie Gouverneure mit Lebed und seiner "Republikanischen Volkspartei" vereinen sollte. Das Bündnis kam nicht zustande; der Vorgang zeigt aber: Es ist noch alles im Fluß. Gegenüber dem Moskauer Clan, der von Boris Jelzins Gnaden groß wurde, hat Alexander Lebed einen Vorteil: Er hat sich aus den Machenschaften der herrschenden Kreml-Clique nachweisbar und für alle erkennbar herausgehalten.

Kai Ehlers

www.kai-ehlers.de

17. Neue Töne, alte Taten. Rußlands Krieg in Tschetschenien

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:44

Auf Grosny fallen wieder Bomben. Russische Bulldozer arbeiten an der Aufschüttung eines "Cordon sanitare" rund um Tschetschenien. Den Süden der Republik soll, wenn es nach Moskauer Wünschen geht, Georgien abdichten. Seit einigen Wochen kämpfen russische Truppen in der Tschetschenischen Republik.

Moskau macht die Tschetschenen kollektiv verantwortlich für die Überfälle islamischer Extremisten in Dagestan und für die Terroranschläge auf russische Wohnhäuser in den letzten Monaten. Eine hysterische Hetzjagd auf alles, was nach Kaukasier aussieht, wird in Moskau und anderen russischen Großstädten inszeniert.

Man werde die "tschetschenischen Banditen" endgültig ausrotten., erklärt Jelzins designierter Nachfolger Wladimir Putin grob - in wenigen Wochen wieder einmal, versteht sich. Das wird jedoch, ist zu erwarten, auch dieses Mal so wenig gelingen wie 1996. Was statt dessen droht, ist ein neuer kaukasischer Krieg.

Zwar erklärte der russische Ministerpräsident Wladimir Putin via Fernsehen, Moskau wolle über den Status Tschetscheniens verhandeln, die russische Seite behalte sich aber vor zu bestimmen, mit wem und wann verhandelt werde, und verlange, daß der gewählte Präsident Tschetscheniens, Maschadow, sich vom islamischen Terrorismus distanziere und sich für die Bombenattentate auf russische Wohnhäuser entschuldige.

Dieses Manöver Putins ist allzu durchsichtig, zumal der tschetschenische Präsident sich schon wiederholt öffentlich distanziert und Verhandlungen angeboten hat; er hat die EU, die OSZE und die NATO als Zeugen angerufen und um Hilfe ersucht. Moskau hat sich dagegen jede Einmischung als Eingriff in seine inneren Angelegenheiten verbeten. Es wird weitergebombt und der kaukasische Vorhang wird weiter ausgebaut. Von einem Einlenken kann keine Rede sein.

Tatsächlich gäbe es einiges zu verhandeln: Der verfassungsrechtliche Status der tschetschenischen Republik wurde in den Verträgen des Waffenstillstands von 1996 bis zu einer Klärung im Jahre 2001 ausgespart. Darüberhinaus gibt die russische Verfassung den Subjekten der russischen Föderation zwar das Recht des Austritts aus dem föderativen Verband; dies muß aber in Übereinstimmung mit dem Zentrum geschehen. So war die Ausrufung der Scharia durch Präsident Maschadow völker- bzw. verfassungsrechtlich ganz sicher fragwürdig, insofern sie die regionale Duma durch die Versammlung der Mullahs ersetzte.

Die Erklärung des heiligen Krieges gegen die "russischen Kolonisatoren" durch Bassajew, Chattab und andere ist zweifellos ein Angriff auf die staatliche Souveränität Rußlands.

Wer in den staatsrechtlich ungeklärten Vereinbarungen des Waffenstillstands von 1995 das Recht auf seiner Seite hat, ist weniger eine Frage der Buchstaben als der politischen Opportunität. Die russische Föderation kennt heute die unterschiedlichsten Abstufungen in den Beziehungen zwischen regionalen und föderalen Rechten. So die Wolgarepublik Tatarstan, die sich in den Jahren '91/92 eine eigene Verfassung ertrotzte, so das sibirische Jakutien, das auf der regionalen Verwertung seiner Dimamentangewinnung besteht, die Kohle-Region des Kusbass, die die Zahlung von Steuern an das Zentrum eingestellt hat, die Enklave Königsberg, die eine regionale Notbewirtschaftung praktiziert, die Republiken Burjatien oder Tuwa, die Sonderrechte im kulturellen Bereich für sich in Anspruch nehmen, um nur einige, sehr unterschiedliche zu nennen.

In keinem Fall ist jemand auf den Gedanken gekommen, Gehorsam gegenüber dem Zentrum mit militärischer Gewalt zu erzwingen - allerdings ist auch niemand dazu übergegangen, sich mit militärischen Mitteln abzutrennen. Für den Kaukasus gelten offenbar andere Regeln: Für das herrschende Moskau, speziell für Wladimir Putin, eignet sich Tschetschenien offenbar als Objekt, um Stärke zu demonstrieren. Putins wichtigste Konkurrenten im Kampf um die Präsidentschaft, Juri Luschkow und Alexander Lebed, haben zur Zeit das Nachsehen: Luschkow, der von seinem Ruf als guter Hausvater Moskaus lebt, muß sich nachsagen lassen, die Bevölkerung Moskaus nicht vor dem Terrorismus schützen zu können. In Überreaktionen gegen die

"Schwarzen", die er aus Moskau vertreiben läßt, versucht er dem zu begegnen, was ihm wiederum die Antipathie eines Teils der Moskauer, vielmehr aber noch der in den Regionen lebenden, unbedingt aber der nicht-slawischen Bevölkerung einbringt. Alexander Lebed, dessen Reputation nicht zuletzt aus dem von ihm erwirkten Friedensschluß in Tschetschenien 1996 resultierte, muß sich dafür verantwortlich machen lassen, daß der von ihm gestiftete Friede das tschetschenische Problem nicht gelöst, sondern stattdessen zum Terrorismus gesteigert habe.

Westliche Politiker verurteilen zwar Moskaus Vorgehen gegen Tschetschenien, aber das Verständnis überwiegt; Verständnis dafür, daß Rußland sich gegen die Verletzung seiner Souveränität durch "von außen gesteuerte" islamische Agressoren wehre.

Es erhebt sich die Frage,

Wer Interesse an der Eskalation der Gewalt hat, deren Zeuge wir gegenwärtig sind. Ohne sich in Spekulationen, insbesondere über die Urheber der Bombenattentate zu verlieren, sind verschiedene Interessenlinien benennbar:

Die erste Linie weist direkt in die gegenwärtige russische Führung; die braucht ein Ventil, um von dem Bankrott ihrer Politik abzulenken, gegebenenfalls auch einen Notstand zu begründen, der es ihr erlaubt, die bisherige Politik ohne soziale Basis, nur gestützt auf nationalistische Stimmungen, fortzusetzen. Die Stilisierung der Tschetschenen zum kollektiven Terroristen, der den Bestand der Nation bedroht, nützt einer solchen Strategie.

Die zweite Linie führt in die undurchsichtigen Gefilde von russischer Mafia und russischem Kapital. Da die Sicherung der durch Tschetschenien führenden Pipelines nicht mehr möglich sei, werden, wie es heißt, "in Kreisen der russischen Energiewirtschaft" Pläne erwogen, neue Pipelines zu bauen, die Tschetschenien umgehen. Das ist ein Milliardengeschäft, wie leicht zu verstehen ist. Eine solche Pipeline müßte durch Dagestan nach Norden geführt werden.

Eine dritte Linie führt ins Ausland: Ausländische Ölfirmen möchten kaspisches Öl nicht über Rußland, sondern über die Türkei ausführen. Dem kommt eine Destabilisierung des südrussischen Raumes mehr als gelegen. Ein weiteres ausländisches Interesse liegt in der, vor allem von den US-Amerikanern seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion verfolgten Strategie einer Front des christlich-abendländischen Kulturraumes gegen den Islam und - noch dahinter liegend - die "gelbe Gefahr".

Um dieses Interesse des Westens zu erkennen, muß man nicht erst klandestine CIA-Machenschaften aufgespürt haben, man braucht nur die Verlautbarungen des US-Außenministers Talbot ernstzunehmen, der dieser Tage seinen Moskauer Kollegen öffentlich Hilfe im Kampf gegen die "islamischen Terroristen" anbot.

Alle drei Linien, so verschieden sie zu sein scheinen, treffen sich darin, an Stelle des früheren eisernen nun einen kaukasischen Vorhang fallen zu lassen.

Sonst kaum noch handlungsfähig, hat auch der Rat der GUS-Staaten einhellig jeglichen "militanten Separatismus" verurteilt. Für die GUS-Staaten ist die mögliche Balkanisierung des Kaukasus das Worst-case-Szenario ihrer eigenen Entwicklung.

Aus all dem ergibt sich ein politisches Patt, das einen antikolonial begründeten Separatismus, wenn er zudem noch das ideologische Vakuum der nachsowjetischen Krise durch religiöse Erneuerung zu füllen verspricht, zu einer interessanten Botschaft macht. Mit jedem Dorf, das unter russischen Kampfhubschraubern in Flammen aufgeht, wächst dafür die Akzeptanz.

Kai Ehlers

www.kai-ehlers.de

18. Die "verschwundenen" Gewerkschafter von Mercedes Benz. Manager als Helfershelfer der argentinischen Militärdiktur

Daimler-Manager als Helfershelfer der argentinischen Militärdiktatur

Autor: B. Kanzleiter · Rubrik: Argentinien · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:12

Im Januar 1977 zerschlugen Militärs und Polizei die unabhängige Gewerkschaftsorganisation im Mercedes-Benz-Werk von González Catán in der Nähe der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires. Nacheinander verhafteten sie neun der aktivsten und bekanntesten Mitglieder. Acht davon sind nie wieder aufgetaucht. Sie gehören zu den 30.000 "Verschwundenen", die während der Militärdiktatur zwischen 1976 und 1983 in den Folterkellern ermordet wurden.

Auf "Mord, Geiselnahme und gefährliche Körperverletzung" lautet nun eine Anzeige gegen Juan Tasselkraut, den ehemaligen Werksleiter der Mercedes Benz Niederlassung. Sie wurde Anfang Oktober von Wolfgang Kaleck im Namen des Republikanischen Anwaltsvereins in Berlin der Staatsanwaltschaft eingereicht. Angezeigt wurden außerdem Jorge Rafael Videla, ehemaliger Oberkommandierender des Heers, Emilio Eduardo Massera, ex-Chef der Seestreitkräfte Argentiniens, sowie namentlich unbekannte "Verantwortliche bei Mercedes Benz/heute DaimlerChrysler im Muttersitz des Konzerns in Untertürkheim/Deutschland".

Die Recherchen der in Argentinien lebenden Journalistin Gaby Weber haben diese Anzeige möglich gemacht. Nach Zeugenaussagen, die sie gesammelt hat, scheint offensichtlich, daß Juan Tasselkraut und die Mercedes-Werksleitung mit den Militärs bei der Beseitigung der unbequemen Gewerkschaftern zusammengearbeitet hat. Die deutsche Justiz ist zuständig, weil sowohl der angezeigte Tasselkraut als auch einer der Ermordeten, Esteban Reimer, deutsche Staatsbürger sind.

Hand in Hand mit dem Militär

"Es geht uns darum zu zeigen, daß es sich bei den Tätern während der Militärdiktatur nicht um durchgeknallte Sadisten handelte, sondern daß sie ein klares polit-ökonomisches Projekt verfolgten", erklärt Kaleck die Anzeige. Tatsächlich war der Terror während der Diktaturjahre nicht willkürlich, sondern zielgerichtet. Der damalige Arbeitsminister General Horacio Tomas Liendo brachte dies auf den Punkt, als er sagte, die Streitkräfte hätten alle Mittel aufgeboten, um die "Vernichtung des Feindes" in den Industriebetrieben "zu gewährleisten". Im Geheimerlaß 504/77 der Junta wird die dahinter stehende Absicht klar formuliert: "Das Heer wird in Bestimmung mit den für diesen Bereich zuständigen staatlichen Organen gezielt auf Industrieunternehmen und Staatsbetriebe einwirken, um die aus den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entstehenden Konfliktsituationen zu neutralisieren, die durch die Subversion provoziert worden sind oder durch sie ausgenutzt werden konnten, um auf diese Weise aufrührerische Agitationen und Aktionen der Massen zu verhindern und zum effizienten funktionierenden Produktionsapparat des Landes beizutragen." (zit. nach der Strafanzeige des Republikanischen Anwaltsvereins)

Wie Mercedes seinen Produktionsapparat flott machte, zeigt das Vorgehen von Werksleitung und Militär im Werk González Catán beispielhaft. Dort war - wie in vielen Industriebetrieben in Argentinien - in den Jahren vor dem Putsch vom 24. März 1976 eine aktive und militante unabhängige Gewerkschaftsorganisation aufgebaut worden. Die Geschäftsleitung sah sich gezwungen, auf Forderungen der Arbeiter einzugehen. Als wenige Wochen vor der Machtübernahme durch das Militär 118 Gewerkschaftsaktivisten gekündigt wurde, trat die Belegschaft in den Streik. 24 Tage später mußte Mercedes die Kündigungen zurücknehmen, nicht zuletzt auch deshalb, weil während des Streiks der aus Deutschland entsandte Manager Heinrich Mentz von der Guerillagruppe Montoneros gekidnappt worden war. Diese verlangten für Mentz Freilassung die Wiederanstellung der Entlassenen, ein saftiges Lösegeld und eine "Entschuldigung" für die arbeitnehmerfeindliche Politik des Unternehmens.

Um genau diese Zustände zu beenden, trat das Militär an. Nach dem Putsch wurden alle Streiks als "terroristisch" bezeichnet und verboten. Es folgte eine Repressionswelle gegen die Gewerkschafter. In González Catán begann sie in der Nacht auf den 5. Januar 1977. Wie María Luján Reimer, die Witwe des

verschwundenen Esteban Reimer, berichtet, war ihr Mann mit seinem Kollegen Hugo Ventura am Vortag in die Zentrale von Mercedes in Buenos Aires zitiert worden. Dort verhandelten die Gewerkschafter über einen Forderungskatalog. Später kehrte Reimer nach Hause zurück. In der Nacht tauchte dann ein Kommando von neun bewaffneten Männern auf, die sich als Angehörige des 1. Heereskommandos ausgaben. Sie verhafteten Reimer. Auch Hugo Ventura wurde in der selben Nacht verhaftet. Ähnlich erging es weiteren Gewerkschaftsaktivisten, die in den folgenden Tagen von zuhause abgeholt oder teilweise vor und im Mercedes Werk verhaftet wurden.

Es spricht nun nicht nur das offensichtliche politische Interesse der Werksleitung an den Verhaftungen dafür, anzunehmen, daß sie mit den Militärs Hand in Hand vorging. Die von Gabriele Weber gesammelten Zeugenaussagen belasten Juan Tasselkraut auch konkret. So hat er beispielsweise nach Aussage von Juan Ratto, einem ebenfalls entführten Gewerkschafter, der als einziger später wieder freigelassen wurde, erlaubt, daß sich Polizisten in Zivil auf dem Werksgelände bewegen konnten. Ratto schildert außerdem, daß Tasselkraut in seinem Beisein den Polizisten in Zivil die Adresse des Gewerkschafters Diego Nuñez nannte. Dieser wurde in der folgenden Nacht verhaftet und in das Folterzentrum Campo de Mayo verschleppt, wo er ermordet wurde.

Hector Ratto führt seine spätere Freilassung lediglich auf die Umstände der Festnahme zurück, und auch die belasten Tasselkraut erheblich. Ratto erzählt, daß Polizisten ihn vor dem Werkstor verhaften wollten, um einen Aufruhr in der Fabrik zu vermeiden. Doch es kam zu einer Verwechslung. Statt seiner nahmen die Polizisten Juan José Ratto fest, einen Kollegen mit dem selben Nachnamen. Bevor sie ihren Irrtum bemerkten, konnte Hector Ratto die Fabrik aber schon betreten. Dort sei ihm am Nachmittag dann vom werkseigenen Sicherheitsdienst mitgeteilt worden, daß seine Frau angerufen und ihm mitgeteilt habe, zuhause sei ein Unfall passiert. Die Personalabteilung erteilte ihm daraufhin die Erlaubnis, das Werksgelände zu verlassen, ohne daß er darum gebeten hatte. "Das war eine Falle. Die Nacht vorher war der Kollege Del Connte verschleppt worden, zu dem ich ein sehr gutes Verhältnis hatte. Jetzt war ich an der Reihe", sagte Ratto im Interview mit Gaby Weber. Ratto weigerte sich das Werk zu verlassen. Daraufhin bat ihn Juan Tasselkraut in sein Büro, wo zwei Polizisten in Zivil auf ihn warteten. Am Abend kamen dann Lastwagen des Heers und nahmen ihn mit.

Blutige Durchsetzung des Neoliberalismus

Bei einem Prozeß 1985 wurden die Aussagen von Ratto für die Verurteilung von Militärs herangezogen. Die Urteilsbegründung dokumentierte damals seinen Fall und den des ermordeten Diego Nuñez. Rattos Aussagen wurde von den Richtern Glaubwürdigkeit bescheinigt. Es wird Tasselkraut schwer fallen, sie zu entkräften, auch wenn er im Frühjahr in einem Interview zu Rattos Anschuldigungen meinte: "Der junge Mann liegt absolut schief."

María Ester Ventura, die Schwester des verschwundenen Hugo Ventura, berichtet, daß Mercedes den Familien der acht verschwundenen Gewerkschafter etwa zehn Jahre lang das Gehalt weiterzahlte, ohne jemals einen Grund dafür zu nennen. Sie sieht darin ein Schuldeingeständnis des Unternehmens. Tasselkraut widerspricht auch dieser Interpretation und meint: "Wir als Unternehmen wollten uns wirklich als ein menschliches Beispiel darstellen."

Juan Tasselkraut ist heute Chef der Transporter Produktion von Mercedes in Buenos Aires. Er streitet die Vorwürfe kategorisch ab. Die Kritischen Aktionäre von DaimlerChrysler (KADC) fordern dagegen mittlerweile seine "sofortige Beurlaubung". In einer Presseerklärung wenden sie sich außerdem an den Vorstand des DaimlerChrysler-Konzerns und fordern ihn auf, der Staatsanwaltschaft bei der "lückenlosen Aufklärung der zum Himmel schreienden Vorgänge" zu unterstützen. Davon ist allerdings noch nichts zu bemerken. Die Pressestelle von DaimlerChrysler in Stuttgart gibt sich zugeknöpft. Dort will man von den Anschuldigungen noch nichts erfahren haben und könne sich daher auch nicht äußern. Das könnte sich ändern, wenn es zum Prozeß kommt. Doch ob dieser überhaupt eröffnet wird, hat die Staatsanwaltschaft noch nicht entschieden.

Definitiv entschieden ist allerdings, daß es heute in Argentinien keine Alternative zum Neoliberalismus mehr gibt. Bei den Wahlen am 24. Oktober stehen sich mit Fernando de la Rúa und Eduardo Duhalde zwei Kandidaten gegenüber, deren Wirtschaftsprogramme sich nicht wesentlich unterscheiden. Eine einflußreiche linke Gewerkschaftsbewegung existiert nicht mehr.

Boris Kanzleiter

"Erst werden wir die Subversiven töten, dann ihre Kollaborateure, dann ihre Sympathisanten, danach die Indifferenten, und zum Schluß die Lauen."

(Brigadegeneral Iberico Manuel Saint Jean, 1977)

"Ja, wer sich einigermaßen auskannte in Argentinien, der wußte, daß gegen jede menschlichen Sinne, gegen jedes Menschenrecht Leute beseitigt wurden."

(Werksleiter der Daimler-Niederlassung in González Catán, Juan Tasselkraut, 1999)

19. Die beiden großen Guerillaorganisationen Kolumbiens

In Kolumbien droht die militärische Konfrontation zu eskalieren

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:34

Im vergangenen Jahr schien sich erstmals seit Beginn des Jahrzehntes wieder ein gangbarer Weg anzudeuten, um den ältesten und blutigsten internen bewaffneten Konflikt Lateinamerikas zu beenden. Nach jahrelanger politischer Sendepause, in der die militärischen Auseinandersetzungen immer größere Teile des Landes erfaßt hatten, kam in Sachen Dialog und Friedensverhandlungen einiges in Bewegung, und einige Monate lang war die militärische Logik nicht mehr der alleine bestimmende Faktor. Die Verwirklichung des Planes A rückte in greifbare Nähe. Laut der konservativen US-Heritage-Stiftung soll es nämlich zwei US-Pläne für Kolumbien geben: Jenen Plan A, der eine Befriedung des Landes durch Verhandlungen vorsieht, und einen Plan B, demzufolge der Konflikt über eine Eskalation des Krieges beendet werden soll.

Noch im Vorfeld der kolumbianischen Präsidentschaftswahlen hatten sich Ende Juni 1998 in Mainz und Mitte Juli 1998 im Kloster Himmelspforten unter den Auspizien der Bischofskonferenzen von Kolumbien und Deutschland Vertreter der ELN-Guerilla mit Repräsentanten der Zivilgesellschaft versammelt. Die "Nationale Befreiungsarmee" verpflichtete sich dabei zu einigen einseitigen Maßnahmen, die im Kern auf die Respektierung des humanitären Kriegsvölkerrechtes hinausliefen. Dies sollte den Boden für einen (verfassunggebenden) "Nationalkonvent" bereiten, auf dem alle relevanten Kräfte Kolumbiens über grundlegende Reformen beraten sollen, um so die Basis für einen tragfähigen Friedensprozeß zu schaffen.

Parallel dazu nahm Präsident Pastrana kurz vor Amtsantritt direkten Kontakt mit dem Chef der FARC-Guerilla, Manuel Marulanda, auf. Dieser bekundete ebenfalls Interesse an ernsthaften Friedensverhandlungen. Allein daß sich der gewählte Präsident mit dem seit über 50 Jahren im Untergrund lebenden Marulanda traf, galt als politische Sensation und ließ viele Hoffnungen aufschäumen.

1998: ein Schritt vor im Plan A

Pastranas Amtszeit begann hoffnungsvoll. Es kam in den ersten Monaten zu einer Reihe von Kontakten zwischen Vertretern der Regierung und den Guerillas von FARC und ELN. Als Pastrana am 7. November 1998 einer alten Forderung der FARC zustimmte und das Militär aus fünf Landkreisen um San Vicente del Caguán im Süden des Landes abzog, stieß dies in der Armee sowie in den USA auf große Skepsis. Denn die Region, die mit 42.000 km2 etwa die Ausdehnung der Schweiz hat, gilt als FARC-Hochburg. De facto überließ Pastrana den FARC eine befreite Zone und sicherte der Guerilla in diesem Gebiet den Verzicht auf Militärmaßnahmen zu. Die Demilitarisierung, eine Vorbedingung der FARC für die Aufnahme von Friedensverhandlungen, wurde bereits mehrmals verlängert und gilt bis Ende 1999.

Diese vertrauensbildende Maßnahme war und ist im Establishment äußerst umstritten. Sie führte zum Rücktritt des Verteidigungsministers und einiger Generäle. Der einseitige Rückzug der Armee stellt das bisher weitestgehende Zugeständnis an die Guerilla dar. Da die FARC mittlerweile auch die zivilen staatlichen Autoritäten verdrängt haben, üben sie nicht nur das Gewaltmonopol sondern auch quasi-hoheitliche Funktionen aus. Das löste einen heftigen Streit aus. Die Regierung machte die FARC für das "Verschwinden" bzw. die Ermordung von 45 Personen in dieser Zone verantwortlich, während die Guerilla die Erschießung von elf Personen zugab. Die Regierungsseite wirft den FARC außerdem Zwangsrekrutierungen, Drogenhandel und Mißbrauch der Region als militärisches Aufmarschgebiet vor.

Sie verlangt die Einsetzung einer internationalen Überwachungskommission, die das Gebaren der FARC in der entmilitarisierten Zone überprüfen soll. Die FARC weisen dies als Einmischung zurück und verlangen ebenfalls eine Überwachungskommission, die den gesamten Verhandlungsprozeß begleiten und die Einhaltung der Abkommen kontrollieren soll. Der Streit um die Zusammensetzung und Funktion dieser Kommission zieht sich seit Monaten hin und mußte mehrmals für die Absage von Verhandlungsrunden herhalten.

Die entmilitarisierte Zone ist ein politischer Trumpf in der Hand der FARC. San Caguán de Vicente hat sich als geeigneter und sicherer Treffpunkt mit den FARC-Kommandanten erwiesen, sowohl für die nationale und internationale Presse wie auch für Politiker und Wirtschaftsleute; sogar der Chef der New Yorker Börse, Richard Grasso, schaute vorbei. Die FARC haben so viel internationale Publizität wie noch nie bekommen. Die Kriegstreiber in Kolumbien und in den USA werfen dies dem Präsidenten vor.

Dem militärisch schwächeren ELN gegenüber, das keine ähnlich hochgehängten Vorbedingungen stellte wie die FARC und sogar einseitige Zugeständnisse angekündigt hatte, verhielt sich Präsident Pastrana wesentlich reservierter. Zwar kam es auch zu Kontakten, aber im Grunde ließ er das ELN am ausgestreckten Arm zappeln. Dennoch gab es auch dieser Gruppe gegenüber Signale. So können die zwei inhaftierten ELN-Kommandanten Felípe Torres und Francisco Galán als offizielle Sprecher agieren. Sie bekommen im Hochsicherheitsgefängnis Itagui phasenweise ein Funkgerät zur Verfügung gestellt, mit dem sie sich mit der ELN-Kommandantur in Verbindung setzen können. Wenn es ihnen weggenommen wird, zeigt dies, daß die Regierung ihre Position wieder verhärtet. Das ELN fordert ebenfalls eine demilitarisierte Zone, vier Landkreise im Magdalena Medio, um dort über Friedensbedingungen beraten zu können.

1999: anderthalb Schritte zurück

In einer ersten Verhandlungsrunde am 7. Januar 1999 und einer zweiten Runde Ende April 1999, konnten sich FARC und Regierung auf vorbereitende Schritte für Friedensverhandlungen einigen. Die Unterhändler und die Tagesordnung wurden abgestimmt, die weitgehende Reformforderungen enthält. Für die FARC ist das schon deshalb ein großer Erfolg, weil sie wie eine ernstzunehmende kriegführende Partei behandelt und nicht als "Narcoguerilla".

Trotzdem hielt aber der bewaffnete Konflikt an. Die paramilitärischen Banden, die eng mit der Armee zusammenarbeiten, griffen weiterhin tatsächliche oder vermeintliche Guerillasympathisanten an. Sie töteten allein 1999 schon weit über 1.000 Menschen; Zehntausende wurden vertrieben. In den Städten und in den ländlichen Konfliktgebieten dauert die Repression an. Gewerkschaftsführer, Menschenrechtler, soziale Aktivisten und sogar der bekannteste Satiriker des Landes wurden von rechtsradikalen Paramilitärs ermordet.

Zu allem Überfluß ist das Land in seine schlimmste Wirtschafts- und Finanzkrise seit der Weltwirtschaftskrise 1929 geraten. Der Staat fährt seine Sozialausgaben herunter, und das soziale Elend nimmt beschleunigt zu. Nun soll ein IWF-Kredit einige Finanzlöcher stopfen. Die daran geknüpften Bedingungen werden aber die soziale Misere weiter verschlimmern. Dies ließ sowohl die FARC als auch das ELN, die beide neben demokratischen auch tiefgreifende soziale Reformen verlangen, am Friedenswillen der Regierung Pastrana zweifeln.

Beide forcierten militärische Aktionen, um Druck zu machen. Die FARC lancierten mehrere heftige Militäroffensiven, die zum Teil bis an die Tore der Hauptstadt heranreichten. Sie machten wieder in größerem Umfang Gefangene, so daß sich mittlerweile etwa 500 Soldaten in ihrer Hand befinden, ein gewichtiges Faustpfand. Neben der entmilitarisierten Zone stellt das für die Armee delikate Thema Gefangenenaustausch einen zweiten im Regierungslager höchst umstrittenen Komplex dar.

Das ELN, das geringere operative Kapazitäten hat, versuchte mit mehreren spektakulären Entführungen die Regierung an den Verhandlungstisch zu zwingen: eine Flugzeugentführung im April, kurz danach die Entführung von dutzenden Besuchern eines Gottesdienstes in einem Reichenviertel sowie einer Gruppe von Sportfischern. Die wesentlich kleinere Guerillagruppe EPL kidnappte zwischendurch einen katholischen Bischof und wenig später 50 Zivilisten, die sie an einer Straßensperre eingesammelt hatte. Den schlimmsten Mißgriff leisteten sich die FARC Anfang März 1999: Eine ihrer Einheiten richtete drei US-Bürger hin, die in solidarischer Absicht Indígenas besucht hatten. Die Getöteten waren gefesselt und wiesen Folterspuren auf. Zum humanitären Problem kommt das politische: Der Friedenswille der Guerilla wurde durch die Art ihrer militärischen Aktionen in Zweifel gestellt.

Die Verwirklichung des Planes A (Befriedung mittels Verhandlungen) scheint zunehmend weniger wahrscheinlich.

Die Drohung mit Plan B

Der Krieg in Kolumbien strahlt auch auf die Nachbarländer aus. Alle Parteien sind schon jetzt daran beteiligt, den internen Konflikt zu regionalisieren und zu internationalisieren. Die Guerilla unterhält logistische Linien, die in die Nachbarländer Venezuela, Brasilien, Ecuador und Panamá führen. Bis vor kurzem hat die Guerilla häufig die Grenze zu Venezuela überschritten, um im grenznahen Bereich ihren Einfluß geltend zu machen. Es kam wiederholt zu Gefechten mit der Armee Venezuelas, bei denen diese auch Tote zu beklagen hatte. Kontingente der FARC hielten sich auch auf dem Territorium von Panamá auf. In Ecuador wurden Mitte September 1999 im Grenzbereich zu Kolumbien zwölf Ausländer entführt, vorwiegend Angestellte eines kanadischen Unternehmens. Wer die Verantwortlichen dafür sind, die sich Gefechte mit der ecuadorianischen Armee lieferten, ist noch unklar.

Hugo Chávez, Venezuelas neuer Präsident, hat Beziehungen mit Guerillagruppen Kolumbiens aufgenommen und ihnen den Status als politische Kraft zuerkannt. Seither haben diese Gruppen ihre Aktionen auf venezolanischem Staatsgebiet eingestellt. Ende August kam es jedoch in Caracas, der Hauptstadt Venzuelas, zu einer Serie von Sprengstoffanschlägen auf kolumbianische Einrichtungen. Dazu bekannte sich eine Untergrundgruppe namens "Tupamaros".

Die Paramilitärs agieren ebenfalls grenzüberschreitend. Sie verfolgen ihre Opfer bis nach Venezuela. Abgesehen davon fliehen die von ihnen drangsalierten Campesinos zu Tausenden dorthin bzw. nach Panamá. Kolumbianische Sicherheitskräfte haben schon mehrmals Staatsbürger Venezuelas inhaftiert und gefoltert, die der Zusammenarbeit mit der Guerilla verdächtigt wurden.

Die Regionalisierung des Konfliktes wird jedoch vor allem von den USA forciert. Ähnlich wie in Zentralamerika soll ein regionales Staatenbündnis geschmiedet werden, um der sog. "Narcoguerilla" Herr zu werden. Dazu wird, ähnlich wie vor 15 Jahren in Mittelamerika, ein logistisches Netz aufgebaut, das interventionstauglich ist. Hunderte Militärberater sind in Kolumbien bereits aktiv, die Militärhilfe schnellte auf über eine Million Dollar pro Tag hoch. Die gesamte Problematik hat Raúl Zelik in ak 430 ausführlich und detailliert geschildert. Der weitere Verlauf der Konflikte in Kolumbien wird aber, und das scheint mir wesentlich, nicht allein vom Wollen der USA determiniert. Es gibt vielmehr eine dialektische Beziehung zwischen innergesellschaftlichen politischen und militärischen Prozessen in Kolumbien selbst, der Positionierung der Nachbarländer zum Konflikt, und der US-Außenpolitik, die über den Fortgang des Konfliktes entscheidet. Dabei sind zwei Hauptszenarien denkbar: direktes Eingreifen ausländischer Truppen in Kolumbien oder die Militarisierung und Regionalisierung des Konfliktes ohne die Entsendung von Truppen.

Im Sommer haben die USA vorgefühlt, was man in den Nachbarländern von einer ausländischen Militärintervention halten würde. Mit Ausnahme von Fujimori in Peru erklärte sich kein einziges Staatsoberhaupt in den direkt benachbarten Ländern bereit, daran teilzunehmen. Der argentinische Präsident Menem, dessen Amtszeit bald ausläuft, signalisierte Zustimmung. Aber weder ist Argentinien direkter Nachbar, was im Prinzip kein Hindernis wäre, noch wird der im Oktober gewählte Amtsnachfolger die Position Menems ohne weiteres übernehmen. In Panamá, Ecuador, Venezuela und Brasilien sprachen sich maßgebliche politische Kräfte gegen eine ausländische Militärintervention aus, in Venezuela und Brasilien auch die Präsidenten. Interamerikanische Gremien äußerten sich ebenfalls gegen eine Intervention und die Regionalisierung des Konfliktes. In den betreffenden Ländern selbst wäre im Falle einer Intervention, vor allem wenn die USA selbst mit Truppen daran teilnehmen würden, mit größeren Anti-Kriegs-Bewegungen und antiamerikanischen Protesten zu rechnen. Das alles in Ländern, deren Regierungen aus innenpolitischen Gründen ohnehin nicht besonders stabil sind. Zudem würde die Guerilla sicherlich nicht in wenigen Wochen klein beigeben. Daher scheint es mir nicht die primäre Aufgabe der Linken hierzulande zu sein, gegen einen vermeintlich drohenden internationalen Truppeneinmarsch zu mobilisieren, wie dies in ak 430 anklingt.

Eine Militarisierung und Regionalisierung des Konfliktes ohne ausländische Truppen wäre mit wesentlich geringeren politischen Problemen behaftet. Dazu müßte zuerst eine Art "Cordon sanitaire" um Kolumbien gelegt werden, um die Guerilla mittelfristig vom Nachschub abzuschneiden. Bei gleichzeitiger Aufrüstung der kolumbianischen Armee mit modernen Waffen und Lufttransportkapazitäten sowie deren Leitung auf Grundlage einer verbesserten Luft- bzw. Satellitenüberwachung der Guerillakräfte durch die US-Army könnte dann die Armee zum roll back antreten.

Während der politische Pragmatismus diese Variante nahelegt - unter Umständen könnten grenznahe Militärmaßnahmen von Peru und Ecuador als ergänzendes Element dazukommen -, stellt die geographische

und militärische Realität diese Option in Frage. Denn tausende Kilometer Dschungelgrenze so zu kontrollieren, daß die Guerilla keine Verbindungslinien mehr schaffen kann, erfordert technisch und personell aufwendige, sehr teure Maßnahmen. Außerdem hat sich Venezuelas neuer Präsident Chávez deutlich gegen eine Intervention ausgesprochen, das Land unterhält mit der Guerilla eher gute Kontakte und hat für die US-Außenpolitik in der Karibik nicht viel übrig. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird sich Venezuela unter Chávez also gegen ein derartiges Szenario stellen. Es würde also ein Riesenloch in der Eindämmungsstrategie bleiben, und der Versuch, es zu schließen, dürfte ohne einen Sturz des bei den führenden westlichen Regierungen ohnehin ungeliebten Chávez kaum möglich sein. Folge bzw. These: Der Versuch, die Nachbarstaaten im Sinne einer Isolierungs- und Eindämmungstaktik gegen die Guerilla in den kolumbianischen Konflikt miteinzubeziehen, würde die politische Stabilität des gesamten Raumes beeinträchtigen.

Eine militärische Niederschlagung der Guerilla in Kolumbien bei kalkulierbaren politischen und militärischen Kosten scheint mir daher kaum möglich. Zu dieser Ansicht ist auch ein erheblicher Teil der kolumbianischen Eliten gekommen, deshalb bemüht sich diese Strömung, mit Präsident Pastrana an der Spitze, um Verhandlungen.

Es ist jedoch denkbar, daß die USA, aus prinzipiellen Gründen kein Arrangement mit den FARC wollen, z.B. weil sie deren Linie - die FARC waren jahrzehntelang pro-sowjetisch orientiert - grundsätzlich mißtrauen oder weil sie beweisen wollen, daß bewaffnete Aufstände in Lateinamerika völlig chancenlos sind.

Dann liegt die Annahme nahe, daß die USA eine Eskalation einleiten, sofern die Guerilla nach Gesprächen nicht einfach die Waffen niederlegt. Die bereits laufende Einmischung unterhalb der Schwelle einer Truppenentsendung würde dann ausgeweitet. Dies scheint mir die naheliegendste und wahrscheinlichste Hypothese zu sein. Gleichzeitig ist es diejenige, die sich wegen ihres schleichenden Charakters am schwierigsten bekämpfen läßt.

Kolumbien ist nicht Zentralamerika

Daß die zwei großen Guerilla-Organisationen FARC und ELN, die zusammen gut 90% der 15.000 bis 20.000 Aufständischen in ihren Reihen haben, getrennt voneinander Dialogprozesse eingeleitet haben, zeigt einen wichtigen Unterschied zu vergleichbaren Friedensprozessen in Zentralamerika. Außerdem repräsentiert Präsident Pastrana nur einen, eben den kriegsmüden Teil des Establishments. Ein anderer - eher mächtigerer Teil - setzt nicht auf die Beendigung des über 40 Jahre andauernden bewaffneten Konfliktes, sondern auf dessen Ausweitung, um auf diesem Wege die Aufstandsbewegungen zu zerstören. In El Salvador und Guatemala waren dagegen Ende der achtziger Jahre die Hauptkräfte der Eliten zu Friedensschlüssen bereit. Ein dritter Unterschied: Die USA, die in Mittelamerika einer politischen Lösung zugestimmt haben, haben in ihrer Kolumbien-Politik in den letzten Monaten eine Kehrtwende vollzogen. Zunächst betrieben sie eine Konfrontationspolitik, also die Schwächung von Kolumbiens Regierung (z.B. kein USA-Visum für den Präsidenten; vier Jahre lang keine Zertifizierung der Drogenpolitik). Dann gingen sie zu einer qualitativen Ausweitung ihrer militärischen und politischen Einmischung über. Jetzt werden Widersprüche in der Drogenfrage nunmehr wie Nebenprobleme behandelt. So erhielt Präsident Pastrana sofort die Zertifizierung, ohne daß sich in der kurzen Zeit seit seiner Amtsübernahme irgend etwas hätte ändern können.

Die USA tragen maßgeblich dazu bei, den bislang vor allem innerkolumbianischen Konflikt zu regionalisieren und zu internationalisieren. Parallel dazu wird die starke Ausweitung der Waffenlieferungen und die Entsendung zusätzlicher Militärberater den Krieg weiter vertiefen und auf neue Zonen ausweiten - ähnlich wie in der Hochphase des Zentralamerika-Konfliktes. Dies geht einher mit der Zunahme paramilitärischer Truppen, die die Schmutzarbeit, also die Vertreibung und Ermordung angeblicher Guerilla-Sympathisanten übernimmt. Was die Gewaltsamkeit der Klassenkämpfe und den dabei entrichteten "Blutzoll" betrifft, stellt Kolumbien in Lateinamerika derzeit alle anderen Länder weit in den Schatten. Paradox ist, daß dies auch in der linken Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen wird. Sicherlich hängt dies nicht zuletzt damit zusammen, daß sich FARC und ELN aus unterschiedlichen Gründen nicht für vereinfachende Projektionen einer Solidaritätsbewegung eignen. Beide Guerillaorganisationen haben Zivilpersonen entführt und hingerichtet. Die FARC haben zudem Ausländer erschossen und arbeiten mit Coca-Kleinpflanzern zusammen und besteuern Coca-Zwischenhändler. Das ELN ist wegen der Sprengung von Öl-Pipelines und der Zusammenarbeit mit dem Privatagenten Werner Mauss bei deutschen Linken zum Teil etwas in Mißkredit geraten.

Für eine differenziertere Bezugnahme bieten sich dennoch genügend Ansatzpunkte. Ganz abgesehen davon, daß es auch eine ganze Menge anderer Akteure gibt, die im (halb)legalen Rahmen für den Schutz der Menschenrechte sowie für die soziale und politische Emanzipation der ausgegrenzten Bevölkerungsteile kämpfen. Gründe, gemeinsam mit ihnen gegen die Ausweitung des Krieges und für einen Frieden mit Gerechtigkeit zu kämpfen, gibt es genug.

Al., Nürnberg

Kontakt für Solidaritätsarbeit:

Kolumbiengruppe e.V., Postfach 1347, 72603 Nürtingen

Die beiden großen Guerillaorganisationen Kolumbiens

FARC und ELN, die seit Mitte der sechziger Jahre aktiv sind, haben zusammen 15.000 bis 20.000 Personen unter Waffen. Diese agieren dauerhaft in etwa der Hälfte des nationalen Territoriums. Sie "kontrollieren" oder "beherrschen" diese Zonen jedoch nicht, wie von den Massenmedien fälschlicherweise immer wieder behauptet wird. Eine Reihe von Landkreisen und Regionen, die vor allem in Kolonisierungsgebieten im Urwald und an den Landesgrenzen liegen, befinden sich aber in der Tat völlig unter der Gewalt der Aufstandsbewegungen und hier insbesondere der FARC. Diese verfolgen seit jeher eine Strategie, die territoriale Kontrolle soweit zu festigen, daß sie, ähnlich wie eine Staatsmacht mit lokalem bzw. regionalem Gewaltmonopol, Einfluß auf ökonomische und soziale Beziehungen nehmen können. Aus dieser Art von territorial verankerter Kontrolle beziehen die FARC ihre Stärken und nicht aus ihrer sozialistischen Rhetorik, so meine Einschätzung. Die FARC sind im klassischen Sinne eine militärische Gegenmacht, eine Art "Rote Armee" Kolumbiens. Ihr Namenszusatz FARC-EP, Ejército popular, Volksheer, bringt dies zutreffend zum Ausdruck. Die FARC sind, und dies gilt es unbedingt im Blick zu behalten, ein militärischer Apparat und kein politischer. Ihr waffengestützter Autoritarismus hat relativ häufig auch Erschießungen zur Folge, um "Spitzel", "Verräter" oder auch soziale Delinquenten zu bestrafen. Ihre populäre Orientierung in sozialen Fragen zeigt sich in Landverteilung, Preiskontrollen, Schutz der Kleinproduzenten, Besteuerung von Großgrundbesitzern und Coca-Zwischenhändler etc. Diese beiden Seiten der FARC finden in deren Einflußgebieten durchaus Zustimmung. Für die städtischen Mittelschichten, notwendige Bündnispartner für eine emanzipatorische Perspektive, ist diese Mischung wenig anziehend. Die "Tötungen von Zivilpersonen außerhalb militärischer Kampfhandlungen", jährlich ca. 150 bis 200 Fälle, sind einer der Hauptvorwürfe der Menschenrechtsorganisationen gegenüber den FARC.

Das ELN ist damit nicht vergleichbar. Auch wenn diese Gruppierung immer wieder für Erschießungen von Zivilpersonen verantwortlich gemacht wird, handelt es sich dabei um vergleichsweise wenige Einzelfälle. Das ELN ist eher eine politisch-militärische Organisation mit ausgeprägten internen Strömungen. Mit Wurzeln im Guevarismus und in basiskirchlichen Bewegungen versucht es, die Macht über die Köpfe zu gewinnen und von unten her Gegenmacht aufzubauen. Die Herangehensweise ist primär politisch, auf Debatte, Überzeugung und Bündnispolitik ausgerichtet. Anders als die FARC, die monolithisch erscheinen wollen, ist das ELN ein Bündnis von Tendenzen. Die langjährigen engen Beziehungen zu dem Privatagenten Werner Mauss, die auch nach der Enthüllung seiner dubiosen Vergangenheit in Kolumbien weiter bestehen, sowie enge Kontakte etwa zu Ex-Geheimdienstkoordinator Schmidbauer, die ebenfalls weiterbestehen, lassen allerdings Zweifel an der Glaubwürdigkeit des ELN aufkommen. Bezieht man noch die Tatsache ein, daß das ELN regelmäßig x-beliebige Angestellte von multinationalen Konzernen oder andere mehr oder weniger Betuchte entführt, um Lösegelder zu erpressen, so stellt sich schon die Frage nach der politischen Substanz der Organisation.

Al.

20. Der Mann der zu wenig wußte. konkret-Autor Minow und der "keltische Wahn" der IRA

Autor: Irland-Gruppe Freiburg · Rubrik: Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:02

Der folgende Artikel wurde uns von der Freiburger Irland-Gruppe zum Vorabdruck zur Verfügung gestellt. Er wurde leicht gekürzt; die vollständige Fassung erscheint demnächst in Heft Nr. 11 von Spirit of Resistance.

Unter dem dramatischen Titel "Der Mann, der zuviel wußte" veröffentlichte das Monatsmagazin konkret in seiner Märzausgabe 1999 einen Artikel von Hans-Rüdiger Minow. Den Hintergrund für den Artikel bildet die Ermordung von Eamon Collins am 27. Januar dieses Jahres. Collins war bis Mitte der 80er in der IRA, wurde dann festgenommen und machte während der Verhöre Aussagen, aufgrund derer zahlreiche Personen inhaftiert wurden.

Wir halten den Artikel nicht nur für gefährlich, weil er der IRA diesen Mord in die Schuhe schiebt, sondern weil er eine ganze Reihe von Aussagen und Anspielungen enthält, von denen wir befürchten, daß doch das eine oder andere hängenbleibt, zumal es in einem "linken" Medium veröffentlicht wurde. Insbesondere gilt dies auch für die Unterstellung eines Rassismus bei der IRA, die wir deshalb besonders ausführlich behandeln werden.

Die IRA war's - meint Minow

Minow schreibt zwar nirgends in seinem Artikel explizit, daß die IRA Collins getötet hat, doch der ganze Tenor des Artikels soll dies nahelegen. Schon die Überschrift "Der Mann, der zuviel wußte" unterstellt im Zusammenhang mit dem Artikel, daß Collins aufgrund seines Wissens von früheren IRA-Strukturen und -Mitgliedern ermordet wurde. Auch der fettgesetzte Einleitungssatz - "In Nordirland wächst der nationalistische Terror - Abtrünnige werden auf offener Straße ermordet" - unterstellt, daß Collins aufgrund seiner ablehnenden Haltung gegenüber seinen ehemaligen GenossInnen umgebracht wurde. Denn daß mit diesem Satz der Mord an Collins gemeint ist, daran läßt der Artikel keinen Zweifel. Und daß die IRA die Täterin ist, wird durch die Verbindung von "nationalistischem Terror" und "Abtrünnigen" nahegelegt. Denn "abtrünnig" meint ja in aller Regel abtrünnig von einer bestimmten Organisation oder zumindest Linie, die von einer Organisation vertreten wird. Des weiteren ist in bezug auf den Mord an Collins von einem "Liquidierungskommando" die Rede - auch dies legt den Schluß nahe, daß eine Organisation für die Tat verantwortlich war.

Daß es vielleicht anders war, kommt dem Autor nicht in den Sinn. Collins hatte nicht nur innerhalb der republikanischen Bewegung, die ihn eindeutig als Verräter sah, diverse Feinde, sondern auch in vielen anderen Gruppen, beispielsweise auf Seiten derjenigen, die durch Collins Hinweise von der IRA getötet worden waren. Aber selbst wenn seine Mörder aus den Reihen der nationalistischen Bevölkerung kommen, muß dies nicht gleichbedeutend mit einer Aktion der IRA sein. Es könnte sich ebenso gut um eine Racheaktion gehandelt haben, beispielsweise von Menschen, die aufgrund von Collins' Aussagen inhaftiert worden waren. Während dies alles Spekulation bleiben muß, meint Minow aber die "wahren" TäterInnen ausfindig gemacht zu haben: die nationalistische Bevölkerung und namentlich die IRA.

Das Motiv der privaten Rache favorisierte hingegen auch Ralf Sotschek in der taz: "Wer ihn vorgestern getötet hat, weiß man nicht. Hätte die IRA-Führung die Tat angeordnet, wäre Collins wohl erschossen worden. So war es vermutlich eine private Racheaktion. Feinde hatte Collins jedenfalls viele, sowohl in der IRA als auch bei den IRA-Absplitterungen, die er heftig kritisiert hatte." (1)

In dem konkret-Artikel fällt auf, daß Collins als Linker beschrieben wird, "aus einer proletarischen Familie" kommend, als "Marxist", der sich wenig dabei dachte, "als er unter den (IRA-)Mitgliedern wohlhabende Farmer und Anwälte traf, die dringend empfahlen, sich von sozialistischen Flausen zu trennen." Interessanterweise wird an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß innerhalb der IRA in den 70er Jahren "Parteinahme für die Sowjetunion als Ausschlußgrund (galt)", was vom Autor offensichtlich dahingehend gewertet wird, daß die IRA nicht links sei. Daß eine Ablehnung der SU zu dieser Zeit nicht notwendigerweise ein Gegensatz zu "links sein" darstellen mußte, kommt ihm nicht in den Sinn.

Minow meint jedoch nicht nur, daß die IRA keine linke Organisation ist, sondern geht noch weiter und versucht nahezulegen, daß sie eine rechte, faschistische Truppe sei. Das wird zunächst an der Bildunterschrift deutlich, in der - wie auch im Text - ein Zitat von Collins auftaucht: "Das Programm von Faschisten", wobei dieser sich

auf einen Brandanschlag auf sein neues Haus bezieht. Im Text benutzt Minow wiederum seinen Protagonisten Collins, indem er beschreibt, wie dieser sich nach der Veröffentlichung seiner Autobiographie 1997 mit der irischen Geschichte beschäftigte:

"Anschließend begann er mit historischen Forschungen und widmete sich den Helden seiner Jugend: James Connolly, Douglas Hyde, der frühen IRA. Er stieß auf ein Fundament von Rassismus, keltischem Wahn und früher Verehrung der Nazis. Seine jüngsten Recherchen galten Canon Hayes, einem nationalen Prediger des irischen ‚Volkstums` und Bewunderer Mussolinis (‚Muintir na Tire`). Collins frühere Rechtfertigungen für die Zusammenarbeit zwischen IRA-Spitzen und dem Oberkommando der NS-Wehrmacht wurden leiser. Er schwieg, wenn die Rede auf IRA-Kader kam, die während des Krieges in Berlin bereitstanden, um Propagandamissionen und Sabotageanschläge gegen England zu starten." (2)

Dieser Abschnitt legt nahe, Rassismus und "keltischer Wahn" würden zu den ideologischen Fundamenten der IRA gehören, die sie schließlich dazu führten, für die Nazis aktiv zu werden. Im folgenden wollen wir auf einzelne Punkte dieses Zitats eingehen. Worin denn der ach so ausgeprägte Rassismus und "keltische Wahn" Connollys gelegen haben soll, schreibt Minow nicht. Und er erwähnt auch nicht, daß gerade Connolly gegen den im Zuge der Kampagnen zum Burenkrieg stärker hervortretenden Antisemitismus bei britischen Linken und irischen NationalistInnen protestiert hatte. (3)

Aber selbst in bezug auf Hyde ist seine Aussage zumindest irreführend. Zum einen stammt das wiedergegebene Zitat Hydes aus dem Jahre 1893, als er die "Gaelic League" mitbegründete, und nicht aus seiner Zeit als irischer Präsident (1938-1945). (4) Zum zweiten beschreibt er nicht, wo denn die Verbindung zwischen Hyde und der IRA liegt. Zwischen dem Zitat aus dem Jahre 1893 und dem Entstehen der IRA liegen immerhin 25 Jahre und zu der Zeit als Hyde Präsident des irischen Freistaats wurde, bekämpfte dieser die IRA vehement. Aber es kommt noch besser: Hyde hatte tatsächlich die "Gaelic League" vor dem Osteraufstand 1916 verlassen, weil ihm der Eintritt vieler Aktivisten des "Irish Republican Brotherhood", einer Vorläuferorganisation der IRA, nicht gepaßt hatte. (5) Nicht besser wird es bei John Martin Canon Hayes, den Minow als "nationalen Prediger" tituliert, obwohl er katholischer Priester war. Auch hier kein Vermerk, wann, wie und wo sich die IRA denn auf Hayes bezogen habe. (6)

IRA-Propaganda für die Nazis?

So richtig abenteuerlich wird es aber im Zusammenhang der "IRA-Kader", die "Propagandamissionen" für die Nazis ausgeführt hätten. Als Beleg nennt Minow das Buch "Hitler's Irish Voices" von David O'Donoghue. Tatsächlich schildert dieses Buch nicht "IRA-Kader" auf "Propagandamission", sondern die Irland-Sendungen des Nazi-Rundfunks. Daß dies ein Unterschied ist, beschreibt O'Donoghue gleich in der Einleitung seines Buches, wo er die Redaktion wie folgt charakterisiert: "... einige Nazi-Akademiker, die fließend Irisch sprachen, weil sie vor dem Krieg in Gaeltacht-Regionen studiert hatten, andere Deutsche ohne oder mit nur wenig Erfahrung in irischen Angelegenheiten, im Ausland lebende Iren und Irinnen verschiedenster politischer Ansichten oder auch ohne jegliche politische Ansichten sowie einige französische, russische und britische Staatsbürger, die dem ‚irischen` Radioteam dienten." Und weiter: "Keiner der beteiligten Iren war ursprünglich mit der ausdrücklichen Absicht nach Deutschland aufgebrochen, Propagandasendungen für Irland zu machen, dennoch wurden sie leicht als Propagandisten rekrutiert." (7)

Am Ende seines Buches wird O'Donoghue am Beispiel John O'Reillys, der kein IRA-Mitglied war, noch deutlicher: "Die Geschichte, wie es dazu kam, daß er aus dem Berlin der Kriegszeit sendete, sagt ebenso viel über die planlosen Rekrutierungsmethoden des deutschen Radios aus wie über diesen vage rätselhaften Mann aus Clare. (...) Die Tatsache, daß er den Job bekam, war nicht völlig überraschend, da er zu der Zeit (1941) der einzige irische Staatsangehörige in der Irland-Redaktion war." (8)

Bei den wenigen Iren und Irinnen, die an den Sendungen der Irland-Redaktion des NS-Rundfunks beteiligt waren, handelte es sich nicht um organisierte IRA-Kader. Als einzige, die als IRA-Angehörige gelten können, sind Francis Stuart und Frank Ryan zu nennen. Stuart hatte eine pro-deutsche und pro-sowjetische Einstellung und wurde schließlich von den Nazis rausgeworfen, weil er sich weigerte, anti-sowjetische Propaganda zu bringen. (9) Und die Geschichte von Frank Ryan ist bei weitem komplizierter als die Rede von vermeintlichen "IRA-Kadern" auf Nazi-Kurs. Er kämpfte bei den internationalen Brigaden in Spanien, war dort gefangen genommen und zum Tode verurteilt worden und wurde schließlich von den Nazis im Juli 1940 aus dem Knast

geholt, weil sie ihn für ihre Pläne benutzen wollten. (10) Da all dies auch in David O'Donoghues Buch beschrieben wird, kann nur vermutet werden, daß Minow es nicht gelesen hat.

Die Tatsache, daß Iren und Irinnen für den Nazi-Rundfunk gearbeitet haben, ist in gleichem Maße zu kritisieren wie die Tatsache, daß Menschen aus anderen Ländern für den Nazi-Rundfunk tätig waren. So gab es auch eine englische Sendung, in der unter anderem auch britische Staatsangehörige gearbeitet haben, und eine indische Sendung; insgesamt hat der Nazi-Rundfunk während des Krieges Sendungen in 54 Sprachen gebracht. (11) Der Punkt hier ist, daß es sich nicht um organisierte IRA-Kader gehandelt hat.

Waffenbrüder der Nazis?

In bezug auf die "Sabotageanschläge gegen England", für die laut Minow "IRA-Kader während des Krieges in Berlin bereitstanden", wird das Buch von Joachim Lerchenmüller (12) als Beleg angeführt, und es mag kein Zufall sein, daß Minow auch hier den Untertitel des Buches nicht nennt. Denn auch Lerchenmüllers Buch ist alles andere als ein Beleg für Minows Unterstellung. Dem Autor geht es vor allem um eine Darstellung der deutschen Keltologie während des Kaiserreichs und des Nationalsozialismus, wobei der Titel "Keltischer Sprengstoff" an Äußerungen deutscher Keltologen angelehnt ist. Es hat 1939-1940 IRA-Anschläge in England gegeben, doch erwähnt Lerchenmüller diese nur am Rande und verweist auch an vielen anderen Stellen hinsichtlich der Kontakte zwischen Nazis und IRA auf die einschlägige Literatur, u.a. auf das oben angeführte Buch von Tim Pat Coogan.

Dieser hatte die Bombenkampagne der IRA in England von 1939-40 eingehend beschrieben und sie deutlich - nämlich durch knapp 100 Seiten - von seinem Kapitel zu den IRA-Nazi-Verbindungen abgetrennt. Denn die Idee zu einer solchen Bombenkampagne entwickelte sich bereits ab 1936, noch dazu auf Basis von Plänen aus den 20er Jahren (13), und hatte sehr viel mit internen IRA-Diskussionen zu tun. Der Schwerpunkt der Angriffe lag in der ersten Hälfte des Jahres 1939 - also vor Beginn des zweiten Weltkriegs - und alle Aktionen endeten im März 1940. Es taugt hier noch nicht einmal die Erklärung, daß die IRA sich nach dem alten und falschen Motto "Englands Feinde sind unsere Freunde" verhalten hat.

Conor Foley schreibt über die Bombenkampagne und deren Chef Sean Russell: "Aber Russell unternahm 1938 keinen Versuch, sich mit Englands wahrscheinlichen Feinden zu verbünden oder auch nur Englands Kriegsindustrien als spezielle Ziele auszuwählen. (...) Der deutsche Nachrichtendienst suchte sich die IRA aus, als die Bomben einmal losgegangen waren, aber Russell war nur dazu bereit, ihr Hilfsangebot zu sondieren, soweit es keinen Haken gab." (14)

Die Story von der quasi faschistischen IRA, die aus rassistischem Gedankengut heraus operiere, kann Minow nur bringen, weil er vieles nicht benennt. So ist es insgesamt auch kein Zufall, daß Minow die faschistische Bewegung in Irland, die "Blueshirts" des Generals O'Duffy, die sich auf Hitler und stärker noch auf Mussolini bezog, mit keinem Wort erwähnt. Als diese im August 1933 - in Anlehnung an Mussolinis "Marsch auf Rom" - einen Marsch in Dublin abhalten wollte, mobilisierte die IRA 3.000 Freiwillige, um dies zu verhindern. (15) Und Minow erwähnt auch nicht, daß die IRA die Beteiligung an einer antisemitischen Kampagne 1939 ablehnte. Hierzu war sie von einer Frau Clarke aufgefordert worden, die ein antisemitisches Manifest veröffentlicht hatte, das später auch im Völkischen Beobachter abgedruckt wurde. (16) Und noch in den 50ern, als im Süden die Zeitschrift Saoirse antisemitische Inhalte verbreitete, nahm die IRA die Zeitschrift hoch, und es erschien keine weitere Nummer. (17)

Der Unterschied zwischen Kritik und Denunziation

Die Kritik an Minows Vorgehensweise bedeutet nicht, die Kontakte zwischen IRA und Nazis zu negieren oder zu bagatellisieren. Wir hatten am Beispiel Maud Gonne bereits in einer früheren Ausgabe von Spirit of Resistance darauf hingewiesen, daß NationalistInnen in Irland die Nazis z.T. aufgrund ihres Nationalismus, vor allem aber aufgrund eines ebenso einfachen wie falschen Freund-Feindbildes (18) attraktiv fanden. Gerade in letzterem liegen unseres Erachtens die Gründe für die Kontakte zwischen der IRA und den Nazis - so falsch dies ist, so ist es doch etwas anderes als die Darstellung der IRA als willige, auf rassistischen Vorstellungen basierende Handlanger der Nazis. Dies gilt auch deshalb, weil die IRA-Aktivitäten mehr von den eigenen Interessen und weniger davon geleitet waren, die Nazis in ihren Plänen zu unterstützen. Die vermeintliche IRA-Nazi-Zusammenarbeit hinsichtlich einer Offensive in Nordirland beispielsweise, die den Codenamen "Kathleen" erhielt, wertet Conor Foley als Bluff der IRA gegenüber den Nazis, um die Glaubwürdigkeit der IRA

zu erhöhen, und daß "die IRA jedes Interesse an dem Plan verlor, als Ryan erst einmal aus dem (spanischen) Gefängnis draußen war." (19) Dessen ungeachtet ist dieses einfache Freund-Feindbild mit seinen Konsequenzen immer wieder zu kritisieren.

Insgesamt wird in Minows Artikel durch diesen historischen Rückgriff und die wiedergegebene Aussage Collins "Das ist das Programm von Faschisten" nahegelegt, es handele es sich bei der IRA um eine faschistische Organisation. Das ist nicht nur historisch falsch, sondern gerade auch mit dem aktuellen Bezug daneben. So hat Sinn Féin immer wieder darauf geachtet, nichts mit irischen und nichtirischen Neonazis zu tun zu bekommen, die sich auf den irischen Nationalismus zu beziehen versuchen.

Minow lehnt den militärischen Kampf der IRA ab. Dagegen ist nichts einzuwenden, und es gibt eine Reihe guter Gründe, dies zu tun. Merkwürdig wird es jedoch, wenn Minow als Kritiker am momentanen Kurs von Sinn Féin und IRA ausgerechnet Patrick Fox anführt: "Eamon Collins war noch nicht begraben, als Unbekannte den ehemaligen IRA-Mann Paddy Fox entführten und Anfang Februar neun Stunden lang mißhandelten. Fox ist ein weiterer Kritiker der IRA-Mutanten, die in Erwartung ihrer Regierungsbeteiligung den militärischen Terrorapparat in ein vorstaatliches Gangsterunternehmen zu überführen scheinen..." Es stimmt: Patrick Fox ist ein Kritiker der IRA, er kritisiert nämlich die Einstellung militärischer Aktionen und steht der "Real IRA" nahe, die für den Anschlag in Omagh 1998 verantwortlich ist. Minows Vorgehen ist nicht nur heuchlerisch, es ist in seinem Fall auch ein innerer Widerspruch. Während an einer Stelle Sinn Féin und der IRA - wiederum unter bezug auf Collins - unterstellt wird, sie hätten etwas mit den Anschlägen der "Real IRA" zu tun, wird an der oben zitierten Stelle das Gegenteil - nämlich das Vorgehen gegen "Real IRA" und ihr nahestehende Personen - als Terror gegen Kritiker denunziert.

Sinn Féins Eintreten für eine politische Lösung des Konflikts wird nicht nur falsch dargestellt, indem Minow meint, Gerry Adams hätte die Bühne erst betreten, als der Friedensprozeß in Gang kam, sondern zudem denunziert, indem Sinn Féin unterstellt wird, sie wolle das "Stammpersonal" eines vereinigten Irlands "rassisch (‚keltisch`) konfektionieren". Das wird dann - und hier schließt sich Minows Kreis - in Bezug gesetzt zu der unterstellten Sympathie für die Nazis und es wird quasi eine Kontinuität rassistischen Denkens innerhalb von Sinn Féin und der IRA hergeleitet. Irgendwie komisch, daß Sinn Féin eine der wenigen politischen Parteien in Irland ist, die gegen die Abschiebung von Flüchtlingen und für die Rechte der irischen Travellers eintritt.

Irland-Gruppe Freiburg

Anmerkungen:

1) taz, 29.1.1999

2) Hinter "Propagandamissionen" der Verweis auf O'Donoghues Buch (s.u.) und am Ende des Zitats ein Verweis auf Lerchenmüllers Buch (s.u.)

3) Connolly hatte im Mai 1903 beispielsweise den Antisemitismus in der Zeitung "Justice", die von der britischen "Social Democratic Federation" herausgegeben wurde, vehement kritisiert. Vgl. Manus O'Riordan: Document Study. Connolly Socialism and the Jewish Worker, Saothar, Vol. 13, 1988, S.120-130

4) Minow will auch nicht bemerken, daß die Verwendung des englischen "race" nicht einfach mit dem deutschen "Rasse" gleichzusetzen ist, wie er dies in seinem Artikel durchweg tut. So ist auch heute im englischen der Begriff "race" noch in Gebrauch und zwar auch von linken, anti-rassistischen Initiativen: Beispielsweise gibt das Londoner "Institute of Race Relations" die Zeitschrift "Race & Class" heraus.

5) Vgl. Tim Pat Coogan: The IRA, Fontana/Collins, Glasgow, 1987, S. 312. Coogan, dessen Buch eines der Standardwerke zur IRA ist, erwähnt ebenfalls keinen Bezug der IRA auf Hyde.

6) Coogan jedenfalls erwähnt Hayes in seinem Buch mit keinem Wort. Ebensowenig Conor Foley: Legion of the Rearguard. The IRA and the Modern Irish State, London, 1992, der sich ausschließlich mit der Zeit 1921-1941 befaßt.

7) David O'Donoghue: Hitler's Irish Voices. The Story of German Radio's Wartime Irish Service, Beyond the Pale Publ., Belfast, 1998, S. XII.

8) O'Donoghue, S.206, 208.

9) Dieses Weltbild, das in Nazi-Deutschland und der Sowjetunion Stalins jeweils etwas Gutes sah, hatten wir am Beispiel Maud Gonnes, die übrigens Stuarts Schwiegermutter war, kritisiert. Vgl. Spirit of Resistance, Nr. 7, Herbst 1997.

10) Siehe zu Ryan und dem gesamten Zeitabschnitt beispielsweise Foley oder auch Coogan, insbesondere Kapitel 9: "The IRA and the Nazis". Daß Coogans Buch, das zuerst 1970 erschien, sich bereits mit diesem Komplex beschäftigt, belegt im übrigen auch, daß die Verbindung zwischen IRA und Nazis seit langem beschrieben wird. Coogans Buch wird im übrigen auch in Sinn-Féin-Buchläden verkauft.

11) O'Donoghue, S. XIV

12) Joachim Lerchenmüller: Keltischer Sprengstoff. Eine wissenschaftliche Studie über die deutsche Keltologie von 1900-1945, Niemeyer, Tübingen, 1997

13) Coogan, S. 150ff. und Foley, S. 183

14) Foley, S. 184

15) Vgl. Foley, S. 126ff. Dort auch zahlreiche weitere Beispiele für Auseinandersetzungen zwischen "Blueshirts" und IRA.

16) Dermot Keogh: Jews in Twentieth-Century Ireland. Refugees, Anti-Semitism and the Holocaust, Cork University Press, Cork, 1998, S. 147f.

17) Keogh, S. 228. Bei diesen beiden Beispielen wollen wir die IRA nicht zu gut wegkommen lassen. Es wird nicht berichtet, was die Motivation der IRA hierbei war. Es soll auch nicht bestritten werden, daß es rassistische und antisemitische Einstellungen innerhalb der IRA gab. Es wird aber bestritten, daß diese konstitutiv für die IRA waren.

18) Dieses wurde beispielsweise mit "Englands Feinde sind unsere Freunde" oder "Englands Schwierigkeit ist Irlands Möglichkeit" beschrieben. Schon beim Osteraufstand 1916 wurde von den AkteurInnen davon ausgegangen, daß Englands Verwicklung in den ersten Weltkrieg die Chance für einen Aufstand in Irland böte, und schon damals gab es eine Zusammenarbeit mit den Deutschen.

19) Foley, S. 198

21. Terrorurteile nach totaler Observation. Der "AIZ"-Prozeß aus Sicht der Aachener Prozeßbeobachtung

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:36

Am 1. September sprach der Vorsitzende Richter Breidling am OLG Düsseldorf das Urteil im "AIZ"-Prozeß. Der Sechste Strafsenat befand beide Angeklagten des vierfachen versuchten Mordes in Zusammenhang mit Sprengstoffanschlägen und der Vorbereitung eines weiteren Sprengstoffanschlags für schuldig. Bernhard Falk wurde zu 13 Jahren, Michael Steinau zu 9 Jahren Knast verurteilt. Der § 129a wurde wegen Mangel an Beweisen eingestellt. Das hohe Urteil beruht im wesentlichen auf Erkenntnissen aus dem GPS-Einsatz (Global Positioning System), auf dem Material des Verfassungsschutzes und auf den Einlassungen Michael Steinaus. Die Anklage, vertreten durch die Bundesanwälte Ernst und Kraus, hatte 14, bzw. 11 Jahre Gefängnis gefordert. Sie wollte beide nicht nur wegen der Mordversuche in Zusammenhang mit Sprengstoffanschlägen und der Vorbereitung eines weiteren Anschlags, sondern auch nach § 129a verurteilt sehen. Die Verteidigung Bernhard Falks hatte auf Freispruch plädiert, weil die Indizien gegen den Mandanten weder einzeln, noch in der Gesamtschau für eine Verurteilung ausreichen.

Die "Gegenprobe"

Michael Steinau hatte seine Beteiligung an drei Anschlägen im Verlauf der Hauptverhandlung eingestanden. Darauf nahm er im Schlußwort noch einmal Bezug und erklärte dem Gericht, wie er "nach dem Koran zu bestrafen" sei. Nämlich dafür, daß Menschen Unrecht getan worden sei, und zwar nach dem Prinzip Auge um Auge ... Die Thora sei von Gott gesandt und daher als Instanz zur Bestrafung autorisiert. Nicht aber ein Gericht. Die Steinau-Verteidigung hatte ihr Plädoyer denkbar kurz gehalten. Es nahm nicht mehr als insgesamt eine halbe Stunde in Anspruch. Der Verteidiger Johannes Pausch, wies in Auseinandersetzung mit der Person des Angeklagten auf die schlechte Kommunikation zwischen ihm und dem Mandanten hin, weswegen er der Person des Angeklagten schwer gerecht werden könne. Er erinnerte daran, daß angefangen mit Ulrike Meinhof viele Erfahrungen mit psychiatrischen Gutachten im strafprozeßualen Rahmen gemacht worden seien und nie gute. Dennoch forderte er das Gericht auf, das Gutachten über den Mandanten bei der Strafzumessung ausreichend zu berücksichtigen, da der Sachverständige Leygraf das Problem der psychiatrischen Pathologisierung politischer und religiöser Überzeugungen von sich aus in das Gutachten miteinbezogen habe. Der Senat fand zwar, daß die Angaben zu den Anschlägen zu pauschal seien, erachtete sie jedoch insgesamt als glaubwürdig. Sie hätten jedoch nur den Stellenwert einer Gegenprobe.

Detailversessen und akribisch

Nach Ansicht des Senats hätte der Vergleich der Erklärungen Bernhard Falks mit den "AIZ"-Papieren zur festen Überzeugung geführt, daß der Angeklagte spätestens seit 1994 der Urheber der Papiere sei. Die Überzeugung stützt der Senat zum einen auf ein Gutachten, daß schon in der Hauptverhandlung durch ein anderes, das ebenfalls vom Gericht in Auftrag gegeben worden war, widerlegt worden war. Zum anderen fand der Richter, die Texte wiesen alle die gleichen Charakteristika, nämlich auffällige Detailversessenheit und Akribie auf. In Form von Klammereinschüben würde Allwissenheit zur Schau gestellt. Zumindest über Akribie war am nächsten Tag auch was in der Zeitung zu lesen. Es war allerdings nicht die des Angeklagten, sondern die des Richters gemeint, der während der Hauptverhandlung jedes Detail aufgehoben und umgedreht hat. Und spätestens als der Richter an passender Stelle mit Blick ins Publikum anmerkte, "Übrigens ist heute vor dreißig Jahren Gaddhaffi in Libyen an die Macht gekommen", sah es so aus, als verurteile der Richter sein eigenes Spiegelbild.

Intelligente Angeklagte

Die beiden Angeklagten waren Ende Februar 1996 verhaftet worden. Nach gut anderthalb Jahren U-Haft begann der Prozeß, der sich über fast zwei Jahre hinzog. Die Verteidigerin Edith Lunnebach wies am Anfang des mehrstündigen Schlußvortrags der Falk-Verteidigung darauf hin, daß die Beweislage zu großen Teilen erst nach der Verhaftung und in beachtlichem Maß sogar noch nach Beginn der Gerichtsverhandlung zusammengetragen worden sei, was sich entsprechend auf die Verfahrensdauer ausgewirkt habe. Dagegen

entdeckte der Vorsitzende Richter den Grund für die lange Dauer in der Intelligenz der Angeklagten, die "ihre Verfolger oft schier zur Verzweiflung" gebracht hätten. Die BAW entwickelte das Hilfskonstrukt der "terroristischen Vereinigung" nach § 129a StGB, um den Angeklagten die Anschläge über diesen Umweg anzuhängen, da ihr sonst jegliche Beweise fehlten. Dieser Vorwurf war nicht aufrecht zu erhalten, ebensowenig wie der Vorwurf der Beteiligung an den Anschlägen selbst. Schon deswegen, weil die mittlerweile wohl berühmt gewordene dritte Person nicht aufzutreiben war. Weshalb der Ermittlungsrichter den § 129a im Jahr 1997 cancelte. Anders der sechste Strafsenat am OLG Düsseldorf. Er ließ ihn als Anklagepunkt zur Hauptverhandlung wieder zu.

Das VS-Konstrukt

Nach fast einem Jahr Prozeßdauer trat der stellvertretende Chef des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz, Wolfgang Düren von August 1998 an insgesamt neun Mal als gerngesehener Gastreferent im Prozeßbunker auf. Neben einer Fülle von Erkenntnissen über den Aufenthalt der beiden Angeklagten in den Jahren 1993 bis 1996, trug der Zeuge vom Hörensagen bzw. "schreibensagen", so der Verteidiger Heinrich Comes, ein Konstrukt vor, nach dem die "AIZ" eine Aachener Organisation um Bernhard Falk gewesen sein soll. Die BAW würdigte dies, indem sie ein § 129a Verfahren gegen drei Frauen einleitete. Darüber hinaus stützte sie den Strafantrag gegen Bernhard Falk und Michael Steinau im Schlußvortrag auf das Düren-Konstrukt. Es baut auf dem Einsatz von Peilsendern, Post- und Telefonüberwachung bei den Angeklagten und einer in der Nähe befindlichen Telefonzelle, sowie von mehreren Videokameras auf. Der Umfang des Technikeinsatzes kann allerdings bestenfalls hinsichtlich der Überwachung der beiden Angeklagten als einigermaßen aufgedeckt angesehen werden. Außerdem waren die altbekannten Schlapphüte im Einsatz: zu Fuß, per Fahrrad, mit dem Auto ... Schließlich hatten sie eine konspirative Wohnung in Mönchengladbach in der Nachbarschaft Bernhard Falks angemietet, (die sie später mit dem BKA teilten), um die Observation perfekt zu machen. Entsprechend gestalten sich die Erkenntnisse: Das Betreten und Verlassen von Wohnhäusern und sogenannten Szenetreffs (womit vor allem diverse Kneipen gemeint sind), Fahrten mit dem Fahrrad, dem Auto oder öffentlichen Verkehrsmitteln, dabei "Schüttelmanöver" und "konspiratives Verhalten". Auch die in die Hauptverhandlung eingeführten Telefonate dienten beinahe ausschließlich der Feststellung von Aufenthalten. Zudem konfrontierte der Vorsitzende Richter ZeugInnen, bzw. die im Sitzungssaal anwesende Mutter Bernhard Falks mit den Telefonaten, indem er private Gespräche aus dem familiären Kreis der Angeklagten in der öffentlichen Hauptverhandlung abspielte.

Bernhard Falks Verteidigerin stellte angesichts der Observationserkenntnisse fest, sie ließen eine Verbundenheit der Angeklagten erkennen, aber nichts darüber, was die beiden verbunden hat. Und das ist es, was fehlt in dem ganzen riesigen Erkenntniswust: Nichts gibt Aufschluß über die observierten Personen oder gar über deren Gesinnung. Und dennoch trug VS Düren bzgl. des "Aachener Umfelds" immerhin innere Beweggründe für deren angeblichen Austritt aus der "AIZ" vor, der Ende 1994 gewesen sein soll, wie ist das möglich? Es ist ein Trick: Ausgangspunkt bieten die festgestellten Bewegungen, Aufenthalte und "Kontakte". Diese mögen für sich richtig oder falsch sein. Vor allem sind sie jedoch so beliebig wie belanglos.

Dann erzählte Düren dem Gericht, was die Betroffenen hinsichtlich der "AIZ"- Mitgliedschaft so gedacht hätten und gab dem Gebilde damit Konturen. Anfragen nach Belegen für solche Aussagen wurden regelmäßig mit Sperrerklärungen beschieden.

ZeugInnenvorladungen

Der Funke der Sammelwut sprang schnell auf den Staatsschutzsenat über, was in den ZeugInnenvorladungen des sogenannten Umfeldes der Angeklagten gipfelte, die schließlich für Anfang März angesetzt wurden. Der Geschichte des VS folgend waren die ZeugInnen, bis auf einen Hamburger Zeugen, alle aus Aachen. Wenn - einmal ins Fadenkreuz der Ermittlungen geraten - jedes Verhalten als verdächtig gewertet wird, so war zu befürchten, daß jede Aussage vor Gericht erst recht nur im Sinne des Konstruktes ausgelegt werden würde. Angesichts dar drohenden Beugehaft machten drei der geladenen ZeugInnen Aussagen, jedoch sicher nicht in dem Umfang, wie Gericht und Anklage das gehofft haben mögen. Gegen den Hamburger Zeugen hatte der Senat sechs Monate Beugehaft angeordnet, wovon er ihn zweieinhalb absitzen ließ. Zwei im Ausland lebende ZeugInnen erschienen nicht vor Gericht. Die verbliebene Zeugin hatte das zweifelhafte Glück, die Aussage komplett nach § 55 StPO verweigern zu können, weil sie von der BAW der Mitgliedschaft in der "AIZ" beschuldigt wird.

GPS-Einsatz - auf der Spur des Passats

Noch eine Spur phantastischer wird die Sache beim GPS-Einsatz. Auf die Art wurden überhaupt keine Menschen observiert, sondern statt dessen Fahrtstrecken und Standzeiten eines roten Passats nachvollzogen. GPS bezeichnet ein Gerät, das Satellitensignale empfängt und daraus die Empfängerposition errechnet, bzw. im Zusammenhang mit dem Verfahren, die Position des roten Passats von Michael Steinau, an dem BKA-Bullen das Gerät im Dezember 1995 angebracht hatten. Seitdem zogen Beamte des BKA die Daten alle paar Tage per Funk ab. Daraus rekonstruierten sie zunächst mit "Fachphantasie" und "Fachglaube" (so der zuständige Bearbeiter vor Gericht) die Fahrtstrecken und Haltepunkte des Fahrzeugs. Dann machten sie sich auf Entdeckungsreise. Sie klapperten die Fahrtstrecken und Haltepunkte ab und schauten sich um. Schließlich dokumentierten sie, was die beiden Angeklagten dort in Vorbereitung eines Anschlages getan haben könnten. Die so gewonnenen "Erkenntnisse" wurden am Schreibtisch aufgearbeitet und dann als Indizien in den Prozeß eingeführt. Mehrere Wochen lang. Dabei wurde einfach unterstellt, daß nur die Angeklagten gemeinsam und niemand sonst mit dem Fahrzeug unterwegs gewesen seien und als Grund der Reise die Anschlagsvorbereitungen. Und der Senat schrieb das so im Urteil fest.

Wohngemeinschaft kleiner Karos

Wie schnell der VS Menschen in die "Verstricktheit in die verbrecherischen Aktivitäten der ‚AIZ`" (wie BAW Ernst das mal formuliert hat) einbezieht, zeigt der Eintrag in die VS-Datei, den die Verteidigerin Edith Lunnebach sich einhandelte, indem sie am Rand des Prozesses ein Zeitungsinterview gab. Was mehr soll der Eintrag jetzt bekunden, als daß die Verteidigerin ihren Job machte? Ihr Kollege Heinrich Comes stellte dazu im Plädoyer angesichts der kleinkarierten Art, mit der der Verfassungsschutz Verhaltensweisen im Sinne seiner Vorstellungen zuordnet, fest: "Die Vereinigung von kleinen Karos und buchhalterischer Systematik hat in diesem Land schon häufiger zu ungeahnten, schrecklichen Folgen geführt, zu Absurditäten, Bösartigkeiten und systematischem gesellschaftlichen Schaden." Bezüglich des Umfangs der Observation, die so wenig Greifbares zutage gefördert hat, sprach er von "Orwellscher Dimension". Und mit Blick auf die behördliche Zusammenarbeit, die in der gemeinsamen Nutzung einer konspirativen Wohnung gipfelte, formulierte Johannes Pausch eine Woche vorher "BKA und Verfassungsschutz treffen sich zu einer Wohngemeinschaft in Mönchengladbach". Der Verteidiger von Michael Steinau warnte vor einer Verwischung der Trennung zwischen Prävention und Strafverfolgung, deren Vermischung in der Vergangenheit viel Unheil angerichtet hat.

Der BAW Ernst war dagegen der Meinung, beide Behörden hätten die Rechtsvorschriften geradezu penibel beachtet. Ihre Arbeit hätte in der vorbildlichen Pflichterfüllung ihrer rechtsstaatlichen Pflichten bestanden. Und macht es das nicht um so schlimmer?

Wer nichts zu verbergen hat ...

Doch markige Sprüche können Zweifel nicht einfach beiseitewischen. Anlaß für Zweifel waren kurz vor Prozeßende noch verstärkt worden, als das BKA zwei ehemalige Arbeitskollegen Michael Steinaus, die über die Umstände des GPS Einbaus gehört werden sollten, buchstäblich in allerletzter Minute zur Verschwiegenheit verpflichtete. Es könnten ja polizeiliche Tricks verraten werden, lautete die Begründung dafür. Dem Senat genügten sowieso die Aussagen des Chefs der Observationsabteilung der Bundeskripo und des Datenbearbeiters, daß der Einbau vollkommen rechtens durchgeführt worden wäre, ohne Details zu verraten. Die Feststellung der Rechtmäßigkeit der Observationsmaßnahmen ist deshalb von so großer Bedeutung, weil im Fall rechtswidrigen Vorgehens, die daraus resultierenden Erkenntnisse nicht zur Verurteilung benutzt werden dürfen. Für die Anklage wäre das ein Desaster.

Für den Senat ist der Spielraum des Erlaubten nicht einmal ausgeschöpft worden und stellt fest, daß weder der Einsatz des GPS noch die durchgeführten Observationsmaßnahmen verfahrendfehlerhaft oder verfassungswidrig waren.

Die Aachener Leute gerieten aufgrund behördlicher Verbissenheit ins Fadenkreuz der Terrorismusermittlungen. Obwohl sie sich dafür genauso schlecht irgendwelche anderen Leute in jeder x-beliebigen Stadt hätten aussuchen können, konzentrierte sich das Verfolgungsinteresse seitens VS und BKA zum Schluß ausschließlich auf Aachen. Daß Anhaltspunkte für Beteiligung nirgends anders gefunden werden können, als da, wo sie gesucht werden - rief Edith Lunnebach ins Bewußtsein - wird niemanden wundern. Der § 129a gegen Bernhard Falk und Michael Steinau ist mit dem Urteil eingestellt worden. Der Richter begründete

den späten Zeitpunkt der Einstellung mit rechtlichen Technics. Es war ihm jedoch daran gelegen zu betonen, der "Senat hat nicht festgestellt, daß keine terroristische Vereinigung" im Sinne des Paragraphen bestanden habe. Er bedauerte, daß das Innenministerium die Anfragen nach "weiteren Beweisen" für das VS-Konstrukt mit Sperrerklärungen beschieden hat, was dazu geführt habe, daß in diesem Verfahren nicht nach § 129a verurteilt werden konnte. Der Richter stellte nicht die Frage danach, warum "weitere Beweise" gesperrt wurden. Daraus ergibt sich allerdings für uns eine Frage: Kann es sein, daß der Vorsitzende Richter ahnt, was die Verantwortlichen beim VS ganz genau wissen. Kann es sein, daß der Richter also ahnt, was das für Beweise gegen angebliche Aachener "AIZ"-Mitglieder sind, die das Landesinnenministerium hinter den Sperrerklärungen verborgen hält? Fürchtet sich der Richter am Ende vor der nichtssagenden Masse? Hat er Angst vor dem riesigen nichts?

Calvin und Hobbes bedroht

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung einiger veröffentlichter Schnipsel aus einem Observationsbericht des Verfassungsschutzes durch die Unbekannten Calvin und Hobbes, wies der Vorsitzende Richter postwendend auf die Strafbarkeit solcher Taten hin. Nichts zeigt den unsinnigen Charakter der VS-Erkenntnisse - die doch die terroristische Involviertheit der halben Aachener Szene belegen sollen - besser, als dieser Observationsbericht. Calvin und Hobbes für die öffentliche Dokumentation dieser Schnipsel ein Jahr Knast (als Höchststrafe des § 353d StGB) anzudrohen, treibt die ganze bittere Absurdität noch auf die Spitze.

Der Bericht der Aachener ProzeßbeobachterInnen ist von ak redaktionell bearbeitet und gekürzt worden.

22. Prozeß im Bruch (1). Ein Gespräch mit Christian Geissler nach dessen Eintritt in das achte Lebensjahrzehnt

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Geschichte der BRD; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:29

Du bist 1928 geboren, ich 1943. Das sind nur 15 Jahre. 15 Jahre, die in anderen Zeiten recht unbedeutend sind, bei diesen 15 Jahren aber sehr unterschiedliche Biografien begründen.

Es ist ja nicht einmal eine Generation, es ist eine halbe ... Aber so kann man das nicht rechnen. Es sind - speziell in Deutschland - Jahre mit besonderem Gewicht. Man kann auch sagen: von besonderer Zerstörungskraft; man kann auch sagen: Jahre von besonderem Lernen für jeden, der in dieser Zeit gelebt hat. Ich war Kind, 1943 war ich im Ernteeinsatz. 1943 war das auch, als die Leute mit dem Totenkopf mich gemustert haben wegen der blonden Haare. Soweit war ich immerhin, als Du geboren wurdest. Man guckte schon, ob ich tauge für den Wahnwitz, den die vorhatten oder schon machten.

Jahre des besonderen Lernens in jener Zeit?

Ich korrigiere mal und sage: Es wurden die Bedingungen, die sinnlichen Bedingungen gelegt, Erfahrungen gemacht für künftiges Lernen. Ich habe bis 1943, damals war ich 14, nichts begriffen von dem, wo ich gelebt habe. Ich bin den Befehlen gefolgt, die man mir gegeben hat. Ich bin ein kleines Kerlchen gewesen, das überall mitgesprungen ist oder mitgeschwommen und auf Reisen gegangen wie alle anderen auch. Das Lernen, das für mich dann wichtig wurde, das zum Kommunisten führt, hat da die praktischen Bedingungen bekommen, aus denen heraus überhaupt Kategorien entwickelt werden konnten. Auch natürlich die Kategorien von Leben und Tod und Feindschaft und Solidarität. Aber gewußt habe ich von diesen Dingen nichts damals, gewußt im Sinne von Lernen. Was habe ich denn gelernt in dieser Zeit? Ja, Widersprüche doch. Weil meine Mutter aus Polen kam und wir in unserer Verwandtschaft nicht nur Polen sondern auch Juden hatten. Und in der ganzen Gegend wurde gesagt, das seien "Untermenschen". Und auch schriftlich vermittelt: Das seien Verbrecher und Untermenschen. Das waren sie ja nun für mich nicht. Nicht weil ich so polenfreundlich war oder judenfreundlich, das waren unsere Leute! Kurz: Das ist ja auch ein Stück Lernen aus Erfahrung - sie lügen, sie schreiben mir Scheiße ins Schulbuch. Denn ich war in Polen zu Besuch gewesen. Da waren Polen und Juden, die waren gut.

Sakramente

Du sprichst nun schon vom Lernen zum Kommunismus hin. Zwischen dem Flakhelfer 1945 und dem Kommunisten der Jahre 1960 folgende liegen doch einige Schritte.

Das war dann mein frommer Weg. Da habe ich Sicherheiten gesucht. Als ich Kommunist wurde ...

Diesen "frommen Weg" würde ich so tief nicht hängen.

Der hängt auch nicht tief bei mir - den nehme ich sehr ernst. Ich habe zunächst Sicherheit gesucht nach Jahren der Erfahrungen, die mich geängstigt haben, mich in Widersprüche gebracht haben, die ich nicht lösen konnte. Ich wollte ja ein guter deutscher Soldat sein, und ich hatte aber auch Angst davor. Ich hatte auch Angst vor den Typen, die mir Befehle gaben. Nach Zeiten der Widersprüche wollte ich Sicherheit und Wahrheit und Ordnung und Schutz. Schutz habe ich gefunden, ganz sicher, in der katholischen Kirche.

Dein "frommer Weg" hatte begonnen mit dem Studium der evangelischen Theologie, dann bist Du zum Katholizismus übergetreten. Dies scheint mir durchaus folgerichtig zu sein, ist der Katholizismus doch viel stringenter, konsequenter, auch bildmächtiger als der Protestantismus.

Fein beobachtet. Aber es war die Unantastbarkeit der Sakramente, die in dem Umfang die evangelische Kirche ja gar nicht hat, und die mir in dieser Phase der Angst und des Schutzsuchens quasi ein Angebot gemacht haben. Ich habe es mit Lust aufgenommen: Es gibt Unveränderbares, es gibt Unverletzliches, darauf war ich scharf wie ein armer Sünder auf die Rettung. Ich wollte, daß es ein paar Sachen gibt im Leben, die nicht zu

vernichten sind. Und das sind die Sakramente, das wird jedenfalls in der katholischen Kirche behauptet. Ob es die Ehe ist, oder die Taufe oder was weiß ich - unverletzlich. Unverletzbar!

Es gab einen Film, der uns damals sehr beschäftigt hat. Ein Priester, der alles abgeschworen hatte, der längst Atheist war, spricht aus Spaß in einer Kneipe mit dem Brot und dem Wein diese Einsetzungsworte, aus reinem Suff und Bock. Es wurde behauptet in diesem katholischen Film: Nunmehr ist es geschehen, an diesem Kneipentisch. Ob der das will, der besoffene Priester, es ist geschehen, das Blut und das Fleisch Christi. Da war ich absolut versessen drauf zu der Zeit, und das finde ich schlimm. Es gab den Wunsch, etwas möge un-an-tast-bar beständig sein. Erbärmlich suchend war ich da. Wissenschaftlich finde ich die evangelische Theologie interessanter, aber die Vaterhand, die feste Vaterhand, die dich nie entläßt, daß man danach sucht, Klaus, nach 'ner Hand, die einen nie entläßt, das finde ich heute so grausam. Was hat man mit Leuten wie mir gemacht, daß wir die Sehnsucht hatten nach solcher Bindung?!

Woher hast Du dann die Kraft genommen, Dich aus der Hand des Vaters loszureißen?

Ja, woher die Kraft? Von mir habe ich immer beim Nachdenken mit anderen gesagt, in dem was ich selbst gearbeitet habe. Und das war ja mit der "Anfrage" und "Kalte Zeiten" dann wirklich gegeben, ich bin in diesem altmodischen Sinne selbstbewußt und selbstbewußter geworden. Wußte was von eigenen Kräften. Das ist die Freude im Leben. Aber das ging noch nicht kommunistisch, das ging erst mal nur von eigenen Kräften. Das macht dir schon Mut, du brauchst nicht mehr nach der Hand des Vaters zu greifen. Ich habe eine eigene Hand, ich kann mir sogar selbst die Hand reichen. Das war sicher so mit den ersten fünfhundert Seiten, die ich veröffentlicht habe.

Und dann auch das Einsehen von Materiellem oder das Lernen im Materialismus - am Beispiel der Kirche, die immer behauptet, sie sei oben, aber die ist ganz unten bei den Banken. Das habe ich nach und nach verstanden. Und das hat mich bestimmt nicht mal böse auf Kirche gemacht, sondern sicherer gemacht gegen die Kirche. Ich konnte sagen: Ihr seid ein Verein, in den materiellen Interessen durchschaubarer Verein, nicht anders als andere. Die kann mir kein Heim mehr geben, eine Bank kann mir nun wirklich nicht das Leben sichern. Also materialistisches Wissen plus eigene Arbeit machen mutiger, sich gegen den Vater oder gegen die Herrschaft zu richten.

Werkhefte katholischer Laien

Was heißt hier "Einsicht in das Materielle" konkret?

Die Kirche hat mir deutlich gesagt, daß Wiederbewaffnung gut und die Atombombe notwendig sei. Als ich das in den "Frankfurter Heften" (1) gelesen habe, da habe ich wirklich gesucht, wo sind hier eigentlich Leute in der Kirche, die das nicht glauben, die entsetzt sind. Das war dann die linkskatholische Gruppe, die die "Werkhefte katholischer Laien" (2) herausgab.

Aus dem Zweiten Weltkrieg kamen schwer verletzte, verängstigte katholische Männer, die sagten: Wir wollen es nie wieder tun! Und es gab auch eine Bußbewegung zu der Zeit bei ehrlichen und frommen Menschen: Wir wollen nie wieder eine Waffe anfassen, nicht nur keine Waffe anfassen, wir wollen bereuen und besser machen. Das ist, glaube ich, ein Kern gewesen von einer Gruppe, die aus der Gefangenschaft gekommen ist. Die nannte sich "Bensdorfer Kreis". Diese Leute konnte man erstmal nicht denunzieren. Die meisten in dieser kleinen Gruppe wurden geachtet. Auch die "Frankfurter Hefte" wurden in den fünfziger Jahren doch geachtet als eine im Chor der christlichen Stimmen wichtige Würze. Nicht mal so spöttisch, wie ich es jetzt sage.

Wie hat sich die in den 50er und 60er Jahren vorherrschende Ideologie, der Kalte Krieg, der Antikommunismus, auf Eure Arbeit ausgewirkt? Wie hat die katholische Kirche reagiert?

In dem Erfahrungsbereich, in dem ich war, gab es keine Tendenz, uns zu exkommunizieren. Wir hatten alle Freiheit, die Schnauze aufzumachen und unser Denken zu entwickeln. Alle Freiheit, auch unter diesem üblen Adenauer-Katholizismus. Wir konnten uns selbst mit bestimmten Persönlichkeiten wie Walter Dirks und Eugen Kogon (3) an der Seite, dann auch Böll, aus der Kirche wegdenken, uns allmählich selbst zu Kommunisten entwickeln. Durch Kategorien, die wir in dieser katholischen Zeitschrift entwickelt hatten, materialistische Kategorien.

Da wo über uns geschrieben wurde, in bürgerlichen oder katholisch-bürgerlichen Zeitungen, wurde uns die Zusammenarbeit mit Kommunisten vorgeworfen wie auch die Beziehung einiger von uns zu Katholiken in der DDR. Wir trafen uns auch mit Polen von Pax Christi. Eine Bewegung, die als Staatssicherheitsbewegung innerhalb der katholischen Christenheit denunziert wurde. Wir trafen uns mit denen, wir waren auch unverschämt naiv in dieser Beziehung. Wir haben uns um Geheimdienst oder Stasi nicht gekümmert. Wir sind hingefahren und haben gemacht. Oder wollten machen. Und waren drüben natürlich "westdeutsche Friedensfreunde". Man hat uns hier nicht nur des Kommunismus verdächtigt, man hat uns Ärger gemacht. Und ein Mann wie Hirschauer, der eigentlich der Kopf unserer Arbeitsgruppe war, ein hochgebildeter Theologe und Philosoph, konnte finanziell über Jahrzehnte nur noch überleben, weil wir einen Förderkreis hatten - von katholischen Lehrern, katholischen Richtern, eine Clique, aus dem Bensdorfer Kreis hervorgegangen, die ständig zahlte.

Es gab also in der BRD einen relativen Freiraum für oppositionelle Geister bei gleichzeitiger existentieller Gefährdung.

Einschränkungen! Wir konnten nicht so mitspielen, das konnten auch kommunistische Arbeiter nicht im Betrieb - mitspielen wie alle anderen, die nur daran denken, ihren Lohn zu haben und ein Auto zu kaufen. Nein - wir waren gelitten - beschränkter als die anderen, aber wir taten, was wir für sehr richtig hielten. Deswegen war das kein großes Problem. Weiß man, daß es ums Eigene geht, ums Leben geht, kann man sich einschränken: Das ist nicht Opferhaltung - das ist Lust an der Sache.

In den sechziger Jahren gab es die Gruppe der Linkskatholiken, es gab die illegalisierten Kommunisten, wohl auch Gewerkschafter und Sozialdemokraten, die im Unterschied zur Mehrheit der Bevölkerung das Lernen und Vorwärtsschreiten nicht aufgegeben hatten. Ist im linkskatholischen Kreis problematisiert worden, daß die widerständigen Gruppierungen von ihrem Einfluß her gesehen Sekten waren?

Ja, ist es problematisiert worden?

Es ist doch eine Eigenheit vieler avantgardistischer Gruppen, ob Linkskatholiken oder Kommunisten oder - großer Sprung - die RAF, daß unzureichend reflektiert wird, in welchem Umfeld man tätig ist, mit welchen Menschen man zu tun hat.

Ich bin da selbst erstaunt, heute als alter Mann, wie guter Dinge wir waren. Es klingt so, wenn man das heute so sagt, als seien wir nicht ganz dicht gewesen. Wir hätten ja die Größenverhältnisse sehen müssen, in denen wir gelebt haben. Aber wenn ich mich richtig erinnere, waren wir guter Dinge in dem, was wir taten. Und wir waren offenbar auch der idealischen Meinung, daß das - bis zur RAF, dann wurde das anders ... wir waren der idealischen Meinung, was genau gedacht und mitgeteilt wird, hat auch Wirkung in Richtung auf das Richtige. Das war genauso mit den ersten Fernsehspielen mit Monk. (4) Wir haben noch gedacht, mit Aufkommen des Fernsehens kommen wir mit unserem Wissen und unserer Lust zu vermitteln in die Wohnzimmer. Wir haben uns richtig mit Freuden an die Arbeit gemacht: Jetzt kommen wir, und jetzt kommen wir zu euch. Ahlers, meine Hauptfigur, (5) ist für mich ein deutliches Kennzeichen, mit was für Vertrauen wir auf die Wohnzimmer losgegangen sind. Da seid ihr, wir haben die gleiche Geschichte im ganzen, wir sind zu anderen Ergebnissen gekommen, wir teilen euch die Ergebnisse mit, und zwar weil wir sie für richtig halten. Und haben jetzt auch das Machtmittel Fernsehen in der Hand. Da war ein paar Jahre lang wirklich große Zuversicht.

Anfrage

Wie ist die "Anfrage" nach dem Erscheinen der Erstausgabe 1960 aufgenommen worden?

Es hat Lesungen gegeben, die waren erschütternd. Kriegsteilnehmer wie ich waren dabei und etwas ältere als ich, und es waren vor allem Juden da, die auch deshalb überlebt hatten, weil sie gekämpft hatten. Und die mit einem Selbstbewußtsein und einer Trauer gleichzeitig ihre Stimme zugleich erhoben mit mir, natürlich viel zuständiger. Bei den Christen gab es, das war die gefährliche Ecke, wie ich heute sagen würde, die große Sühnegeste, denn der "Anfrage"-Roman ist ja auch eine katholische Schuldgeschichte. Und ich war zu dieser Zeit eben auch tief bang in dieser Schuldfrage. Ich gehe auch jetzt noch, neulich erst, als ein Mensch, der weint über Schuld, in Majdanek herum. Das hat die "Anfrage" auch losgemacht bei Lesern und Zuschauern.

Das wichtigste für mich war, daß es Kommunisten in Bewegung gesetzt hat, mich zu besuchen. Die wollten mir sagen, wie wichtig sie das Buch finden, und wie auch falsch. Nämlich hinsichtlich dieser moralischen

Grundlinie in dem ganzen Buch. Es ist ja nicht eine materialistische Grundlinie in dem Buch, obwohl ich schon viel entdeckt hatte, was da alles so funktioniert in wessen Interesse in dieser Scheiß-Bundesrepublik, aber geschrieben war es aus dem großen moralischen Ernst und Kummer. Und die Kommunisten haben Lust gehabt, mir was beizubringen. Aus den Niederlanden waren die ersten, Rost (6) und seine Frau. Dann kamen Buchenwalder, dann Sachsenhausener, dann Harry Naujoks und Martha (7). Es kamen nach und nach Leute, die sich einfach freuten über meine Arbeit. Das waren ja auch alte, im-Stich-gelassene, das darf man auch nicht vergessen, auch von der Partei. Aber es gab auch richtige Parteikommunisten, die sich trotzdem im Stich gelassen fühlten, weil sie in einer sich antifaschistisch darstellenden Bundesrepublik schon wieder verfolgt wurden. Doris und Klaus Maase, zwei von denen, die mich 1961 besucht haben, waren schon wieder bei Adenauer im Knast gewesen, die hatten zwölf Jahre in Buchenwald und Ravensbrück hinter sich.

Also diese Kategorie von Menschen war es, die mir sicherlich am meisten Lust gemacht hatten, wir können das begreifen - wir können das begreifen, worüber ich so heule. Ich habe streckenweise aufgeheult über das, was passiert ist, und sie sagen: Du kannst es begreifen. Und dieses Zutrauen, daß wir unsere Lage begreifen, also auch ändern können. Da war ich gut versorgt mit den Typen, die haben mir wirklich geholfen. Sie haben mir gesagt: Es fehlt was, zu einseitig, da kommt noch was dazu, das und das und das. Wir nehmen Dich mal damit hin. Dann lies das mal.

Die Moral haben sie nicht abgelehnt, auch nichts gegen christliche Moral gesagt. Ich bin sogar der Meinung, du wirst nie Kommunist, wenn Du nicht nur den Begriff der Moral tief ernst nimmst sondern im Fleisch auch hast. Da muß man sich überlegen, welche Moral ist es eigentlich? Es hat im Grunde am Anfang immer etwas mit Liebe und mit Verletzung von Liebe zu tun. Die Kommunisten, die ich getroffen habe, die mich besucht haben, die wußten das, die hatten das einfach bei sich.

KPD

Wie haben Deine Kollegen bei den "Werkheften" darauf reagiert, daß Du Dich der damals illegalen KPD angeschlossen hast?

Hirschauer und die anderen haben mich gewarnt.

Antikommunistisch begründet?

Nein, nein, antistalinistisch. Wir wußten alle, das was jetzt so hochposaunt wird, daß es längst auch eine Verbrechensgeschichte erster Güte ist, die Parteigeschichte. Eindrücke von der DDR und Slansky, (8) wir waren doch nicht doof. Nur war ich einer, der sagte, es gibt keine Wahl: Mit denen zusammen oder es geht nicht. Die anderen waren viel intellektueller als ich, damit meine ich auch, viel mehr nur Kopf als ich, nur Urteil, nur Wissen von. Es gibt bei mir ein Element, das ich gar nicht lobe, aber das zu meinem Leben dazugehört, das nicht so kontrollierbar ist, wie das meiner Freunde. In deren Leben gibt es Kategorien, da gibt es Maßstäbe, gibt es Entscheidungen, Urteile, danach wird gehandelt. So sicher war das bei mir noch nie, es kam immer noch was anderes dazu. Und so bin ich auch in die Partei gegangen, gegen das Wissen und den Rat ganz guter kämpferischer Leute, die mir nicht abgeraten haben, weil das gefährlich ist - überhaupt nicht. Sondern die haßten, die haßten wirklich den Stalinismus. Ich aber habe gesagt und auch geschrieben: Es wird geweint und es wird weitergearbeitet, weiter weiß ich auch nichts. Da sind die, und die wollen wir fertigmachen, und das können wir nur mit Kraft, und die Kraft müssen wir organisieren.

War das mehr Rebellentum oder der Zug zur Sicherheit in einer verschworenen Gemeinschaft?

Rebell in diesem freien Sinne war ich leider, glaube ich, nicht. Da war ich zu deutsch, zu bang. Ich merke es, wenn ich Traven lese: Diese wirklich wütende Freiheit, ich glaube, ich wäre der Warnende gewesen. War ich vielleicht sogar, 68, 69, 70. Und eben nicht 2. Juni, sondern RAF. Das ist auch nicht zufällig gewesen, das ist nicht zufällig, bei Geissler nicht.

Worin bestand Deine Arbeit in der KPD?

Wir sind für die Kulturarbeit eingesetzt worden, und das war eigentlich der Partei genug. Das fand ich sehr schade. Und so war man dann als Delegierter der verbotenen Partei bei irgendwelchen bürgerlichen oder halbbürgerlichen oder politischen Konferenzen als Friedensfreund oder sonstwas. Ich habe einmal oder

zweimal in Ostberlin den Antrag gestellt - in Ostberlin saß ja die Leitung der Partei idiotischerweise oder bezeichnenderweise ...

... doch wohl auch, weil die Partei in der BRD verboten war?

Nein, dann geht eben einer in den Knast, dann geht der nächste. So muß eine kommunistische Partei sein. Du kannst doch nicht diese Haltung schützen. Wenn es um Leben und Kopf und Kragen geht, dann vielleicht. Darum ging es ja gar nicht. Das würde heißen, Du gehst zwei Jahre in den Knast, inzwischen machst Du das oder ich. Sonst ist das für mich keine kommunistische Partei.

Ich habe versucht, unsere Kulturarbeit mit einem Betrieb zu verbinden. Ich habe gesagt, laß uns doch mit irgendeinem Betrieb von der Gewerkschaft Verbindung, Kontinuität halten. Damit der Betrieb nie ohne Zeitschrift und die Zeitschrift nie ohne Betrieb ist. Diese Vorstellung hatte ich von kommunistischer Kulturarbeit, aber das wurde gar nicht verstanden. Schulung, das gehörte auch dazu, man traf sich illegal - illegal sage ich deshalb, weil es unter konspirativem Techtelmechtel ablief, an bestimmten Plätzen, und wir machten "Kapital"-Schulung.

Wir sind alle paar Monate in der DDR gewesen zu Planungsbesprechungen, wo aber - und das hat eine wichtige Rolle gespielt bei meinem Entschluß wieder auszutreten - in Ostberlin nicht eigentlich unsere Fragen oder unsere Erfahrungen wichtig waren, sondern unsere Bereitschaft, die Planung aus Ostberlin zu übernehmen, das wurde jedes Mal geprüft. Besonders krass war es, als ich mit einem Arbeitergenossen aus München, einem Gewerkschafter und illegalen Kommunisten drüben war, und wie der in einem Wochenendbericht entwickelt hat, was für ein Dreck die Papiere aus Ostberlin sind für die Arbeit in den Betrieben. Das hat er so gesagt, derb und klug und differenziert. Das war ein Mann, der bei Adenauer zwei Jahre im Knast saß, und als die Genossen seine Begnadigung durchgesetzt hatten, hat er sich beschwert bei den Genossen hinterher, weil er sein Arbeitsprogramm noch nicht fertig hatte. Er hatte im Knast zum ersten Mal so richtig Zeit, sich die Bücher zu holen. Der ist in Ostberlin zurechtgewiesen worden und hatte keine Chance, mit seinem Urteil Wirkung zu erzielen, während ein anderer, der schmeichlerisch von den "Kräften" und den "Zukunftskräften" der Partei gesprochen hatte, das Wochenende für sich hatte. Der hat die Parteispitze dann auch ermutigt, uns wieder so eine Scheiße mitzugeben. Also Heuchler oder Lügner hatten da viel mehr Chance als Proleten, die sagten, wie ihnen zumute ist und was sie für Erfahrungen machen.

1968 bist Du aus der KPD - damals schon DKP - ausgetreten. Welche Bedeutung hat die Intervention der "Bruderarmeen" in der CSSR für Deinen Parteiaustritt gehabt hat?

Ich wehre das immer sehr stark ab, weil es einen anderen Grund gab, der wichtiger war als Prag. Aber Prag war wohl wichtig für mein Leben, Kommunistenleben; ich habe zu der Zeit sehr oft gekotzt, kurz danach wurde ich sehr krank. Als die Panzer in Prag einzogen, in der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968, da bin ich da hingefahren mit dem 2CV, sofort, in der selben Nacht noch. Warum das denn? Nicht als Reporter, ich war nie Kisch oder Hemingway, ich wollte nicht die wilde Geschichte. Sondern ich hatte da lauter Genossen, Kommunisten, in Ostrava. Und ich wollte mit denen zusammen sein, wenn jetzt was passiert. Das ist ein Element, was man vielleicht irrational nennen muß, es ist ja nicht ... vernünftig. Die Partei hat mich deshalb auch sehr kritisiert danach, sie sagten, wenn Du unter einen Panzer gekommen wärst, hätten die hier das ausgeschlachtet gegen die Kommunisten, gegen die Partei, so haben die das gesehen. Aber das war für mich alles keine Kategorie.

Es war ein wahnwitziges Erlebnis, und wäre es nicht zur Gründung der DKP gekommen, wäre ich vielleicht wegen Prag aus der Partei rausgegangen. Aber an sich war die Gründung der DKP der Anlaß für meinen Austritt. Wie uns das innerhalb von zwölf Tagen vermittelt wurde von der Leitung, da habe ich gedacht, das hat nun wirklich nichts mit kommunistischer Partei zu tun, das ist nur noch eine Auftragsorganisation, ein Planungsverein. Eine Partei, eine kämpfende Partei kommt von kämpfenden Menschen, aber nicht von irgendeiner Zentrale, die sagt, jetzt nennen wir uns mal anders und sprechen vorher mit dem Bonner Justizminister, reden mit dem auch noch ab, was wir nicht ins Programm schreiben. Das kriegten wir alles mit. Und das war so klar, Klaus, als Münchner kleiner Genosse, das war so klar, wie das lief, daß ich gesagt habe, damit will ich nichts zu tun haben. Wir wurden eingeladen und aufgefordert, der neuen Partei beizutreten, nachdem es jahrelang eine Kampagne zur Wiederzulassung der verbotenen KPD gab.

Der Text ist von Christian Geissler autorisiert. Das Gespräch führte Klaus Mellenthin. Der zweite Teil folgt in ak 432 (erscheint am 18.11.1999).

In analyse & kritik erschienen als Erstveröffentlichungen von Christian Geissler

* Fremd in Bonn. Gedanken zum Verrücktwerden oder wie ich mich endlich doch auf das Bitten verlegte. Rede zur Verleihung des Preises der Kriegsblinden - ak 368 (6.7.94).

* HEIMATDEUTSCH. entgegennahme kunstpreis niedersachsen. ak 421 (17.11.1998)

Anmerkungen:

1) Frankfurter Hefte. Zeitschrift für Kultur und Politik. Erscheint seit April 1946, seit 1985 zusammen mit Neue Gesellschaft. - Im Editorial der ersten Ausgabe heißt es u.a., die Redaktion richte sich an "alle ‚Aufgeschlossenen`, die Lebendigen und Fragenden - eine Elite, die aus allen sozialen Schichten, Altersklassen und ‚Richtungen` kommt."

2) Werkhefte katholischer Laien. - Zuerst unter dem Titel Werkhefte für katholische Laienarbeit 1947 erschienen, dann unter dem Titel Werkhefte katholischer Laien. Das letzte Heft erschien im Dezember 1973. AutorInnen waren u.a. Wolfgang Abendroth, Heinz Brandt, Heinrich Böll, Ossip Flechtheim, Heinrich Hannover, Gustav Heinemann, Maria Rieger.

3) Herausgeber der Frankfurter Hefte. Kogon war von 1939-1945 zuerst in Gestapo-Haft, dann im KZ Buchenwald. 1946 erschien sein Buch "Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager".

4) Egon Monk, Fernsehregisseur; 1960-1968 Leiter der Hauptabteilung Fernsehspiel beim NDR; verstand seine Arbeit als "Fortsetzung der Tradition der Aufklärung", deren Spannweite er mit den Namen Diderot und Brecht markierte. Monk war u.a. Regisseur der Fernsehspiele "Anfrage", "Schlachtvieh" und "Wilhelmsburger Freitag" nach Texten von Geissler.

5) In den Romanen Kalte Zeiten und Das Brot mit der Feile.

6) Nico Rost, niederländischer Journalist und Übersetzer deutscher Literatur, wurde wegen seiner Teilnahme am Widerstand in den Niederlanden in verschiedenen KZs, u.a. in Dachau, inhaftiert. Er ist Autor des 1946 erschienenen Tagebuch-Werks "Goethe in Dachau". 1981 neu aufgelegt in der Reihe "Bibliothek der verbrannten Bücher" des Konkret-Literatur-Verlags. Eine ausführlich kommentierte Ausgabe ist 1999 beim Verlag Volk und Welt (38,00 DM) erschienen.

7) Harry Naujoks, Hamburger Hafenarbeiter, Schiffbau, "Nietenklopper", später Lagerältester in Sachsenhausen und Leiter der illegalen kommunistischen Gefangenenorganisation. Seine Frau Martha war währenddessen in der Sowjetunion. Dort ist ihre kleine Tochter "verschwunden". Beide wichtige proletarische Lehrer für etliche junge Nachkriegskommunisten in Westdeutschland.

8) Rudolf Slansky, Generalsekretär der KP der CSR, wurde auf Geheiß Stalins im November 1951 verhaftet. In dem 1952 stattfindenden "Prozeß gegen die Leitung des staatsfeindlichen Verschwörungszentrums" wurde die jüdische Abstammung von elf der vierzehn Hauptangeklagten besonders hervorgehoben.

Bio-Bibliographie

Christian Geissler, 1928 geboren in Hamburg. 1944/45 Flakhelfer. 1949 Abitur. 1949/50 Studium der evangelischen Theologie in Hamburg, danach kaufmännischer Lehrling in einem Industriebetrieb. 1951 Landarbeiter in Großbritannien. Anschließend erneut Studium der evangelischen Theologie in Tübingen. 1953 Konversion zum Katholizismus. Studium der Philosophie und Psychologie in München, daneben Gelegenheitsarbeiten. 1956 Abbruch des Studiums.

Seit 1958 und bis heute Hörspiele. 1960 erster Roman: Anfrage. 1962-81 insgesamt 21 Fernsehspiele (in Zusammenarbeit mit Egon Monk) und Dokumentarfilme. 1960-64 Redaktionsmitglied der Werkhefte katholischer Laien. 1962-68 Mitglied des Kuratoriums der Kampagne für Abrüstung und Ostermarsch. 1963 Fernsehspiel Schlachtvieh. 1965 Kalte Zeiten. Erzählung nicht frei erfunden. 1965-68 Mitherausgeber der KP-nahen Literaturzeitschrift Kürbiskern. 1967 Ende der Anfrage; Eintritt in die illegale KPD. 1968 Austritt aus der KPD bzw. Nichteintritt in die DKP. 1972-74 Dozent an der Deutschen Film- und Fernsehakademie in

Westberlin. 1973 Das Brot mit der Feile; Mitbegründer des Hamburger Komitees gegen Folter an politischen Gefangenen. 1976 Wird Zeit, daß wir leben. Geschichte einer exemplarischen Aktion. 1980 erster Gedichtband: Im Vorfeld einer Schußverletzung. Gedichte von Juli 77 bis März 80. 1983 spiel auf ungeheuer. Gedichte von April 80 bis November 82. 1988 kamalatta. romantisches fragment. 1990 winterdeutsch. 1992 prozeß im bruch. Schreibarbeit Februar 89 bis Februar 92. 1993 Filmtext Der Pannwitzblick. Wie Gewalt gegen Behinderte entsteht. 1996 Wildwechsel mit Gleisanschluß. Kinderlied. 1998 klopfzeichen. gedichte von 83 bis 97. 1999 vogel schatten kreisen kuss.

Seit Anfang der 50er Jahre gut zweidutzendmal Wechsel des Wohnorts. 1954-1961 verheiratet mit Hildegard Rüschemeyer, Ärztin; 1965-1978 mit Ingeborg Hartmann, Schauspielerin; seit 1989 mit Sabine Peters, Schriftstellerin.

23. Arranca! zwischen zwei Kriegen

Autor: GW · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:35

Das Intro verrät, wo es lang gehen wird im neuesten Heft der Arranca! Ein Zitat aus Karl Mays "Der Schut" aus dem Jahre 1888 wird einer Aussage eines weiteren Kenners des Stammeswesens im allgemeinen und der Skipetaren im besonderen aus dem Jahre 1999 gegenübergestellt. Keinem geringeren als dem Stammesforscher Jürgen Elsässer billigt die Berliner Redaktion die Ehre zu, sich auf einem ähnlichen Niveau zu bewegen wie der große Literat Karl May.

Aber keine Bange: Es handelt sich zwar um einen witzigen Einfall, dem Heft aber ist anzumerken, daß die Arranca!-Redaktion intensiv daran gearbeitet hat, eine eigene Position zum Krieg im Kosovo zu finden. Und obwohl sie sich vorrangig mit dem antideutschen Spektrum beschäftigt, kommt diese Auseinandersetzung bemerkenswert unpolemisch daher. Die Hauptthese, die sich durch alle Artikel durchzieht (und ebenfalls in vielen ak-Ausgaben wiederzufinden ist) und sich deutlich vom antideutschen und DKP/Junge-Welt-Spektrum abhebt lautet: Der Konflikt in Jugoslawien läßt sich nicht ursächlich als ein von außen geschürter erklären; vielmehr handelt es sich dabei eher um einen Verstärker bestehender innerer Konfliktpotentiale und Widersprüche. "Wer es sich mit ihr (der Deutschlandistamkriegschuldthese) bequem macht, entledigt sich der unangenehmen Aufgabe, sich als Linker über die inneren Faktoren für das Scheitern des sozialistischen Versuchs in Jugoslawien Gedanken zu machen", schreibt die Arranca!-Redaktion in ihrem kollektiven Beitrag "Die radikale Linke und ihr Krieg". Und genau an diesem Punkt trafen sich die Antideutschen und die "Realsozialismus-Nostalgiker" in den Kriegsmonaten immer wieder.

So intensiv die Vertreibungen und Greueltaten serbischer Politik im Kosovo von diesen Spektren geleugnet wurden, so intensiv werden jetzt die Vertreibungen und Greueltaten der kosovarischen Bevölkerung gegen die serbische Bevölkerung und Roma gegeißelt. "Während sich die Antideutschen mit den Verantwortlichen für die Massaker in Bosnien-Herzegovina und im Kosovo solidarisieren, kann sich eine Antikriegs-Bewegung nur mit den Opfern dieser Politik und denjenigen Serben solidarisieren, die sich ihr entgegenstellen, was Teile der antimilitaristischen Linken in der BRD auch gemacht haben, als sie ihr Augenmerk auf die Solidarität mit jugoslawischen Deserteuren legten. Gleichzeitig sind auch die Massenvertreibungen von serbischen ZivilistInnen aus der Krajina durch die kroatische Armee 1995 und die Hetzjagden auf serbische ZivilistInnen im Kosovo durch die UCK zu denunzieren. (...) Beim Krieg im Kosovo handelte es sich in Wirklichkeit um drei Kriege: Um den Krieg serbischer Nationalisten gegen die UCK und die kosovo-albanische Mehrheitsbevölkerung sowie andererseits um den Krieg der NATO gegen Jugoslawien. Der dritte Krieg bahnt sich gerade an: der Kampf der UCK um ein von Serben und vor allem auch Roma gesäubertes Kosovo." Ob es für eine linke, antimilitaristische Position ausreichend sein kann, lediglich die stärkere Zusammenarbeit von Basis-Initiativen und KriegsgegnerInnen zu propagieren und zu suchen (was auf alle Fälle ein großer Fortschritt wäre), oder ob nicht darüberhinaus andere Formen der Konfliktvermeidung und -bewältigung erarbeitet werden müssen, darüber sollte in nächster Zeit weiter diskutiert werden.

Auch in anderen Fragen bietet die Schwerpunktausgabe der Arranca! reichlich Diskussionsstoff. Berlin scheint ein wahrlich hartes Pflaster zu sein. Immerhin sehen sich zwei Autoren gezwungen, sich an Lenins "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" und "Staat und Revolution" abzuarbeiten und den Leninschen Imperialismus-Begriff auf seine Tauglichkeit für die aktuelle Analyse abzuklopfen, da dieser eine heftige Renaissance feierte, "und ganz Hartgesottene hielten die Lektüre Lenins für unausweichlich, um den Werdegang der Welt zu verstehen". Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich mitteile daß dies die Autoren gänzlich anders sehen. Soweit d'accord!

Reichlich Diskussionsbedarf besteht allerdings bei ihren Schlußfolgerungen, die mir auf wenig gefestigtem Fundament zu stehen scheinen. Wie z.B. bei der These, daß "... die Einbindung der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Staat spätestens seit der Anerkennung von Gewerkschaften als ‚Sozialpartner` abgeschlossen, und insofern der Klassenkompromiß zwischen nationaler Bourgeoisie und industriellem Proletariat am Ende (ist)". Als neue Bestochene machen sie statt dessen "die Akteure der ‚Neuen Sozialen Bewegungen` und der NGOs" aus, "die inzwischen feste Bestandteile einer Global Governance geworden sind." Da wurde zumindest übers Ziel hinausgeschossen. Ebenso im unklaren bleibt die "Inbezugsetzung" des Multilateralen Investitionsabkommens (M.A.I.) zum Angriffskrieg gegen Jugoslawien. Und ganz dünne wird die

Luft, wenn die Leninsche Frage nach dem "Was tun?" gestellt wird: "... dem Diskurs der vermeintlichen Universalisierung der Menschenrechte und der ‚Welt ohne Grenzen` (für Kapital und Waren) muß die Universalisierung und damit Verallgemeinerung individueller Rechte sowie die grenzenlose Welt für Menschen gefordert werden. D.h. zum Beispiel das Recht auf eine menschenwürdige Existenz für alle Menschen (1.500,- DM + Miete) und offene Grenzen..." Aber wie schreiben die Autoren richtigerweise: Der Weg entsteht beim Laufen.

Auch wenn hier, wie in unseren Kreisen üblich, eher auf Schwachstellen hingewiesen wird, das Heft hebt sich wohltuend von anderen Produkten aus dem linksradikalen Spektrum ab. Dazu trägt unter anderem bei, daß auch der Frage von Krieg als militärischem Gendermanagement nachgegangen und "den zumeist kriegspropagandistischen Diskursen um Geschlecht und Krieg im sogenannten Balkan-Konflikt eine feministische Position" entgegengesetzt wird. Eine Position, die ansonsten in den linken Diskussionen fast keine Rolle spielt.

Auf den 90 Seiten finden sich des weiteren sehr lesenswerte Beiträge zur Ethnisierung sozialer und politischer Widersprüche im nationalistischen Krieg in Jugoslawien, zum Menschenrechtsdiskurs, zur neuen Auschwitzlüge, zur extremen Rechten und dem Kosovokrieg, Reportagen aus dem Kosovo, zur Situation der Flüchtlinge, zur Entstehung und Funktion der UCK, zur serbischen Opposition ...

Die Arranca!-Redaktion legte auch deshalb den Schwerpunkt auf die Auseinandersetzung mit den Antideutschen, weil es sich dabei um "die einzige greifbare, gruppenübergreifende und überregionale Strömung" handelt, die in diesem Krieg sichtbar wurde. Wie ihr Heft zeigt (ebenso einige Ausgaben von ak), gibt es durchaus Positionen jenseits der antideutschen Plumpheit, die, trotz vorhandener Widersprüche, auch viele Übereinstimmungen aufweisen. Dies produktiv zu nutzen und schwache Ansätze einer Zusammenarbeit zu intensivieren könnte eine lohnende Aufgabe der nächsten Zukunft sein. Wir sind dabei!

GW

24. "Mag sein, daß wir Narren waren." Die Briefe des Widerstandskämpfers Harro Schulze-Boysen

Autor: Angela Martin · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:23

Als Harro Schulze-Boysen am 22. Dezember 1942 in Plötzensee hingerichtet wurde, war er gerade 33 Jahre alt. In der Nachkriegsliteratur wurde der Oberleutnant im Reichsluftfahrtministerium auf unterschiedlichste Art charakterisiert: Er galt als glänzend begabt, tapfer und menschlich; man bezeichnete ihn aber auch als bedenkenlosen Abenteurer und Fanatiker, als Salonbolschewisten und Meisterspion. In der BRD galt er wegen seiner Kontakte zu deutschen Kommunisten und zum sowjetischen Nachrichtendienst jahrzehntelang Landesverräter. Dabei übernahm die von Kaltem Krieg und Agentenhysterie geprägte historische Publizistik Westdeutschlands nicht selten Behauptungen der Gestapo und der NS-Justiz. Das Gestapo-Konstrukt von der "Roten Kapelle" als der größten Kommunistischen Spionageorganisation wirkte aber auch in der DDR weiter, freilich mit umgekehrten politischen Vorzeichen: Diese Widerstandsorganisation sei angeblich an der Führung der KPD orientiert gewesen, hieß es hier, die "Kundschafter" hätten einen bedeutenden Beitrag zur Befreiung Deutschlands vom Faschismus geleistet. Die Akteure des Widerstands wurden zu Helden erhoben und ihre Biographien, auch die von Schulze-Boysen, entsprechend geglättet.

Eine objektivere, an den Quellen orientierte Sicht begann erst Mitte der achtziger Jahre, und zwar etwa zeitgleich in Ost und West. Für Hans Coppi, dessen Eltern Hans und Hilde Coppi 1942 als Mitglieder der Widerstandsgruppe Schulze-Boysen/Harnack hingerichtet worden sind, war das Anlaß, sich mit dem Mythos um die "Rote Kapelle" und dem realen Alltag des deutschen Widerstands auseinanderzusetzen. Coppi hat bereits 1993 eine biographische Studie über Harro Schulze-Boysen vorgelegt und jetzt, gemeinsam mit Geertje Andresen, eine Auswahl seiner Briefe aus den Jahren 1915 bis 1942 herausgegeben. Zusammen mit den zeitgeschichtlichen Analysen und Kommentaren der Herausgeber verdeutlichen diese zum größten Teil erstmals veröffentlichten Briefe den widerspruchsvollen politischen Werdegang von Schulze-Boysen.

Der Großneffe des legendären Admirals von Tirpitz wurde 1909 geboren. Schon 1922 engagierte er sich im Jungdeutschen Orden, einem elitär ausgerichteten, national gesinnten Frontkämpferverband, der Ende der zwanziger Jahre zunehmend in die politische Mitte rückte. Die Briefe aus dieser Zeit belegen Schulze-Boysens fieberhafte, manchmal etwas wirre Suche nach Lösungen für die Probleme des Landes. 1931 begann er an der von Franz Jung herausgegebenen deutschen Zeitschrift "Gegner" mitzuarbeiten, einem politisch nicht festgelegten Blatt. Im Juli 1932 wurde er Herausgeber der inzwischen neu strukturierten Zeitschrift mit Kontakten zu verschiedenen politischen Lagern. Als der "Gegner" im April 1933 verboten und er selbst kurzfristig inhaftiert und von SA-Leuten schwer mißhandelt wurde, begann Schulze-Boysen eine Ausbildung an der Fliegerschule Warnemünde. Mit Hilfe seines Vaters, eines Marineoffiziers, gelang es ihm 1934, im Luftfahrtministerium unterzukommen, wo er in der Abteilung "Fremde Luftmächte" tätig war.

Der Mythos von der Roten Kapelle

Schulze-Boysen und seine Frau Libertas waren lebenslustige Menschen und gesellige Gastgeber. Aus ihrem großen Kreis von Freunden bildete sich bald ein engerer Diskussionszirkel heraus, zu dem Regimegegner verschiedenster politischer Couleur gehörten, unter anderem auch etliche Kommunisten. Über ihre Diskussionen und Flugblattaktionen erfährt man verständlicherweise nichts aus den Briefen, die von der Gestapo kontrolliert werden konnten. Doch mit Hilfe der Kommentare von Coppi und Andresen vermitteln die Beschreibungen von Festen und Ausflügen die offene, manchmal ausgelassene Atmosphäre dieses Freundeskreises, der weitgehend ohne verbindliche Organisationsstrukturen und konspirative Regeln auskam.

Ab 1940 erweiterte sich diese weltanschaulich und politisch sehr differenzierte Gruppe um den Zirkel, der sich seit 1933 bei Arvid und Mildred Harnack traf, außerdem um einige Jungkommunisten um den Arbeiter Hans Coppi. Durch persönliche Kontakte verschmolzen diese sehr unterschiedlichen Widerstandskreise und zahlreichen Einzelpersonen zu einer Sammlungsbewegung, zu der weit über 150 Männer und Frauen verschiedenster Herkunft und politischer Anschauung gehörten.

Im März 1941 lernte Schulze-Boysen über Arvid Harnack einen Vertreter der sowjetischen Botschaft kennen. In den folgenden Monaten ließ er ihm zahlreiche Informationen über die Vorbereitung des Angriffs auf die

Sowjetunion zukommen. Doch schon 1942 konnte das Oberkommando des Heeres einen Funkspruch aus Moskau entschlüsseln, in dem Harro Schulze-Boysen und Adam Kuckhoff genannt wurden. Die Gestapo-Abteilung, die nun zu ermitteln begann, verhaftete von Ende 1942 bis Anfang 1943 etwa 120 Personen, Männer und Frauen, der Berliner Widerstandskreise, und ordnete den größten Teil von ihnen dem westeuropäischen Netz der "Roten Kapelle" zu. Der Kriegsgerichtsrat Manfred Roeder nahm als Vertreter der Anklage keine weiteren Untersuchungen vor. Auch nach 1945 wurde diese Sicht tradiert. Daher wurde die Gruppe um Schulze-Boysen in Westdeutschland nicht zum Widerstand gerechnet, und in der DDR galt sie als "Kundschaftergruppe" mit Verbindung zur Sowjetunion.

Schwere Fehler der sowjetischen Seite

Vergeblich hat Greta Kuckhoff, eine Mitstreiterin der Gruppierung, nach Kriegsende auf schwere Fehler der sowjetischen Seite hingewiesen: In Moskau wollte man nicht glauben, daß Deutschland einen Angriff auf das Land vorbereitete. Viele Informationen konnten überhaupt nicht nach Moskau übermittelt werden, weil keine funktionierende Funkverbindung aufgebaut wurde. Und schließlich war der sowjetische Geheimdienst - das belegt erst neuerdings zugängliches Material aus Moskauer Archiven - mitverantwortlich für die Enttarnung von Harro Schulze-Boysen und 120 weiteren Widerstandskämpfern.

Am 15. Dezember begann der Prozeß gegen Schulze-Boysen, vier Tage später wurde er zum Tode verurteilt. Sein letzter Brief an die Eltern ist voller Resignation: "In Europa ist es nun einmal so üblich, daß geistig gesät wird mit Blut. Mag sein, daß wir nur ein paar Narren waren; aber so kurz vor Toresschluß hat man wohl das Recht auf ein bißchen ganz persönliche historische Illusion."

Angela Martin

Hans Coppi, Geertje Andresen (Hg.) Dieser Tod paßt zu mir. Harro Schulze-Boysen - Grenzgänger im Widerstand. Briefe 1915 bis 1942, Aufbau-Verlag, 447 Seiten, mit Register, 49,90 DM.

25. Arbeit für den Feind. Zwangsarbeit bei den Heinkel-Flugzeugwerken in Oranienburg

Ehemalige Zwangsarbeiter auf Spurensuche in Oranienburg

Autor: Angela Martin · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:20

Daß er die beiden Männer mit den Hakenkreuz-Binden nicht gegrüßt hatte, sollte Florian Moderski schwer büßen. Der junge Pole aus Poznan wurde verhaftet, blutig geschlagen und so getreten und geprügelt, daß er für zwei Stunden das Bewußtsein verlor. Doch das war noch nicht alles: Kurz darauf entließ man den Drogerieangestellten, um ihn wenig später für einen Arbeitseinsatz in Deutschland einzuziehen. Zwei Wochen sollte die Zwangsarbeit in Deutschland dauern - tatsächlich sind 37 Monate daraus geworden. Moderski wurde in der Rüstungsindustrie eingesetzt, bei den Heinkel-Flugzeugwerken in Oranienburg.

Die Heinkel-Werke Oranienburg (HWO) wurden im Mai 1937 eingeweiht - nur ein Jahr nachdem Ernst Heinkel im Auftrag des Reichsluftfahrtministeriums den entsprechenden Bauantrag eingereicht hatte. Von Anfang an hatten die Manager der HWO Probleme, ihren Bedarf vor allem an Facharbeitern aus metallverarbeitenden Berufen zu decken. Mit Kriegsbeginn nahm der Arbeitskräftemangel noch zu, weil immer mehr Heinkel-Mitarbeiter zur Wehrmacht eingezogen wurden. Daher wurden seit 1940 Zwangsarbeiter aus den besetzten Gebieten in der Flugzeugproduktion eingesetzt. Für sie ließ Heinkel in Germendorf ein Lager errichten, das ständig erweitert wurde und bis zu 1.600 Zwangsarbeiter aufnehmen konnte. In der ersten Phase des Krieges waren hier vor allem Polen, Franzosen und Holländer einquartiert. Die polnischen Zwangsarbeiter mußten ein großes "P" auf ihrer Kleidung tragen.

Auch Florian Moderski trug dieses diskriminierende Zeichen, das ihn in der rassistischen Hierarchie der Nazis weit unten einstufte. Moderski ist einer von zwölf ehemaligen Zwangsarbeitern aus Poznan, die jetzt auf Einladung der Berliner Geschichtswerkstatt nach Deutschland gekommen sind, um auf dem Gelände der Heinkel-Werke auf Spurensuche zu gehen. Dort war während des Krieges zunächst der Bomber He 111 produziert worden, den die Legion Condor im Spanischen Bürgerkrieg "getestet" hatte. Ab 1940 wurde hier auch das Kampfflugzeug Ju 88 gefertigt, und 1942 lief die Serienproduktion des viermotorigen Bombers He 177 an. Diese Maschine wurde im Volksmund "Reichsfeuerzeug" genannt, weil Kampfflugzeuge dieses Typs immer wieder abstürzten.

Ein "KZ-Werk" in Oranienburg

Die materiellen Spuren der HWO sind weitgehend zerstört worden, um so wichtiger seien die Aussagen der Zeitzeugen, sagte Gisela Wenzel von der Berliner Geschichtswerkstatt bei der Begrüßung der Gäste aus Polen. Die Fabrikanlagen sind nach dem Krieg demontiert und die Baracken der Zwangsarbeiterlager in den ersten Nachkriegswintern von der Bevölkerung buchstäblich verheizt worden, berichtete der Historiker Jens Reich. In Annahof kann man aber noch den einst werkseigenen, inzwischen von Unkraut überwucherten Flugplatz und die riesige Einfliegehalle sehen. Dort war Florian Moderski während des Zweiten Weltkrieges als Zwangsarbeiter eingesetzt. Nach der Endmontage wurden die Flugzeuge der HWO in diese Einfliegehalle gebracht, und alle Mängel, die die Testflieger beim ersten Flug registrieren konnten, wurden hier sofort beseitigt.

Auch Aleksander Wesolowski war Zwangsarbeiter bei Heinkel. Im März 1942 wurde er nach Oranienburg verschleppt. Wesolowski berichtete, daß er in verschiedenen Fertigungshallen arbeiten, sozusagen von Halle zu Halle wandern mußte. Immer mehr Werkshallen wurden eingezäunt und vom übrigen Fabrikgelände abgetrennt. Diese Sicherheitsvorkehrungen dienten dem Einsatz von Häftlingen aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen. Ein Teil der HWO wurde nämlich in ein "KZ-Werk" umgewandelt - so der offizielle Begriff des Reichsluftfahrtministeriums. Bis April 1943 hat man sieben Fertigungshallen, in denen KZ-Gefangene arbeiten mußten, mit doppelten Stacheldrahtzäunen und Wachtürmen eingefaßt.

Pläne für eine Umwandlung der HWO in ein "KZ-Werk" gab es schon 1941. Allerdings scheiterte der erste Versuch, KZ-Häftlinge in die Belegschaft hineinzunehmen: Die 400 sowjetischen Kriegsgefangenen, die den Heinkel-Werken im März 1942 aus Sachsenhausen überstellt wurden, waren so entkräftet, daß man sie schon

nach einem Tag wieder zurückschickte. Lutz Budraß hat in seinem Buch "Flugzeugindustrie und Luftrüstung in Deutschland 1918-1945" dargestellt, wie im August 1942 mit dem Einsatz von 300 ausgesuchten Häftlingen die Umstellung der Flugzeugproduktion begann. Die Fertigungsabläufe wurden jetzt auf den Einsatz der KZ-Insassen zugeschnitten. Deren Anteil an der Belegschaft stieg ständig an. Im Juni 1944 arbeiteten fast 7.000 KZ-Insassen in den HWO, das waren 48 Prozent der Beschäftigten. Die Geschäftsleitung bezeichnete den "bedingungslosen Häftlingseinsatz" als großes Experiment, das "richtungweisend für den Einsatz der Häftlinge in der gesamten Luftfahrtfertigung" sei.

Hunger, Krankheit, Repressionen

Im KZ-Komplex der HWO arbeiteten nur Deutsche und KZ-Gefangene. Die Häftlinge verließen dieses Areal nicht. Sie mußten in Kellern, Umkleideräumen und Baracken hausen und wurden von SS-Männern bewacht. Sie blieben streng getrennt von den ausländischen Zivilarbeitern, die in der Endmontage eingesetzt wurden. Der Anteil dieser Arbeiter machte im Sommer 1944 etwa 40% aus.

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Zwangsarbeiter waren schlecht. Die Verpflegung war völlig unzureichend: Er habe ständig Hunger gehabt, berichtete Zbigniew Szubielski während der "Spurensuche" der Berliner Geschichtswerkstatt. Seine tägliche Lebensmittelration bestand aus 150 Gramm Brot, einem kleinen Stück Margarine oder Marmelade, schlechten Kartoffeln ohne Fett, einer bräunlichen Brühe oder einem stinkenden, fischartigen Brei. Für den Siebzehnjährigen, der schwere körperliche Arbeit leisten mußte, war das viel zu wenig, und bald war Szubielski ausgelaugt und krank.

An Widerstand oder Flucht zu denken wagten aber weder er noch die anderen Polen. Das wäre viel zu gefährlich gewesen, darin waren sich die Zeitzeugen einig. Ein Bericht Aleksander Wesolowskis über einen Tag im Jahre 1942 erklärt ihre Ängste. Damals sei er mitten in der Nacht geweckt worden, erzählte Wesolowski. Er und seine Lagerkameraden hätten Feiertagskleidung anlegen müssen und seien dann unter Polizeibewachung zuerst zum Gefängnis von Oranienburg, dann zu einer Hinrichtungsstätte in einem Wald gebracht worden. "Dort mußten wir zusehen, wie ein junger Pole exekutiert wurde, der angeblich eine Beziehung zu einer jungen deutschen Frau gehabt hatte. Es dauerte den ganzen Tag, von drei Uhr früh bis fünf Uhr nachmittags." Wesolowski weiß noch heute, daß der junge Pole am Fronleichnamstag 1942 getötet wurde.

Wesolowski und seine Leidensgenossen hoffen noch immer auf eine Entschädigung. Einige ehemalige Zwangsarbeiter aus Posnan haben zwar Gelder aus einer Stiftung bzw. von VW oder Siemens erhalten. Aber aus der Gruppe, die jetzt Berlin und Oranienburg besucht hat, habe niemand "eine richtige Entschädigung" bekommen, so Wesolowski. Auf die von Bundeskanzler Schröder in Aussicht gestellte Stiftung mögen diese Männer nicht warten, die Geld vor allem für Medikamente brauchen. Der jüngste von ihnen ist 74, der älteste 84 Jahre alt.

Angela Martin

26. Das vorletzte Jahr der DDR. Wichtige Ereignisse zwischen Mai und Dezember 1989

Rubrik: Zeitgeschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:03

2.5. Ungarn beginnt mit der Öffnung der Grenze zu Österreich, die für DDR-BürgerInnen offiziell aber geschlossen bleibt.

7.5. Kommunalwahlen in der DDR mit angeblich 98,85% Ja-Stimmen. Der Vorwurf der Wahlfälschung wird laut.

5.6. Das SED-Zentralorgan Neues Deutschland (ND) begrüßt das Pekinger Massaker als Antwort "auf den konterrevolutionären Aufstand einer extremistischen Minderheit".

August. Hunderte von DDR-BürgerInnen flüchten in die bundesdeutschen Vertretungen in Ostberlin, Budapest und Prag.

8.8. Die ständige Vertretung der BRD in Ostberlin wird wegen Überfüllung geschlossen.

13.8. Die evangelischen Kirchen der DDR fordern Reiseerleichterungen für DDR-BürgerInnen. Die bundesdeutsche Botschaft in Budapest schließt wegen Überfüllung, die Ausreisewelle über Ungarn geht weiter.

16.8. Honecker erklärt vor Arbeitern in Erfurt: "Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf."

20.8. 500 DDR-BürgerInnen fliehen über die ungarische Grenze nach Österreich. Bonner, Wiener und Budapester Behörden sind eingeweiht, ungarische Grenzsoldaten helfen bei der Flucht.

24.8. Die DDR-Flüchtlinge in der BRD-Botschaft in Budapest werden nach Wien ausgeflogen und dann per Bus nach Nürnberg gebracht.

4.9. Appell "Für eine Vereinigte Linke in der DDR". An der ersten Montagsdemonstration in Leipzig nehmen im Anschluß an das Friedensgebet in der Nikolaikirche etwa 1.000 Menschen teil.

11.9. Ungarn öffnet DDR-Flüchtlingen die Grenze nach Österreich. Aufruf zur Gründung der Initiativgruppe "Neues Forum" (Bärbel Bohley, Jens Reich u.a.) mit der Forderung, einen "demokratischen Dialog" über "die gestörte Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft" zu führen.

12.9. Der Gründungsaufruf von "Demokratie jetzt" (Konrad Weiß, Wolfgang Ullmann u.a.) fordert die "demokratische Umgestaltung" der DDR.

14.9. Die Gründung der Gruppe "Demokratischer Aufbruch" wird bekannt gegeben.

18.9. Etwa 100 von insgesamt 3.000 TeilnehmerInnen der Leipziger Montagsdemonstration werden festgenommen.

19.9. Das "Neue Forum" wird bei den Behörden in mehreren DDR-Bezirken angemeldet.

20.9. Das DDR-Innenministerium erklärt das "Neue Forum" für staatsfeindlich.

24.9. Geheimes Treffen verschiedener oppositioneller Gruppen in Leipzig

25.9. Bei der Leipziger Montagsdemonstration fordern ca. 6.000 Menschen Reise-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, insbesondere die Zulassung des "Neuen Forums".

30.9. Genscher kündigt in der BRD-Botschaft in Prag den dort versammelten DDR-Flüchtlingen ihre bevorstehende Ausreise in den Westen an.

1.10. Mehr als 6.000 DDR-Flüchtlinge in Prag und Warschau reisen mit Sonderzügen in den Westen. Die Initiative für eine Grüne Partei gründet sich.

2.10. Leipziger Montagsdemonstration mit 15.000 bis 20.000 TeilnehmerInnen

3.10. In der BRD-Botschaft in Prag haben sich erneut 5.000 DDR-Flüchtlinge versammelt. Wieder dürfen Tausende in die BRD ausreisen.

4.10. Tumulte auf dem Bahnhof in Dresden; DDR-BürgerInnen versuchen, auf durchfahrende Flüchtlingszüge aufzuspringen. Die Polizei setzt Wasserwerfer und Schlagstöcke ein.

6.10. Vorabend des Staatsjubiläums: Fackelzug der FDJ mit 100.000 TeilnehmerInnen, die an der DDR-Führung und den Staatsgästen vorbeiziehen. Michail Gorbatschow, der prominenteste Gast, wird mit "Gorbi"- und "Gorbi hilf uns"-Rufen begrüßt.

7.10. Feiern zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung. Gorbatschow fordert die DDR-Führung dezent zu Reformen auf: "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben." In vielen Städten der DDR demonstrieren insgesamt Tausende für Reformen. Die Polizei knüppelt und nimmt 1.000 Personen fest.

8.10. In dem brandenburgischen Dorf Schwante wird die Sozialdemokratische Partei (SDP) gegründet.

9.10. An der Leipziger Montagsdemonstration beteiligen sich 70.000 Menschen. Die Staatsmacht greift nicht ein.

18.10. Im Politbüro wird Honecker zum Rücktritt gedrängt. Sein Nachfolger wird Egon Krenz, der im DDR-Fernsehen die "Wende" verkündet.

23.10. Demonstrationen in vielen Städten der DDR, darunter Berlin, Dresden, Schwerin, Zwickau, Magdeburg und Halle. In Leipzig demonstrieren 300.000 Menschen für Reformen und freie Wahlen.

24.10. Egon Krenz wird von der Volkskammer zum Vorsitzenden des Staatsrats und des Nationalen Verteidigungsrats gewählt.

27.10. Der Staatsrat beschließt eine Amnestie für Republikflüchtlinge und Demonstranten.

30.10. Massendemonstrationen in Leipzig (250.000), Halle (50.000), Magdeburg (50.000), Schwerin (40.000), Karl-Marx-Stadt (20.000) und anderswo.

31.10. Margot Honecker tritt als Bildungsministerin zurück.

3.11. Krenz kündigt den Rücktritt der Politbüromitglieder Hager, Mielke, Axen, Neumann und Mückenberger an.

4.11. Eine halbe bis eine Million Menschen demonstrieren in Berlin. Als RednerInnen treten u.a. auf: die SchriftstellerInnen Stefan Heym, Christoph Hein und Christa Wolf, Ex-Stasi-General Markus Wolf und Politbüromitglied Günter Schabowski.

7.11. Der Rechtsausschuß der Volkskammer lehnt das geplante Reisegesetz als unzureichend ab. Die Regierung unter Willi Stoph tritt zurück.

8.11. Das Politbüro tritt geschlossen zurück.

9.11. Schabowski kündigt auf einer Pressekonferenz "sofort, unverzüglich" Reisefreiheit für DDR-Bürger an. Tausende Ostberliner strömen zu den Grenzübergängen nach Westberlin, die noch in der Nacht geöffnet werden.

11./12.11. Am Wochenende besuchen Hunderttausende von DDR-Bürgern die BRD.

13.11. Hans Modrow wird von der Volkskammer zum neuen Regierungschef gewählt.

20.11. Kohls Kanzleramtsminister Seiters überbringt Modrow sieben Forderungen als Vorbedingungen für ein wirtschaftliches Engagement der BRD in der DDR. Am Abend ist bei der Leipziger Montagsdemonstration erstmals massenhaft die Forderung nach der Wiedervereinigung zu hören ("Wir sind ein Volk", "Deutschland, einig Vaterland").

23.11. Der Ministerrat beschließt "Maßnahmen gegen Schieber und Spekulanten". Bestimmte Waren werden nur noch an DDR-BürgerInnen und im Lande arbeitende AusländerInnen ("Vertragsarbeiter") verkauft.

26.11. Aufruf "Für unser Land", unterzeichnet von Intellektuellen (Stefan Heym, Christa Wolf u.a.) und VertreterInnen der Oppositionsbewegungen: Für die Eigenständigkeit der DDR.

27.11. Die deutsche Wiedervereinigung ist das zentrale Thema der Leipziger Montagsdemonstration, an der 200.000 Menschen teilnehmen.

28.11. In Bonn präsentiert Kohl einen "Zehn-Punkte-Plan zur Überwindung der deutschen Teilung".

1.12. Mit überwältigender Mehrheit streicht die Volkskammer die Führungsrolle der SED aus der Verfassung.

3.12. Das ZK und das Politbüro der SED treten geschlossen zurück. Honecker, Stoph, Tisch, Sindermann, Mielke u.a. werden aus der SED ausgeschlossen. Der "Unabhängige Frauenverband" wird gegründet.

4.12. Auf den Montagsdemonstrationen wird auch gegen die Vernichtung von Stasi-Akten protestiert.

6.12. Krenz tritt als Vorsitzender des Staatsrats und des Nationalen Verteidigungsrats zurück.

7.12. Zum erstenmal tagt der "Runde Tisch" mit VertreterInnen der SED, der Blockparteien, der Kirchen und der Oppositionsgruppen.

9.12. Auf einem Sonderparteitag wird Gregor Gysi zum neuen SED-Vorsitzenden gewählt.

16./17.12. Der SED-Sonderparteitag wird fortgesetzt. Er beschließt den Namenszusatz "Partei des demokratischen Sozialismus", kurz: SED/PDS. Als Gastredner spricht Rudolf Bahro.

18.12. Vor dem DDR-Besuch Kohls dämpft BRD-Regierungssprecher Vogel die Erwartungen: "Der Kanzler kommt nicht mit einem Sack voller Weihnachtsgeschenke."

19.12. Modrow und Kohl vereinbaren in Dresden Verhandlungen über eine deutsch-deutsche Vertragsgemeinschaft. Auf den Straßen wird Kohl mit "Helmut, Helmut"-Rufen gefeiert.

21.12. Kohl tritt vor dem Bundesrat für die Wiedervereinigung ein.

22.12. In Berlin wird das Brandenburger Tor geöffnet.

24.12. Für DDR-Besucher aus der BRD entfallen Visumzwang und Mindestumtausch. Über Weihnachten besuchen 380.000 Westdeutsche und 760.000 Westberliner den Osten, 2 Millionen DDR-BürgerInnen den Westen. In Rumänien wird die Ceausescu-Diktatur gestürzt.

31.12. Im Jahr 1989 haben 340.000 Menschen die DDR verlassen. Gesamtdeutsche Silvesternacht am Brandenburger Tor mit 100.000 von Sekt und "Vereinigungsstimmung" Berauschten

27. Ein Staat macht Schluß. Revolution, Konterrevolution und innere Auszehrung - das Ende der DDR

Autor: Js. · Rubrik: Zeitgeschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:09

Erich Honecker ließ sich bis zu seinem Tode im Mai 1994 nicht umstimmen: Der "Sieg der Konterrevolution" im Herbst 1989 sei auf "feindliche Einmischung" von außen zurückzuführen. Die staatstreuen Medien des wiedervereinigten Deutschland dagegen singen zehn Jahre danach ein Loblied auf die "friedliche Revolution" und ihre mutigen Helden. In beiden Darstellungen wird Entscheidendes vergessen: Die innere Zerrüttung des realsozialistischen Lagers war 1989 so weit fortgeschritten, daß auch das Ende der DDR nur noch eine Frage der Zeit war.

Von dem ehemaligen US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger stammt der vielzitierte Satz, das sozialistische Lager werde entweder mit einem "Winseln" oder mit einem "Knall" zusammenbrechen. Was den Zusammenbruch der DDR begleitete, war zuweilen weniger als ein Winseln: Stasi-Minister Mielkes meist falsch wiedergegebener Satz "Aber ich liebe euch doch, ich liebe doch alle Menschen" war das hilflose Gestammel eines eben noch Mächtigen, der die Welt nicht mehr verstand. Gesprochen wurden diese Worte am 13. November, wenige Tage nach der Maueröffnung.

Ähnlich jämmerlich wirkt der nachträgliche Versuch von Egon Krenz, sich als scharfsichtigen Realisten und Deeskalierer darzustellen. Schon im Juni 1989 "verzweifelt" er über die Lage im Lande und ist "entsetzt" über die die Sturheit der Führungskader: "Was muß eigentlich noch geschehen, damit einige erwachen?" So steht es in seinem jüngst erschienenen Buch "Herbst 89". Das sich bei der Lektüre ergebende Bild ist niederschmetternd: Das Politbüro der SED, deren Führungsrolle in Artikel 1 der DDR-Verfassung garantiert war, wurde von der Entwicklung im Sommer und Herbst 1989 regelrecht überrollt. Das änderte sich auch nach Honeckers Absetzung nicht. Sie kam viel zu spät, und die angeblich mit sofortiger Wirkung eingeleitete "Wende" bestand zunächst vor allem in hilfloser "Dialog"-Rhetorik.

Krenz' Antrittsrede, die am 18. Oktober live im DDR-Fernsehen übertragen wurde, mußte auch dem letzten deutlich machen, daß er und seine Genossen am Ende waren. Der neue Generalsekretär säuselte vom "Miteinander", von "gemeinsam Anpacken", "Aufeinanderzugehen", vom "Reichtum an Neuem" und entdeckte gar den "selbstbewußten und kritischen Bürger, den mündigen Bürger". Die Partei habe "in den vergangenen Monaten die gesellschaftliche Entwicklung nicht real genug eingeschätzt". Für die "richtigen Schlußfolgerungen" sei es aber nicht zu spät: "Nie war das Klima dem dienlicher und dafür fordernder als heute."

Der Realsozialismus in Auflösung

Noch zwei Monate vorher wäre das Angebot zum Dialog von den Oppositionellen dankbar angenommen worden. Jetzt war es dafür zu spät, mußten der "Wende" im Politbüro zwangsläufig und im Eiltempo immer weitere Zugeständnisse folgen: die Amnestie für Flüchtlinge und Demonstranten am 27. Oktober, der mehr oder weniger freiwillige Rückzug besonders belasteter Politbürokraten ab dem 3. November, die überstürzte Öffnung der Grenzen ausgerechnet am 9. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht von 1938. Eine Illusion war es zu glauben, mit Hilfe solcher Zugeständnisse könne die SED zumindest einen Teil der Macht behalten. Noch ferner der Realität als der Opportunist Krenz bewegten sich allerdings etliche westdeutsche Linke, die sich auf ihren analytischen Scharfblick allerhand zugute halten. Hermann L. Gremliza etwa formulierte in konkret 10/89 die Hoffnung, es möge der SED gelingen, "bis zur absehbaren Pleite der polnischen und ungarischen Abenteuer durchzuhalten". Der Versuch, diesen (bösen) Traum zu verwirklichen, wäre auf verschärfte Repression hinausgelaufen. Er hätte den Gang der Ereignisse allenfalls verzögern können - und die Idee des Sozialismus noch nachhaltiger diskreditiert.

Wer die Lage ernsthaft zu analysieren bereit war, konnte schon vor der finalen Krise der DDR erkennen, daß der gesamte Realsozialismus vor dem Ende stand. In ak 308 (26. Juni 1989) schrieb Kt.: "Die Hypothese, daß das realsozialistische ‚Imperium` sich in Auflösung, wenn nicht im Zusammenbruch befindet, scheint heute jedenfalls plausibler als die umgekehrte Annahme gutmeinender Linker, es handele sich um eine

vielversprechende Erneuerung des Sozialismus. Es scheint, daß diese erste experimentelle Form des Sozialismus nicht mehr zu retten ist, so daß es am zweckmäßigsten wäre, wenn sie sich ohne große Konflikte und Massaker transformieren und damit die relativ günstigsten Bedingungen für einen neuen Anfang offen lassen würde. Die schlimmste Variante wäre, daß das chinesische Beispiel Schule macht." (Der Artikel trug die Überschrift "Realsozialismus zwischen Erneuerung und Untergang"; mit den "gutmeinenden Linken" waren Leute gemeint wie der spätere Wortführer der Antideutschen, Jürgen Elsässer, der sein damaliges Idol Jelzin per ak mit dem Ruf "Go, Boris, go!" zur sozialistischen Erneuerung ermuntern wollte.)

Die Einschätzung, der Realsozialismus stehe kurz vor seinem Ende, basierte auf einer nüchternen Bestandsaufnahme. Die wirtschaftliche Krise der Sowjetunion hatte sich unter Gorbatschow weiter verschärft. Die sowjetische Doktrin von der "begrenzten Souveränität" der realsozialistischen Länder galt nicht mehr, "brüderliche Hilfe" in Form militärischen Eingreifens gegen Oppositionsbewegungen (wie 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und 1968 in der CSSR) war nicht mehr zu erwarten - die bedrängten "Bruderparteien" mußten allein zusehen, wie sie klarkamen, und notfalls einen Teil der Macht abgeben. Daß sich Polen und Ungarn als erste dem kapitalistischen Westen ergaben, mag man als Verrat am Sozialismus geißeln (die SED tat das); eine realistische Alternative gab es für beide Länder vermutlich nicht.

Für die DDR und die CSSR aber wird die Lage im Sommer 1989 "allmählich unhaltbar, zumal sie durch das Wegbrechen Polens und Ungarns in eine Insel-Situation geraten." (ak 308)

Die Führung der SED war zu einer solchen Bilanz offensichtlich nicht fähig, weil sie die Wirklichkeit nicht wahrhaben wollte. Ihr ging es um die eigene Macht und sonst gar nichts. Selbst die verheerende wirtschaftliche Situation des eigenen Landes wurde im Politbüro nicht diskutiert. Erst im Dezember wurde die Dimension der Verschuldung bekannt gemacht: Die DDR hatte zu diesem Zeitpunkt ein Haushaltsdefizit von 17 Milliarden Mark und Inlandsschulden von 135 Milliarden Mark. Nicht nur gigantische Ausgaben für Militär und Staatsschutz trugen zu dieser desolaten Lage bei. Eine wesentliche Rolle spielten die Subventionierung von Mieten und Lebensmitteln sowie ein funktionierendes Gesundheitswesen - klassische sozialstaatliche Errungenschaften.

Alles im Griff auf dem sinkenden Schiff

Es ist eine Ironie der Geschichte, daß die Jubelfeiern zum 40. Jahrestag der Staatsgründung den Untergang der DDR beschleunigten. Da das Land wegen dieser Feiern unter verschärfter internationaler Beobachtung stand, war ein hartes Vorgehen gegen die Opposition nicht opportun, auch wenn gleichzeitig angeordnet wurde, "feindliche Aktionen" müßten "im Keim erstickt" werden.

Aus Image-Gründen sah sich das Regime gar dazu gezwungen, die Besetzer der BRD-Botschaften in Prag und Warschau in den Westen ausreisen zu lassen. Dieses als "einmalige humanitäre Maßnahme" deklarierte Nachgeben bewirkte sofort eine neue Fluchtwelle, und wieder durften die Besetzer der bundesdeutschen Botschaft in Prag in die BRD ausreisen.

Ein einziges Mal ging die Staatsmacht mit landesweit koordinierter Brutalität gegen die Opposition vor. Das war am Jahrestag der DDR-Gründung selbst, als Demonstranten zusammengeknüppelt, massenhaft festgenommen ("zugeführt") und viele in Polizeigewahrsam mißhandelt, beleidigt und eingeschüchtert wurden. Von Erich Mielke, der nach Gorbatschows Abreise persönlich die Einsätze in Berlin leitete, sind die Aussprüche übermittelt: "Jetzt ist Schluß mit der Humanität" (bzw. "mit dem Humanismus") und "Haut sie zusammen, die Schweine". Aber unterm Strich stimmt es: Der Staat ergab sich fast ohne Gegenwehr. Das deutet auf fortgeschrittene innere Zerrüttung hin. Der berühmte Leipziger Gewaltfreiheitsappell vom 9. Oktober erreichte auch die Staatsmacht, die zwar über massenhaft Waffen verfügte, diese aber nicht einzusetzen bereit war. Viele Angehörige der eigens mobilisierten Kampfgruppen desertierten, indem sie wegblieben oder gar ihren Austritt erklärten.

Das zeugt zumindest von Realismus. Die DDR war nur lebensfähig, solange sie von der Sowjetunion militärisch gestützt wurde. Ein ostdeutscher Sonderweg fünf nach zwölf war nicht möglich. Honecker konnte Anfang 1989 zwar selbstherrlich die deutsche Ausgabe der reformorientierten Moskauer Zeitschrift Sputnik verbieten. Als es ums Ganze ging, erwies er sich als Feldherr fast ohne Truppen.

Wenn die DDR also im wesentlichen an den inneren Widersprüchen des realsozialistischen Lagers zugrunde ging, dann darf darüber die aggressive Politik des Imperialismus nicht vergessen werden. Die Strategie des "Totrüstens" erwies sich als ebenso erfolgreich wie ihre sozialliberale Ergänzung, die Politik des "Wandels durch Annäherung". Dazu gehörten großzügige finanzielle Zuwendungen an die "reformwilligen" Kräfte im Osten, im Jahre 1989 namentlich Ungarn und die Sowjetunion.

Die Kohl-Regierung hielt, bei allem nationalen Pathos anläßlich des Mauerfalls, zunächst an dieser Politik fest. Während sie die Einheitsrhetorik für kurze Zeit zurückstellte, lockte sie mit dem "Begrüßungsgeld" Millionen von DDR-BürgerInnen ins westdeutsche Konsumparadies - ein genialer Schachzug. Gleichzeitig stellte sie klar, daß finanzielle Hilfe für die DDR an Voraussetzungen gebunden sei, darunter die Einführung der Marktwirtschaft. Diesem überlegten Krisenmanagement hatte die SED-Führung nichts entgegenzusetzen - sie reagierte nur, und stets zu spät. Aus der von Krenz am 18. Oktober angekündigten "politischen Offensive" konnte nichts werden.

Die "Massen" waren, im Rückblick betrachtet, auch nicht schlauer. In ihrer Gier nach der D-Mark vertrauten sie auf Kohl, von dem sie natürlich betrogen wurden. Daß das Versprechen "blühender Landschaften" eine bewußte Lüge war, hätten sie allerdings wissen können, wenn sie im Grundkurs Marxismus-Leninismus aufgepaßt hätten. Genau genommen wußten sie es noch Mitte Dezember 89: Damals sprachen sich bei einer Umfrage von Meinungsforschern aus der BRD und der DDR 73 Prozent der befragten DDR-BürgerInnen für eine souveräne DDR aus und 71 Prozent für die Idee des Sozialismus. Nur 27 Prozent wollten einen gesamtdeutschen Staat, 61 Prozent gaben einem "gründlich reformierten sozialistischen System" den Vorzug vor dem BRD-Kapitalismus, für den 39 Prozent votierten.

Rübermacher, Revoluzzer und Kapitulanten

Innerhalb von drei Monaten allerdings ging dieses bessere Wissen auf wundersame Weise verloren: Bei der Volkskammerwahl am 18. März 1990 teilten sich die Parteien, die für den Beitritt der DDR zur BRD warben, drei Viertel der Stimmen; die konservative Allianz für Deutschland (CDU plus Anhängsel) war mit 48,1 Prozent klare Siegerin vor der SPD, die nur auf 21,8 Prozent kam (PDS: 16,3 Prozent, Freie Demokraten 5,3 Prozent, Bündnis90 2,9 Prozent, Grüne/Unabhängiger Frauenverband 2 Prozent).

Die ursprünglichen Anliegen der Opposition, auch der bürgerlichen (von denen etliche zu CDU, SPD und Grünen gegangen sind), waren dennoch berechtigt. Es ging eben nicht allein und nicht einmal vorrangig um schnöden Mammon. Im übrigen wären auch die materiellen Interessen zu differenzieren: Eine halbwegs geräumige und komfortable Wohnung oder ein Telefonanschluß sind für die EinwohnerInnen eines mitteleuropäischen Industriestaates sicher keine übertriebenen Ansprüche. Aber auch der Massenwahn der Trabi-Fahrer, die nun endlich zumindest auf einen Golf umsteigen wollten, kann die berechtigten Forderungen der "Bürgerbewegung" nicht diskreditieren. Die Opposition kritisierte mit vollem Recht:

- den Mangel an Demokratie

- die Verlogenheit der Medien

- das Monopol der SED

- das Ausreiseverbot

- den Verfall der Städte

- die Vergiftung und Zerstörung der Umwelt.

Problematisch war allenfalls die pazifistische Losung "Schwerter zu Pflugscharen", insofern sie vom militärisch unterlegenen Osten einseitige Abrüstung forderte. Später richtete sich der Protest gegen den Stasi-Überwachungsstaat und die Privilegien der Nomenklatura. Auch das waren, mal abgesehen von persönlichen Rachegelüsten, berechtigte Anliegen.

In der heute verkündeten Staatsdoktrin wird allerdings eine wesentliche Bedingung für den Erfolg der Opposition im Herbst 89 unterschlagen. Die "friedliche Revolution der Bürger" konnte die Staatsmacht nur deshalb so schnell und weitgehend reibungslos stürzen, weil gleichzeitig Hunderttausende der DDR den Rücken kehrten. Durch die Massenflucht litten die Produktion, der Handel und nicht zuletzt die medizinische

Versorgung. Nach Berechnungen des Ökonomieprofessors Peter Thal verlor die DDR pro zehntausend Ausreisende jährlich 330 Mio Mark, entsprechend 0,12 Prozent des Nationaleinkommens. Die insgesamt 340.000 Rübermacher des Jahres 1989, mehrheitlich junge Leute, hätten die DDR also mehr als 4 Prozent des Nationaleinkommens gekostet. Gleichzeitig skandierte die Opposition, deren "Rädelsführer" die SED gern für immer los geworden wäre, trotzig ihr "Wir bleiben hier" - eine Lage, in der es auch für den durchhaltewilligsten Apparatschik letztlich nur einen Ausweg gab: die Kapitulation.

Js.

28. Mafiasprüche. Aktive Arbeitsmarktpolitik in Dänemark - Teil 2

Autor: K. Blomkvist, Kopenhagen · Rubrik: Dänemark · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:07

Auch die dänische Sozialdemokratie pflegt den "aktivierenden" Staat. Erwerbslose sollen per Zwang in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden und dabei einen steigenden Lohndruck bremsen. Die dänische "Aktivlinie" gewinnt zunehmend internationale Modellfunktion. Wir schließen mit diesem Beitrag die Analyse der dänischen Arbeitsmarktpolitik ab.

"Von Dänemark lernen" lautete der Titel einer Tagung, die das Wissenschaftszentrum Berlin im Februar 1999 organisierte. Der dänische Arbeitsminister hielt eine schöne Rede, doch über die "Aktivlinie" - die dänische Variante einer aktiven Arbeitsmarktpolitik - erfuhr man wenig. Lediglich die Vorzeigemaßnahme "Jobrotation" wurde genauer vorgestellt. Bei der Jobrotation macht ein/e Beschäftigte/r eine Weiterbildung und wird durch jemand anderes vertreten. Diese Vertretung wird mit einem staatlichen Lohnkostenzuschuß unterstützt. Über die Lohn- und Arbeitsbedingungen derjenigen, die die Stammbelegschaft ablösen, wird dabei wegig gesagt. Ansprüche, die ein unbefristeter Arbeitsplatz mit sich bringt (Renten, gewerkschaftliche Vertretung etc.), sind in befristeten Jobs teilweise nicht vorhanden. Aber es kommt natürlich auf die Auseinandersetzung im Betrieb über die Bedingungen der "Ablöser/innen" an- eine Gestaltung im Sinne der Beschäftigten ist jedenfalls grundsätzlich nicht ausgeschlossen.

1996 waren ca. 35.000, 1997 weniger als 20.000 und 1998 25.000 in Jobs, die durch Jobrotation vermittelt waren. Im Vergleich zu den 14.000 Jobs in nicht-tarifierten Maßnahmen sind die Zahlen nicht so schlecht. Gezählt wurden 1998 aber nur die TeilnehmerInnen, nicht die Zahl der geschaffenen Vollzeitarbeitsplätze. 1998 hat jedoch die Tendenz zugenommen, daß Großbetriebe den mit der Jobrotation verknüpften staatlichen Lohnkostenzuschuß nutzen, um ihre Beschäftigten auf Wochenseminare zu schicken. So sieht die Statistik in diesem Jahr fast ausschließlich wegen einer solchen einwöchigen Schulung bei Post Danmark besser aus als 1997.

Und auch im Zusammenhang mit sinnvoll erscheinenden Formen wie Urlaubsvertretungen oder Jobrotation sollte man sich die Frage stellen, ob Erwerbslose bei Drohung des Entzugs ihrer materiellen Lebensgrundlage zur Teilnahme gezwungen werden sollten. Die dänische "Landesorganisation der Erwerbslosen" hat die schönen Worte, die um manche Projekte gemacht werden, "Mafiasprüche" genannt: "Wir haben da ein Angebot, daß sie nicht ablehnen können ...".

"Aktivlinie" in Bedrängnis

Was ihre bürgerlichen Vorgänger nicht geschafft hatten, schien der sozialdemokratischen Regierung Anfang des Jahres 1998 gelungen zu sein: eine massive Veränderung im Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Die dänische Industrie, und hier vor allem die Exportindustrie, hatte in den Jahren nach 1994 ein Wachstum erreicht, das weit über dem europäischen Durchschnitt, ja sogar über den durchschnittlichen Zuwachsraten des "goldenen Jahrzehnts" zwischen 1955 und 1965 lag.

Die bürgerliche Tageszeitung Jyllands-Posten schrieb im Frühjahr 1998 von einer "ungewöhnlich konstanten Steigerung der Gewinne", zwischen 15 und 20% in den letzten sechs Jahren. Die Rendite aus Eigenkapital lag in dieser Zeit stets höher als die Leitzinsen. Die Aktiendividenden sind 1997 und 1998 jährlich um 43% gestiegen. Jyllands-Posten erklärte dies mit Rationalisierungen, Betriebsschließungen und einer geringen Steigerung der Löhne. In der Tat waren die Nominallöhne in den genannten sechs Jahren langsamer gestiegen als in der Bundesrepublik, England, Frankreich oder Holland. Der Anteil der Löhne am Volkseinkommen war von 70 auf etwa 60% gefallen. (vgl ak 415, 6/1998).

Doch trotz veränderter Kräfteverhältnisse sind die Klassenauseinandersetzung auch in Dänemark nicht stillgelegt. 1998 begann ein Ausehen erregender Massenstreik. Auch die Jahre zuvor waren nicht frei von heftigen Arbeitskämpfen wie etwa die monatelange Blockade der Busgesellschaft RiBus in Esbjerg im Jahre 1995. Dennoch war der Konflikt 1998 etwas neues: Zum erstenmal beteiligten sich massenhaft Arbeiter/innen an den Auseinandersetzungen, die den Streik des Jahres 1985 nicht aktiv mitgemacht haben. Und zum

erstenmal nach 1985 wurde eine Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit zum Mittelpunkt eines Großkonfliktes. Die Regierung wußte sich nur mit einem Verbot des Streiks zu helfen, nachdem in der letzten Aprilwoche 1998 die private Industrie fast völlig lahmgelegt war. Der gleichzeitig erlassene Tarifvertrag beinhaltete eine Verlängerung des Jahresurlaubs um drei Tage (auf 5,5 Wochen) und moderate Lohnerhöhungen von drei bis vier Prozent.

Im April 1999 wurden die Regelungen ohne großen Widerstand für den öffentlichen Dienst übernommen. Ausnahmen waren die Beschäftigten in den Krankenhäusern und ein Teil der LehrerInnen. In den Krankenhäusern kam es im Mai sogar zum Streik, den die Regierung schon nach wenigen Tagen abbrach, ohne auch nur einen Hauch auf die Forderungen der Kolleginnen und Kollegen einzugehen. In einigen Krankenhäusern wurde darauf hin wochenlang punktuell und illegal gestreikt.

Die Arbeitskämpfe in diesem wie auch im letzten Jahr zeigen, daß die Regierung nicht in der Lage ist, Kämpfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen grundsätzlich zu verhindern. Das Problem, das die Schlüter-Regierung in den 80er Jahren hatte, existiert nach wie vor. Solange die Löhne nicht diktiert werden und damit der Rest der Tarifautonomie aufgelöst wird, ist eine Grundlage der aktuellen aktiven Arbeitsmarktpolitik in Frage gestellt.

Das Empire schlägt zurück

Nach dem knappen Wahlsieg im April 1998 legte die sozial-liberale Minderheitsregierung im Oktober 1998 die dritte Stufe der Arbeitsmarktreform vor ("Arbeitsmarktreform III"). Der Bezug auf die Streiks des Jahres 1998 war dabei ganz deutlich. Ove Hygum, sozialdemokratischer Arbeitsminister wies sorgenvoll auf die erreichte "Vollbeschäftigung" hin. Nach einer Statistik aus seiner Behörde war die Erwerbslosigkeit in den letzten vier Jahren halbiert worden. Neben dem Verbot "unmäßiger Streiks" sollte die Arbeitsmarktpolitik daher vor allem "unverantwortliche Lohnsteigerungen" verhindern. Sozialministerin Marianne Jelved ergänzte: "Die Löhne steigen und damit steigt die Inflation. Das muß gebremst werden, indem das Angebot an Arbeitskräften erhöht wird. Das genau will die Arbeitsmarktreform, und deshalb wird die Aktivlinie weiter vertieft."

Seit Oktober letzten Jahres werden alle jugendlichen ArbeitslosengeldbezieherInnen unter 25 Jahre zur Teilnahme an Aktivierungsmaßnahmen verpflichtet. Schon nach einem Jahr müssen alle Erwerbslosen eine der verschiedenen Maßnahmen annehmen. Dies gilt auch für Personen über 50 Jahre, die bisher ausgenommen waren. Nach zwei Jahren müssen Erwerbslose mindestens 75% der verbleibenden Zeit des Arbeitslosengeldbezuges an Aktivierungsmaßnahmen teilnehmen. Zwischen den einzelnen Maßnahmen dürfen nicht mehr als vier Wochen vergehen. Gleichzeitig wurde die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes von fünf auf vier Jahre verkürzt und damit in den letzten vier Jahren fast halbiert. Die Bezugsdauer kann nicht mehr aufgrund von Krankheit verlängert werden. Und schließlich müssen Erwerbslose bereits nach drei Monaten, nicht wie bisher nach einem halben Jahr, einen Job annehmen, der unter ihrem Ausbildungsniveau liegt. (1)

Im Bereich der Sozialhilfe waren die Regelungen bereits Anfang 1998 verschärft worden. Dort setzt die Pflichtaktivierung für alle unter 30 Jahren nun bereits nach spätestens 13 Wochen ein. Die Regelung führt dazu, daß viele Kommunen mittlerweile zur "Sofortaktivierung" übergegangen sind: Ein Anrecht auf Sozialhilfe unabhängig von einer Arbeitsleistung gibt es praktisch nicht mehr. Für einen Teil der Jugendlichen wurde die Sozialhilfe stark gekürzt (von ca. 7.000 auf ca. 4.500 Kronen, also von 1.900 auf 1.200 DM). Dies gilt auch für Flüchtlinge: Ähnlich wie in der BRD wurde die Sozialhilfe per Sondergesetz abgeschafft und durch ein Art Taschengeld ersetzt. Mit ca. 3.500 Kronen liegt dies deutlich unter allen anderen sozialen Einkommen.

Die Regierung hat also nicht nur den Druck auf die Erwerbslosen insgesamt verschärft, sondern auch die Hierarchisierung innerhalb der verschiedenen Gruppen von Erwerbslosen verstärkt: durch die Einordnung in "Aktivierungsprojekte", die hinsichtlich der Qualität der angebotenen Ausbildung/Arbeit sehr unterschiedlich sind (vgl. ak 430); durch die materielle Benachteiligung von Sozialhilfeempfänger/innen und die nochmalige Schlechterstellung von Flüchtlingen. Während die Gesetze die Einteilung in Gruppen mit höchst unterschiedlichen materiellen Rechten vornehmen, teilen die SachberarbeiterInnen der Arbeitsvermittlung und des Sozialamtes in "schwache" und "starke" Erwerbslose ein.

Zweifelhafte Erfolgsmeldungen

Heute sind über 70.000 Menschen in Aktivierungsprogramme verpflichtet worden, das entspricht ca. 3% der Beschäftigten. Die Jobs, die von der "Landesorganisation der Erwerbslosen" (LO) als "Sklavenarbeit" bezeichnet werden, umfassen ca. 1/3 des gesamten Programmes. Die Maßnahmen finden fast ausschließlich bei kommunalen oder anderen öffentlichen Trägern statt. Der Druck auf die Löhne und Arbeitsbedingungen wird praktisch vor allem durch Auslagerung von Teilen der Produktion der privaten Industrie in kommunale Aktivierungsprojekte ausgeübt. Die Bedeutung der "Aktivlinie" als Niedriglohnsektor liegt vor allem darin, daß die Arbeitsvermittlung damit drohen kann, die Erwerbslosen in das Drittel einzuordnen, in denen die stumpfsinnigsten Jobs geboten werden.

Eine Untersuchung des Sozialforschungsinstitutes in Kopenhagen (SFI), die sich auf den Zeitraum 1994 bis 1999 bezieht, hat gezeigt, daß etwa ein Viertel der "Aktivierten" ein Jahr nach der Maßnahme einen Job auf dem ersten Arbeitsmarkt hatte. Es ist schwer zu sagen, ob diese Ziffer auch ohne die Maßnahme erreicht worden wäre. Auf jeden Fall ist das noch 1994 im Mittelpunkt stehende Ziel der Regierung, alle Erwerbslosen langfristig in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln, nicht erreicht worden. Wenn überhaupt, verhilft die "Aktivierung" vor allem den "starken" Erwerbslosen zu einem Job, aber auch dieser Effekt ist laut SFI "außerordentlich begrenzt".

Die "Gewerkschaft der Akademiker" (AC) stellte im Frühjahr 1999 fest, daß insgesamt mehr Menschen von Langzeiterwerbslosigkeit betroffen seien als zu Beginn der "Aktivlinie" 1994. Diese erschienen nur deshalb nicht in der Statistik, weil das Zwangselement des neuen Systems dazu führt, daß ein Teil der Erwerbslosen keine Sozialleistungen mehr erhält. Eine weitere SFI-Studie belegt, daß ein Viertel der Sozialhilfeempfänger unter 25 Jahren "das System verlassen habe". Dies ist ein bürokratischer Ausdruck dafür, daß ein großer Teil dieses Viertels schlicht und einfach keine legale Lebensgrundlage mehr hat.

Auch in den 90er Jahren richtete sich ein wesentlicher Teil der staatlichen Arbeitsmarktpolitik gegen das traditionell hohe Niveau der Lohnersatzleistungen, das ursprünglich als Kompensation für den nicht vorhandenen Kündigungsschutz gedacht war. Die "Aktivlinie" bedeutet für Dänemark daher einen grundlegenden Bruch mit dem bisher gültigen Klassenkompromiß. Der Staat garantiert die erwerbslose Existenz nicht mehr, das Recht der Unternehmer jedoch, nach Belieben zu heuern und zu feuern, wird nicht angetastet.

Ein zweiter grundlegender Bruch besteht darin, daß die "Aktivlinie" den universalistischen Anspruch der Sozialpolitik aufgibt. Strategie der Sozialdemokratie etwa seit den 20er Jahren war es, möglichst viele Sozialleistungen unabhängig vom Einkommen zu gewähren und gleichzeitig die Menschen von dem Zwang zu befreien, ihre Arbeitskraft jederzeit auf dem Markt anbieten zu müssen. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde ein für alle gleichermaßen zugängliches Gesundheitswesen eingerichtet. Auch die gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen, die im Gegensatz zu Pensionen und Gesundheitswesen auf dem Versicherungsprinzip basieren, sind de facto zu einem großen Teil durch staatliche Zuschüsse finanziert. Seit 1994 hat die regierende Sozialdemokratie mit hoher Geschwindigkeit die alten ideologischen Eckpfeiler über Bord geworfen.

Disfunktionale "Totalaktivierung"

Im Zusammenhang mit der Debatte um den Staatshaushalt, der im Oktober 1999 beschlossen wird und ein zentrales Ereignis in der dänischen Politik ist, wird fast nur noch über die "Aktivlinie" debattiert. In einem scheinen sich alle Beteiligten einig zu sein: Die Aktivierung ist ineffektiv und muß "verbessert" werden. Die Gelder seien so verteilt, daß Erwerbslosen, die noch nicht in der "Aktivperiode" sind, kaum geholfen werde. Zum anderen sei durch die "Totalaktivierung" (O-Ton) der Druck auf die Arbeitsvermittlung so gestiegen, daß die Maßnahmen immer weniger "sinnvoll" seien. Dies führe dazu, daß die Kosten für das Programm in ungekannte Höhen stiegen. Ein Teil der Aktivierung sei schlicht und einfach Geldverschwendung. Die Reformvorschläge sind höchst unterschiedlich. In der Tendenz laufen sie allerdings alle darauf hinaus, die Form des Zwangs auf die Erwerbslosen zu ändern.

Bereits im Frühsommer distanzierte sich die Gewerkschaftszentrale von der "schlechten Aktivierung" (im Gegensatz zu "guten"). Finanzminister Lykketoft kündigte für die Regierung darauf hin "weniger Peitsche und mehr Zuckerbrot" an. In den Haushaltsverhandlungen konstatierten die Sozialistische Volkspartei (SF) und die Christliche Volkspartei (CD), daß die Aktivierung teurer als öffentliche Beschäftigung in der ambulanten

Altenpflege sei. Damit brachten die beiden kleinen Parteien tarifliche und gewerkschaftlich organisierte Jobs als Alternative zur Aktivierung ins Gespräch.

Eine weitere Kritik an der "Aktivlinie" wird von der größten bürgerlichen Oppositionspartei (Venstre) und von "Experten" aus dem Arbeitgeberverband formuliert. Die Aktivierung sei eine "Verstaatlichung" und "Bürokratisierung". Sie solle künftig vor allem in den privaten Unternehmen stattfinden. Dazu soll der Staat entsprechende Zuschüsse gewähren. Das Programm soll dazu dienen, daß der Druck auf die Löhne in den Sektoren steigt, wo die Verhandlungsposition der Beschäftigten derzeit relativ stark ist. Wie das Ziel erreicht werden soll, ist allerdings unklar. Bisher scheiterten alle Versuche in diese Richtung daran, daß die Unternehmer mit billigen, aber zwangsverpflichteten Arbeitskräften nichts anfangen konnten.

Der Mehrheit der bürgerlichen Opposition ist eine weitere Kürzung der Bezugsdauer und der Höhe des Arbeitslosengeldes wichtiger. Dies sei ein viel geeigneteres Mittel, die Erwerbslosen in Arbeit zu zwingen. Die Regierung lehnt solche Vorhaben im Moment ab, möglicherweise eine Reaktion auf die Proteste gegen die Abschaffung des staatlich garantierten Vorruhestands im letzten Jahr. Die Kürzung bei der Arbeitslosenunterstützung betrifft viel eher ihre eigentliche Wähler/innen/basis, und die Sozialdemokratie hat die historisch niedrigen Wahlergebnisse nach der Privatisierung der Vorruhestandsregelung sicherlich nicht vergessen.

Die Regierung Rasmussen ist in einer schwierigen Position. Die durchaus konträren Vorschläge, die zur Reform der Aktivlinie gemacht werden, werden von ihr mehr oder weniger alle begrüßt. Gleichzeitig streuen die zuständigen Minister Asche auf ihr Haupt. Sozialministerin Jelved gesteht: "Unsere Sozialpolitik ist gescheitert". Sie weist zurecht darauf hin, daß 1999 noch genauso viele "Marginalisierte" in Dänemark leben wie 1994. Die Erwerbslosen seien zu "abhängig" vom Staat. Jelved spricht von einer "Versorgerkultur", die durch mehr Privatinitiative ersetzt werden solle. Im Gespräch ist, die kommunalen Unternehmen, die die Maßnahmen im Rahmen der Aktivierung durchführen, an Private zu verkaufen.

Damit ist bisherige Form der Repression gegen die Erwerbslosen auch systemimmanent in Frage gestellt. "Totalaktivierung" sei eine Utopie (!). Bestimmte Gruppen, Alte, Drogenabhängige, Kranke, könnten nicht mehr in den Arbeitsmarkt integriert werden. Der Vorsitzende der Vereinigung der Kommunen, der sozialdemokratische Bürgermeister von Odense, Anker Boye, spricht von einer "Generation aus den 80ern, die für den Arbeitsmarkt verloren ist".

Die Zukunft der "Aktivlinie" ist unklar. Vielleicht spielen hier nicht die links-liberalen Oppositionsparteien das Zünglein an der Waage. Der Vorschlag der SF und der CD zur Schaffung von 20.000 tarifierten Arbeitsplätzen ist zwar sicher sinnvoll, jedoch fehlt, auch der Linken, zur Zeit sowohl eine gründliche Kritik der Aktivierung als auch eine grundlegende politische Alternative. Gleichzeitig verschiebt sich das politische Spektrum insgesamt nach rechts. Die rechtsradikale "Dänische Volkspartei" (DVP) ist mittlerweile die zweitstärkste bürgerliche Oppositionspartei. In der Logik der Argumentation von der "verlorenen Generation" und dem Erstarken der DVP liegt eher, daß die Repression gegen einen bestimmten Teil der Erwerbslosen noch verstärkt werden muß. Das vorläufige regierungsamtliche Ergebnis der "Aktivlinie", daß bestimmte Gruppen nunmehr endgültig als "nicht integrierbar" definiert, läßt nichts Gutes ahnen.

Von der Fürsorge zur Freiheitsberaubung

Seit der Einführung der "Aktivlinie" 1994 ist nicht nur die Zahl der zwangsweise verpflichteten Erwerbslosen erheblich gestiegen. Die Argumentation, mit der die Regierung das Programm begründet, hat sich ebenfalls verändert. Einerseits wird immer behauptet, Erwerbslosigkeit zerstöre den Menschen. Andererseits werden die "mangelnden Fähigkeiten" der Erwerbslosen zum eigentlichen Problem erklärt. Vor allem dieser Aspekt hat mit dem Ausbau des Zwangscharakters der Arbeitsmaßnahmen ein stärkeres Gewicht bekommen, während das "fürsorgerische" Argument an Bedeutung verloren hat. Wenn "die Arbeitslosen" nicht mehr in der Lage sind, den Anforderungen des ersten Arbeitsmarktes zu genügen, dann muß der Staat eben dafür sorgen, daß sie bereit sind, sich einem "Training" zu unterwerfen.

Die "Aktivlinie" gibt vor, für die unterschiedlichen Erwerbslosen maßgeschneiderte Programme zu bieten. Jedem einzelnen soll die Integration in den kapitalistischen Verwertungsprozeß ermöglicht werden. Dieser Verwertungsprozeß ist jedoch systematisch so angelegt, daß er ein Potential an Menschen benötigt, die in Zeiten der Hochkonjunktur Lohnarbeiter/innen sein können und in Zeiten der Rezession in die industrielle

Reservearmee abgeschoben werden. Er ist ebenfalls so angelegt, daß er von Zeit zu Zeit einen Teil der potentiellen Lohnarbeiter/innen ganz ausschließt.

Die konkreten Ergebnisse des Aktivierungsprojektes zeigen, daß diese Systematik in keiner Weise durchbrochen worden ist. Seit 1994 ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen gestiegen, obwohl die Zahl der Erwerbslosen insgesamt abgenommen hat. Während die industrielle Reservearmee also teilweise in den Produktionsprozeß übergegangen ist, hat der "Pauperismus" zugenommen. Das Versprechen, marginalisierte Menschen in den kapitalistischen Verwertungsprozeß zu integrieren, ist auch durch kommunale Beschäftigung auf Dauer offenbar nicht einzulösen.

Trotz aller Beteuerungen berücksichtigt die neue Politik die unterschiedlichen Voraussetzungen der Menschen, ihre tatsächlichen Qualitäten, ihre Unterschiedlichkeit, nicht. Sie reduziert sie vielmehr auf eine einzige Qualität, nämlich die Lohnarbeit. Lohnarbeit, der kapitalistisch organisierte Markt, soll als Maßstab aller Einkommen gelten. Für eine Schicht von völlig verarmten Menschen bleibt endlich nur noch die Verteilung von Almosen, oder schlimmer noch die Definition der mangelnden Erwerbsmöglichkeiten als "Krankheit".

Die "Aktivlinie" ist das Gegenteil einer solidarischen Politik. Sie verschärft ideologisch wie praktisch die Zersplitterung der ArbeiterInnenklasse. Sie ist ein Teil des Klassenkampfes. Nicht nur Blair und Schröder, auch Rasmussen formuliert sie im Zusammenhang mit der Zurückdrängung von Positionen, die sich die ArbeiterInnenbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg, aber auch ganz konkret in den aktuellen Streikbewegungen, erkämpft hat.

Und der Widerstand? Nach der Aktion der Landesorganisation der Erwerbslosen gegen einige Aktivierungszentren im Mai (vgl. ak 430) hat die Gewerkschaftsführung zum ersten Mal seit vielen Jahren Kritik an der Arbeitsmarktpolitik der Regierung geübt. Wenn dabei allerdings das Problem der gewerkschaftlichen Organisierung der "Aktivierten" nicht auf den Tisch kommt und keine gemeinsamen Forderungen entwickelt werden, wird die einzige Folge der gewerkschaftlichen Kritik sein, daß die Arbeit der "Aktivierten" in Bereiche verlegt wird, in denen die jeweiligen Einzelgewerkschaften nicht verankert sind. Ein Schlüssel für die Möglichkeit einer gemeinsamen Politik der linken Opposition gegen die Zwangsaktivierung kann nicht alleine die Forderung nach einer Verbesserung der materiellen Bedingungen der "Aktivierten" sein. Es muß auch die Rechtlosigkeit (und nicht nur die Sinnlosigkeit) in einem großen Teil der Projekte kritisiert werden. Die Forderung nach einer anderen Arbeitsmarktpolitik ist kurzfristig eine Forderung nach mehr sozialen und demokratischen Freiheiten- nicht nur in Dänemark.

K. Blomkvist, Kopenhagen

Anmerkung:

1) Die schwedische Regierung hat in diesem Herbst erstmals ein Gesetz vorgelegt, daß in gleicher Weise mit "Aktivierung" arbeitet, wie es in Dänemark üblich ist. Die "Aktivlinie" ist zwar von Land zu Land sehr unterschiedlich ausgeformt. Es gibt jedoch eine internationale Tendenz zu verstärkter Repression gegen Erwerbslose. Die dänische "Aktivlinie" gewinnt Vorbildcharakter.

29. Mit und ohne Zukunft. Beiträge über die Arbeit - eine Buchrezension

Autor: dk · Rubrik: Sozialpolitik; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:46

Im letzten Jahr ist bei dem kleinen, eher auf entwicklungspolitische Probleme spezialisierten IKO-Verlag ein Sammelband mit dem provozierenden Titel "Zukunft ohne Arbeit?" erschienen. "Beiträge zur Krise der Arbeitsgesellschaft" lautet der Untertitel des Buches, das im Rahmen einer Veranstaltungsreihe an der Uni Trier konzipiert worden ist und im wesentlichen Beiträge aus dieser Reihe enthält.

Mit dem Slogan "Krise der Arbeitsgesellschaft" ist bereits ein zentraler Ansatz des Buches benannt, nämlich die Bezugnahme auf Hannah Ahrendt und ihre Gegenüberstellung von (emanzipatorischen) "Tätigkeiten" und (entfremdeter) "Arbeit". Viele der in dem Buch vertretenen Artikel kreisen um diese beiden Pole, um die Kritik einer "auf Arbeit" gegründeten Gesellschaft und um die Suche nach der konkreten Utopie einer "Tätigkeitsgesellschaft". So etwa die Beiträge von Ingrid Kurz-Scherf ("Ende der Arbeitsgesellschaft?"), Veronika Ziegelmayer ("Patriarchale Arbeit ohne Zukunft?") oder Thomas Geisen ("Politisches Handeln in der Jobholder-Society").

Feministische Arbeitskritik

Einen zweiten thematischen Bezugsrahmen des Buches bildet die feministische Kritik am herrschenden patriarchalen Arbeitsbegriff, die Kritik an der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung und die Dominanz kapitalistischer Erwerbsarbeit gegenüber der tendentiell unsichtbaren, nicht- und unterbewerteten Reproduktionsarbeit (Kurz-Scherf, Ziegelmayer, Katrin Kraus/Barbara Stigler, "Frauen in Arbeit", Katrin Kraus, "Verschiebebahnhof Haushalt"). Besonders erwähnenswert ist der Beitrag von Katrin Kraus, die die Hausarbeit in Mittelschichtshaushalten analysiert, in denen berufstätige Frauen die Reproduktionsarbeit durch bezahlte Lohnarbeiterinnen, häufig Migrantinnen, erledigen lassen. Ihr Thema sind dabei die widersprüchlichen Ebenen von Dominanz und Unterwerfung, die aus der Verbindung von Geschlechterhierarchien, Lohnarbeitsverhältnis und Rassismus entstehen.

Weitere Beiträge stammen von Marcel van der Linden zur Kritik der Warenlogik bei Moishe Postone und der "krisis"-Gruppe, von Jeroen Doomernik und Rinus Penninx zur internationalen Arbeitsmigration, von Jürgen Hoffmann zu gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten im globalisierten Kapitalismus oder von Ernest Jouhy zu Psyche als Produktivkraft. Jeder einzelne der in diesem Buch versammelten Beiträge wäre eine eingehende Auseinandersetzung wert.

Sammelbände, Tagungen, Konferenzen etc. mit Titel wie "Zukunft ohne Arbeit", "Arbeit ohne Zukunft", "Zukunft der Arbeit" oder "Arbeit der Zukunft" sind en vogue. Sie treffen eine Stimmung im linksliberalen, modernistischen Spektrum der Gesellschaft. Was diesen Sammelband zweifellos heraushebt, ist der feministischen Blickwinkel vieler Beiträge. Im großen und ganzen bringen sie aber in Bezug auf eine feministische Arbeitskritik nicht viel neues. Die Erwerbsarbeitszentriertheit auf allen gesellschaftlichen Ebenen sollte inzwischen genauso ein linker Gemeinplatz sein wie das Verschwinden der Reproduktionsarbeit aus der gesellschaftlichen Wahrnehmung oder die Tatsache, daß gesellschaftlich anerkannte Erwerbsarbeit und ignorierte Haus- und Reproduktionsarbeit geschlechtshierarchisch und patriarchal aufgeteilt sind. Es ist sicher richtig, das immer wieder zu betonen, aber seit den Pionierarbeiten des sog. "Bielefelder Ansatzes" um Claudia Werlhof und Veronika Bennholdt-Thomsen scheint die feministische Arbeitskritik zu stagnieren.

Wo in den 70er Jahren die feministische Debatte um (unbezahlte) Reproduktionsarbeit als eine fundamentale Kritik an einem patriarchalen Produktionsverhältnis geführt wurde, hat sich die Diskussion inzwischen offenbar verschoben bzw. verengt auf eine bloße "Erweiterung des herrschenden Arbeitsbegriffs". Weder Erwerbsarbeit noch Reproduktionsarbeit werden dabei als "Arbeit" kritisiert. Ihr konkreter Inhalt, Arbeitsbedingungen etc. stehen nicht zur Diskussion. Dem feministischen Arbeitsbegriff, wie er in diesem Buch in der Regel präsentiert wird, geht es (nur) darum, daß Reproduktionsarbeit als gesellschaftlich notwendige Arbeit anerkannt wird.

Um nicht mißverstanden zu werden: Das wäre nicht wenig. Und nichts ersetzt die permanente Kritik an der geschlechtsspezifischen Zuschreibung von Haus- und Reproduktionsarbeit oder macht sie überflüssig.

Dennoch: Als (emanzipatorische) Kritik an der Arbeit springt die Forderung nach einer Erweiterung des Arbeitsbegriffes sehr kurz. Am deutlichsten bei Ingrid Kurz-Scherf. Ihre Verknüpfung von Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung der Reproduktionsarbeit reduziert die Kritik an der Arbeit auf eine reine Verteilungsfrage. Doch mit der Frage nach der geschlechtsspezifischen Ver- bzw. Aufteilung der Arbeit müßte auch ihr Inhalt grundsätzlich in Frage gestellt werden: Was ist alles gesamtgesellschaftlich notwendige Arbeit? Wie soll sie organisiert werden? Wer soll sie unter welchen Bedingungen leisten? Wie sollen Kinder großgezogen und versorgt werden? Wie sieht es mit Familien, Ehen, Paarbeziehungen als gesellschaftlich-private Orte der individuellen Reproduktion aus? Gab es da nicht mal eine Kritik am "privaten Haushalt"?

Wie wär's mit Marx?

Obwohl in dem Buch viel von der Kritik an der "Arbeitsgesellschaft" die Rede ist, sind die Beiträge eher unspektakulär, manchmal auch langatmig. Es mag sein, daß sie sich "außerhalb ausgetrampelter Diskurspfade" bewegen, wie Bernd Hüttner schreibt (alaska, Nr. 227), aber "erfreulich radikale Ansichten" werden kaum präsentiert. Im Gegenteil, die Kritik der Arbeit bleibt eigentümlich zahnlos. Auch auf die Gefahr hin, traditionell und dogmatisch zu erscheinen: Was den Beiträgen in diesem Buch fehlt, ist ein kräftiger Schuß (libertärer) Marxismus.

Wo von "der Moderne", von der "Industriegesellschaft" oder auch von der "Arbeitsgesellschaft" gesprochen wird, kommt Arbeit als Ausbeutung und als Ausdrucksform eines Herrschaftsverhältnisses nicht mehr vor. Die Betrachtung von Arbeit bleibt in diesem Buch meist sehr oberflächlich. Es reicht nicht, "kapitalistische Arbeit" lediglich als bezahlte Arbeit zu betrachten. Nach Form und Inhalt ist kapitalistische Arbeit Unterdrückung, Herrschaft und Ausbeutung. Das gilt für bezahlte Arbeit wie für unbezahlte, für "normale" Erwerbsarbeit wie für Reproduktionsarbeit. Eine Kritik der Arbeit, die dies ausspart, ist nicht sonderlich radikal.

Als Erwerbs- bzw. Lohnarbeit ist kapitalistische Arbeit an keiner Stelle des Buches Gegenstand der Kritik. Selbst dort nicht, wo es sich eigentlich aufdrängt, etwa beim Einzug von Lohnarbeitsverhältnissen in die Ökonomie des Haushalts. Frauen werden in den Beiträgen grundsätzlich als unbezahlte Reproduktionsarbeiterinnen betrachtet, als Lohnarbeiterinnen kommen sie nicht vor. Das führt teilweise zu merkwürdigen Verbiegungen, etwa wenn der überwältigend hohe Frauenanteil in prekären und ungesicherten Jobs zwar wahrgenommen wird, diese Arbeitsverhältnisse aber aufgrund der geringen Löhne kurzer Hand zu unbezahlter Arbeit erklärt werden.

Erwerbsarbeit soll vor diesem Hintergrund zwar umverteilt werden, in Frage gestellt wird sie aber nicht. Daß auch die kapitalistische Lohnarbeit zumindest auch patriarchal strukturiert ist, daß gerade die neuen deregulierten Arbeitsverhältnisse - zumindest in der globalen Perspektive - eine "patriarchale Schlagseite" aufweisen oder daß sich etwa der alte Begriff von der "Hausfrauisierung" keineswegs nur auf die Hausarbeit bezog, das sind Erkenntnisse, auf die dieser Sammelband leider nicht eingeht.

dk

Thomas Geisen, Katrin Kraus, Veronika Ziegelmayer (Hrsg.): "Zukunft ohne Arbeit? Beiträge zur Krise der Arbeitsgesellschaft", IKO-Verlag, Frankfurt 1998, 290 S.

30. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus dem Untergrund der Lohnarbeit

Autor: labournet · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:40

Auch in dieser ak-Ausgabe (Seiten 26-28) gibt es wieder Nachrichten aus dem Alltag in Betrieben und Büros, Nachrichten von mehr oder weniger offener Widerständigkeit. Alle Meldungen kommen von LabourNetGermany: www.labournet.de

Alcatel-Kabelwerk in Berlin-Neukölln besetzt

Seit dem 13. September 1999, 6.00 Uhr halten die Beschäftigten von Alcatel Kabel in Berlin-Neukölln das Werk besetzt. Mit dieser unbefristeten Besetzung versuchen sie, die von der Pariser Konzernspitze beschlossene Schließung zu verhindern.

Der Telekommunikations-Konzern Alcatel will von seinen weltweit 120.000 Beschäftigten 12.000 entlassen, 800 davon in Deutschland und über 150 in Berlin. Seit 1995 hat der Konzern bereits insgesamt 30.000 Stellen abgebaut. Alcatel hatte das Neuköllner Werk aufgekauft und sich damit eines Konkurrenten entledigt. Jetzt soll es geschlossen werden, obwohl die Beschäftigten mit hochmoderner Kabelproduktion Gewinne erarbeiten. Die Produktion soll an andere Standorte ausgelagert werden.

Die Notwehrmaßnahme der Betriebsbesetzung ist vor dem Gesetz illegal, die Alcateler erhalten somit kein Streikgeld. Damit die Konzernspitze sie und ihre Familien nicht aushungern kann, muß eine große Spendenkampagne organisiert werden. Die Beschäftigten von Alcatel-Niederlassungen in Spanien, Argentinien, Weißrußland, Frankreich und USA/Detroit haben mit Solidaritätsadressen reagiert. Der Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall Berlin hat genauso zur Solidarität aufgerufen wie die Metallerinnen und Metaller der Ruhrkoordination.

Spendenkonto: Empfänger: Klose und Wosilowsky; Stichwort Alcatel Kabel, BLZ 100 700 24, Konto-Nr. 603 207 200

Kontakt zu den Vertrauensleuten bei Alcatel Kabel: VKL/BSH/Fabrik Berlin Hakan Doganay, h.doganay@vlberlin.comlink.de

Informationen und aktuelle Termine: Alcatel Kabelwerk, Sonnenallee 228, 12057 Berlin, Tel./Fax: 030-6843098

Besetztes CEGELEC-Werk in Nanterre geräumt

Das früher ebenfalls zu Alcatel gehörende Werk in Nanterre, Frankreich ist im letzten Jahr an die Alstrom-Gruppe verkauft worden. Die Beschäftigten bei CEGELEC-Nanterre haben die Betriebsbesetzung bei Alcatel in Berlin vehement unterstützt und ihr Werk ebenfalls besetzt. Am Dienstag, den 12. Oktober hat die Polizei das CEGELEC-Werk in Nanterre geräumt. Unterdessen laufen in mehreren französischen Städten Solidaritätsstreiks an. Wie auch in Berlin geht es jetzt darum, möglichst rasch wirksame internationale Solidarität zu organisieren.

Solidaritätsfaxe können geschickt werden an 00331-1-4721 3290 und 030/454 920 51

Kontakt: Hakan Doganay, h.doganay@vlberlin.comlink.de

McDonald's kündigt Gewerkschaftsaktivisten

Der Burger-Bräter McDonald's will sich offensichtlich an den Beschäftigten rächen, die im Sommer eine bundesweite Kampagne gegen die miserablen Arbeitsbedingungen und die niedrigen Löhne bei dieser Kette organisiert hatten. Nachdem Antonio Bareiro, Betriebsratsvorsitzender bei McDonald's in Wiesbaden, Mainzer Straße, sich geweigert hatte, sich für 250.000 DM auskaufen zu lassen, reagiert der Konzern mit einer fristlosen Kündigung. Das Verfahren wird dieser Tage vor dem Arbeitsgericht Wiesbaden eröffnet. Antonio Bareiro ist aktiver Funktionär der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG), Mitglied der NGG-Tarifkommission für die Systemgastronomie und hat an führender Stelle an der NGG-McDonald's-Aktionswoche mitgewirkt. Protestschreiben können geschrieben werden an: Regionalverwaltung McDonalds, Fax: 069-80071491

Solidaritätserklärungen bitte an: NGG-Verwaltungsstelle Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, 60329 Frankfurt/Main, Fax: 069-237883, Email: NGG-LB-HRS@t-online.de

Kein Ende der Streikwelle in Brasilien

Ende September, Anfang Oktober hat in Brasilien eine Kampagne der Metallgewerkschaften CNM-CUT und CNTM-Forca Sindical begonnen. In einer Reihe von eintägigen Aktionen wird die gesamte Automobilindustrie in Brasilien bestreikt. Die Kämpfe der brasilianischen AutomobilarbeiterInnen gehen somit weiter. (vgl. ak 430) Am 29. September haben 15.000 ArbeiterInnen bei FIAT in Betim, Bundesstaat Minas Gerais die Arbeit niedergelegt. Sie protestieren damit gegen die extrem niedrigen Löhne (50% unter dem Niveau anderer Niederlassungen) und fordern neue kollektive Regelungen. FIAT reagierte mit massiver Repression. Werkseigene Sicherheitskräfte und Militärpolizei gingen gegen die Streikenden vor, 27 Verletzte sind die vorläufige Bilanz. Beide Gewerkschaften bitten dringend um Protestschreiben sowohl an die Geschäftsführung von FIAT als auch an die Verwaltung des Bundesstaates Minas Gerais:

GRUPO FIAT, Direcao do Grupo FIAT, Fax: ++55.31.274.4075, Rua Guajajaras 40-20, CEP 30.180-910 - Belo Horizonte, Minas Gerais, Brazil

GOVERNO DO ESTADO DE MINAS GERAIS, Exmo. Sr. Governador - Itamar Franco, Fax: ++55.11.250.6296

Boykottiert Lufthansa!

So lautet die Forderung der Transport & General Workers Union. Am 20. November 1998 hatte die britische Lufthansa-Tochter Lufthansa Skychefs 270 Gewerkschaftsmitglieder nach einem offiziellen eintägigen Warnstreik entlassen. Bereits nach sechs Stunden waren fristlose Kündigungen ausgesprochen worden. Das galt auch für KollegInnen, die krank geschrieben oder in Urlaub waren. Obwohl die Konzernzentrale in Frankfurt eine Überprüfung der Maßnahmen zugesagt hatte, war Lufthansa Skychefs nach monatelanger Verzögerung lediglich bereit, die Neubewerbung der Gefeuerten auf sechs freie Stellen anzubieten.

Lufthansa Skychefs sorgt für die Verpflegung und das Catering in den Flügen der Lufthansa. Hintergrund der Auseinandersetzung waren gescheiterte Verhandlungen über die Flexibilisierung der Arbeitszeiten bei Lufthansa Skychefs. Die Geschäftsleitung hatte sich daraufhin geweigert, eine staatliche Vermittlung zu akzeptieren. Die T&GWU hat inzwischen zum Boykott von Lufthansa aufgerufen: "Fragt, wer für das Catering zuständig ist. und bucht gegebenenfalls auf eine andere Linie um." Obwohl die Beschäftigten bei Lufthansa Skychefs von der gesamten T&GWU unterstützt werden, sind sie auf Solidarität und Geldspenden angewiesen. Schecks können geschickt werden an T&G Hardship Fund, "Woodberry", 218 Green Lanes, London N4 2HB

Kontakt: T&GWU, Transport House, 16 Palace Street, Victoria, London SW1E5JD,

Tel.: +44(0)171 828; Fax: +44(0)171 630 5861 7788; email: tgwu@tgwu.org.uk

Fiesta-Produktion stottert

In der Ford-Niederlassung Dagenham, Großbritannien, laufen normalerweise täglich 1.200 Fiestas vom Band. Nicht so am 5. Oktober. Aus heiterem Himmel, das erste Mal seit 10 Jahren und ohne jedes Signal seitens der Gewerkschaften legte die gesamte Tagesschicht die Arbeit nieder. Der renommierte Guardian zitiert einen Basisaktivisten: "Die ganze Fabrik hat vom Management einfach die Schnauze voll".

Die Beschäftigten in Dagenham, einem der ärmeren Stadtteile Londons, galten als kooperativ und sehr "engagiert", ideal für New Labour. Doch just als Tony Blair auf dem Labour-Parteitag das "Ende des Klassenkampfes" verkündete, wurde es in Dagenham turbulent. Ein Vielzahl von Arbeitsniederlegungen zwischen wenigen Minuten und einigen Stunden, oftmals mehrere an einem Tag erschütterten das Werk. Spontane Betriebsversammlungen mit mehreren hundert TeilnehmerInnen wurden organisiert, Autos liefen halbfertig vom Band, Meister und Vorarbeiter wurden beschimpft.

Die Stimmung in der heilen Ford-Welt ist schlecht: tätliche Übergriffe von Meistern und Vorarbeitern, hitzige Auseinandersetzungen über Arbeitszeiten und Löhne, rassistische Spannungen und auf der anderen Seite eingeschlagene Windschutzscheiben, spontane Sitzstreiks und sogar "Mini-Riots" gegen die neue Fiesta-Produktion.

Nach Bill Morris, Generalsekretär der Transport&General Workers Union, ist der tägliche Rassismus ein bedeutender Faktor bei den dortigen Kämpfen. Immer wieder ist Ford in der Vergangenheit zu empfindlichen Geldstrafen wegen rassistischer Diskriminierung verurteilt worden. Und auch jetzt soll die Commission for Racial Equality gegen rassistische Übergriffe und Diskriminierungen ermitteln. Im Zentrum des Dagenham-Werkes steht die Montoren-Halle. 98% der Aufseher und Vorarbeiter dort sind weiß. Seit Jahren brodelt dort der Rassismus, in den 50er und 60er Jahren gegen Iren, seit den 80er Jahren gegen Schwarze und Asiaten. Der Guardian zitiert den Arbeiter Sukhjit Parma: "Das hat dort mit einer zivilisierten Gesellschaft nichts zu tun. Das sind dort Sraßengangster, wie man sie in Filmen sieht. Ford kann dich in seinen Hallen nicht schützen."

Gegen Kombilohn und Billigjobs!

Die Gewerkschaftliche Arbeitsloseninitiative Darmstadt (GALIDA) protestiert gegen die Bestrebungen der rot-grünen Koalition in Darmstadt, den Kombilohn für SozialhilfeempfängerInnen im Rahmen eines Modellprojektes der hessischen Landesregierung einzuführen. In einer Pressemitteilung heißt es:

"Beschäftigung von SozialhilfeempfängerInnen im Rahmen von Kombilohnmodellen führt nicht zu beruflicher Qualifizierung der Beschäftigten, da eine qualifizierte Berufsausbildung nicht gewährleistet ist. Sie führt nicht zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, die ArbeitnehmerInnen unabhängig von Sozialhilfe machen, da eine Weiterbeschäftigung zu existenzsichernden Löhnen in der Regel nicht erfolgt.

Vielmehr wird hier lediglich das Interesse der privaten wie öffentlichen Arbeitgeber/Unternehmer nach billigsten, flexibel verfügbaren Arbeitskräften befriedigt, die sich einen Teil ihres Lohnes selber bezahlen, denn der öffentliche Zuschuß der Stadt Darmstadt erfolgt aus Steuergeldern.

Da ArbeitnehmerInnen im Kombilohnmodell bei Ablehnung einer solchen Beschäftigung oder mangelndem Wohlverhalten gegenüber ihrem Arbeitgeber mit Kürzung bis hin zur Sperrung ihres Sozialhilfeanspruches rechnen müssen, erinnert das Kombilohnmodell an moderne Sklaverei oder Arbeitsdienst. Motto: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!

Das Kombilohnmodell übt auch auf im selben Job (regulär) Beschäftigte enormen sozialen Druck aus. Diese haben angesichts dieses Konkurrenzverhältnisses kaum noch Möglichkeiten, Lohnerhöhungen durchzusetzen oder auch nur die Einhaltung gesetzlicher Arbeitsschutzbestimmungen zu verlangen.

Wir lehnen Kombilohn und die beabsichtigte Einführung von Niedriglohnsektoren grundsätzlich ab, da sie die ArbeitnehmerInnen gegeneinander ausspielen wollen und langfristig generell zur weiteren Absenkung der Löhne und der sozialen Standards in dieser Gesellschaft führen. Wir verlangen qualifizierte Arbeitsplätze mit vernünftigen Löhnen und Arbeitsbedingungen!"

Gewerkschaftliche Arbeitsloseninitiative Darmstadt, Rheinstraße 50, 64283 Darmstadt; Ansprechpartner: Heiko Koch, Tel. 06158/ 85544

Fehler bei der Bandarbeit

Aus der Nr. 36 der Belegschaftszeitung Standorte von GM/Opel Bochum stammt folgende Meldung: "Im Juni schlug Opel zu: Ein Kollege aus der Fertigmontage hatte zum zweiten Mal das ‚Verbrechen` begangen, bei der Montage Sicherheitsgurt eine Schraube nicht ordnungsgemäß mit dem Drehmomentschlüssel anzuziehen. Fristlose Kündigung wegen wiederholtem Fehler bei einer Sicherheitsoperation!

Seit acht Jahren ist der Familienvater bei Opel. An etwa 150 Autos pro Schicht zieht er 300 Mal die Schrauben an und befestigt Verkleidungen. Streß ohne Ende am Band. Da braucht man nur mal von der Seite angequatscht werden, und schon kann es jedem mal passieren, daß man zwar die Schraube mit dem einfachen Schlüssel aufgesteckt, aber noch nicht mit dem Drehmomentschlüssel ‚abgeknackt` hat.

Eine technische Kontrolle dieser Sicherheitsoperation wäre für die betroffenen Kollegen ebenso sinnvoll wie für die späteren Autofahrer. Für Opel scheint die fristlose Entlassung billiger zu sein. Gleichzeitig sollen wir alle damit wohl einen Denkzettel verpaßt kriegen. ‚Ihr fliegt raus bei wiederholt fehlerhafter Arbeit!` Lassen wir uns derartige Kündigungen gefallen?"

Unwort des Jahres: KVP

"Kontinuierlicher Verbesserungsprozeß" heißt im Klartext: Statt die Arbeitsabläufe kontinuierlich zu "verbessern", wird die Leistung der KollegInnen "kontinuierlich verdichtet". Wie das bei Opel Bochum aussieht, wird in der Belegschaftszeitung Standorte beschrieben: "Bei den jetzigen KVPs geschieht das vor allem durch Eliminieren von Wegezeiten, die man als sogenannte ‚nicht wertschöpfende` Zeit identifiziert hat.

Bei der Umsetzung stößt dieses System natürlich oft genug an praktische Grenzen, und außer der Leistungsverdichtung entstehen weitere Nachteile für die Belegschaft. Statt zusammenhängende logische Arbeitsfolge - verschiedenste Teile und Füllelemente! Statt abwechselnde Körperhaltung - mehr oder längere Zwangshaltungen! Statt mehr Zusammenarbeit - mehr Zerstückelung und Vereinzelung! Statt mehr Rotation - Reduzierung der Rotationsmöglichkeiten! Statt mehr ergonomische Gestaltung - Reduzierung der Einsatzmöglichkeiten von Schwerbehinderten und Leistungsgewandelten!

Generell heißt es für alle KollegInnen Leistungsverdichtung. Denn Wegezeiten bedeuten immer auch die Möglichkeit mal aufzuschauen und durchzuatmen. Weiter heißt es: "Immer mehr Kollegen lehnen es daher ab, an den KVPs teilzunehmen. Sie sagen: Wir lassen uns nicht dazu benutzen, an der eigenen Leistungsverdichtung mitzuwirken. Hier fängt die Gegenwehr auch an !

Stell Dir vor, es gibt KVP und keine(r) geht hin! Mit so einer Grundhaltung wird auch gesagt: Uns reicht es! Wir sind bis zu den Ohren zu mit Maloche! (...) Im KVP wird gerade das menschliche Grundbedürfnis, sich Gedanken zu machen, wie Scheißmaloche möglichst schnell und einfach gestaltet werden kann, gnadenlos gegen uns verwendet. Das heißt, noch mehr Scheißmaloche in noch kürzerer Zeit. Den ganzen Reibach zieht sich GM/Opel rein. Eine gewerkschaftlich diskutierte Forderung war mal ‚die Hälfte der Produktivitätssteigerung für uns` (warum eigentlich nur die Hälfte?)."

Streiks bei Daewoo

Seit dem 19. Juli befinden sich in Vitoria, Baskenland, die ArbeiterInnen des koreanischen Auto- und Elektronikmultis Daewoo im Streik. Sie kämpfen gegen befristete Arbeitsverträge auf Tagelöhnerbasis und für höhere Löhne. Insgesamt sind in Spanien bereits ein Drittel aller Arbeitsverhältnisse befristet und ungesichert. Anfang Oktober kam es in Vitoria zu einer Demonstration mit 2.000 TeilnehmerInnen. Am 7. Oktober hat die Studentengewerkschaft zu einem Solidaritätsstreik im gesamten Baskenland aufgerufen. Im folgenden Auszüge aus einem Solidaritätsaufruf der Vertrauensleute und BasisaktivistInnen von Daewoo-Vitoria:

"Wir kämpfen für eine Verbesserung der Löhne, die z.Z. noch nicht einmal 100.000 Peseten (knapp 1.200 DM) betragen. Wir kämpfen für das Ende der Befristungen (45% der Arbeiter haben kurzfristige Verträge). Wir kämpfen für die Verbesserung der Gesundheits- und Sicherheitsbestimmungen (...)

Der Kampf geht nicht nur uns an. Daewoo ist das Flaggschiff für eine neue Art Unternehmen auf der Basis niedriger Löhne, auf der Basis von Zeit- und Leiharbeit, auf der Basis eines äußerst rigiden Disziplinierungssystems und auf der Basis der Ablehnung aller sozialer Rechte. Das alles ist bei einer wachsenden Anzahl von Unternehmen der Fall. Deswegen ist ein Sieg für uns bei der Frage der Löhne, der Arbeitsbedingungen und der Befristung auch ein Sieg für alle ArbeiterInnen in Spanien."

Solidaritätsfaxe und emails an:

pedro.abellan@clientes.euskaltel.es; fax: +(34) 945 231202

Spenden an CAJA VITAK CUENTA, NUMERO: 1097.0140.14.0008199119.

31. "Woher weiß ich, was ich will?" Die Abschaffung der Stempeluhr bei IBM

Autor: Klaus Peters · Rubrik: Sozialpolitik; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:05

Die neue Selbständigkeit macht vor den Fabriktoren und Großraumbüros nicht halt. Neue Managementtechniken ersetzen die alten Instrumente von Kontrolle und Kommando und verlegen sie in die Herzen und Hirne der lohnabhängig Beschäftigten. Die Zwänge und Widersprüchlichkeiten im Umgang mit der neuen Selbstbestimmung zwingen zu neuen Ansätzen betrieblicher Interessenvertretung. Mit dem folgenden Beitrag setzen wir die Auseinandersetzung aus ak 430 um Ideologie und Wirklichkeit der selbständigen Arbeit fort.

Am 16. Dezember 1998 meldete die Stuttgarter Zeitung, daß bei IBM die Stempeluhren abgeschafft werden. Die Geschäftsführung hat sich in den laufenden Tarifverhandlungen mit ihrer Forderung durchgesetzt, daß die Arbeitszeit der Beschäftigten nicht mehr erfaßt werden soll.

Diese Forderung ist auf den ersten Blick durchaus ungewöhnlich. Schließlich bezahlt der Unternehmer den Beschäftigten Lohn für ein bestimmtes Quantum Arbeitszeit. Und daraus folgt ganz natürlich, daß er ein Interesse daran hat zu überprüfen, ob er auch bekommt, was er bezahlt hat. Die gesamte bisherige Unternehmensorganisation beruht darauf, daß der Wille der Arbeitnehmer einem fremden Willen untergeordnet wird, dem Willen der Unternehmer und Chefs. Ein Kommando, das auf einer solchen Unterordnung beruht, erfordert aber auch Kontroll- und Überwachungsinstrumente. Die Arbeitszeit ist in einem solchen System die Zeit der Unterordnung unter einen fremden Willen. Sie wird daher auch nicht aus eigenem Willen eingehalten. Also braucht der Unternehmer ein Kontroll- und Überwachungsmittel: die Stempeluhr. Sie markiert die Grenze zwischen Arbeitszeit und Freizeit, zwischen Tun-was-jemand-anders-will und Tun-was-man-selber-will. Sie ist insofern ein unverzichtbares Organ des Kommandosystems und erfüllt für ein Unternehmen ungefähr dieselbe Funktion, die ein Zaun für eine Weide erfüllt oder eine Mauer für einen Knast.

Wer kontrolliert wen?

Nun ist das aber keineswegs schon die ganze Wahrheit über die Stempeluhr. Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften haben ihr eine Art zweites Gesicht verpaßt. Auf dem Fundament gewerkschaftlicher Gegenmacht und erkämpfter gesetzlicher Bestimmungen wurde das Überwachungsinstrument des Arbeitgebers gleichzeitig zu einem Überwachungsinstrument des Arbeitnehmers: Wenn die vereinbarte Arbeitszeit abgelaufen ist, erlischt das Weisungsrecht des Arbeitgebers - und zwar ohne Rücksicht auf irgendwelche sachlichen Probleme, die sich am Arbeitsplatz noch stellen. Mit Hilfe der Stempeluhr kann der Arbeitnehmer kontrollieren, ob der Arbeitgeber die Zeit seiner Befehlsgewalt überzieht und sich unbezahlte Arbeit aneignet.

Wenn der Arbeitgeber die Arbeitszeit über das vereinbarte Maß hinaus ausdehnen will, muß er dafür nicht nur mehr zahlen als sonst, sondern er muß auch bei den Arbeitnehmern anfragen, ob er das darf. Überstunden müssen vom Betriebsrat genehmigt werden. Die Kommandierten schützen sich also mit Hilfe der Kontrollinstrumente des Kommandosystems gegen Übergriffe ihrer Kommandeure. Darum gibt es so etwas wie eine politische Ambivalenz der Stempeluhr. Darin liegt auch ein erstes Motiv für den Arbeitgeber, die Stempeluhr abzuschaffen: Er beseitigt damit ein bedeutendes Instrument in der Hand der Betriebsräte, ein Element der politischen Mitbestimmung der Arbeitnehmer, ein Mittel zur Verhinderung unbezahlter Arbeitszeit und gesundheitsschädigender Überarbeitung.

Allerdings: Der Arbeitgeber kann dem Betriebsrat dieses Mittel der Gegenwehr nicht aus der Hand schlagen kann, ohne damit zugleich auf sein eigenes, zentrales Überwachungsinstrument zu verzichten. Warum, um alles in der Welt, kann er sich also diesen Verzicht leisten?

Die Arbeitgeber haben neuerdings das Wort "Vertrauen" auf ihre Fahnen geschrieben. Auch in den jüngsten Erklärungen der IBM zum Verzicht auf die Zeiterfassung taucht es auf. Kontrolle solle jetzt durch Vertrauen ersetzt werden! Aber die Unternehmer vertrauen nicht der Belegschaft, sondern ihren neuen

Managementtechniken. Diese sind es nämlich, die dafür sorgen, daß sich der Verzicht auf Kontrollinstrumente wie die Stempeluhr für die Unternehmen rechnet.

Das Organisationsprinzip, in dem die Zeiterfassung für die Arbeitgeber tatsächlich völlig unverzichtbar war, wird ersetzt durch ein völlig neues Prinzip. Das neue System will den eigenen Willen des einzelnen Arbeitnehmers nicht mehr unter den Willen eines anderen (Vorgesetzten, Chefs usw.) unterordnen, sondern es will ihn nutzen. Es will ihn nicht mehr unterdrücken, sondern es will ihn für die Steigerung der Produktivität instrumentalisieren. Der Arbeitnehmer der Zukunft soll die Arbeitszeit nicht mehr auf Anordnung eines Chefs überschreiten, sondern von sich aus! Und dieses Phänomen greift in den Unternehmen mehr und mehr um sich. Es drückt sich unter anderem darin aus, daß Arbeitnehmer die Stempeluhr betrügen - zu Gunsten der Arbeitgeber! Nach Ablauf der Arbeitszeit stempeln sie ihre Karte ab und gehen an ihren Arbeitsplatz zurück.

Mit Vertrauen statt Kontrolle hat das offenkundig nichts zu tun. Die neuen Managementtechniken erreichen diesen Effekt vielmehr dadurch, daß sie an die Stelle der Unterordnung des einen Willens unter einen anderen die indirekte Steuerung des Willens durch unwillkürliche Prozesse setzen. Die wissenschaftliche Fachterminologie spricht seit ein paar Jahren von "selbstorganisierten" Prozessen. Weniger mißverständlich ist es, wenn man Prozesse, die man selbst in Gang setzt, unterscheidet von Prozessen, die sich von selbst abspielen.

Der fremde Wille im eigenen Kopf

Das traditionelle Kommandosystem unterstellt als selbstverständlich, daß ein allgemeines Chaos ausbricht, wenn der Einzelne seinen Willen nicht unterordnet, und daß also effektives, organisiertes Handeln in einem Unternehmen nur mittels einer solchen Unterordnung zu haben ist. Die neuen Managementmethoden wissen das besser. In sozialen Zusammenhängen gibt es genau wie in einem lebendigen Körper Prozesse, die ihren eigenen Gesetzen folgen, das heißt: Organisation, die von selbst entsteht, ohne daß ein Kommandant sie erzwingt. Und diese unwillkürlichen Prozesse kann man genau wie die natürlichen Lebensfunktionen indirekt steuern. In Zukunft sollen die Arbeitnehmer nicht mehr tun, was ihnen ihre Chefs sagen, sondern man gibt ihnen die Möglichkeit, selbständig zu reagieren, auf das, was die Unternehmensführung tut. Das Management bestimmt, worauf die Arbeitnehmer reagieren müssen, aber wie sie reagieren, was sie tun, bestimmen sie selbst. Und wenn die indirekte Steuerung funktioniert, wird genau dadurch, daß die Beschäftigten tun, was sie selber wollen, das erreicht, was die Unternehmensführung will. Die Ziele der Unternehmensführung setzen sich in Gestalt des eigenen Willens des einzelnen Arbeitnehmers durch.

Durch die indirekte Steuerung wird es möglich, selbständiges, unternehmerisches Handeln in abhängige Beschäftigungsverhältnisse einzuführen - ohne daß an den Macht- und Eigentumsverhältnissen gerüttelt werden muß. Damit soll die Leistungsdynamik eines selbständigen Unternehmers bei unselbständigen Arbeitnehmern reproduziert und zum Hauptmotor der Produktivitätssteigerung eines Unternehmens gemacht werden.

Die indirekte Steuerung kann Hoch- und Glücksgefühle auslösen, die im Kern gesteigerte Macht- und Selbstwertgefühle sind. Sie gründen im Erlebnis der eigenen Selbständigkeit, der eigenen Entscheidungsbefugnis, der eigenen Verantwortlichkeit. In seiner "Hoch"-Phase fühlt sich der indirekt Gesteuerte wie ein selbständiger Unternehmer. Seine wirkliche Unselbständigkeit ist für ihn nur noch ein blasser, irrelevanter Schatten im Hintergrund, von dem er nichts wissen will. Interessengegensätze von Arbeitnehmern und Arbeitgebern verdampfen in seiner emotionalen Identifizierung mit der eigenen Arbeit. Diese Symptome sind nicht etwa für Spinner oder Opportunisten reserviert, sondern sie gehören wesentlich zum System der indirekten Steuerung. Allerdings häufen sie sich bei Berufsanfängern, die noch ein unverbrauchtes Kraft- und Gesundheitsreservoir für eine Arbeit ohne Ende mitbringen.

Spätestens wenn es mit der Kraft und der Gesundheit nicht mehr so weit her ist, oft aber auch schon früher, wenn erste karrieristische Blütenträume platzen, fängt der indirekt Gesteuerte an, an den neuen Managementformen zu leiden. Er merkt, daß sie ihn mit maßlosen Leistungsansprüchen konfrontieren, daß er in einen Kampf geworfen wird, den er nicht gewinnen kann. Vor allem merkt er, daß seine Arbeit kein Ende nimmt. Obwohl er bei der Arbeit selbständig entscheiden kann, was er tut, kann er sein Verhalten nicht ohne weiteres ändern. Er tut nur, was er selber will (indem er nämlich selbständig reagiert auf die Situation, in die

das Management ihn stellt). Aber wenn er sein Verhalten ändern und zum Beispiel weniger arbeiten will, gelingt es ihm trotzdem nicht.

Das Vorhaben scheitert nicht an Befehlen und Verboten, sondern an ihm selbst. Eine charakteristische Form, in der sich das Unternehmensinteresse durch ihn selbst gegen ihn selbst durchsetzt, ist zum Beispiel das schlechte Gewissen. Mitarbeiter von IBM berichten, daß sie von einem schlechten Gewissen gegenüber ihren Kollegen geplagt werden, wenn sie rechtzeitig mit der Arbeit aufhören. Die Arbeit, die sie liegen lassen, weil ihre Arbeitszeit vorbei ist, landet nicht als Problem beim Arbeitgeber, sondern bei den Kolleginnen und Kollegen desselben Teams. Die Methoden der indirekten Steuerung führen dazu, daß auch noch die Solidarität unter den Arbeitnehmern der Steigerung des Leistungsdrucks und der Verlängerung der Arbeitszeit zu Gute kommt.

Der Einzelne kann in dieser Situation an seinem eigenen Willen irre werden. Es ist, als wenn die zwei Willen, die im Kommandosystem säuberlich auf zwei verschiedene Personen verteilt waren, jetzt in ein- und derselben Person gleichzeitig vorhanden sind: hier der Arbeitnehmer, der eigentlich nach Hause gehen will, und dort der Chef, der ihn gegen seinen Willen festhalten will. Einerseits will der Arbeitnehmer aufhören, länger zu arbeiten, als er muß. Andererseits will er, wenn es soweit ist, doch wieder zurück an den Schreibtisch.

Und daß das tatsächlich etwas ist, was er selber will, merkt er spätestens dann, wenn jemand anders dazwischentritt - etwa ein Betriebsrat - und ihn an sein eigenes Interesse erinnert. Er fühlt sich dann nämlich von außen gestört bei der Realisierung einer eigenen Absicht und vor allem in seiner Selbständigkeit bevormundet. Die Elemente des Kommandosystems - command and control, und also auch die Stempeluhr - erwecken den Eindruck, als wenn sie uns von unserer Freiheit trennt, und wenn sie verschwänden, wäre die Freiheit da. Das ist eine naive Optik. Die neuen Managementmethoden machen sich diese Unwahrheiten des Kommandosystems zu nutze. Sie führen den praktischen Beweis, daß es letztendlich nicht am Kommando und an der Kontrolle liegt, daß wir länger arbeiten, als für uns gut ist, sondern daß das Kommando und die Kontrolle nur eine Herrschaftstechnik bilden, die sich an der Oberfläche vor das wirkliche Problem geschoben hat.

Die Fröste der Freiheit

Nachträglich ist zu erkennen, daß das Kommandosystem uns nicht eigentlich von unserer Freiheit trennt, sondern vom Problem unserer Freiheit! Die Abschaffung des Kommandosystems, von Befehl und Gehorsam, von Unselbständigkeit, Bevormundung und Kontrollen ist bedingungslos zu begrüßen! Aber sie ist paradoxerweise nicht deswegen zu begrüßen, weil sie der Übergang zu einer "Humanisierung der Arbeit" ist, sondern obwohl eher das Gegenteil der Fall ist. Daß die Methoden der indirekten Steuerung den Druck auf die Arbeitnehmer verschärfen, ist kein Argument für das Kommandosystem, und es macht das Kommandosystem auch nicht zum kleineren Übel.

Gegen die negativen Folgen der indirekten Steuerung kann man sich nicht mit den Methoden wehren, die sich gegen das Kommandosystem bewährt haben. Im Kommandosystem kommt es darauf an, die Beschäftigten vor anderen zu schützen, den Inhabern oder Vertretern der Befehlsgewalt, und gegen andere die eigenen Interessen wahrzunehmen. Das ändert sich grundlegend, sobald sich die Ziele der Unternehmensführung gegen den eigenen Willen der Beschäftigten durchsetzen. Wenn man unter den neuen Bedingungen an den alten Formen der Interessenpolitik festhalten wollte, müßte man jetzt die Beschäftigten vor sich selbst schützen. Und das kann nicht gelingen!

Es ist nicht nur aussichtslos, sondern auch gefährlich, weil dabei die Verteidigung der Arbeitnehmerinteressen die Form einer Bevormundung annimmt, einer Überwachung. Sie erscheint als eine Beeinträchtigung der Selbständigkeit von außen. Betriebsräte und Gewerkschaften laufen dann Gefahr, als Verteidiger einer Fremdbestimmung des Arbeitnehmers aufzutreten in einer Situation, in der die Arbeitgeber die Bevormundung und Überwachung gerade abbauen und selbständiges Handeln der Mitarbeiter fordern.

Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß Tarifverträge überflüssig werden oder daß das Betriebsverfassungsgesetz nichts mehr wert ist. Es bedeutet aber, daß Schutzvorschriften und Regelungen politisch neu fundiert werden müssen. Eine vertragliche Arbeitszeitverkürzung, die von den Arbeitnehmern selbst unterlaufen wird, hängt politisch in der Luft und trägt den Keim einer gefährlichen Entfremdung in sich, die der Entwicklung gewerkschaftlicher Gegenmacht an den Lebensnerv geht.

Ähnlich gefährlich wäre es, wenn man sich von einer Verteidigung der Zeiterfassung einen wirksamen Schutz vor der indirekten Steuerung verspräche. Natürlich ist es wichtig, daß die Arbeitnehmer sich darüber klar werden, wie lange sie tatsächlich arbeiten. Aber gerade darüber gibt die offizielle Zeiterfassung keine zuverlässige Auskunft mehr. Da die Grenze zwischen Arbeitszeit und Freizeit zunehmend verschwimmt, vollziehen sich viele Tätigkeiten in der "Freizeit", die eigentlich zur Arbeit gehören (z.B. Weiterbildung). Dies zeigt, daß die Stempeluhr nur einen Teil der faktischen Arbeitszeit erfaßt, und als Schutz gegen mich selbst taugt sie nicht. Insofern ist es gut, wenn sie verschwindet! Die Gefahren, die mit der Abschaffung der Zeiterfassung verbunden sind, müssen anders beantwortet werden.

Die politischen Formen, die auf diese Situation antworten, müssen noch erfunden werden. Die Konstitution von Gegenmacht in den Unternehmen wird in Zukunft jedenfalls durch das Nadelöhr der Auseinandersetzung des einzelnen Arbeitnehmers mit der Ambivalenz seines eigenen Willens gehen müssen. So hoch legen die Arbeitgeber mit der indirekten Steuerung die Latte, über die gesprungen werden muß. Es hat keinen Zweck, darunter durch zu laufen. Ohne eine solche Auseinandersetzung kann es keine Bestimmung der eigenen Interessen geben, auf die sich Gegenmacht stützen muß und von denen sie immer wieder neu hervorgebracht werden muß.

Zwei allgemeine Bestimmungen zukünftiger Politikentwicklung lassen sich jetzt schon formulieren: Erstens: Jeder muß selber herausfinden, was für ihn selber gut ist! Und zweitens: Keiner kann es alleine! Die Auseinandersetzung mit meinem eigenen Willen, die Bestimmung meiner eigenen Interessen kann mir niemand abnehmen. Andererseits kann sie nur in einem gemeinsamen Verständigungsprozeß gelingen. Für einen einzelnen wäre das viel zu schwierig, aber vor allem ist das soziale Zusammenwirken der Beschäftigten bei der Arbeit das Medium der indirekten Steuerung (siehe das oben angeführte Beispiel über die arbeitgeberfreundliche Wirkung des schlechten Gewissens). Es muß gleichsam zurückerobert werden, wenn der Macht der indirekten Steuerung etwas entgegengesetzt werden soll.

Darum ist nicht etwa Vereinzelung und Rückzug auf sich selbst das Gebot der Stunde, sondern die Initiierung gemeinsamer Verständigungsprozesse an der Basis. Gegenüber den neuen Managementformen dienen sie nicht bloß der Vorbereitung von politischen Aktionen. Sie sind selbst politische Aktionen, weil sie die Dynamik der von selbst ablaufenden Prozesse im Betrieb unterbrechen und damit überhaupt erst die praktische Voraussetzung für eine selbständige Bestimmung der eigenen Interessen schaffen.

Klaus Peters

Diesen Artikel haben wir der Broschüre "Meine Zeit ist mein Leben. Neue betriebspolitische Erfahrungen zur Arbeitszeit" entnommen und redaktionell gekürzt. Die Broschüre ist in der Reihe "Denkanstöße", herausgegeben von IG Metallern in der IBM, im Februar 1999 erschienen. Wir bedanken uns beim Autor für die Freigabe.

32. Lichter der Großstadt. Konferenz für soziale BürgerInnenrechte in Hamburg

Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:41

Die Sozialpolitische Opposition Hamburg, "Regenbogen für eine neue Linke", Jusos Hamburg und die Abteilung Kirchen und Wohlfahrtspflege der ÖTV Hamburg sind die Veranstalter der oben, genannten Konferenz. Sie findet am 27. November 1999, 10.00 - 18.00 Uhr in der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Von-Melle-Park 9, 20146 Hamburg statt. Im folgenden veröffentlichen wir den Aufruf-Text.

Jedes Jahr aufs Neue dreht sich auch in Hamburg die Sparspirale. Nicht nur in Berlin, auch hier wird kräftig von unten nach oben umverteilt: SozialhilfeempfängerInnen werden zur Kasse gebeten, Drogenhilfeeinrichtungen und Deutsch-Ausländische Begegnungsstätten müssen ihr Angebot zusammenstreichen oder werden ganz geschlossen. Für Kinder und Jugendliche werden Kindergartenplätze und Betreuungsmaßnahmen nicht mehr finanziert. Zwangsmaßnahmen und staatlich durchgesetzte Dumpinglöhne eröffnen düstere Perspektiven für eine sinnvolle kommunale Beschäftigungspolitik. Obdachlosigkeit, Armut, Perspektivlosigkeit wächst genauso rasant wie der Reichtum in dieser Stadt. All dies ist unter Rot-Grün weder im Bund noch in Hamburg besser geworden, im Gegenteil.

Soziale Grund- und BürgerInnenrechte werden massiv eingeschränkt. Das Recht auf menschenwürdige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wird Makulatur. Haushaltskonsolidierung und "intelligentes Sparen" heißt nicht nur Armut, sondern auch Ausgrenzung, Zwangsmaßnahmen, Demütigung und Entrechtung. Höchste Zeit also für Opposition, für Kritik und für die Entwicklung von Gegenpositionen. Höchste Zeit für ein deutliches Signal gegen die unheilige Allianz von Neoliberalismus und autoritärem Staat.

Die Konferenz "Lichter der Großstadt" will dieses Signal setzen, Opposition zusammenführen, gemeinsame Diskussionen anstoßen und Widerstand denkbar machen. Nichts ist unmöglich!

Arbeitsgruppen:

- Sozialhilfepraxis zwischen Modernisierung und Arbeitszwang

- Kein Platz nirgends. Kinder und Jugendliche zwischen Kriminalisierung und Heimunterbringung

- Keine falschen Hoffnungen. Privater und staatlicher Billiglohnsektor

- Diktatur des Marktes. Ökonomisierung sozialer Arbeit und öffentlicher Dienste

- Pflegefälle. Abbau sozialer Grundrechte im Pflegebereich

- Krieg kostet. Wer bezahlt den Rüstungsstandort Hamburg?

Referate:

- Die Entsorgung der sozialen Gerechtigkeit. Sozialabbau und soziale BürgerInnenrechte (VeranstalterInnen)

- Geld ist genug da! Wider den Sparzwangmythos (Jörg Hufschmidt, Bremen, angefragt)

- Der Sozialstaat zeigt die Zähne. Vom Wohlfahrtsstaat zum autoritären "aktivierenden Staat" (Wolf-Dieter Narr, Berlin, angefragt)

33. IBM macht Beschäftigte fertig. Ohne Zeitkontrolle wird länger gearbeitet

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:06

Anfang 1999 schaffte die Geschäftsführung von IBM für 12.000 Beschäftigte die Stechuhren ab. Jede/r IBM-MitarbeiterIn muß sich jetzt zu Jahresbeginn per Unterschrift zu bestimmten, vorgegebenen Zielen verpflichten. Den Teams wird eine Gewinnquote vorgegeben. Wird die nicht erreicht, drohen Abmahnung, Geldentzug, Deinvestition, schließlich Stillegung. Auf diese Weise wird jeder Mitarbeiter direkt dem Marktdruck ausgesetzt.

Arbeit bis zum Umfallen

Eva Voß (Name geändert) ist Angestellte bei IBM Deutschland. Sie darf so viel oder wenig arbeiten, wie sie will. Sie kann zwischendurch auch Tennis spielen oder shoppen gehen. Keiner fragt sie nach den Stunden. "Ich steuere mich selbst", sagt die Informatikerin. "Ich arbeite zu viel, mehr als ich möchte." Vorgestern zwölf Stunden, gestern 16, zehn immer. Wenn sie spätabends von Kunden kommt, hängt sie ihren Laptop noch mal an die Steckdose und beantwortet E-Mails. Die Folgen bekam die 39-Jährige jüngst zu spüren: Ohrenpfeifen, Tinnitus. Sie klagt nicht, schließlich verdient sie 8.000 Mark brutto, der Job macht ihr Spaß, sie sei geradezu "erfolgssüchtig". Aber manchmal wünscht sie sich jemanden, der sie bremst.

Der 37-jährige Clemens Weber (Name geändert) berät europaweit Firmen bei der Einführung eines bestimmten EDV-Systems von IBM. Diese Internationalität sei "schon interessant", sagt er, "aber die Firma schafft es irgendwie immer, daß man sich erheblich unter Druck setzt. Irgendwie tue ich nie genug." Daß er so viel oder wenig arbeiten darf, wie er will, davon hat Weber nichts. "Den Freiheitsgrad nutzt man nicht - ich nehme vielleicht zweimal im Jahr einen Nachmittag frei, wenn die Kinder Geburtstag haben."

Auch Benedikt Madee (Name geändert), 49, hat sich anfangs von der neuen Verantwortungsfülle "blenden lassen" . "Ich kam mir vor wie ein kleiner Unternehmer. Dabei kann ich nur das entscheiden, wozu ich autorisiert bin. Man kann mich übergehen und direkt zum Chef laufen. Das ist doch nur eine Alibi-Verantwortung." Dafür und für seine 5.700 Mark brutto wühlt er "wie ein Hamster". Tage von 6.30 bis 19 Uhr sind keine Seltenheit. Sie waren mal doppelt so viel Leute in der Abteilung. Überstunden kann er sich aber nicht vergüten lassen, denn nach dem neuen Tarifvertrag, den IBM mit der DAG ausgehandelt hat, gilt Mehrarbeit zwischen 6 und 20 Uhr per Definition nicht als Überstunde. Natürlich darf er die Mehrstunden abbummeln. Nur wann?

Vor einem Jahr hatte Madee einen "leichten Herzkasper". Jetzt überlegt er zu kündigen. Abends, wenn er nach Hause geht, fehlt ihm die Zufriedenheit, seine Arbeit geschafft zu haben. Sie ist aber nicht mehr zu schaffen. "Das ist, wie wenn einer zu weit aufs Meer schwimmt, den Rückweg nicht mehr findet, kein Land sieht." Vor allem jüngere Beschäftigte nehmen sich heimlich Arbeit mit nach Hause. Plötzlich wird deutlich, daß die verhaßte Stechuhr auch Vorteile hatte. Wenn die Beschäftigten abends ihre Karte reinschoben, wußten sie: Jetzt endet die Macht der Firma, und das Privatleben beginnt. Die Stechuhr schützte vor Überbeanspruchung. Man konnte nachweisen, daß man genug getan hat.

Auf Klagen über maßlose Zielvorgaben und Arbeitsüberlastung reagiert die Geschäftsleitung ignorant: "Untersucht die Schwachstellen in eurem Team und stellt sie ab. Macht, was ihr wollt, aber schafft die Zielvorgaben." Inzwischen setzt unter den Beschäftigten ein Hauen und Stechen ein. Durch Selbstpublicity und Abwertung der Teamkollegen versuchen einige, für sich bessere Überlebenschancen herauszuarbeiten. Andere entwickeln geradezu einen Stolz darauf, daß sie bis an/über die Grenzen der Gesundheitsschädigung arbeiten. Im Lauf der Zeit entsteht ein Arbeitslevel, das jeden, der nach vernünftigem Maß zu arbeiten versucht, zum Außenseiter und Versager stempelt.

Freie Wahl für freie Bürger

All diese Angestellten verdienen gut, aber nicht übertariflich. Sie fallen also alle unter den Tarifvertrag mit seiner Arbeitszeitvereinbarung von 38 Stunden. Doch tarifvertragliche Arbeitszeiten gelten wenig. Während bei Angestellten mit hoch qualifizierten Tätigkeiten die tarifliche Arbeitszeit von 40,2 Stunden (1984) auf 37,1

Stunden (1997) sank, lag die tatsächliche Arbeitszeit darüber. Sie stieg sogar noch, von 45,1 auf 46,2 Stunden. Außerdem enthalten immer mehr Arbeitsverträge gar keine Arbeitszeitvereinbarung mehr.

"Daß die Arbeitgeber die Zeitkontrolle abschaffen, das wird der zukünftige Standard sein in Deutschland", sagt Lars Herrmann von der Berliner Unternehmensberatungsfirma Dr. Hoff, Weidinger und Partner. Die kleinliche Zeiterfassung stamme aus dem Frühkapitalismus, doch von der Struktur her seien die hoch qualifizierten Angestellten heute Mitunternehmer. Die Vertrauensarbeitszeit sei also nur konsequent. Man müsse ganz weg von der "Anwesenheitskultur", denn von bloßer Anwesenheit lasse sich nicht auf Leistung schließen.

Und schließlich ist jeder für sich selbst verantwortlich, so IBM-Personalmanager Reimers: "Wir wollen nicht, daß die Mitarbeiter ohne Ende arbeiten. Die Ziele sind natürlich herausfordernd, aber wir bieten keinerlei finanziellen Anreiz mehr, Überstunden zu machen." Die Mitarbeiter müßten ihre Mehrarbeit eben ausgleichen. "Die Mitarbeiter müssen sich selbst um ihre Freizeit kümmern."

(Quelle: DS - Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Nr. 29/1999, 16.7.1999)

34. Die rot-grüne "Neue Mitte" im Crashtest. Linke Grüne ziehen Bilanz nach einem Jahr Rot-Grün

Autor: Annelie Buntenbach/Klaus Dräger · Rubrik: Grüne (und Vorläufer); Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:10

Wir dokumentieren in Auszügen ein Papier von Annelie Buntenbach und Klaus Dräger, das beide unter dem Titel "Nicht alles anders, aber vieles besser?" vorgelegt haben. In einem ersten Teil analysieren sie die zwölfmonatigen Regierungstätigkeit von Rot-Grün, die sie als "Neoliberalismus mit anderen Mitteln" kennzeichnen. Im Anschluß daran diskutieren sie Konsequenzen für die Linke in der BRD und plädieren für die Zusammenarbeit über Partei- und Gruppengrenzen hinweg.

Über das hier dokumentierte hinaus skizzieren die beiden ein alternatives Projekt zur "Neuen Mitte" unter den Schlagwörtern Teilhabegesellschaft und Zukunftsfähigkeit. Das komplette Papier kann über das Berliner Büro von Annelie Buntenbach bezogen werden.

Die SPD gewann die Bundestagswahl 1998 erdrutschartig, weil sie die Gerechtigkeitslücke nach 16 Jahren neoliberaler Politik erfolgreich thematisieren konnte. (...)

Der Regierungswechsel war allerdings eher Resultat einer Protestwahl gegen 16 Jahre Kohl und kein bewußter Aufbruch zu einer ausgewiesenen inhaltlichen Alternative. Wie bei den Bundestagswahlen zuvor sprachen sich nur rund 25 bis 30% der WählerInnen für ein programmatisch konturiertes rot-grünes Projekt aus. Vielen WählerInnen der beiden neuen Regierungsparteien ging es darum, vom gewohnten Bonner Sozialstaat noch eben so viel zu retten, wie irgend möglich war. Die Erfahrungen mit 16 Jahren Kohl hatten gezeigt, daß das Zurückschneiden des Sozialstaats, die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und die Politik der Lohnzurückhaltung nicht zum versprochenen Abbau der Massenerwerbslosigkeit geführt hatten. Gleichzeitig wuchs die soziale Kluft bei den Einkommens- und Vermögensverhältnissen. Viele der WählerInnen der neuen Regierungsmehrheit erwarteten, daß sie künftig von einer weiteren Demontage des Sozialstaats verschont blieben und die entstandene Gerechtigkeitslücke wenigstens etwas abgemildert würde. SPD und Grüne waren mit einer WählerInnenbasis konfrontiert, die in ihrer Mehrheit kaum aktive programmatische Anforderungen an einen Politikwechsel stellte. Sie suchte eher passiv Ruhe und Schutz vor weiteren sozialen Zumutungen.

Diese Erwartungskonstellation wurde insbesondere Oskar Lafontaines Plänen für eine neue europäische Nachfragepolitik, eine moderate Umverteilung bei Einkommen und Vermögen und eine neue internationale Finanzarchitektur zum Verhängnis. Ein Großteil des Wahlvolks war schlicht befremdet und verstand die neuen Ansätze nicht. Die Wirtschafts- und Interessenverbände der Gutsituierten liefen Sturm, die Medien assistierten ihnen dabei. In der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion und selbst bis in weite Teile der Gewerkschaften hinein blieb der alerte Finanzminister isoliert. Der grüne Koalitionspartner zeigte Unverständnis bis Desinteresse, die grüne Regierungslinke kam parallel mit dem Projekt des Atomausstiegs ins Schlingern. (...) So war Lafontaines Abgang nach dem ersten Halbjahr einer moderaten rot-grünen Reformpolitik nur folgerichtig. Die Auseinandersetzung innerhalb der Regierung nach dem "Aufstand des Kapitals" (FAZ) gegen eine in der Tat vermurkste Ökosteuer, die erste Einkommensteuerreform und die Neuregelung der 630-DM-Jobs hatten gezeigt, daß die Mehrheit der Kabinettsmitglieder sowie der Partei- und Fraktionsführungen beider Koalitionspartner nicht bereit war, auch nur begrenzte und moderate Konflikte mit den Unternehmerverbänden und den Interessen der Vermögenden durchzustehen. Der Regierungswechsel in Hessen infolge der CDU-Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft bestätigte die Regierung in ihrer Ansicht, daß sie nun zurückhaltender agieren müsse.

Nun wurde aus dem sozialdemokratischen Kanzleramt eine "Politik der zweiten Chance" propagiert. Rechts gewendete Grüne schlossen sich als "Motor der Reformen" beherzt Hombachs Strategie des "Dritten Weges" an. Die grüne Bundestagsfraktion profilierte sich in Fragen der Sozial- und Verteilungspolitik nunmehr mit Vorschlägen, die Wende zur "Angebotspolitik von links" schneller und entschlossener einzuschlagen als die SPD. Gemeinsamer Nenner dieses Kurswechsels ist es, möglichst nichts zu unternehmen, was einen erneuten heftigen Widerstand von Kapital- und VermögensbesitzerInnen sowie Besserverdienenden hervorrufen könnte.

Die Politik der zweiten Chance mündete in die deutsche Beteiligung am NATO-Krieg gegen Jugoslawien, das Schröder-Blair-Papier, in Pläne zur Subventionierung eines Niedriglohnsektors und einer die Unternehmen deutlich entlastenden Unternehmenssteuerreform. Das mit dem Titel "Zukunftsprogramm 2000" euphemistisch umschriebene Sparpaket ist das bisher härteste Austeritätsprogramm in der bundesdeutschen Geschichte. (...)

Selbstvernichtung

der Linken?

Die Ideologen des "Dritten Weges" in den roten und grünen Parteien nehmen den allgemeinen Diskurs um Modernisierung und bessere Wettbewerbsfähigkeit als Ausgangspunkt, um eine neue Synthese zwischen dem Wohlfahrtsstaat europäischer Prägung und dem US-amerikanischen Neoliberalismus herzustellen. Ihre Vorstellung von Modernisierung ist eher altbacken: Sie wollen die Wettbewerbsfähigkeit der Industriesektoren der 60er Jahre wie Automobil, Stahl, Chemie und Maschinenbau auf High-Tech-Niveau stärken, Risikotechnologien wie der Gentechnik und der Nano-Technologie zum Durchbruch verhelfen und die "Wissensgesellschaft" ohne Risikoschutz durch wachstumsstarke Informationstechnologien und Medien auf den Weg bringen. (...)

Nun kann man den Anhängern des Dritten Weges allerdings nicht vorwerfen, sie hätten keine Konzepte für neue soziale Arrangements. Nur gleichen diese fast bis aufs Haar den alten aus der christliberalen Ära von Kohl. Im Mittelpunkt ihres Werbens stehen die sogenannten "gesellschaftlichen Leistungsträger": hochqualifizierte ArbeitnehmerInnen, vorausschauende und engagierte Manager und Unternehmer, innovative und fleißige Mittelständler, Handwerker und Freiberufler, mutige Existenzgründer, hervorragend ausgebildete InformatikerInnen, ÄrztInnen und IngenieurInnen, erfindungsreiche Techniker und Wissenschaftler. Das ist fast die gleiche Zielgruppe, mit deren Hilfe in Biedenkopfs und Stoibers Bayerisch-Sächsischer Zukunftskommission eine "neue Renaissance der Selbständigkeit" ins Leben gerufen werden sollte.

Bei den Grünen müssen die gleichen Leistungsträgerschichten zwar noch ein wenig ökologisch sensibilisiert sein - den Platz der hochqualifizierten ArbeitnehmerInnen nehmen bei ihnen außerdem vielleicht eher die weiblichen ExistenzgründerInnen und hippe Jugendliche ein - doch hat man sie genauso wie die Neue Mitte als zentralen Adressat der eigenen Politik auserkoren. Papiere zum segensreichen Wirken der Klein- und Mittelunternehmen für Jobs und Innovation sind - wider jede wirtschaftswissentschaftliche Empirie - bei Grünen und Sozis Legion. (...)

Allen anderen signalisiert die Neue Mitte denn auch, daß sie sich anzupassen haben. Die Verteilungsverhältnisse, die 16 Jahre neoliberale Umverteilungspolitik von unten nach oben geschaffen haben, werden im Kern als Grundlage der eigenen Politikentwürfe akzeptiert. Um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken und den Staat zu entschulden, seien sogar weitere Umverteilungen nötig. So holt Eichels Sparpaket das Geld überwiegend bei denen, die keine wirksame Lobby haben: RentnerInnen, Erwerbslose, WohngeldempfängerInnen. Wer betont, der Staat müsse sparen, könnte ja auch betuchtere Gruppen ins Visier nehmen, wenn es um Ausgabekürzungen geht. Die Unternehmen sollen hingegen um etwa 4 Mrd. Euro steuerlich entlastet werden. Für jene Menschen, die auf Transfereinkommen des Staates und der Sozial- und Rentenversicherung angewiesen sind, wird die Kohlsche Umverteilungspolitik in verschärfter Form fortgeführt. (...)

Im Unterschied zur Konfrontationspolitik Henckelscher Prägung sollen diese Ziele bei der Neuen Mitte jedoch im Konsens mit den Gewerkschaften durchgesetzt werden - auf Grundlage ihrer erheblich geschwächten Ausgangsposition nach 16 Jahren christliberaler "Reformen". Die rot-grüne Koalition will sie im Gegensatz zu Kohl mit im Boot haben, um ihren eigentümlichen "Neoliberalismus mit anderen Mitteln" (Michael Felder) beim Umbau des Sozialstaats und der Arbeitsgesellschaft ohne Widerstände voranzutreiben. Das zentrale Instrument ist ein Neokorporatismus neuer Art: das "Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit", aber auch im Bereich der Umwelt- und Energiepolitik verschiedene "Konsensrunden" mit den Unternehmern zur Energie- und Umweltpolitik. Der Unterschied zum Korporatismus der 60er und 70er Jahre ist deutlich: damals ging es um ein gegenseitiges Geben und Nehmen zwischen Arbeitnehmervertretungen, Arbeitgebern und Staat. Heute sind die Arbeitgeber kaum zu Zugeständnissen bereit - ihr oberstes Ziel ist die sogenannte "Wettbewerbsfähigkeit", eine Politik der Lohnmäßigung, Kostensenkung und der Steigerung des "Shareholder Value". Der Staat kann unter selbstgesetzten Sparzwängen nichts mehr für die ArbeitnehmerInnen einbringen

- selbst die nötigen (hohen) Subventionen für die Verbreiterung des Niedriglohnsektors bereiten den beteiligten Akteuren viel Kopfzerbrechen. Im Szenario der Neuen Mitte wird von den Gewerkschaften eine Politik bis hin zur Selbstaufgabe verlangt. Ihre Rolle soll künftig darin bestehen, den von ihnen vertretenen Interessengruppen die nötigen Anpassungen an die schöne neue Welt optimal zu verkaufen und für Ruhe zu sorgen. Die Gewerkschaften sind in diesem Modell nicht mehr die kollektive Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen, sie verzichten auf ein allgemeinpolitisches Mandat und sollen nur noch "den einzelnen gegen Willkür schützen". "Die traditionellen Konflikte am Arbeitsplatz (müssen) überwunden werden", die Gewerkschaften sollen "in Kooperation mit den Arbeitgebern den Wandel gestalten". (Schröder-Blair-Papier) Die Gewerkschaften sollen folglich als Transmissionsriemen staatlicher und unternehmerischer Politik zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit fungieren. Nicht wenige in den Gewerkschaftsspitzen sehen darin dann auch die letzte Chance, überhaupt noch einen gewissen gesellschaftlichen Einfluß der traditionellen Arbeiterbewegung zu erhalten. (...)

Insgesamt signalisiert die rot-grüne Neue Mitte der breiten Mehrheit: "Ihr müßt mit weniger auskommen. Vorrang hat die Wettbewerbsposition unserer Industrie, das Wohlergehen der Unternehmen und die Motivation der Leistungsträger. Ihr müßt euch anpassen. Wenn ihr euch sehr anstrengt, könnt ihr zumindest etwas oberhalb des Existenzminimums überleben - unsere aktivierende Arbeitsmarktpolitik hilft euch dabei. Wer das nicht schafft, muß auch nicht verhungern, kriegt aber künftig weniger als heute. Ihr müßt all eure Kraft und eure Ideen für den Erfolg unserer Unternehmen auf den Weltmärkten geben. Aber bei allen strategisch wichtigen Entscheidungen fragen wir nicht euch, sondern die innovativen Macher. Im übrigen - was unseren Unternehmen Probleme bereiten könnte (Verteilungspolitik, ordnungsrechtliche Maßnahmen für die Umwelt oder für Frauen etc.) - unterlassen wir lieber. Denn gegen die Interessen der Wirtschaft (d.h. der Kapitaleigentümer und der ihnen verbundenen sozialen Schichten) kann dieses Land nicht regiert werden."

Die sozialdemokratischen StammwählerInnen verstanden die Botschaft und merkten, daß sie in diesem Kalkül nur noch als Restgröße und Fußabtreter vorkamen. (...) Daß nicht alles anders, aber vieles besser werden sollte, hatten sie sich so nicht vorgestellt. Das heterogene Potential der Grünen spaltete sich nach dem tiefgehenden Konflikt um den Kosovokrieg nochmals entlang der kombinierten Ökologie- und Gerechtigkeitsfrage. Sie waren sauer auf das Ausbleiben umweltpolitischer Erfolge und die Wendung der grünen Bundestagsfraktion zum Wirtschaftsliberalismus. Bündnis 90/Die Grünen setzen ihre wahlpolitische Talfahrt fort, die schon vor der Bundestagswahl begonnen hatte. Bei der Europawahl 1999 und bei der Kommunalwahl in NRW verloren sie bis zur Hälfte ihrer früheren WählerInnen.

Die StammwählerInnenschaft der SPD floh in die Wahlenthaltung, die Partei landete von Wahl zu Wahl tiefer im Keller (...) Die CDU triumphierte, obwohl sie kaum mehr WählerInnen mobilisieren konnte als in vorangegangenen Wahlen. Die Entwicklung ist eindeutig: durch das rapide Wachstum der NichtwählerInnen bestimmen Minderheiten die Mehrheitsverhältnisse in den Parlamenten. Verstärkt wurde dieser Trend, indem rot-grüne PolitikerInnen ständig Parolen wiederholten, die früher nur aus Margaret Thatchers Mund zu hören waren: "TINA - There is no alternative (Es gibt keine Alternative!)". Die Politik der "zweiten Chance" hat in eine tiefe Krise der bundesdeutschen Demokratie geführt. Die rot-grüne Neue Mitte ist gegenwärtig dabei, das Potential für einen in Ansätzen möglichen Politikwechsel in Deutschland und Europa zu spalten und abzustoßen. Der "Dritte Weg" führt geradewegs in die Selbstvernichtung der Linken.

Selbst wenn die Regierung sich mit dieser Strategie zu einem späteren Zeitpunkt stabilisieren sollte - grundlegende Unterschiede zur Umverteilungspolitik der christliberalen Ära sind nicht mehr zur erkennen (andere Nuancen gibt es immer). Die politischen Gewichte in Deutschland werden deutlich nach rechts verschoben. Zwar gibt es noch "Rechts" und "Links" auf der Ebene politischer Symbolik, doch beim praktischen Output der Politik wird alles sehr beliebig und austauschbar. Eine unterscheidbare "Linke" mit Massenappeal existiert nicht mehr - mit Ausnahme der PDS im Osten. Doch sie profitiert fürs erste davon, geschickt das Label der "sozialen Gerechtigkeit" zu übernehmen, ohne ein alternatives strategisches Projekt anbieten zu können.

Grüne: liberale Scharnierpartei?

Noch zu Beginn der 90er Jahre sah sich die grüne Strömung der Realpolitiker als pragmatische Reformisten an, die an der Seite Oskar Lafontaines und der linken Sozialdemokratie für moderate ökologische und soziale Reformen stritt. Sie verstand sich als "postmaterialistische Linke", die in einer Strategie kleinster Schritte

zusammen mit der SPD Deutschland erneuern wollte. Spätestens seit Mitte der 90er Jahre hat sie ihr Selbstverständnis radikal verändert. Immer mehr wurden Deutungsmuster und politische Konzepte aus dem geistigen Arsenal des Neoliberalismus aufgesaugt und in grünen Politspeak übersetzt.

So war bald die Rede von der notwendigen "Renaissance der Selbständigkeit" (Hubert Kleinert), von einer "nachhaltigen Finanzpolitik" (Oswald Metzger), von einer grünen "Angebotspolitik von links" (Margarete Wolf), von der "Entdeckung des Marktes" (Tom Koenigs), von der Senkung des Spitzensteuersatzes und einer die Gewinne entlastenden Unternehmenssteuerreform (Christine Scheel), von "Generationengerechtigkeit" bei der Rente (die durch eine Rentenniveausenkung wie bei der CDU durch einen demografischen Faktor erreicht werden sollte) oder vom Vorrang für kleine und mittlere Unternehmen. Diese Umorientierung wurde in der Folgezeit in der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik radikalisiert und am Primat der "Markttauglichkeit" ausgerichtet (eigene Vorschläge zum Niedriglohnsektor, verschärftes Rentenkonzept Thea Dückerts, Umweltpolitik im Dialog mit der Wirtschaft, die neuesten Vorschläge Margarete Wolfs zu einer neuen "liberalen" grünen Wirtschaftspolitik etc.). Der grüne NRW-Bauminister Michael Vesper bringt den neuen Geist auf den Punkt und verlangt ein "klares Bekenntnis der Grünen zur Wirtschaft". Nur bei der Ökosteuer orientierte man sich zeitweise an alten sozialdemokratischen Konzepten (Einnahmen verwenden, um Lohnnebenkosten zu senken). (...)

Die Mehrheit der grünen Bundestagsfraktion hatte die Partei in der öffentlichen Wahrnehmung damit bald als Gruppierung zwischen SPD und CDU positioniert, die prinzipiell mit beiden Koalitionen abschließen kann und die SPD in der Wirtschafts- und Sozialpolitik aggressiv in Richtung des Hombachschen Modernisierungskurses (mit umweltpolitischen Einsprengseln) treibt.

Die grüne Linke hatte auf diesen Strategiewechsel der Realos vorerst keine gemeinsame politische Antwort. Grüne Linke mögen an der einen oder anderen Frage noch bis zu 40% der grünen Parteitagsdelegierten für ihre Anliegen mobilisieren, aber sie haben kaum mehr eine Mehrheitschance und liegen politisch tiefer am Boden denn je. Spätestens mit dem Kosovo-Parteitag der Grünen hat sich gezeigt, daß eine latente Mitte-Rechts-Mehrheit sich in der Partei verfestigt hat. Die grüne Linke ist ähnlich wie Jusos und SPD-Linke in die Rolle einer strukturellen Minderheit geraten. (...)

Politische Umgruppierung der Linken

Die strategische Perspektive, über eine Regierungsbeteiligung sozial-ökologische Reformpolitik wenn auch in kleinsten Schritten voranzutreiben, ist durch die Wende zur "Politik der Zweiten Chance" vollständig verbaut worden. Ein gemeinsames rot-grünes sozial-ökologisches Reformprojekt, auf das vor der Bundestagswahl so viele gehofft hatten, gibt es nicht mehr. Auf der Ebene der Parteipolitik betrifft dies nicht nur SPD und Grüne, sondern auch die PDS.

Die PDS hat im Westen aufgrund ihrer politischen Herkunft und der fortgesetzten DDR-Nostalgie eines bedeutenden Teils ihrer östlichen WählerInnenbasis nach wie vor erhebliche Schwierigkeiten, als glaubwürdige linke Alternative angenommen zu werden. Doch dies ist nicht ihr einziges Handicap. Die Ergebnisse ihrer Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern und ihrer Tolerierungspolitik in Sachsen-Anhalt lassen keine bedeutsamen Unterschiede zur Regierungspolitik von Rot-Grün im Bund und in den Ländern erkennen. (...) Auch für sie ist nicht in Sicht, mit den avisierten Koalitionspartnern einen tragfähigen Minimalkonsens über sozial-ökologische Reformpolitik zu finden. Sie ist damit eher Bestandteil des Problems der Erneuerung der Linken statt Teil seiner Lösung.

Unter dem Vorzeichen des Dritten Wegs und der "Modernisierung" ist die Strategie der Regierungsbeteiligung zur Durchsetzung sozial-ökologischer Reformpolitik in eine Sackgasse geraten. Der bei vielen grün-fundamentalistischen oder revolutionär-sozialistischen Linken verbreitete Umkehrschluß, Regierungsbeteiligungen aus prinzipiellen Gründen abzulehnen, führt allerdings auch nicht weiter. Allein durch konsequente Oppositionspolitik lassen sich zwar Modifizierungen der Regierungspolitik durchsetzen oder bestimmte Entwicklungslinien verzögern und verhindern. Dies hat der Widerstand der Anti-AKW-Bewegung in den 80er Jahren exemplarisch gezeigt. Sie ermöglicht allerdings nicht die Neugestaltung von Politik entlang einer alternativen Entwicklungslogik. Entscheidend für einen solchen Politikpfad ist das Zusammenspiel einer entschlossenen, reformorientierten Regierung auf Grundlage eines politischen Minimalkonsenses und von sozial-ökologischen Reformbewegungen in der Gesellschaft, die an der Umsetzung der Reformpolitik vor Ort

teilnehmen und eine zögerliche Regierung durch eigene Aktionen unter Druck setzen können. Beide Bedingungen - ein sozial-ökologischer Minimalkonsens der Regierenden und aktive, selbstbewußte Bewegungen - sind derzeit bekanntlich nicht gegeben. Der Erneuerungsprozeß der Linken muß deshalb darauf abzielen, durch politische Umgruppierungen darauf hinzuwirken, diese Bedingungen herzustellen. Ein Ausblenden der Regierungsfrage wird ihr dabei nicht viel nützen. (...)

Vorrangige Aufgabe der Linken ist es deshalb zunächst, in der Gesellschaft Potentiale für sozial-ökologische Reformpolitik neu zu bündeln und die Verständigung auf ein gemeinsames strategisches Projekt zu fördern. Weil die politischen Fronten in der Auseinandersetzung um die Politik der Neuen Mitte quer zu den Parteigrenzen von SPD, Grünen und PDS verlaufen, ist die Gründung neuer (Kleinst)-Parteien für die nötige gemeinsame Verständigung genauso kontraproduktiv wie der Versuch, den linken Erneuerungsprozeß gleich mit der Frage der Parteiform zu überfrachten. Da ein großer Teil der noch aktiven emanzipatorischen Kräfte - Umweltverbände, Frauengruppen, Netze linker GewerkschafterInnen, MigrantInnenverbände, Jugendgruppen etc. - ohnehin parteilich kaum oder nicht gebunden sind, wird ein solches Vorgehen den notwendigen Diskurs über gemeinsame Inhalte, Strategien und Aktionsmöglichkeiten unmöglich machen.

Für eine Bündelung linker, ökologischer, solidarischer und feministischer Potentiale in der Gesellschaft sind Netzwerke wesentlich sinnvoller. Es ist bei dieser Organisationsform egal, ob einzelne Aktive ein grünes, sozialdemokratisches oder PDS-Parteibuch haben, solange gemeinsame Strategien, Konzepte und Aktionsmöglichkeiten entwickelt werden können, die alle zusammen voranbringen. Die Netzwerkform erleichtert es auch, den unterschiedlichen sozialen Milieus des potentiellen Reformlagers gerecht zu werden.

Die verschiedenen, häufig an Einzelthematiken orientierten Netzwerke in der Bundesrepublik stehen vor einer entscheidenden Frage: entweder sie beißen sich vereinzelt und mit ihren jeweiligen schwachen Kräften an der rot-grünen Konterreform die Zähne aus - oder sie versuchen, aus ihren jeweiligen Blickwinkeln Gemeinsamkeiten mit anderen Netzwerken und Initiativen zu finden, die Kräfte zu bündeln und einige wenige gemeinsame Strategien und Aktionen zu entwickeln. (...) Programmatisch-konzeptionelle Erneuerung, die Entwicklung von Strategien, die Ansprache heterogener sozialer Milieus, der Aufbau funktionstüchtiger Strukturen und gemeinsamer Aktionen sollten dabei in einem dialogischen Prozeß Hand in Hand gehen. Interessierte politische Kräfte in Parlamenten und Regierungen können die öffentliche Wirkung der Netzwerke verstärken, indem sie sich positiv auf deren Forderungen und Aktionen beziehen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten sowohl mediale als auch parlamentarische Unterstützungsarbeit leisten. Gelingt dieses Zusammenspiel, so würde es in Deutschland überhaupt wieder möglich, strategische politische Alternativen in eine massenwirksame Diskussion zu bringen. (...)

Das Potential zum Aufbau einer anti-neoliberalen politischen Strömung, die auf gemeinsamen Interessen von Frauen, MigrantInnen, "neuen ArbeitnehmerInnen", prekär Beschäftigten und neuen Selbständigen gründet, ist durchaus vorhanden. Die politische Kunst wird darin liegen, diese Interessen hinreichend miteinander zu verknüpfen und eine jeweils milieugerechte Form der politischen Ansprache zu finden. Dies ist die entscheidende Aufgabe im Erneuerungsprozeß der politischen Linken in Europa und in Deutschland.

Annelie Buntenbach/Klaus Dräger

Ende September 1999

35. Dabeisein ist alles. Linksgrüne versöhnen sich wieder mit der Partei

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Grüne (und Vorläufer); Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:13

Am 3. Oktober trafen sich in Berlin an die 100 Grüne des linken Parteiflügels. Bei dem ersten bundesweiten Treffen nach dem Kriegsparteitag in Bielefeld sollte über die weitere Strategie beraten werden. Zwar übte man deutliche Kritik an der Politik der Bundestagsfraktion und der Parteiführung, am Ende verständigte man sich aber wieder darauf, sachbezogen und konstruktiv um die Mehrheit in der Partei zu streiten. Der "Babelsberger Kreis" feierte Wiederauferstehung.

Ein Rückschluß auf die Stärke der Parteilinken anhand der TeilnehmerInnenzahl verbietet sich, war zu dem Treffen doch nur ein handverlesener Kreis eingeladen worden. Kerstin Müller etwa, die vor Jahren mit Hilfe des "Babelsberger Kreises" auf den Posten der Faktionssprecherin im Bundestag gehievt worden war, hatte Interesse an dem Treffen signalisiert, wurde aber kurzerhand ausgeladen. Die VeranstalterInnen legten auch keinen Wert auf die Teilnahme von Bundessprecherin Antje Radcke. Jürgen Trittin dagegen hätte man gern auf dem Treffen begrüßt. Der Umweltminister sagte aber wegen "aktueller Entwicklungen" ab. In einer "Grußadresse" wünschte er zwar dem Treffen Erfolg, machte aber gleichzeitig deutlich, daß er neben einer programmatischen auch eine strukturelle Erneuerung der Grünen für notwendig hält. Womit er gleich einen Dissens zur versammelten Parteilinken benannte, die den Vorstoß der Realos zu einer Parteireform als "Ablenkungsmänover" kritisiert und ablehnt.

Die grüne Linke hat das erste Jahr Rot-Grün im Bund nicht überlebt. Den Todesstoß bekam sie mit dem grünen Parteitag in Bielefeld, wo eine Mehrheit der Delegierten für den NATO-Krieg gegen Jugoslawien stimmte. Seitdem sind die Linksgrünen marginalisiert, in der "inneren Emigration" (ND), ausgetreten oder umgeschwenkt. Kerstin Müller, Volker Beck, Jürgen Trittin oder Ludger Volmer gehören heute zu den Stützen der Bundesregierung. Durch den Verlust seiner "Frontmänner" war der "Babelsberger Kreis" über Monate handlungsunfähig. Die um "BasisGrün", "Grünlinks Niedersachsen" und andere regionale Zusammenschlüsse versammelten Basisgrünen beharren darauf, daß sie das "wahre" grüne Programm vertreten. Viele, die von ihrer Partei maßlos enttäuscht sind, spielen immer noch mit dem Gedanken, die Grünen zu verlassen. Mit dem Desaster von Dortmund, wo ein organisierter Zusammenschluß von Grünen, Ex-Grünen und Nicht-Grünen initiiert werden sollte, war der Versuch gescheitert, die grüne Linke in deutlicher Distanz zur Mutterpartei zu reorganisieren.

"Wir treten nicht aus, wir treten an!" Die Bundestagsabgeordnete Claudia Roth gab das Motto für das bundesweite Treffen vor. Unter der Devise "Kurswechsel jetzt - Wir wollen das sozial-ökologische Reformprojekt" plädierte die in Berlin zusammengekommene Parteilinke für eine klare Abgrenzung gegenüber der Politik der "Neuen Mitte". Es müsse Schluß gemacht werden mit der "technokratischen Sparpolitik der sozialen Kälte". Das Treffen wollte sie als Auftakt für den "Richtungsstreit und eine klare Kurskorrektur" verstanden wissen - Kurskorrektur der Partei wie auch der Regierung. In einer Abschlußresolution, die mit nur einer Gegenstimme und fünf Enthaltungen angenommen wurde, heißt es: "Wir halten wichtige Grundlinien und Ziele unserer bisherigen Programmatik für richtig. Unsere Wahlniederlagen erklären wir ... dadurch, daß eine Mehrheit in der Bundestagsfraktion diese Grundlinien verlassen hat." Daraus sei ein Glaubwürdigkeitsproblem entstanden, das es zu überwinden gelte: "Es geht politisch darum, eine tiefe Erschütterung der sozialen, ökologischen, friedenspolitischen, feministischen und bürgerrechtlichen Glaubwürdigkeit von Bündnis 90/Die Grünen bei großen Teilen der WählerInnen und der eigenen Mitglieder zu überwinden." Der versprochene Politikwechsel wurde von der Parteilinken ebenso eingefordert wie die Wiederbelebung der Bündnisse mit der außerparlamentarischen Bewegung. "Wir haben jenseits der Programmdebatte ein konkretes Politikproblem, das schnell durch Kurskorrekturen gelöst werden muß."

Totgeglaubte leben länger

Eingeladen zu dem Treffen hatten die Bundestagsabgeordneten Annelie Buntenbach, Steffi Lemke, Christian Simmert und Christian Ströbele, die gegen die deutsche Beteiligung am NATO-Krieg gegen Jugoslawien gestimmt hatten, sowie Claudia Roth. Hinzu kamen die Reste des "Babelsberger Kreises", der noch vor

wenigen Monaten das Zentrum der Parteilinken war (Frieder O. Wolf, Friedrich Heilmann). Eingeladen hatten aber auch VertreterInnen von "BasisGrün" (Ralf Hense) und "Grünlinks Niedersachsen" (Felicitas Weck), die nach dem grünen Kriegsparteitag in Bielefeld deutlich von der Partei abgerückt waren und sich an der versuchten Netzwerkgründung enttäuschter Grüner in Dortmund beteiligt hatten.

Sah es damals so aus, als seien die Stunden des "Babelsberger Kreises" gezählt, so signalisierte das Berliner Treffen genau das Gegenteil. Lediglich Daniel Kreutz, Landtagsabgeordneter aus NRW, und Annelie Buntenbach sprachen sich für ein Konzept der "robusten Minderheit" aus, die offensiv im Bündnis mit anderen gegen die Mitte-Rechts-Mehrheit in der eigenen Partei agieren solle. Wie isoliert sie mit ihrer Position in diesem Kreis waren, zeigte ein erfolgloser Vorstoß von Daniel Kreutz. Er schlug vor, in die Abschlußresolution den Passus aufzunehmen, die Anwesenden "ermutigen" die "linksoppositionellen Abgeordneten von SPD und Grünen", dem Sparpaket der Bundesregierung nicht zuzustimmen. Alle anderen TeilnehmerInnen schwenkten auf die alte Strategie der "Babelsberger" ein. Sie wollen wie in den vergangenen Jahren um die Mehrheit innerhalb der Partei kämpfen. Noch immer hängt man hier der Überzeugung an, die Linke könnte im Bündnis mit "Mittelkräften" auf Parteitagen Mehrheiten gewinnen und so entscheidend die Politik der Gesamtpartei beeinflussen. Diese Einschätzung ist kaum verwunderlich. So wollte Bärbel Höhn hinter dem inhaltlichen Vorpreschen der neoliberalen Frontleute wie z.B. Margarete Wolf nur "Unprofessionalität" und nicht die gezielte Methode erkennen, die FDPisierung der Grünen weiter voranzutreiben. Die anwesenden Linken stimmten unter Beifall zu. Von Selbstkritik über den in der Vergangenheit eingeschlagenen Weg war nichts zu hören. Da half auch das Ausplaudern von Fraktionsinternas nichts: Bei den meisten Bundestagsgrünen rufe es inzwischen "körperliches Unwohlsein" hervor, berichtete Christian Ströbele, wenn man soziale Gerechtigkeit oder andere grüne Programmpunkte anspreche.

Auffallend bei dem Berliner Treffen war auch, wie wenig die veränderten Rahmenbedingungen für ein "sozial-ökologisches Reformprojekt" durch die Rechtsentwicklung der SPD bei der eigenen Strategiebildung berücksichtigt wurden. Wo das überhaupt geschieht, sind die Ergebnisse zumeist gruselig. So ziehen beispielsweise Frithjof Schmidt und Frieder Otto Wolf aus der ",Verschröderung` der Sozialdemokratie" den Schluß, die Parteilinke müsse "rigoros gegen das selbst formulierte doppelte Tabu der Zusammenarbeit mit CDU und PDS vorgehen". (1) In totaler Verkennung der innerparteilichen Kräfteverhältnisse wird gleichzeitig die "Eigenständigkeit grüner Politik als Ausdruck einer gesellschaftlichen Grundströmung neben Konservatismus, Sozialdemokratie und Liberalismus" beschworen. Es gab einmal eine Zeit, da wußte auch die grüne Parteilinke, daß es ein politisches Leben jenseits der Parlamente gibt. Und daß es zur Durchsetzung von Reformen, die sich nicht in Modernisierungspolitik erschöpfen sollen, des gesellschaftlichen Drucks außerhalb der Parlamente bedarf.

Das Berliner Treffen war der Versuch, die nach Bielefeld zersplitterte Parteilinke wieder zusammenzuführen. "Das Strategietreffen am 3. Oktober war ein guter Anfang", so die Bilanz von Christian Simmert. In bestem Kommuniquéstil schreibt er: "Die Linke ist nach Bielefeld innerhalb von Bündnis 90/Die Grünen präsent. Das Treffen und insbesondere die mit großer Mehrheit verabschiedete Resolution hat gezeigt, daß es ein großes Interesse daran gibt, konstruktive links-basisgrün orientierte Politik auch gemeinsam zu formulieren und bis zu einem gewissen Grad zu bündeln."

Joschka Fischer, der in den letzten Tagen verlauten ließ, die Grünen bräuchten einen linken Flügel, kann beruhigt sein. Seine Parteifreunde von der linken Seite nehmen die Rolle der handzahmen Jusos gerne an. Wie heißt es in dem Papier von Frithjof Schmidt und F.O. Wolf so schön: "Wir halten die Zeitgeistattitüde, in der Gesellschaft nicht mehr rechts und links zu sehen, für unsinnig und glauben, daß jede Partei aus der Spannung zwischen ihren Flügeln lebt."

mb., Berlin

Anmerkung:

1) Dritter Weg für Deutschland - eine Alternative zum öko-sozialen Umbauprojekt? Grünes Grundsatzprogramm und politische Perspektiven nach einem Jahr rot-grüner Regierung

36. Rudolf Augsteins Abrechnung mit Joschka Fischer (Dokumentation)

Rubrik: Grüne (und Vorläufer); Medien · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:21

Im Spiegel vom 4. Oktober widmet Rudolf Augstein seinen Kommentar den Grünen und ihrem Vormann Joschka Fischer. Mit seinen 76 Lebensjahren geht dem deutschnationalen, publizistischen "Urgestein" auch in diesem Artikel des öfteren der Gaul durch. Obwohl wir nicht in allem Augstein folgen können, wollen wir diesen Grenzgang zwischen Satire, Propaganda und Analyse unseren LeserInnen nicht vorenthalten.

"Ich war sein Freund, ich nannte ihn, wie sich das für uns junge Leute gehört, Joschka, das ‚Du` war selbstverständlich. Ich fühlte mich durch seine Gesinnung wie verwandelt, meine eigenen Lehr- und Wanderjahre standen mir vor Augen. Altes Herz schlug wieder jung.

Man kommt aus dem Staunen nicht heraus. Man kann schätzen, die Grünen unter ihrem Idol Joschka hätten als Erste gefordert, den Amerikanern im Vietnamkrieg deutsche Truppen anzudienen. Oh Schmach, oh Jammer, oh Schande. Oh schaudervoll, höchst schaudervoll (Hamlet).

Wenn ich den Karl Marx noch richtig in Erinnerung habe, das ist nun lange her, so wird bei ihm der Typus der ‚Charaktermaske` beschrieben. Ich habe den Grünen nie etwas zugetraut, aber eines eben doch: Glaubwürdigkeit, übertriebene Worthülsen etc. Nie wäre mir aber der Gedanke gekommen, dass sie insgesamt ein Teil des von ihnen so arg beschimpften bürgerlichen Systems werden wollten, eine normale Partei eben. (...)

Man reibt sich die Augen, wenn man in einer SZ-Überschrift lesen muss ‚Bundeswehr in Wartestellung`. Wer wartet hier auf wen? Godot? Der ständige Sitz im Weltsicherheitsrat, den unser Außenminister jetzt anstrebt, er wird dort gewiss niemals Platz nehmen. Warum drängt es die Grünen so Hals über Kopf nach Osttimor? Man weiß es jetzt, dank unserm Joschka. Er will die NATO stärken, den USA in jedem Winkel der Erde zu Hilfe kommen. Dies bezweckten die Amerikaner genau mit ihrem Kosovo-Bombardement.

Ein Grüner, der dies mitmacht, ist ein Schuft. (...)"

37. Image ist alles, Politik ist nichts. Bei Bündnis 90/Die Grünen kommt Panik auf

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:30

Langsam verliert Joschka Fischer die Geduld mit seiner Partei. "Aufopferungsvoll" dient er den Interessen des Staates als Bundesaußenminister, seine Partei aber will da nicht richtig mitspielen. Hat sie doch noch immer nicht kapiert, daß die Zeiten der Opposition vorbei sind. Angesichts der ständigen Wahlniederlagen muß - so Fischer - der Umbau hin zu einer "normalen" Partei endlich abgeschlossen werden.

Noch vor der Landtagswahl in Sachsen wußte Bild von einer internen Absprache führender Vertreter des "Fundamentalisten- und des Realo-Flügels" der Grünen zu berichten. Nach den Niederlagen bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und dem Saarland sollten die Parteisprecherinnen Antje Radcke und Gunda Röstel abgelöst werden. Außerdem solle unter Leitung von Joschka Fischer eine Wahlkampfzentrale nach dem Vorbild der sozialdemokratischen "Kampa" aufgebaut werden.

Diese Bild-Meldung ging noch unter. Als der Spiegel allerdings am Wochenende der Sachsenwahl in einer Vorabveröffentlichung die Sache publizierte, war der Streit um die Führung der Partei öffentlich entbrannt. In der Spiegel-Version kam es zu einer kleinen, aber wohl entscheidenden Veränderung. Hier war nicht mehr von einer ominösen Absprache zwischen FlügelvertreterInnen die Rede, sondern davon, daß Joschka Fischer der Initiator sei. Im Spiegel las sich das dann so, daß Fischer den Rücktritt der beiden BundesvorstandssprecherInnen zur Voraussetzung für ein eigenes verstärktes Engagement an der Parteispitze mache. Er verlange die Ernennung eines Generalsekretärs (Werner Schulz), die Schaffung eines Präsidiums und die Aufhebung der Trennung von Amt und Mandat.

Vor allem Gunda Röstel reagierte pikiert: "So eine Debatte kurz vor der Wahl schadet uns. Noch dazu, wenn man der Spitzenkandidatin in Sachsen, die gegen den Bundestrend um Stimmen kämpft, in den Rücken schießt."(Rheinische Post, 18.9.99) Als sächsische Spitzenkandidaten der Grünen hatte sie im Vorfeld der Wahlen angekündigt, sie stehe zu der "besonderen Verantwortung, vor der ich mich auch im Fall einer bitteren Niederlage nicht drücken werde". (FR, 15.9.99) Kein Wunder, daß da Spekulationen über einen möglichen Rücktritt auch vom Posten der Bundesvorstandssprecherin aufkamen. Da aber Röstel wohl weiß, wem sie ihren Posten zu verdanken hat, betonte sie, es sei zu begrüßen, wenn sich der Außenminister als "populärster Politiker der Grünen" stärker in die Parteiarbeit "einklinken" wolle. "Ein dauerhafter Erfolg wird nur ein gemeinsamer sein."

Ihre Sprecherkollegin Antje Radcke, die den Posten auf dem linken Ticket bekam, schlug gemäß der grünen Rollenverteilung härtere Töne an: Fischer "scheint zu glauben, daß die Partei auf den Knien vor ihm hinrutscht und um seine Hilfe fleht". (B.Z., 19.9.99) Es stehe ihm gar nicht zu, solche Forderungen zu erheben, betonte sie trotzig, über diese Fragen entscheide immer noch die Bundesdelegiertenkonferenz (BDK). "Unterwirft sich die Partei dem populärsten Politiker Deutschlands, oder bringt sie sich um ihre Existenz", fragte Ende September der Spiegel scheinheilig. Seit eineinhalb Jahren verliert Bündnis 90/Die Grünen regelmäßig bei Wahlen. Langsam macht sich Nervosität in ihren Reihen breit. Vor allem die Ergebnisse der Kommunalwahl in NRW und bei den Abgeordnetenhaus- und Bezirkswahlen in Berlin beunruhigen. Mit einem Minus von 2,9 Prozentpunkten erreichten die NRW-Grünen ihr schlechtestes Ergebnis, seit sie dort zum ersten Mal 1984 antraten. Das einstellige Ergebnis in Berlin ist ein deutliches Zeichen, daß Teilen der grünen Wählerschaft angesichts der Leistungen der Grünen in der Bundesregierung die Geduld ausgeht.

"Abrutschen in die Bedeutungslosigkeit"

Das schlechte Abschneiden von Bündnis 90/Die Grünen in Ostdeutschland war nicht überraschend. Das zufriedenstellende Ergebnis bei der Bundestagswahl im September 1998, als die Partei in den ostdeutschen Bundesländern 5,2% erreichte, wurde bei den Europawahlen im Juni 1999 halbiert. "Wir drohen in die Bedeutungslosigkeit abzurutschen", warnte Reinhard Bütikofer, der politische Geschäftsführer der Partei, im Vorfeld der ostdeutschen Landtagswahlen. (schrägstrich, 07-08/99) Im Nachhinein erwies sich sogar Bütikofers Erwartung, man werde im Osten rund drei Prozent der WählerInnen erreichen, als übertrieben. "Das Wunder ist möglich", "Grün muß drin sein" und "Jetzt erst recht" - mit solchen Sprüchen machten sich die

Grünen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen Mut. Aber es half nichts. 2,6% in Sachsen, 1,9% in Brandenburg und ebenso viel in Thüringen, das waren die niederschmetternden Ergebnisse.

In der Parteiführung und in der Bundestagsfraktion ist man mehrheitlich der Meinung, das schlechte Abschneiden sei beileibe nicht eine Folge der Politik der Bundesregierung und der blamablen Rolle, die die Grünen dabei spielen. Ganz Regierungspartei, sieht man vor allem ein "Vermittlungsproblem". Das Erscheinungsbild der Grünen stimme halt nicht, die politische Stoßrichtung dagegen sehr wohl. Wenn Kritik am Sparpaket der Bundesregierung geübt wird, dann nicht wegen der "sozialen Schieflage", sondern weil die Einschnitte nicht weit genug gehen. Noch Ende September verlangte beispielsweise die wirtschaftspolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion, Margareta Wolf, in einem Grundsatzpapier eine radikale Abkehr vom bisherigen Kurs staatlicher Regulierung und Einflußnahme. Das Sparpaket der Bundesregierung könne lediglich ein erster Schritt sein, da die hohe Arbeitslosigkeit strukturelle Ursachen habe, heißt es dort. Dazu zählten die geringe Flexibilität der Arbeits- und Gütermärkte sowie die hohen Lohnnebenkosten. Ein echter Aufbruch sei nur durch entschlossenen Abbau von Bürokratie und Deregulierung sowie durch Liberalisierung und Lohnöffnungsklauseln erreichbar.

Teile der Mitgliedschaft und immer mehr WählerInnen wollen das aber nicht verstehen. "Positionsveränderungen durch neue Inhalte sind nicht in die grüne Identität eingegangen, nicht verinnerlicht", so Fischers messerscharfe Analyse. Ein echtes Schulungsproblem sei das, so Joschka Fischer. (Bild, 22.9.99) Und da er die gegenwärtige Führung nicht für geeignet hält, das richtige Schulungsprogramm in der Partei durchzusetzen, mobbt er los. Gleichzeitig tritt er, unterstützt von den Medien, dafür ein, die Trennung von Amt und Mandat bei den Grünen aufzuheben. Fischers dream team für die Parteispitze besteht nämlich aus dem baden-württembergischen Fraktionsvorsitzenden Fritz Kuhn und seiner Berliner Kollegin Renate Künast. Als ParlamentarierInnen kämen sie aber nach geltendem grünen Statut nicht für diese Posten in Frage. Eine Änderung des Statuts ist allerdings nur mit einer Zweidrittelmehrheit auf einer BDK möglich.

Gute Politik, mieses "Erscheinungsbild"

Schon im Vorfeld, aber vor allem nach der Berlinwahl mehren sich die Stimmen in der Partei, die die Politik der Bundestagsfraktion und die "Performance der Partei auf der Bundesebene", so die Berliner Landessprecherin Regine Michalik, kritisieren. (taz, 12.10.99) Schon der grüne Parteirat hat am 20. September Korrekturen angemahnt: "Die entscheidenden Schwächen unserer Partei liegen derzeit in der Politik auf Bundesebene ... Zu sehr verschwimmt in manchen Bereichen das grüne Profil." (1)

Seitdem gab es diverse Treffen zwischen den Spitzen der Bundestagsfraktion, der Partei und den grünen Kabinettsmitgliedern, bei denen es um die Möglichkeit einer grünen Profilierung in der Regierung ging. Durch einen Kurs des "begrenzten Konflikts" soll bei den Themen Transrapid, Atomausstieg und Asylpolitik grünes Profil gezeigt werden. Dadurch soll dem weitverbreiteten Eindruck begegnet werden, die Grünen würden von vornherein bei den Verhandlungen mit der SPD zurückstecken.

Seit der Niederlage in Berlin haben nun auch Bündnis 90/Die Grünen die Bedeutung der "sozialen Gerechtigkeit" erkannt - zumindest wollen sie diesen Eindruck erwecken. Schon der Parteiratsbeschluß vom 20. September benannte das Thema: "In der öffentlichen Debatte über soziale Gerechtigkeit haben wir in den letzten Monaten viel zu defensiv agiert." Falsch liegt, wer erwartet, nun würden die neoliberalen Vordenker in der Bundestagsfraktion an die Kandare genommen. Selbst der Parteirat blieb in seinen Empfehlungen auf Linie: "Da wir sowohl eine Vermögensabgabe als auch eine Neueinführung der Vermögenssteuer aktuell nicht für sinnvoll halten, wollen wir ... für mehr Steuergerechtigkeit sorgen." Konkretes Vorhaben: Die Steuerhinterziehung bei Zinserträgen soll bekämpft werden. Ansonsten sollen untere und mittlere Einkommen sowie Kleinunternehmer und Kleinaktionäre steuerlich entlastet werden.

Auf den ersten Blick erscheint es, Fischer sei mit seinem Vorstoß nicht durchgekommen. Von einem "Politikproblem" wollte er nichts wissen. Für ihn waren die Niederlagen bei den letzten Wahlen und das schlechte Erscheinungsbild der Partei Ergebnis von Unprofessionalität und internen Strukturproblemen. Anfang Oktober allerdings hat eine Vorstandskommission Vorschläge zur Parteireform vorgelegt, die durchaus auf Fischers Linie liegen. Zwar ist eine radikale Reform, wie sie der Außenminister gewollt hat (ein Vorsitzender, ein Generalsekretär) vom Tisch, vorgeschlagen wird aber: die Einrichtung eines Präsidiums als Ersatz für den Parteirat und drei Varianten, die eine zukünftige Vereinbarkeit von Amt und Mandat ermöglichen

sollen. Egal für welche Variante sich die grünen Delegierten auf dem Parteitag im März entscheiden, sicher ist, daß danach Abgeordnete und Minister auch Spitzenämter in der Partei übernehmen dürfen.

Das "Ablenkungsmanöver" (so die Kritik der Parteilinken) wird wohl funktionieren, selbst wenn der worst case eintritt: Falls im Winter Castor-Transporte rollen, ohne daß vorher ein von der Basis akzeptiertes Konzept für den Atomausstieg vorliegt, wird es unweigerlich einen Sonderparteitag geben. Im Zweifelsfall werden wohl die Delegierten dem Verbleib in der Regierung zustimmen, gleichzeitig wird Fischer die Strukturreform durchsetzen und mit Renate Künast als Bundessprecherin die gemäßigte Parteilinke eingebunden haben.

mb., Berlin

Anmerkung:

1) Beschluß des Parteirats am 20.9.99 "Aktuelle Lage und Konsequenzen"

38. Auf dem "Dritten Weg" ins 21. Jahrhundert? Überlegungen zur neuen Sozialdemokratie

Autor: Martin Dieckmann · Rubrik: SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:37

Worum unter Schlagworten wie New Labour und Neue Mitte gerungen wird, ist mehr als eine neue Variante von Neoliberalismus. Das neue Regulationsmodell von oben bindet vielmehr aus alter Sozialdemokratie, Liberalismus und Konservativismus die reaktionärsten Elemente zusammen. Vor diesem Hintergrund plädiert der folgende Beitrag für eine linke Widerstandsperspektive, die sich nicht in einer Kritik des Reformismus erschöpft, sondern auch bisherige Grundorientierungen neu überdenkt.

Zuerst im LabournetGermany (www.labournet.de) veröffentlicht, basiert er auf einem Referat, das im September in Hamburg gehalten wurde.

Ende der siebziger Jahre sprach Ralf Dahrendorf vom "Ende des sozialdemokratischen Zeitalters". Ein klassisch gewordener Begriff, an den in den vergangenen Jahren - nach den Wahlen in England und Frankreich 1997 und in Deutschland 1998 - mehrfach erinnert wurde. Zwanzig Jahre nach dem "Ende des sozialdemokratischen Zeitalters" wird die EU mehrheitlich von sozialdemokratischen Parteien beziehungsweise Mitte-Links-Koalitionen regiert. Beginnt also auch das 21. Jahrhundert mit einem neuen Zeitalter der Sozialdemokratie? Aber welcher Sozialdemokratie? Oder handelt es sich lediglich um eine politische Konjunktur, um eine mehr oder weniger zufällige Konstellation, die recht bald wieder beendet werden kann?

Beides trifft zu. Zum einen handelt es sich tatsächlich um eine politische Konjunktur, von der die Sozialdemokratie eine Weile profitieren kann. Zum anderen aber ist diese Konjunktur Teil einer langfristigen Entwicklung, und in dieser Perspektive stellt sich durchaus die Frage nach einem "neuen Zeitalter". Ob es denn ein sozialdemokratisches sein wird, mag dahin gestellt bleiben. Aber es ist gewiß kein Zufall, daß ausgerechnet die Sozialdemokratie zum zentralen Ort geworden ist, an dem die Auseinandersetzungen über diese historischen Perspektiven auf programmatischer Ebene geführt werden. Als Programmpartei, die sich wesentlich über den Sozialstaats-Kompromiß der Nachkriegszeit legitimiert, ist sie existentiell auf eine derartige Orientierungsdebatte angewiesen. Dabei reflektiert die sozialdemokratische Programmdebatte Fragen und Probleme herrschender Politik, denen sich auch konservative und liberale Parteien in der Regierung ausgesetzt sehen werden.

Sowohl in den reformpolitischen wie radikalen Strömungen der Linken schlägt sich dies in ersten Kontroversen über den Charakter der neuen Sozialdemokratie nieder. Zugespitzt in den Formulierungen: "Tod des Neoliberalismus" (Eric Hobsbawm) und auf der anderen Seite: "alter Wein in neuen Schläuchen" (Daniel Bensaïd). Innerhalb der sich gerade erst formierenden gewerkschaftlichen Linken in Deutschland deutet sich eine ähnliche Kontroverse an. Die Frage einfach nach Kontinuität und Bruch innerhalb der neoliberalen Politik zu stellen, scheint mir in die Irre zu gehen. Die Frage selbst wäre anders zu stellen: Ist ein neues Modell gesellschaftlicher Regulation möglich, das den Prämissen neoliberaler Politik folgt und dabei zugleich einen neuen Sozialstaats-Kompromiß beziehungsweise hegemonialen Konsens herbeiführen kann?

Zur Krise

neoliberaler Hegemonie

Was wir Neoliberalismus nennen, ist eigentlich eine fragwürdige Verkürzung und allenfalls geeignet als politischer Kampfbegriff. Fragwürdig deshalb, weil hier die gesamte herrschende Politik des gesellschaftlichen Rollback seit den siebziger Jahren zusammengefaßt wird. Der Begriff "Neoliberalismus" gibt das aber im strengen Sinne nicht unbedingt her. Gewiß ist Neoliberalismus nicht nur eine ökonomische Doktrin, also Neoklassik der alten Schule, sondern weiter und tiefer greifend eine gesellschaftspolitische Ideologie. Deren Kern könnte man auf die Formel bringen: radikale Ökonomisierung aller sozialen und sogar zwischenmenschlichen Beziehungen. Also, in bürgerlicher Terminologie, nicht nur Markt-Wirtschaft, sondern ganz und gar Markt-Gesellschaft, etwas wovon sich Blair und Schröder in ihrem Papier durchaus abgegrenzt haben.

Als praktische Ideologie - und damit als Politik - ist Neoliberalismus eigentlich nicht weniger, aber auch nicht mehr als ein Kampfprogramm, das sich nur über seinen Feind definiert. Und dieser Feind war die historische industrielle ArbeiterInnenklasse, ihre relative Machtposition innerhalb des Sozialstaats-Kompromisses und der sogenannten fordistischen Betriebsweise. Die Stärke und Wirksamkeit neoliberaler Ideologie und Politik haben wir zur Genüge kennen gelernt; diese Stärke ist aber auch ihre Schwäche. Denn der Neoliberalismus birgt in sich keine historische Vision, kein Modell eines alternativen sozialen Konsenses. Ihm fehlt ein wirklich hegemoniefähiges Projekt. Hegemonial konnte und kann er nur in der Zerstörung seines historischen Feindes sein.

Und auch das gelang ihm zu keiner Zeit allein aus eigener Kraft. Sowohl Reagan als auch Thatcher stützten sich zugleich auf den neoliberalen Marktradikalismus und auf neokonservative Ordnungsvorstellungen. Das neoliberale Tabula rasa (gipfelnd im Satz Thatchers: "So etwas wie Gesellschaft gibt es eigentlich gar nicht") mußte ordnungspolitisch flankiert werden von der Wiederbelebung alter, autoritärer Werte, die aber schon lange nicht mehr vollends tradiert werden. Gerade dieses konservative Werte-System wurde durch den Marktradikalismus als Ideologie und Lebensweise untergraben. Die neokonservative Politik blieb und bleibt in einem unauflösbaren Dilemma verfangen: Sie konnte den wesentlichen Akteuren und Trägern der neoliberalen Kultur keinerlei Integrationsangebote machen. Umgekehrt fand gerade der Marktradikalismus bei einem nicht geringen Teil des konservativen Klientels immer weniger Akzeptanz. In dieser inneren Widersprüchlichkeit herrschender Politik war schon latent eine Legitimationskrise angelegt, die im Verlauf der neunziger Jahre zu einer manifesten Krise wurde.

Bei der Bilanzierung der neoliberalen und neokonservativen Politik muß man freilich differenzieren. Auf unterschiedliche Weise - und je nach Land auch in bedeutend unterschiedlicher Intensität - gelang eine sozial-ökonomische Umstrukturierung, ein Umbruch historischer Dimension, in dessen Zentrum die Auflösung der Machtzusammenballungen der ArbeiterInnenklassen stand. Diese Prozesse sind mittlerweile schon oft genug beschrieben worden, Stichworte mögen hier genügen: Auflösung von Unternehmenseinheiten großer Konzentration, Verallgemeinerung von Dienstleistungsbeziehungen, weit hinein in die Sektoren der unmittelbaren Produktion. Damit verbunden ein Rollback in der Relation von Produktivität und Einkommen. Die wichtigsten Erfolge zeitigte die neoliberale Offensive aber gewiß in den Köpfen: in der Durchsetzung und sehr weitgehenden Verinnerlichung von Rentabilitätsnormen, zugespitzt im "Benchmarking" als Common Sense der Lohnabhängigen. Alles zusammen ergibt das Bild des "flexiblen Menschen". Dieses Bild ist deshalb so geschichtsmächtig geworden, weil es eben nicht nur Herrschafts- und Ausbeutungsinteressen artikuliert. Es nimmt auch emanzipative Bedürfnisse auf wie zum Beispiel nach Individualität und Autonomie, um sie freilich umzudrehen und auf diese Weise zu ersticken. Dies funktionierte auch deshalb, weil die fordistische Betriebsweise sowohl von oben wie von unten aufgesprengt wurde, ausgehend von einer breiten Widerständigkeit und auch regelrechten Revolten in den sechziger und beginnenden siebziger Jahren.

Soweit die Erfolgsbilanz der neoliberalen Offensive. Als Kehrseite ist aber auch festzuhalten, daß der Staat, egal in welcher Formationsphase, immer noch Staat der bürgerlichen Gesellschaft ist. Der "flexible Mensch" hat nicht aufgehört, sich in "Proletarier" und "Citoyen" aufzuteilen. Genau auf diesem Terrain schlug die latente Krise neoliberaler Hegemonie in eine manifeste um: nämlich auf der Ebene der sozialen BürgerInnen-Rechte - auch in Fragen von Umverteilung und sozialen Transfers, also der Höhe und Zusammensetzung des "Soziallohns". Der enorme Druck auf die öffentlichen Haushalte ist zwar von Anfang an ein klassenpolitisches und international abgestimmtes Mittel gewesen, um neue Arbeitsverhältnisse durchzusetzen und um massiven Druck auf das gesellschaftliche Einkommen auszuüben. Aber die sozialen Proteste, Bewegungen und Kämpfe seit Beginn der neunziger Jahre fanden eben nicht in erster Linie im Bereich der unmittelbaren Arbeitsbeziehungen statt, sondern auf sozialstaatlicher Ebene.

New Labour als Herrschaftsmodell

Die wohlfahrtsstaatlichen Systeme sind dabei nicht nur Bezugspunkt von sozialen Gerechtigkeitsvorstellungen geblieben, sie sind es auch auf neue Weise geworden. Denn auch die neuen prekarisierten Arbeitsverhältnisse brauchen sozusagen als Schmiermittel für den "flexiblen Menschen"eine sozialstaatliche Vermittlung und Kontrolle, auch durch Mindestgarantien. Insofern haben die bisherigen Formen von sozialem Protest, Unruhe oder Widerständigkeit maßgeblich dazu beigetragen, auf der Ebene der Macht nach neuen Formen für einen herrschaftlichen Konsens zu suchen.

Auf gesellschaftlicher Ebene scheint die wohlfahrtsstaatliche Ideologie zur "moralischen Ökonomie" der Lohnabhängigen geworden zu sein, unabhängig von der historischen Realität der Sozialstaatssysteme. An diesem Punkt setzte auch die politische Konjunktur der Sozialdemokratien als Anschein eines neuen "sozialdemokratischen Europas" ein. Bei näherem Hinsehen ergibt sich, daß diese sozialdemokratischen Mehrheiten real entweder keine sind oder auf einer höchst prekären Wählerbasis beruhen. Die bisherigen liberalen und konservativen Regierungen wurden lediglich abgewählt. Die Erwartungen in neue Regierungen dürften weit auseinander gehen, wenn es denn überhaupt noch positive Erwartungen gibt. Entsprechend gibt es auch keine europäische sozialdemokratische Politik, schließlich hat es sie im Rahmen der europäischen Integration noch nie gegeben. Aber es gibt einen programmatischen Streit, in dem New Labour federführend geworden ist. Diese Debatte nimmt nur auf, was unter dem höchst schemenhaften Begriff der "sozialen Gerechtigkeit" von rechts bis links auf die Tagesordnung gesetzt wird. Auf bemerkenswert übereinstimmende Weise wird dabei die Erosion des "gesellschaftlichen Zusammenhalts" (Joachim Bischoff) bzw. der "soziale Bruch" (Jacques Chirac) beklagt und ein "neuer Gesellschaftsvertrag" eingefordert.

Wenn auch mit erheblichen Modifikationen im Detail, ist sich die Linke in den Grundzügen bei der Analyse der aktuellen historischen Phase relativ einig. Daß es sich nämlich um langfristige Transformationsprozesse handelt, um Transformationen des sogenannten fordistischen Regulationstyp und darin des keynesianischen Wohlfahrtsstaates, hin zu einem neuen Typ kapitalistischer Regulation. Dabei kann dieser neue Regulationstyp erst Ergebnis beziehungsweise Resultante einer Vielzahl von Konflikt- und Kampfsituationen auf allen gesellschaftlichen Ebenen sein. Derartige Regulationsmodelle sind nicht nur in ihrer Durchsetzung politisch-sozial und kulturell-ideologisch strukturierte Klassen-Verhältnisse. Die Auseinandersetzungen darum bringen selbst auch neue Klassenzusammensetzungen hervor.

Das, was man Regulationstyp nennt, beruht als dauerhaftes Herrschaftsmodell auf einem sozial-kulturellen "Block" von Klassenfraktionen - als dem Kräftezentrum gesellschaftlicher Hegemonie. Damit ist vielleicht auch klar, was ein neues historisches Projekt der Sozialdemokratie alles erfüllen muß. Es reicht eben nicht aus, eine grobe Plattform für Regierungspolitik oder ein Rahmenwerk von bloßen Regulierungsmaßnahmen auszuarbeiten. Damit können zwar Leitideen transportiert werden, es ersetzt aber noch nicht die gesellschaftliche Auseinandersetzung um dieses Projekt und damit die Herausbildung wirklich tragender sozialer Kräfte. Ein hegemoniales Projekt braucht soziale Leitfiguren, die das leben, woran andere sich orientieren.

Betrachtet man New Labour und Neue Mitte von den politisch-ideologischen Grundlagen her, dann beeindruckt diese Konzeption weniger durch Kontinuität oder Bruch innerhalb der neoliberalen Logik, als vielmehr durch den integrativen Charakter der Ideologiebildung. Sie liefert eine Art historische Synthese realer Politiken und Ideologien, in der zwischen den inneren Widersprüchen der bisherigen herrschenden Politik vermittelt wird. Und diese Vermittlung selbst, also auch die Art und Weise der Konsensschaffung ist das eigentlich Neue. Das läßt sich anhand von drei zentralen Elementen von New Labour und Neuer Mitte beschreiben: am System eines nationalen Wettbewerbs-Korporatismus, am Bruch mit tradierten Sozialstaats-Ideologien und anhand der Sozialpolitik der repressiven Einschließung.

Wettbewerbs-Korporatismus und Pflichten-Ethik

Kernstück des nationalen Wettbewerbs-Korporatismus ist in Deutschland das Bündnis für Arbeit, wobei dessen Form schon sein wesentlicher Inhalt ist. Es ist von vorneherein darauf angelegt, daß Gewerkschaften und Unternehmerverbände als die entscheidenden "Akteure" gelten. Vermittelt über die Regierung als Moderatorin werden diese Akteure in allen Fragen von Arbeits-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik einem Vereinbarungszwang ausgesetzt, und zu dieser Konsensbildung sind sie auch legitimiert. Das führt unter anderem zu erheblichen Veränderungen der traditionellen Formen des institutionalisierten Konfliktes - weg von dem kontrollierten Kräftemessen in einer konfliktorischen Sozialpartnerschaft.

Das ganze Rahmenwerk beruht auf einer einzigen, aber zentralen Prämisse, die von allen "Akteuren" akzeptiert wird, nämlich die zum Sachzwang erhobene Logik eines nationalen Wettbewerbsstaates. Ist einmal die frühere Form von institutionalisierten Konflikten durch das Regelwerk eines institutionellen Konsenszwanges abgelöst worden, ergeben sich aus dieser Prämisse alle weiteren Vereinbarungen (fast) von selbst. Im Unterschied zur Politik der Kohlschen Ära, insbesondere im Gegensatz zu der letztlich gescheiterten Offensive gegen die gewerkschaftliche Rest-Macht in den industriellen Kernbereichen, wird hier den

Gewerkschaften das Angebot gemacht, als Ordnungsfaktor wieder integraler Bestandteil einer Regulierungspolitik zu werden. Genau zu diesem Zweck haben diese sich ja zwischenzeitlich auch als "Gegenmacht" erfolgreich in Szene setzen können - so in den Aktionen 1996.

Implizit wird damit den Gewerkschaften auch ein weitgehendes gesellschaftspolitisches Mandat übertragen, das über die eigene Klientel hinausgeht: nämlich über alle Belange der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik mit zu bestimmen. Das heißt, eine Art Bestandsschutz von Kerngruppen der Lohnabhängigen, der tendenziell zu Lasten einer solidarischen Sozialpolitik geht, wird damit möglich. Hier deutet sich die Trägerschaft eines möglichen neuen "Sozialpaktes" an, eine Schicht oder Fraktion der Lohnabhängigen, die sich - von durch Grundsicherungsbeiträgen abgesehen - mittels Anteilen am Betriebsergebnis und Zusatzversicherungen aus der sogenannten Solidargemeinschaft verabschieden kann.

New Labour vollzieht einen erklärten Bruch mit sozialen Rechten als "unbedingten Ansprüchen". Anthony Giddens hat das offen formuliert: "Die Sozialdemokratie alten Stils neigte (...) dazu, Rechte als unbedingte Ansprüche zu behandeln. Mit der zunehmenden Individualisierung sollte eine Zunahme der Verpflichtungen des Einzelnen einhergehen." (1) Dahinter verbirgt sich ein Wertewandel mit nachhaltigen Folgen. New Labour macht gegen den Neoliberalismus den Vorrang des Konsenses geltend, der aber nicht mehr durch alt-konservative Werte beschworen wird. Aufgegriffen wird stattdessen die hartnäckige Liberalismus-Kritik seitens der kommunitaristischen Theoretiker. Gesellschaft wird als "Gemeinschaft" voran gestellt.

Wir finden hier einen doppelten Bruch vor. Einerseits mit der Vorstellung von sozialen BürgerInnen-Rechten als "unbedingten Ansprüchen", also mit der historischen Sozialstaats-Idee, wie sie von unten interpretiert wurde. Andererseits wird hier aber auch ein Bruch mit dem neoliberalen Freiheits-Diskurs vollzogen. Der Vorrang von Gesellschaft als "Gemeinschaft" in Gestalt einer Pflichten-Ethik verleugnet sogar noch die rein liberale Dimension von Freiheit. Ein Umstand, der selbst Dahrendorf zur harschen Kritik veranlaßte: "Dem Dritten Weg geht es nicht um offene Gesellschaft oder Freiheit. Er hat tatsächlich einen merkwürdig autoritären Anflug, und dies nicht nur in der Praxis." (2) Nicht einmal in bescheiden reformerischer Hinsicht legitimieren sich New Labour und Neue Mitte durch irgend ein emanzipatives Versprechen. Wo Thatcher nicht mehr wußte, ob es überhaupt "so etwas wie Gesellschaft" gäbe, wird die Gesellschaft des nationalen Wettbewerbsstaates - in der Identifizierung mit Gemeinschaft - ideologisch totalitär gegen die Einzelnen.

Gemeinschaft,

Pflicht, Repression

Dies schlägt ganz und gar durch im Diskurs gegen "Ausgrenzung", nämlich durch die Betonung der "Inklusion", der Einschließung, gegenüber Ausgrenzung und Ausschließung. Geschickt wird an die Kritik sozialer Ausgrenzung angeknüpft, aber es handelt sich hier um eine Ideologie repressiver Einschließung. Die klar ausgesprochene Politik des Arbeitszwangs hat dabei wahrscheinlich erst in zweiter oder dritter Linie eine unmittelbar ökonomische Bedeutung. Zentral ist dagegen die weit über die unmittelbare ökonomische Anwendung hinaus gehende ideologische Aufladung "der Arbeit" als Pflicht zur Pflicht.

Im alten gewerkschaftlichen Arbeitsethos ("die Müßiggänger schiebt beiseite ...") dürfte diese Ideologie der Arbeit als Gemeinschaft stiftende Pflicht einen nachhaltig schwingenden Resonanzboden finden. Ebenso unverkennbar sind mehr als nur Berührungspunkte mit Sozialrassismen, die sich identisch in autoritären sozialdemokratischen wie rechtsextremen Traditionen finden lassen. Daß damit die repressive Einschließung zur inneren Abgrenzung wird, liegt auf der Hand. Die Blairsche Formel der "Radikalen Mitte" klingt vor diesem Hintergrund als neuer Oberton einer bekannten Melodie: der Radikalisierung der "Mitte der Gesellschaft", freilich ohne deren dumpfen Klang.

Die Einschließung befriedigt den Ruf nach Solidarität, ihr repressiver Charakter bestätigt wiederum das Abgrenzungsbedürfnis der real oder nur imaginär Privilegierten innerhalb der Hierarchie von Anerkennung und Elend. Jede Vorstellung von sozialen Rechten als "unbedingten Ansprüchen" wird bereits im Ansatz unterbunden. Die Frage Viviane Forresters (in "Terror der Ökonomie"), ob man sich denn sein Recht zu leben erst verdienen müsse, wird in der "Radikalen Mitte" auf neue Weise zu einer rhetorischen Frage. Es gibt nur eine einzige Antwort - ein Ja.

Die neue Sozialdemokratie tritt zwar in neuer Gestalt auf die Bühne, freilich in Kostümen und mit Requisiten, die man schon aus früheren Inszenierungen kennt: als Sozialdemokratie, Konservatismus und Liberalismus in neuer Zusammensetzung. Unter der Hand ergibt sich daraus ein Gesamtbild, das aus allen diesen historischen Traditionen die reaktionärsten Tendenzen zusammenführt. Der Kern des Ganzen (wenn man so will, als Paradigmenwechsel) besteht im Bruch sowohl mit den sozialen "Rechten als unbedingten Ansprüchen" in alt-sozialdemokratischer Lesart als auch mit dem liberalen Versprechen individueller Freiheiten. Erst durch diesen doppelten Bruch können New Labour und Neue Mitte die historische Kontinuität neoliberaler Herrschaftsstrategien sichern. Insoweit geben New Labour und Neue Mitte durchaus dem sozialen Druck in Richtung auf ein neues Konsensmodell nach und schaffen damit einem "neuen Gesellschaftsvertrag" eine adäquate Form. Darüber hinaus schaffen New Labour und Neue Mitte ein institutionelles Rahmenwerk und verfügen dabei über eine schlüssige Leitidee: Workfare als soziale Zwangsintegration.

Freilich sind dies bloß notwendige, aber noch nicht hinreichende Bedingungen für ein "neues Zeitalter" herrschaftlicher Regulation und Hegemonie. Die entsprechenden sozialen und kulturellen Träger lassen sich zwar durchaus schon ausmachen, entschieden ist darüber jedoch nicht. Trotzdem kann man feststellen, daß die Dynamik der bisherigen sozialen Auseinandersetzungen Modelle wie die von New Labour begünstigt. Dies ist eben nicht davon abhängig, ob die Transformation der Sozialdemokratie zur Neuen Mitte gelingt, auch nicht davon, ob es überhaupt eine Sozialdemokratie in der Regierung gibt. Entscheidendes Erfolgskriterium wird sein, wieweit es einerseits gelingt, die sozialen Rechtsansprüche auf bloße Mindeststandards zu reduzieren (also staatlich garantierte Grundsicherung von Einkommen in allen Formen, einschließlich Rente und Lohn), und andererseits eine breite Akzeptanz für die Politik und Ideologie repressiver Einschließung zu schaffen.

Daraus ergäbe sich dann eine verfestigte soziale Hierarchisierung, was freilich auch für die privilegierten Kerngruppen relativ stabile Existenzbedingungen voraussetzt. Ein neues Integrationsmodell findet heute immer noch seine Grenzen dort, wo auch diese Kerngruppen den verschiedenen Varianten der flexiblen Selbstausbeutung und zunehmender Prekarisierung ausgesetzt sind. Als Zielgruppen sind sie schon längst ausgemacht: nicht nur die Kernbelegschaften der Exportindustrie, sondern im Allgemeinen jene von den Sozialwissenschaften ausgemachte neue Zentralfigur der "WissensarbeiterInnen", "SymbolanalytikerInnen", "SystemregulierernInnen" oder schlicht der "neue ArbeitnehmerInnen-Typ", der noch in den achtziger Jahren als sozialer und kultureller Träger eines rot-grünen Reform-Projektes galt. Darin kann man den wichtigsten Adressaten von New Labour in Deutschland erkennen und somit vielleicht auch die Zentral- oder Leitfigur eines neuen Regulationsmodells.

Radikalisierter oder "radikaler" Reformismus?

Was heißt das für die (linke) Linke? Um mit den Gefahren zu beginnen: Die Hauptgefahr besteht meines Erachtens in der "Zwanzig-Prozent-Falle". Damit ist die Einschätzung gemeint, Rotgrün gebe binnen kurzer Zeit mindestens zwanzig Prozent aller gesellschaftspolitischen Essentials auf, und diese müßten und könnten nun von einer linken Opposition besetzt werden. Gregor Gysi führt dies mit seinen Thesen für einen "modernen Sozialismus" vor. Darin liegt nicht nur eine Gefahr, es handelt sich auch um einen schwerwiegenden Irrtum. Der Irrtum besteht darin, so etwas wie einen fest definierten politischen Raum anzunehmen - mit entsprechenden freien oder besetzten Plätzen. In Wahrheit ist es aber so, daß ein schlichtes Nachrück-Verfahren diesen Raum immer weiter eingrenzt. Zudem läßt es die Linken auf hoffnungslosen Positionen zurück. Oder will man notfalls sogar mit dem Godesberger Programm der SPD gegen die Neue Mitte zu Felde ziehen?

Das gilt auch für den alten familiären Diskurs mit der Sozialdemokratie, der von einem Teil der Linken regelrecht verinnerlicht worden ist: die Sozialdemokratie mit ihren Versprechen zu konfrontieren oder ihren "Verrat" zu entlarven, was letztlich auf dasselbe hinaus läuft. Es setzt gemeinsame Maßstäbe voraus, die aber weder die alte noch die neue Sozialdemokratie anbieten. In der derzeitigen Auseinandersetzung zum Beispiel die traditionelle sozialdemokratische Richtung gegen die neue stark zu machen - und das gilt analog für innergewerkschaftliche Kritik am Bündnis für Arbeit -, setzt eben gemeinsame Maßstäbe der Kritik voraus.

Gerade in den entscheidenden Kontroversen um die grundlegenden Orientierungen wie "soziale Gerechtigkeit" oder "Arbeit" zeigt sich, daß die KritikerInnen der Neuen Mitte auch deren Wegbereiter sind. Die Schwierigkeit für die (linke) Linke besteht gerade darin, daß sie sich überhaupt wieder neu bestimmen muß. Also eine Art Selbst-Schöpfung ohne Feind- und Vorbild. Damit stehen wir zwar nicht am Nullpunkt, aber die Bedingungen

für eine derartige Selbst-Bestimmung sind äußerst prekär. Mit der Auflösung sozialer und politischer Formationen, die als Sozialdemokratie und Kommunismus prägend für das 20. Jahrhundert waren, hat auch die linke Linke ihre konkreten, negativen wie positiven Bezugspunkte eingebüßt. Die traditionelle "Kritik des Reformismus" fällt zusammen mit einer "Kritik der Revolution", auch wenn letztere eher verhalten geübt wird. So sehr sich die Linke in der alltäglichen Praxis finden und definieren muß: Dies geht nicht ohne eine Debatte über grundsätzliche Orientierungen. Tagespolitik und Grundsatzdebatte fallen nicht zusammen, können aber auch nicht aufeinander reduziert werden.

Zu dieser grundsätzlichen Debatte gehört die Frage, welchen Erbteil des historischen Sozialismus wir annehmen und welchen wir verweigern. Die Erbschaft des historischen Sozialismus - sowohl in sozialdemokratischer wie kommunistischer Tradition - besteht noch immer im Tausch der Freiheit gegen die Gleichheit. Im Diskurs über die "soziale Gerechtigkeit" wirkt das stark nach. Politische Strömungen wie die PDS, insbesondere aber auch die traditionelle Gewerkschaftslinke, verharren in einem Diskurs sozialer Gleichheit ohne freiheitliche Dimension - nicht zuletzt in der Kritik an New Labour und Neuer Mitte. Aber auch alle anderen werden davon eingefangen, weil die permanente Defensivposition dies offenbar nicht anders möglich macht: Verteidigung des Sozialstaates, Verteidigung tarifpolitischer Regulierung ... und so weiter? Auf Dauer wird die Linke so zur Gefangenen jener Politik, der sie widerstehen will.

Dieser grundsätzlichen Aspekt ist deshalb zu betonen, weil er in der täglichen Praxis von unmittelbarer Bedeutung ist. Die gesamte Dynamik der Erosion traditioneller Sozialstaatssysteme bringt einen populären Konservatismus, also sozial reaktionäre Orientierungen, weit nach vorn und macht das autoritäre Element im traditionellen sozialdemokratischen Diskurs äußerst stark. Die Linke ist einem gefährlichen Sog zum Wohlfahrts-Etatismus ausgesetzt, der sie immer weiter weg führt von der eingreifenden Untersuchung und praktischen Suche nach real existierenden emanzipativen Bedürfnissen.

Ohne dies hier weiter ausführen zu können, will ich das an der Differenz zwischen bloß radikalisiertem Reformismus und tatsächlich radikalem Reformismus verdeutlichen: "Radikalisierter Reformismus" ist nicht mehr und nicht weniger als die traditionelle Reform-Linke im mobilisierten Zustand. Wobei sich an den grundlegenden Orientierungen nichts ändert: ein etatistisches Konzept von Vergesellschaftung, das nicht einmal mehr eine wirkliche Alternative zur kapitalistischen Vergesellschaftung enthält, sondern lediglich eine Entwicklungsvariante (staats-) kapitalistischer Regulation ist.

Demgegenüber hat Joachim Hirsch mit dem etwas unglücklichen Begriff des "radikalen Reformismus" in erster Linie nicht- und anti-staatliche Selbstorganisierungsprozesse gemeint, die sich als Gegenmacht auch institutionell niederschlagen beziehungsweise absichern. Also sehr wohl "schrittweise Veränderung grundlegender Vergesellschaftungsstrukturen", aber durch "Kampf und radikalen Bruch mit den gegebenen gesellschaftlichen und politischen Strukturen." (3)

Bezogen auf den derzeitigen politisch-ideologischen Mainstream, der bei allen Irrungen und Wirrungen der Schröder-Regierung meines Erachtens eindeutig auf New Labour und Neue Mitte zielt, aber auch bezogen auf die schwachen Tendenzen einer sozialen Opposition gegen New Labour und Neue Mitte, heißt dies: auf dem derzeitigen Hauptkampfplatz, nämlich dem Kampf um soziale BürgerInnenrechte, diese sozialen Rechte nicht nur als "unbedingte Ansprüche" zu verteidigen, sondern unmittelbar dazu überzugehen, Ansprüche konkret zu artikulieren. Und zwar nicht allein auf der Ebene sozialstaatlicher Garantien, sondern als praktische, organisierte Aneignung.

Der Verlust dieser Aneignungsperspektive zugunsten einer reinen Verteilungsperspektive (egal, ob Verteilung von Arbeitszeit oder von sogenanntem Reichtum) macht die historische Schwäche der Linken aus. Das führt auch unmittelbar zurück zum Ausgangspunkt, den sozial-ökonomischen und kulturellen Umbrüchen seit den achtziger Jahren. Es geht schließlich auch darum, den Kampfplatz selbst zu verschieben: nicht nur am Ort des Citoyen zu agieren, sozusagen als radikalisierte Sozialstaats-BürgerInnen, sondern dort, wo der flexible Mensch jeden Tag erzeugt wird und sich selbst erzeugt also in der "Welt der Arbeit".

Man muß keine Illusionen haben, um hoffen zu können. Die Umrisse eines neuen korporativen Sozialpaktes und seiner grundsätzlichen Orientierungen im Rahmen eines nationalen Wettbewerbsstaates sind vielleicht absehbar. Aber noch kann um mehr als nur die Modalitäten gestritten werden. Also sind eine Reihe von Konflikt- und sogar Kampfsituationen zu erwarten. Deshalb hat die (linke) Linke nicht um derartige Modalitäten

zu kämpfen, sondern um eine links-sozialistische, libertäre Alternative. Nach der sie freilich im Getümmel der eigenen Bewegung erst noch suchen muß.

Martin Dieckmann

Anmerkungen:

1) Anthony Giddens: Der Dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt am Main 1999, S. 81

2) Ralf Dahrendorf: New Labour und Old Liberty - Kommentare zum Dritten Weg, in: Neue Zürcher Zeitung, 14.7.1999

3) Joachim Hirsch: Sozialismus - oder was sonst? in: Frank Deppe, Sabine Kebir u.a.: Eckpunkte moderner Kapitalismuskritik, Hamburg 1991, S. 20

39. Ein schmutziges Geschäft. Betr.: "Schleuser und Schlepper" (ak 430) - Einwände und Ergänzungen

Autor: Js. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:01

Das AutorInnenkollektiv der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (im folgenden: FFM) plädiert dafür, die politischen Kampfbegriffe "Schleuser und Schlepper" durch den Begriff der "kommerziellen Fluchthilfe" zu ersetzen und Fluchthilfe als "Dienstleistung" zu definieren, die angemessen (d.h. ziemlich teuer) bezahlt werden muß. Dafür spricht einiges, das hier nicht wiederholt werden muß.

Die Bedingungen, unter denen Flüchtlinge auf die Dienstleistung Fluchthilfe zurückgreifen, werden in dem Artikel allerdings teilweise schönfärberisch dargestellt. FFM schreibt, drei Viertel der "illegalen Grenzübertritte" würden "in Eigenregie" versucht. Angenommen, diese Zahl stimmt, dann sagt sie immer noch nichts aus über die Motive der Flüchtlinge in Eigenregie. Man sollte doch annehmen, daß Menschen bei einem so heiklen, wenn nicht lebensgefährlichen Unternehmen wie dem heimlichen Überschreiten der EU-Grenze gern auf sachverständige Hilfe zurückgreifen würden; dafür spricht auch, daß Flüchtlinge aus außereuropäischen Ländern eher auf Fluchthilfe zurückgreifen als osteuropäische Flüchtlinge. Wenn insgesamt die überwiegende Mehrheit sich lieber selbst durchzuschlagen versucht, ist das nur bedingt Ergebnis freier Entscheidung. Vermutlich verzichten viele auf Hilfe:

- weil sie sich die nicht leisten können

- weil sie keine Fluchthelfer finden

- oder weil der "Leumund" der in Frage kommenden Fluchthelfer Geschäfte mit ihnen nicht geraten erscheinen läßt.

Leider können die Flüchtlinge nicht einfach zu einem billigeren und/oder seriöseren Anbieter wechseln. Die Versicherung von FFM, "auch die AnbieterInnen von Fluchthilfe (seien) auf einen guten Ruf angewiesen", unterstellt einen kundenfreundlichen Markt von Konkurrenten; gleichzeitig schreibt FFM richtig, daß die "mündliche Vereinbarung" der Vertragsparteien "nicht einklagbar" ist.

Das einseitige Abhängigkeitsverhältnis wäre vielleicht noch hinnehmbar, wenn die Fluchthelfer denn "gute Arbeit für gutes Geld" leisten würden. Das ist aber leider oft nicht der Fall. FFM wertet "Todesfälle und Unfälle" als Ergebnis "schlecht organisierter oder fahrlässiger Fluchthilfe" - eine Verharmlosung: Wenn Flüchtlinge in einem Container ersticken, dann kann man wohl kaum von einem Unfall reden - ihr Tod wurde (billigend?) in Kauf genommen. Man mag das auf die sprichwörtlichen "schwarzen Schafe" schieben, "die es überall gibt". An den Südgrenzen der EU sind diese "schwarzen Schafe" zumindest eine bedeutende Minderheit, wenn nicht die Mehrheit. Daß die Mittelmeerregion in dem Artikel nicht erwähnt wird - obwohl es darin doch ausdrücklich um die "EU-Außengrenzen" geht - ist ein großer Mangel. Allein Italien hat eine 7.000 km lange Küste und ist damit das bevorzugte Zielland für Flüchtlinge aus Osteuropa, Asien und Afrika.

An der Südgrenze der EU sind Flüchtlinge in erheblichem größerem Umfang von Fluchthilfe abhängig - sie müssen ein Meer überqueren, das selbst an seiner schmalsten Stelle, zwischen Albanien und Italien, immer noch 75 km breit ist. Dabei kommt es immer wieder zu Todesfällen oder riskanten Rettungsaktionen. Die in den Medien gezeigten schrottreifen und häufig überfüllten Schiffe kann jeder Süßwassermatrose als nicht seetüchtig identifizieren. Zur groben Fahrlässigkeit, verursacht durch Profitgier, gesellt sich vielfach Gewalttätigkeit. Einige spektakuläre Fälle aus dem Geschäftsleben der Fluchthilfe-Organisationen:

- Im November 1996 ertranken bei einer Verladeaktion zwischen Malta und Sizilien 289 Flüchtlinge aus Kurdistan, Pakistan, Indien und Sri Lanka.

- Im Juli 1997 ertranken 40 kurdische Flüchtlinge, als ihr Schiff in der Ägäis sank.

- Im Oktober 1997 verhinderten 250 kurdische Flüchtlinge, daß das Schiff "Asiye Asa" von Fluchthelfern vor der italienischen Küste versenkt werden konnte.

- Im November 1997 strandete ein Schiff mit 769 kurdischen Flüchtlingen vor Santa Maria di Leuca (Apulien).

- Im Dezember 1997 lief ein Schiff mit 825 Flüchtlingen vor Santa Caterina dello Ionio (Kalabrien) auf Grund; in beiden Fällen konnten alle Passagiere von italienischen Einsatzkräften gerettet werden.

- Am Neujahrstag 1998 wurden 386 Flüchtlinge, die meisten aus Kurdistan, von dem vor Otranto treibenden Schiff "Cometa" gerettet.

- Immer wieder berichten Flüchtlinge, sie seien nahe der italienischen Küste ins Meer geworfen oder auf Klippen ausgesetzt worden. Im September 1997 wurden 30 kurdische Flüchtlinge, darunter drei Kleinkinder, von Carabinieri gerettet. Sie waren auf einer Klippe nahe Otranto ausgesetzt worden. Im Oktober 1998 wurden bei Lecce neun kosovarische Kinder, darunter drei Babys, ins Meer geworfen, als ein Polizeiboot nahte. Die Eltern sprangen ins Meer, um ihre Kinder zu retten; die Fluchthelfer entkamen.

Selbst wenn alles glatt geht und die Flüchtlinge das EU-Land Italien erreicht haben, ohne der Polizei in die Hände zu fallen, ist die Sache für sie noch nicht unbedingt ausgestanden. Wer die Reise auf Kredit finanziert hat, muß die geliehene Summe zurückzahlen. Junge Frauen und Jugendliche beiderlei Geschlechts werden so in die Prostitution gezwungen, Kinder zur Arbeit verpflichtet. Dieser Markt kann vom Geschäft mit der Fluchthilfe nicht getrennt betrachtet werden. Er ist, wie die Fluchthilfe über die Adria selbst, weitgehend in der Hand von Banden, die sich teils bekämpfen, teils kooperieren. Neben italienischen und und albanischen Mafiosi sollen auch die türkischen "Grauen Wölfe" mit im Geschäft sein.

Daß Flüchtlinge sich in die Hand solcher Leute begeben (müssen), ist tragisch. Die meisten Medienberichte über das Elend geflüchteter Mafia-Opfer mögen heuchlerisch sein - sie greifen aber eine real existierende Katastrophe auf, die in dem ak-Artikel nicht vorkommt.

Damit ist auch mein Haupteinwand gegen den Artikel benannt: Er beschränkt sich darauf, eine widerwärtige Kampagne von Politik und Medien zurückzuweisen, die auf eine noch rigorosere "Flüchtlingsabwehr" zielt. Es fehlt ihm aber an Empathie - der Bereitschaft, sich in die Notlage der Opfer hineinzuversetzen. Daß Flüchtlinge Opfer unmenschlicher Gesetze, brutaler Grenzschützer etc. sind, ist in der Linken ein Selbstgänger. Sie sind aber häufig auch da Opfer, wo FFM sie als Kunden betrachtet sehen möchte, weil das illegale und daher lukrative Geschäft Fluchthilfe offensichtlich Ganoven anzieht, die notfalls über Leichen gehen.

Js.

ak-Artikel zum Thema Flucht und Fluchthilfe an der Südgrenze der EU:

- Mit der Kriegsflotte gegen Flüchtlinge (ak 401, 10.4.1997)

- Boat-people aus Kurdistan. Abschottung der EU ist kein Sandkastenspiel mehr (ak 410, 15.1.1998)

- Das Mittelmeer wird zum Ozean. Italien läßt afrikanischen Flüchtlingen kaum eine Chance (ak 418, 24.9.1998)

- Die albanische Gefahr. Organisierte Kriminalität und Rassismus in Italien (ak 424, 18.3.1999)

40. Die Verwandlung des Menschen durch die Macht. Eine fotografische Langzeitstudie von Herlinde Koelbl

Autor: Angela Martin · Rubrik: Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak431/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:08

Menschen durch das Amt

Eine fotografische Langzeitstudie von Herlinde Koelbl

Daß die Macht ihren Preis hat, ist ein Schnack, den jeder kennt. Die Fotografin Herlinde Koelbl wollte es genauer wissen. Acht Jahre lang begleitete sie Politiker, die ein hohes Amt bekleideten, führende Manager und einen Medienmacher, um in Fotos und Interviews Veränderungen der Persönlichkeit durch das Amt zu dokumentieren. Die Fotos von fünfzehn Personen des öffentlichen Lebens, die so in den Jahren 1991 bis 1998 entstanden sind - unter anderem von Gerhard Schröder, Joschka Fischer, Heide Simonis und Angela Merkel -, sind nun in einer Ausstellung des Deutschen Historischen Museums im Berliner Kronprinzenpalais zu sehen.

Es sind eindringliche Portraits in Schwarz-Weiß. Sie sind unter immer gleichen Bedingungen entstanden: Jedes Jahr hat Herlinde Koelbl mit derselben Lampe und Kamera gearbeitet, jedes Jahr mußten die Menschen vor einer weißen Wand für ein Stehfoto sowie eine Aufnahme im Sitzen posieren. "Um eine weitgehende Ehrlichkeit zu erreichen, habe ich darum gebeten, nicht zu lächeln, denn dann ist es schwierig, eine Show zu machen", sagte Herlinde Koelbl bei der Ausstellungseröffnung. "Alle sollten ruhig in die Kamera schauen, weitere Anweisungen habe ich nicht gegeben."

Koelbls Langzeitstudie zeigt, wie sich die Mimik und Körpersprache von Menschen verändert, die der vollen öffentlichen Aufmerksamkeit ausgesetzt sind und deren Privatleben durch ein Amt und den Druck der Verantwortung extrem verengt wird.

Süchtig nach Selbstbestätigung

Wie das Amt eine Person verschleißen kann, zeigen die Fotos von Renate Schmidt, die 1991, bei den ersten Aufnahmen, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags war und jetzt Vorsitzende der SPD in Bayern ist. Am Anfang der Portraitreihe sieht man eine gut aussehende Frau, die durch Kleidung und Frisur ihre Weiblichkeit betont und sehr lebendig wirkt. Ihre Körperhaltung und ihr Blick wirken herausfordernd und kampflustig. Vier Jahre später hat Renate Schmidt viel von ihrer Ausstrahlung verloren. "Die Leichtigkeit des Seins kenne ich derzeit überhaupt nicht mehr. Weitere drei Jahre bewältige ich das Arbeitspensum auf diese Art und Weise nicht", sagt sie 1995. Auf dem letzten Foto aus dem Jahr 1998 sieht man eine stark gealterte Frau.

Eine ganz andere Entwicklung hat Angela Merkel gemacht. Als junge Politikerin, eben erst in die CDU eingetreten, aber schon mit dem Posten der Stellvertretenden Vorsitzenden betraut, blickt sie schüchtern von unten in die Kamera. Sie wirkt unsicher, beinahe schutzbedürftig. "Ich fühle mich hier weder besonders sicher, noch finde ich, daß ich besonders bequem sitze", sagt sie der Fotografin. Aber bald ist sie selbstbewußter: Als Ministerin schaut sie mit gehobenem Kinn in die Kamera, ihre Körperhaltung ist aufrechter, und sie wirkt energischer. Die folgenden Fotos zeigen, wie strapaziös das Amt und die politischen Kämpfe sind, Merkel verliert ihre Spannkraft.

Bräsiges Dauergrinsen

Am frappierendsten ist die Verwandlung, die Joschka Fischer durchgemacht hat. Von seiner früheren äußeren Erscheinung mit Jeans und T-Shirt ist nicht mehr viel geblieben, die Turnschuhe sind im Museum verschwunden, Bauch und Hamsterbacken wegtrainiert. Als Außenminister posiert er selbstsicher in Schlips und Kragen und nimmt wie selbstverständlich eine staatsmännische Haltung an.

Auch die Körperhaltung und Physiognomie Gerhard Schröders hat sich verändert, seit er Kanzler ist. Zwar wirkt sein Gesicht schon in den Jahren vor 1998 recht maskenhaft: "Zwischen dem, was man öffentlich zeigt, und dem, was einen wirklich betrifft, gibt es riesengroße Unterschiede", sagt er der Fotografin. Und doch prägt das Amt auch seinen Körper. Es ist nicht nur das bräsige Dauergrinsen, das an Schröders letzten Portraits auffällt, sondern auch die gestraffte, kontrollierte Haltung des frisch gewählten Kanzlers.

"Politiker, das sind die Menschen mit den schmalen Lippen", sagt Joschka Fischer. "Weil man so viel wegstecken muß. Runterschlucken muß." Trotzdem hängen alle am Amt, an der Macht, am Medienrummel. Irmgard Schwätzer bringt es auf den Punkt: "Die öffentliche Aufmerksamkeit schmeichelt dem Ego. Und es gibt auch ein Gefühl der Superiorität, das mit Macht verbunden ist. Das Gefühl, ein bißchen mehr zu sein als die anderen." Allen Politikern ist ein hohes Maß an Eitelkeit eigen. Obwohl alle auch darunter leiden, zu "gläsernen Menschen" zu werden und ständig zu kämpfen, will doch niemand darauf verzichten. "Man muß sich von der Berufspolitik ‚entwöhnen`. Genau wie man sich vom Alkohol oder Nikotin entwöhnen muß", gesteht Peter Gauweiler ein Jahr nach seinem Sturz.

Herlinde Koelbls Langzeitstudie ist ein interessantes Psychogramm der Macht. Sie belegt, was Joschka Fischer als Minister des Äußeren bekundet: "Die Verwandlung des Amtes durch den Menschen dauert etwas länger als die Verwandlung des Menschen durch das Amt."

Angela Martin

Spuren der Macht. Die Verwandlung des Menschen durch das Amt. Fotografien von Herlinde Koelbl. Eine Ausstellung des Deutschen Historischen Museums im Kronprinzenpalais, Unter den Linden 3, Berlin-Mitte. Bis 16.11.99, täglich 10 bis 18 Uhr, Eintritt frei. Das Buch zur Ausstellung kostet 98,- DM.

41. Quelldatei 38.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak431/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:38

LeserInnenbriefe

Betr.: Noch nicht vergessen, aber fast schon Legende, ak 429 und Leserbrief ak 430

Verrückt II!

Lieber Ernst Fidel Fürntratt-Koep,

vielen Dank für die Reaktion auf meinen Artikel zum 20. Jahrestag der Sandinistischen Revolution. Was mich wundert ist nicht der Zweifel, daß Fidel Castro das revolutionäre Nicaragua als "verrückt" bezeichnet haben soll, sondern daß diese Feststellung eine Diskreditierung der kubanischen Solidarität implizieren soll. Ich weiß gar nicht, was zu einer solchen Annahme Anlaß bietet. Erstens bekundet mein Artikel eine große Sympathie eben jener sandinistischen "Verrücktheit" und mit keinem Wort deute ich an, daß die Aussage Fidels schlicht und einfach despektierlich gemeint ist. Nur "Verrückte" machen Revolution. In ihnen überstürzten sich die Entwicklungen, weil die alte Ordnung gestürzt wird und das Neue möglichst sofort beginnen soll. Weiß der Kuckuck, was Fidel gemeint haben mag, oder auch das offizielle Kuba. Klar und außer Frage steht, daß die sandinistische Revolution in Kuba und Fidel Castro einen der wichtigsten Unterstützer fand. Castro schickte sofort ÄrztInnen, LehrerInnen, Techniker, um den revolutionären Prozeß in Nicaragua voranzutreiben. Wer mag das bezweifeln, wenn er auch nur ein wenig der Geschichte Nicaraguas kennt.

Nun aber zu meiner Quelle. Es sind nicht die aufgezählten Gazetten der westlichen Presse. Ich beziehe mich auf ein Buch des Wuppertaler Verlegers und Gründer des Informationsbüros Nicaragua Herrmann Schulz von 1981. Wörtlich schreibt Schulz im Vorwort zur Neuauflage 1981 in "Nicaragua ein Volk im Familienbesitz"; Hrsg.: Informationsbüro Nicaragua; Rowohlt aktuell; Seite 13: "Fidel Castro nannte die Nicaraguaner Verrückte, als er erfuhr, man wolle (bei leeren Staatskassen und einem zerstörten Land) sogleich mit der Alphabetisierungskampagne beginnen." Etwas anders liest es sich dann in einem 1983 erschienen Buch, "Nicaragua - Eine amerikanische Vision"; Autor ebenfalls Herrmann Schulz; Seite 57. Hier sind es die kubanischen Techniker, Ärzte und Lehrer, die die frühe Kampagne folgendermaßen kommentieren: "Ihr Nicas seid verrückt. Wir haben nach vier Jahren damit angefangen." Welche Version nun richtig ist, kann ich nicht weiter recherchieren, gar in Originalreden Fidel Castros oder einer Regierungserklärung suchen. Die Aussage in meinem Artikel war eigentlich ein Beleg für den Zustand Nicaraguas nach dem Triumph, einem Zustand der revolutionären Verrücktheit, eines solidarischen Impuls des Neuanfangs und einer Zukunft, die gleich jetzt, unmittelbar zu beginnen hat. Was die Zahl 800 000 freiwilliger AlphabetisatorInnen angeht, so ist hier offenbar eine Null zuviel.

Soviel also zur Aufklärung . Ich hoffe nur, daß der "gute Fidel" nicht nur Verständnis für "Verrückte" besitzt, und die revolutionäre Ungeduld der Sandinisten nicht einfach als "Kinderkrankheit" des Sozialismus zurückweisen wollte.

Verrückt ist jedenfalls, daß wir uns um diese schlichte Äußerung in die Wolle kriegen.

Mit ungezügelt verrückten,

antidogmatischen Grüßen

Friedhelm Böhmke

Betr.: "Nicht über die Fehler der Vergangenheit nachsinnen", ak 430, S. 9

Schluß mit lustig?

Alyn Beßmann ist nicht vorzuwerfen, sie habe in ihrem Artikel zum neuen Prozeß gegen Safwan Eid einen Text von mir bewußt falsch wiedergegeben. Im Gegenteil: Sie wollte meinen Beitrag in der Jungle-World Doppelnr. 35/36 zu den Ereignissen um den Lübecker Brandanschlag ("Wo ist der Strippenzieher aus dem Kanzleramt?") offenbar nicht verstehen, hat das aber dann auch noch in ihrem Artikel zur Schau stellen müssen. Die Folge: Sie hat ziemlich genau das Gegenteil dessen rezipiert, was ich beschrieben habe. Und da

hört der Spaß dann doch auf. Schließlich kann man und frau ja nicht davon ausgehen, daß alle interessierten ak-Lesenden den Jungle-Artikel gelesen haben und sind also auf diese Interpretation angewiesen.

Deshalb eine kurze Erklärung: Mitnichten begreife ich - begreifen wir - den deutschen Nationalismus "als Sache einer verschworenen Gemeinschaft innerhalb der deutschen Eliten" (ak-Artikel). Im Gegenteil: "Der verzweifelte Versuch, hinter jedem rassistischen Verbrechen organisierte Bünde zu wittern, weist genau in die falsche Richtung", wie ich in dem betreffenden Jungle-Artikel schrieb. Will sagen: Gerade daß es die "Verschwörung" nicht geben muß, damit sich eine rassistische Inszenierung auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen tadellos durchsetzen kann, bringt die Verhältnisse auf den Punkt. Hier müssen linke Analysen nach Lübeck ansetzen - ohne dabei zu ignorieren, daß die (deutsche) Welt eben nicht nur nach den ideologischen Vorhaben eines "nationalen Konsenses" funktioniert. Daß sich gesellschaftliche Prozeße jedoch beizeiten komplizierter antizipieren, als manches linke Muster gern Glauben machen will, dafür spricht beispielsweise die Entwicklung der Medienberichterstattung im Lübecker Fall.

Wie Alyn Beßmann aus diesen Aussagen stricken kann, daß ich den deutschen Nationalismus "allein als Sache einer verschworenen Gemeinschaft innerhalb der deutschen Eliten" betrachten würde, bleibt wohl ihr Geheimnis. Ebenso, warum ich die Tatsache, daß nach Lübeck bei brennenden Flüchtlingsheimen in der Öffentlichkeit nicht mehr von rassistischen Anschlägen ausgegangen wird, als "blamable linke Verschwörungstheorie" bezeichnen würde. Das alles ist schlicht Quatsch, und ein einziger Blick des verantwortlichen Redakteurs, bzw. der Redakteurin auf meinen Text hätte genügt, um das festzustellen. Aber daran hattet ihr wohl kein Interesse. Hauptsache die Message stimmt.

Wolf-Dieter Vogel

Betr.: "Links"-Nationalismus

Der immer mehr selbstentlarvende "Links"-Nationalismus der Redaktion erreicht mittlerweile ein Niveau, daß ich unerträglich finde. Während große Teile der griechischen Bevölkerung als nationalistisch gar rassistisch, gegenüber den "Albanern" borniert dargestellt werden, wird die BRD nebst Gesellschaft, Parteien etc. mit einer Wortwahl beschrieben, die sie zwar parteilich, aber zivilisiert versteht. Die Vertreibung aus dem Kosovo durch die albanischen Terroristen, insbesondere der alteingesessenen Roma-Bevölkerung, zeigt die "Wahrnehmungsprobleme" der Redaktion. Statt zu analysieren bzw. liebgewonnene "Wahr"nehmungen zu überprüfen, wird besinnungslos gegen die "Antideutsche Linke" oder so geholzt. Die nächsten Länder wie Polen, Tschechien etc. werden sicherlich in den nächsten Jahren verstärkten Druck ertragen müssen. Die ak-Redaktion wird sicherlich ganz PC-korrekt wieder die Gefahr nicht durch das eigene Land "wahrnehmen". Das möchte ich nicht mehr lesen.

Mit freundlichem Gruß

F. B., Hamburg

Betr.: Balsam I

Die ak ist sehr interessant und lesenswert, hebt sich deutlich ab von den allgemeinen Zeitungsaussagen!

Mit freundlichen Grüßen

U. W., Erfurt

Betr.: Balsam II

Vor allem schickt mir wieder das Heft zu. Denn Eure Texte sind wirklich spitze, sehr lesenswert.

R. P., Kaufering

42. Quelldatei 39.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak431/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:39

Kalender - Kalender - Kalender - Kalender

Weltmarkt für Arbeitskraft

Migrationsbewegungen gehören zu den Kernelementen einer kapitalistischen Weltwirtschaft. Hier realisiert sich die notwendige Regulation des Produktionsfaktors Arbeit im globalen Rahmen. Thomas Geisen referiert.

Trier, 28.10., 19.30 Uhr, Multikulturelles Zentrum, Gervasiusstr. 2

Biomedizin und Normalisierung I

"Kind nach Maß" ist der Titel eines Vortrags der Soziologin Karin Griese über Pränataldiagnostik und die Haltung der Frauen zu solcherart vorgeburtlicher Selektion.

Hamburg, 28.10., 20.00 Uhr, Haus 3, Stadtteilzentrum Altona, Hospitalstr. 107

Kriegsdienstverweigerung

Detlev Beutner diskutiert "Politische Kriegsdienstverweigerung als antimilitaristischer Widerstand".

Karlsruhe, 28.10., 20.00 Uhr, Café Palaver, Steinstr. 23

Cultural Recycling - Kultur als Protest?

Zu diesem Thema organisiert das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. eine Veranstaltungsreihe mit Party zu den Schwerpunkten Karneval (29.10., ab 18.00 Uhr), Rap, Reggae, Raggamuffin (30.10., ab 16.00 Uhr, abends große Party) und Wandmalerei und Graffity als räumlicher Protest (31.10., ab 11.00 Uhr). Programmheft im FDCL, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, Tel. 030-693 40 29, Mail b21@berlinet.de.

Berlin, 29.-31.10, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, Versammlungsraum, Aufgang III

Macht und Deutungsansprüche

Unter diesem Titel veranstaltet das Hamburger Institut für Sozialforschung eine Vortragsreihe über Eliten im 20. Jahrhundert. Klaus Naumann referiert über "Altes Personal, neue Politik? Die Sicherheitselite der frühen Bundesrepublik".

Hamburg, 1.11., 20.00 Uhr, Hamburger Institut für Sozialforschung, Mittelweg 36

Frauenrechte erkämpfen

Über Frauenrechte in der internationalen Global-Governance-Diskussion referiert Ruth Klingebiel, Mitherausgeberin von "Globalisierung aus Frauensicht" (1998).

Hamburg, 2.11., 19.30 Uhr, Werkstatt 3, Nernstweg 32

Demokratie und Erdöl in Nigeria

Anläßlich des vierten Todestages von Ken Saro-Wiwa diskutieren Annie Brisibe (Niger Delta Women for Justice, Port Harcourt), Isaak Osuoka (Enviromental Rights Action, Port Harcourt), Chima Ubani (Civil Liberties Organization, Lagos) und Sylvester Akhaine (Campaign for Democracy, Lagos).

Hamburg, 4.11., 19.30 Uhr, Werkstatt 3, Nernstweg 32

Antifa-Party

Schnacken, feiern, Leute kennenlernen und diskutieren kann man an jedem ersten Freitag im Monat im Antifa-Café in der KTS. Eine große Antifa-Party mit fetten Sounds von HipHop bis BigBeats gibt's am 6.11. in der JBS.

Freiburg, 5.11., 21.00 Uhr, Antifa-Café in der KTS, Baseler Str. 103; 6.11., 21.00 Uhr Fete in der JBS in Freiburg-St. Georgen

"Unerwünscht..."

"Unerwünscht... eine Reise wie keine andere - Flucht erleben" heißt eine Ausstellung im Museum der Arbeit mit umfangreichem Begleitprogramm, auch für Jugendliche. Das Programm ist im Museum der Arbeit erhältlich, Maurienstr. 19-21, Tel. (040)42832-2364.

Hamburg, 8.11.-19.12., Museum der Arbeit, Montag bis Freitag 9.00 bis 16.00 Uhr, Samstag und Sonntag 12.00 bis 18.00 Uhr

"In Germany everything is paper". Filmreihe

Was es bedeutet, wenn die Frage nach den "richtigen" Papieren zur Existenzfrage wird, beleuchtet eine Filmreihe der Hamburger Initiative "Kein Mensch ist illegal" während der Ausstellung "Unerwünscht" (s.o.). Das Programm ist im Museum der Arbeit, Maurienstr. 19-21, Tel.(040)42832-2364, und im Metropolis erhältlich.

Hamburg, 9.11.-18.12., Metropolis-Kino, Dammtorstr. 30a

Glatzenpflege auf Staatskosten

Vortrag über akzeptierende Jugendarbeit mit Rechten von Andreas Buderus, dem Buchautor von "Fünf Jahre ‚Glatzenpflege auf Staatskosten` - Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik".

Düsseldorf, 10.11., 19.30 Uhr, Universitätsgelände, Geb. 24.21 (SoWe)

Soziale Sicherung - Kritik und konkrete Utopie

Der Sozialstaat wird brüchig, das soziale Netz löchrig. Das ist kein Betriebsunfall, sondern in der Wirtschaftsorganisation der BRD angelegt. Veronika Ziegelmayer analysiert die Angriffe auf den Sozialstaat und stellt alternative Modelle vor.

Trier, 11.11., 19.30 Uhr, Multikulturelles Zentrum, Gervasiusstr. 2

Biomedizin und Normalisierung II

"Ins Leben zurückzuholen" lautet der Titel eines Vortrags von Michael Bentfeld. Der Hamburger Kinderarzt fragt, welche Auswirkungen die Grundsätze der ärztlichen Sterbebegleitung in der Neugeborenen-Medizin haben.

Hamburg, 11.11., 20.00, Haus 3, Stadtteilzentrum Altona, Hospitalstr. 107

4. Linke Literaturmesse

Im K4 (ehemals KOMM) findet die 4. Linke Literaturmesse mit Literatur aus etwa 100 Verlagen statt. Im Begleitprogramm am 12.11., 19.00 Uhr: Diskussion der Gruppe "Krisis" über ihr "Manifest gegen die Arbeit" (Hinterzimmer). Am 13.11. gibt es diverse Buchvorstellungen: 13.00 Uhr: "Aber wir haben immer auf das Leben gesetzt...". Frauen aus Uruguay, mit Monika Berberich; 15.00 Uhr: "Was ich bin, was mir stinkt, was ich will", mit Angela Marquart (Hinterzimmer); 16.00 Uhr: "Marx neu gelesen", mit Eike Kopf (Zentralcaffe); 17.00 Uhr: "Nach dem Krieg ist vor dem Krieg", mit Uli Cremers und Norman Paech (Hinterzimmer). Im Abendprogramm um 18.30 Uhr: Diskussion mit französischen radikalen Linken (Zentralcaffe); um 20.00 Uhr: "Die Jahrtausendwende", Satire und Sarkasmus, Analysen und philosophische Betrachtungen von und mit Thomas Ebermann und Rainer Trampert (Hinterzimmer).

Nürnberg, 12.-14.11. K4 (ehemals KOMM), Königstr. 93

Zugriff auf alle Märkte und Helm ab zum Gebet!

Diskussionsveranstaltung über den neuen Imperialismus, der mit Aggression nach außen und Repression nach innen arbeitet, im Rahmen der Antimilitaristischen Wochen mit Tobias Pflüger (IMI), Rolf Gössner und Arno Neuber (DKP).

Karlsruhe, 13.11., 16.00 Uhr, Uni, Tulla-Hörsaal am Ehrenhof

Nordirland: Frieden am Abgrund

Über die aktuelle Situation in Irland berichten Martina McIlkenny (Sinn Fein) und Mary Maxrell (Womens Coalition), beide aus Belfast.

Berlin, 13.11., 19.30 Uhr, Heinrich-Böll-Stiftung, Hackesche Höfe, Rosenthaler Str. 40/41, 1. Hofaufgang, 5. Stock

Frauenarbeit im informellen Sektor

Über Handlungsbeispiele und -möglichkeiten referiert Bettina Musiolek, NRO-Frauenforum.

Hamburg, 16.11., 19.30 Uhr, Werkstatt 3, Nernstweg 32

Die Normalisierung des Krieges

Als sich Deutschland im Frühjahr 1999 im Krieg befand und Nacht für Nacht "humanitäre Luftschläge" auch gegen zivile Ziele geflogen wurden, lief das private und öffentliche Leben in der BRD unberührt davon weiter. Jürgen Link (Prof. für Diskurstheorie und Literaturwissenschaft) beschreibt die Entkoppelung von Gesellschaft und Krieg, Margret Jäger (Duisburger Institut für Sprache und Sozialforschung) analysiert die Berichterstattung der deutschen Printmedien.

Essen, 16.11., 20.00 Uhr, Zeche Carl

43. Quelldatei 45.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak431/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:45

Geschichte Italiens

700 Jahre italienische Geschichte auf 127 Seiten präsentiert Volker Reinhardt in der Beck'schen Reihe "Wissen" - Auslassungen kann man dem Autor da wohl kaum zum Vorwurf machen. Aber nützt es, eine halbe Seite über die Lega Nord zu lesen und eine weitere halbe Seite über die vier bewegten Jahre zwischen März 1994 (Wahlsieg der Rechten) und Oktober 1998 (Prodis Rücktritt)? Hinzu kommt, daß der Autor die wenigen von ihm ausgewählten Fakten mit längeren Kommentaren befrachtet. "Wissen" vermittelt sich auf diese Weise kaum, zumal einige Interpretationen des Autors gelinde gesagt zweifelhaft sind, z.B. seine Bewertung des Faschismus. "Mussolinis - äußerst kontraproduktive - Reaktion auf das Welken des Systems besteht in einem Totalisierungsschub", heißt es da, und im nächsten Absatz wird Italiens Kriegseintritt im Juni 1940 mit Mussolinis "Furcht" begründet, "zum passiven Juniorpartner eines siegreichen Großdeutschland abzusinken". "Juniorpartner" war Italien so oder so - Mussolini hoffte darauf, an der Seite Nazi-Deutschlands Eroberungen machen zu können; der "Totalisierungsschub" und die Verkündung der antisemitischen "Rassengesetze" dienten unmittelbar der Kriegsvorbereitung. Die Vorbemerkung des Verlages, "daß ohne eine vertiefte Kenntnis der Vergangenheit die Gegenwart Italiens kaum verständlich ist", bleibt floskelhaft: Zu "vertiefter Kenntnis" trägt dieses Bändchen wenig bei - auch weil der mitunter überladene Stil den Gegenstand eher vernebelt. Kostprobe: "Der wirkungsmächtige, mit manchen Ablegern in kollektive Geschichtsbilder der Gegenwart hineinreichende Risorgimento-Mythos eines im Würgegriff spanischer Umklammerung ab der Mitte des 16. Jahrhunderts eines Gewerbefleißes, seiner freien Kultur und seiner politischen Selbständigkeit beraubten Italien dämonisiert das Papsttum als eigensüchtigen Erfüllungsgehilfen dieses Frevels am Nationalgeist."

Volker Reinhardt: Geschichte Italiens; C.H. Beck-Verlag, München 1999, 127 Seiten, 14,80 DM

Deutschland, die NATO, die Türkei und Kurdistan

Die Mitverantwortung der NATO, namentlich der BRD, für den Krieg der türkischen Armee gegen Kurdistan ist zumindest in der Linken bekannt. Die deutsche Sektion der IPPNW ("Ärzte für die Verhinderung eines Atomkriegs") hat mit ihrer neuen Broschüre zum Thema einerseits Untersuchungen zu Einzelfragen zusammengetragen: Es geht um die Bedeutung der Türkei für die NATO, die neueste türkische Geschichte seit dem Militärputsch von 1980, die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Westen, den Kurdistan-Krieg und die deutsch-türkischen Beziehungen, insbesondere die bundesdeutsche Militärhilfe und Abschiebepraxis. Die Zusammenstellung fundierter Beiträge zu diesen Einzelaspekten wäre allein schon verdienstvoll. Hinzu kommt aber eine übergeordnete Fragestellung, die dem Ganzen eine "politische Linie" verleiht: Die AutorInnen kritisieren die gängige Forderung, Deutschland müsse "mehr Druck auf die Türkei ausüben", um den Krieg in Kurdistan zu beenden. Diese Forderung verkenne, "wer da von wem abhängig ist, wer tatsächlich schiebt und wer geschoben wird". Denn die Türkei, seit 1945 Bastion und Aufmarschgebiet gegen "den Kommunismus", ist nach dem Zusammenbruch des realsozialistischen Lagers zu einem neuen Frontstaat geworden. An dessen Nordostgrenze liegen mehrere Staaten, die ehemals zu Sowjetunion gehörten und über erhebliche Ölvorkommen verfügen. Im Konflikt auf dem Balkan habe die Türkei ihre "Ambitionen als Regionalmacht" erkennen lassen, die allerdings innerhalb der NATO weisungsgebunden bleibt. Von der NATO entwickelte Krisenszenarien zeigen, daß die Strategen militärische Konflikte in der Region für wahrscheinlich halten.

IPPNW (Deutsche Sektion der International Physicians for the Prevention of Nuclear War): Deutschland und NATO im Türkei-Kurdistan-Krieg; zu beziehen über IPPNW, Körtestr. 10, D-10967 Berlin; Fon 030/6930244, Fax 030/6938166; 50 Seiten, 12,80 DM

Leo Kofler und

die heimatlose Linke

Leo Kofler gehörte neben Horkheimer, Adorno und Abendroth zu den bedeutendsten Marxisten Westdeutschlands. Er kam aus Wien und war zunächst stark vom Austromarxismus Max Adlers geprägt. Doch unter dem Eindruck des Faschismus und nach der Lektüre von Schriften des ungarischen Philosophen Georg

Lukács löste er sich von dieser Strömung. 1947 zog er in die Sowjetische Besatzungszone und wurde Professor in Halle. Da er schon bald den zunehmenden Bürokratismus der jungen DDR kritisierte, bekam er Berufsverbot und floh als einer der ersten linken Intellektuellen nach Westdeutschland. Mitte November letzten Jahres erinnerte eine Arbeitstagung der 1996 gegründeten Leo-Kofler-Gesellschaft an das frühe Wirken des Philosophen, der 1995 im Alter von 88 Jahren starb. (vgl. ak 421) Jetzt sind die dort gehaltenen Vorträge in den Mitteilungen der Kofler-Gesellschaft erschienen. Thomas Klein, Mitarbeiter im Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung, skizziert die zunehmende Stalinisierung der SED und schildert die Säuberung des Parteiapparates 1950/51, der auch Kofler zum Opfer fiel. Christoph Jünke rekonstruiert den Weg Koflers nach Halle, die im Gefolge der Veröffentlichung seines Buches Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft beginnende Auseinandersetzung mit den Parteiinstanzen und seine Flucht in den Westen. Dort lebte er unter schwierigen materiellen Verhältnissen und schlug sich mit Seminaren an Volkshochschulen und gewerkschaftlichen Bildungseinrichtungen durch. An diese Jahre erinnert der Marburger Politikwissenschaftler Frank Deppe. Alex Demirovic, Mitarbeiter am Institut für Sozialforschung, beschreibt das Verhältnis von Frankfurter Schule und Leo Kofler. Er arbeitet deren gemeinsame Theorietradition des "westlichen Marxismus" heraus und erläutert die zunehmenden persönlichen und theoretischen Spannungen. Das Heft ist gut als Anregung geeignet, sich mit Kofler zu befassen.

Mitteilungen der Leo-Kofler-Gesellschaft 3, Oktober 1999" Bezug über Leo-Kofler-Gesellschaft c/o Uwe Jakomeit, Ruhrstr. 29, 58452 Witten.

Globalisierung und Peripherie

In dem Buch "Globalisierung und Peripherie" wird Globalisierung analysiert als Prozeß struktureller Veränderungen innerhalb kapitalistischer Kontinuität. Den Schwerpunkt des Buches bilden die Auswirkungen der Globalisierung auf die ökonomische Peripherie. Die AutorInnen kommen aus Volks- und Weltwirtschaftslehre, Geographie, Geschichte, Politologie und Raumplanung. In insgesamt dreizehn Kapiteln mit jeweils weiterführender Literatur geht es um Kapitalströme, Migration, Menschenrechte und Industrialisierung. Das Werk schließt ab mit dem Kapitel "Investitionen, Handel und Verschuldung - globale Trends und Fakten". Dort werden Ursachen und Wirkungen des Booms auf den Finanzmärkten dargestellt. Das Buch bietet durch seine historische Analyse eine Voraussetzung dafür, in die Zukunft zu denken. Die AutorInnen selbst tun das allerdings nicht sehr ausgiebig. Wohl wird an einer Stelle im Sinne der Dependenztheorie aus den 70ern für eine Abkopplung und eigenständige Entwicklung des afrikanischen Kontinents plädiert. Auch gibt es ein Kapitel "Die andere Globalisierung: Möglichkeiten und Grenzen einer transnationalen Zivilgesellschaft". Die Autorin führt in das theoretische Konzept von Zivilgesellschaft ein sowie in dessen Ambivalenzen und Paradoxien. Vage bleibt ihre Antwort auf die Frage, wie denn die alte Forderung, global zu denken, lokal zu handeln, konkret umgesetzt werden kann.

Globalisierung und Peripherie: Umstrukturierung in Lateinamerika, Afrika und Asien; Christof Parnreiter/Andreas Novy/Karin Fischer (Hrsg.), Frankfurt a.M.: Brandes und Aspel/Wien: Südwind, 1999, 288 Seiten, 39,80 DM

44. ak braucht AbonnentInnen!

CD-Datei: daten/aksuche/ak431/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:47

Die taz droht mit Entzug. Erst der Überschriften, dann der Korrespondenten und jetzt mit dem Entzug der Tatze. AbonnentInnen brauchen wir auch - dringend - aber womit könnten wir drohen, fragten wir uns. Also gut, unsere Überschriften bleiben, unsere nicht bezahlten AutorInnen in aller Welt bleiben wo sie sind - deren Rückflüge könnten wir eh nicht bezahlen. Aber eine Drohung ist uns eingefallen: Unsere Artikel werden noch länger, die Seiten noch bleiwüstiger und die Zeitung noch dicker! Wollt ihr das wirklich?

Um den rückläufigen Verkauf in den Buchläden aufzufangen und die Abo-Zahlen stabil zu halten, brauchen wir dringend weitere AbonnentInnen von ak.

Für uns ist es von großem Interesse, eure Meinung zu ak zu erfahren. Wir wissen, daß LeserInnen-Umfragen nicht gerade ein Hit sind. Deshalb kommen wir euch auch nicht mit einem Fragebogen. Aber es wäre eine große Unterstützung, wenn wir von euch Rückmeldungen bekommen,

was euch an ak gefällt,

wie ihr die Themen und Rubriken bewertet,

welche Themen fehlen,

welche (gestalterischen) Änderungen ihr für sinnvoll haltet,

ob die Artikel zu lang sind und die Zeitung zu dick ist,

was ansonsten verändert werden sollte?

Je mehr ihr uns mitteilt, desto besser können wir an einer Verbesserung der Zeitung arbeiten. Faxt, mailt oder schreibt uns an.

Werbt für ak, helft mit, daß mehr Menschen diese Zeitung kennenlernen und kaufen. Nur dann kann es mit ak weitergehen.

Wir bieten für EinsteigerInnen und diejenigen, die uns erstmal kennenlernen wollen, das Schnupperabo:

3 x ak für 10 DM

Wer ak nach dem ersten Lesen nicht im Abo weiter beziehen möchte, teilt uns das spätestens nach der zweiten Ausgabe mit. Dann stellen wir den Versand ein. Andernfalls wandelt sich das Schnupperabo zu einem wunderschönen Jahresabo um.

Für die Jüngeren und Wenigverdienenden haben wir vor kurzem die Preise gesenkt. Jetzt kostet ein

Sozialabo 60 DM pro Jahr

also deutlich weniger als das normale Abo. Empfehlt dieses Angebot auch FreundInnen und Bekannten! Wem selbst das noch als ein zu riskantes Manöver erscheint, kann auch erstmal ein kostenloses Probeexemplar bei uns anfordern. Und dann gibt es auch noch www.akweb.de, wo ihr eine Auswahl von Artikeln der aktuellen Ausgabe sowie ein Archiv findet.

Und wer mehr als nur die Papierausgabe haben will, kann weiter die

CD-ROM Infolinks

bei uns bestellen. AbonnentInnen erhalten die CD zum Preis von nur 49 DM (plus 5 DM Porto). Ohne Abo kostet das Stück 99 DM (plus 5 DM Porto).

Verkauft ak auf Veranstaltungen ...

Wenn ihr ak selbst verkaufen wollt, könnt ihr bei uns die benötigten Exemplare mit einem Rabatt von 30 Prozent bestellen. Ihr zahlt selbstverständlich nur die Exemplare, die ihr auch tatsächlich verkauft habt. Die nicht verkauften Exemplare bleiben bei euch und können später dann als kostenlose Probeexemplare für

Veranstaltungen etc. genutzt werden. Eine kurze schriftliche Bestellung an die Redaktionsadresse reicht aus, damit wir euch die entsprechende Menge zusenden. Für Veranstaltungen, Büchertische und anderes mehr könnt ihr ebenso Zeitungen erhalten. Fordert sie einfach an.

45. Quelldatei alg.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak431/alg.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:alg

Bouteflika und die

algerische Krise

Die Regierungsbildung in Algerien hat sich weiter verz÷gert. Der seit April amtierende Staatschef Abdelaziz Bouteflika drohte nun gar mit seinem Rücktritt für den Fall, da+ nicht bis zum 13. Januar 2000 ädie Dinge ins Lot kommenô. Zum Teil besteht die Minikrise wohl aus Theaterdonner, mu+ Bouteflika doch Unabh∑ngigkeit von seinen milit∑rischen Hinterm∑nnern demonstrieren. Sie haben ihn gerufen, um die herrschenden Klassen vor sich selbst zu retten. Nach dem Ende des algerischen Staatssozialismus mit der Einheitspartei FLN hatte sich die herrschende Schicht am Ausverkauf der ehemals verstaatlichten +konomie bereichert. Heute verdient sie vor allem am Verkauf westlicher Importware. Da diese billiger ist als einheimische Erzeugnisse, wird eine eigenst∑ndige algerische Produktion untergraben. Bouteflika, der sich als starker Mann und äEiniger der Nationô pr∑sentiert, will nun zumindest erreichen, da+ künftig Einfuhrz÷lle bezahlt werden. Damit st÷+t er bei der neureichen Mafia nicht gerade auf Begeisterung. Armee und Nomenklatura wollen sicherstellen, da+ die notwendige Beschneidung gewisser Einzelinteressen nicht zu schmerzhaft ausf∑llt.

Seite 11

46. Quelldatei kasttamp.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak431/kasttamp.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:kasttamp

Gefahr im Verzug

Wenn sich europ∑ische Staatsoberh∑upter und Spitzendiplomaten treffen und über Flüchtlinge reden, dann herrscht Gefahr im Verzug. Auf dem EU-Sondergipfel im finnischen Tampere stand die Genfer Flüchtlingskonvention zur Disposition.

Die kriminelle Energie der europ∑isch koordinierten Abschiebe- und Abschreckungsbürokratie ist schier unersch÷pflich. Wo die Genfer Konvention für Flüchtlinge ein individuelles Schutzrecht formuliert, soll dies in Zukunft durch ausschlie+lich politisch bestimmte Ermessensentscheidungen ersetzt werden. M÷glichst viele der l∑stigen Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge sollen den politischen Opportunit∑tsentscheidungen der Exekutive überantwortet werden.

Da+ die Genfer Flüchtlingskonvention äerg∑nztô, äge∑ndertô äoder abgel÷stô werden müsse, ist bereits im letzten Jahr in einem ÷sterreichischen Strategiepapier formuliert worden. Mit ihrem unmi+verst∑ndlichen Schutzrecht für Flüchtlinge steht die Genfer Konvention einer effizienten Steuerung und Kontrolle von Flüchtlingen und MigrantInnen schlicht im Weg

Unter der deutschen EU-Pr∑sidentschaft ist an ihrer zügigen Abschaffung weiter gearbeitet worden. Ganz modern begrü+t das Bundesinnenministerium jetzt die äbereichernden Aspekteô von Migration, um aber im n∑chsten Satz die Katze aus dem Sack zu lassen: politische Kontingentl÷sungen für äMassenfluchtbewegungenô ohne individuelle Schutzrechte.

In Tampere sind nun erste Zwischenergebnisse der äHochrangigen Gruppe Asyl und Migrationô verabschiedet worden. Heimlich, still und leise waren im Vorfeld die richtungsweisenden Entscheidungen abgestimmt worden.

Eine Analyse der Beschlüsse von Tampere auf Seite 8

47. Quelldatei liste.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak431/liste.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:liste

Serbische Opposition und Milosevic Seite 12

Ru+lands Krieg gegen Tschetschenien Seite13

Haiders Rassismus gewinnt Wahlen Seite 6

Ein Jahr Rot-Grün: Linke Grüne bilanzieren Seite 29

IBM: Stechuhr im Kopf Seite 26

Gro+e Koalition qu∑lt Berlin Seite 7

Argentinien:äVerschwundeneô Gewerkschafter bei Daimler Benz Seite 14

Politiker im Bild:Menschen und Macht Seite 36

Das Urteil im äAIZô-Proze+ Seite 18

Linke Abrechnung mit der IRA Seite 16

Ehemalige Zwangsarbeiter auf Spurensuche Seite 21

48. Quelldatei rotgru.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak431/rotgru.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:431:rotgru

Im Reich der Mitte

äDer Weg ist voller Windungen und Wendungen, aber das Ziel ist klar und hellô û diese Weisheit eines chinesischen Bauernphilosophen ist auch auf die gesellschaftliche Suchbewegung anwendbar, deren Subjekt wie Objekt wir derzeit sind. Natürlich unterschied sich das Ziel Mao Zedongs deutlich von dem, was mit den Begriffen äNeue Mitteô und äNew Labourô beschrieben wird. Ihm ging es um einen alternativen gesellschaftlichen Entwicklungsweg zum Kapitalismus. Davon kann bei den Apologeten der äNeuen Mitteô keine Rede sein. äNeoliberalismus mit anderen Mittelnô û dieses Urteil f∑llen selbst linke Grüne nach einem Jahr Rot-Grün.

Unter konservativer Führung geriet der Neoliberalismus in die Krise, weil es nicht gelang, die neoliberale Politik mit einem hegemonialen Konsens abzusichern. Heute scheint es gerade die rot-grüne Konsenspolitik zu sein, die zum Rettungsanker für die bei Wahlen gebeutelten Regierungsparteien wird.

Seite 29